

Studien zur Soziologie- und Politikwissenschaft

Herausgegeben von:

Ilse Dröge-Modelmog, Gerhard Kraiker, Stefan Müller-Doohm

Die editorischen Absichten des Publikationsprogramms orientieren sich an der Tradition einer historisch kritischen Gesellschaftstheorie sowie methodisch reflektierten Sozialforschung.

Die sozialwissenschaftlichen Voraussetzungen für Erkenntnisse über den Zustand und die Zukunft moderner Gesellschaften sind nach Auffassung der Herausgeber

- historische Analysen über die Geschichtlichkeit sozio-ökonomischer, politischer und kultureller Verhältnisse sowie kollektiver Weltbilder,*
- empirische Analysen über reale Arbeits- und Lebensbedingungen,*
- theoretisch-begriffliche Analysen sozialen Handelns.*

In der Reihe sollen Texte zu unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Positionen, kontroverse Interpretationsversuche und Studien mit neuen methodischen Untersuchungsverfahren erscheinen.

Klaus Gerd Steen

Der Nahostkonflikt



BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Verlag/Druck/Vertrieb:

BIS-Verlag
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Postfach 25 41, 26015 Oldenburg
Tel.: 0441/798 2261, Telefax: 0441/798 4040
E-Mail: bisverlag@uni-oldenburg.de
Internet: www.ibit.uni-oldenburg.de

Oldenburg, 2007

ISBN 978-3-8142-2081-9

Inhalt

Vorwort	9
1 Einleitung	11
2 Die Wurzeln des Nahost-Konflikts	17
2.1 Theodor Herzl und der politische Zionismus	17
2.2 Die Renaissance des jüdischen Palästina	20
2.3 Palästina im Ersten Weltkrieg (1914–1918)	21
2.3.1 Das Britisch-Arabisches Abkommen (McMahon)	21
2.3.2 Der Sykes-Picot-Pakt	23
2.3.3 Die Balfour – Deklaration	24
2.4 Der Weg zum britischen Mandat über Palästina	28
2.4.1 Ausbruch des jüdisch-arabischen Konflikts	31
2.4.2 Bericht der King-Crane-Kommission (1919)	31
2.4.3 Übertragung des Palästina-Mandats an Großbritannien	33
2.4.4 Das „Erste Weißbuch“ von 1922	37
2.5 Die Mandatszeit 1922–1931	38
2.5.1 Aufbau einer zionistischen Selbstverwaltung	38
2.5.2 Landnahme und Siedlungsaktivitäten der Zionisten	40
2.5.3 Entwicklung des arabisch-palästinensischen Nationalismus	42
2.5.4 Wendepunkt arabisch-jüdischer Beziehungen 1929	44
2.6 Die Mandatszeit 1932–1939	46
2.6.1 Die Arabische Revolte (1936–1939) und der Peel-Plan	46
2.7 Die Kriegsjahre und Nachkriegszeit/Mandatszeit (1939–1948)	54
2.7.1 Zionistische Aktivitäten in USA	55
2.7.2 USA gegen britische Weißbuch-Politik	57
2.7.3 Gründung der „Arabischen Liga“	58
2.7.4 Zionisten gegen Weißbuch-Politik	58
2.7.5 Zionisten mobilisieren USA	60
2.7.6 Rückgabe des UN-Mandats	60

2.7.7	Die UN-Teilungsresolution	64
3	Der Kampf um Palästina – Gründe und Folgen	66
3.1	Erster israelisch-arabische Krieg („Unabhängigkeitskrieg“)	66
3.1.1	Der „Bürgerkrieg“ zwischen Juden und Arabern	66
3.1.2	Staatsgründung Israels und jüdisch-arabischer Krieg	69
3.1.3	Al-Nakbah: Die Katastrophe der Palästinenser	71
3.2	Der Nahostkonflikt von 1949 bis zum Suez-Krieg	75
3.2.1	Der israelisch-arabische Konflikt und die Palästinenser	75
3.2.2	Die Vorphase zum Sinai-/Suez-Krieg	76
3.2.3	Das Suez-Abenteuer	84
3.2.4	Die Auswirkungen des Suez-Krieges	90
3.3	Der Sechstage-/Junikrieg (1967) und seine Folgen	93
3.3.1	Die Vorphase des Konfliktes	94
3.3.2	Zweckrationaler Exkurs: Die „Deadlocksituation“	100
3.3.3	Israels „existentielle Bedrohung“	102
3.3.4	Verlauf des Krieges	107
3.3.5	Nassers „dilettantisches“ Krisenmanagement	108
3.3.6	Der Junikrieg und seine Auswirkungen	111
3.3.7	Die UN-Security Council Resolution (UNSCR) 242	119
3.4	Das Scheitern der UN-Friedensbemühungen	124
3.4.1	Erste Jarring Mission 1967–1969	124
3.4.2	Ägyptisch-israelischer Abnutzungskrieg	125
3.4.3	Der Rogers-Friedensplan (1969)	127
3.4.4	Zweite Jarring-Mission 1971	129
3.4.5	Der Yom-Kippur-Krieg 1973	131
3.4.6	Die UN-Sicherheitsrats-Resolution (UNSCR) 338	133
3.5	Aussöhnung zwischen Israel und Ägypten	135
3.5.1	Die Genfer Friedenskonferenz	135
3.5.2	Israelisch-ägyptische Annäherung	136
3.5.3	Sadats Besuch in Jerusalem	141
3.5.4	Die Rahmenabkommen von Camp David	145
3.5.5	Der ägyptisch-israelische Friedensvertrag	148

4	Der Kampf um Frieden – Friedensinitiativen und Friedensprozess	150
4.1	Die Renaissance des palästinensischen Nationalismus	150
4.1.1	Israel und die PLO	150
4.1.2	Die PLO als „Staat im Staate“ in Jordanien	153
4.1.3	Die PLO als „Repräsentant des palästinensischen Volkes“	154
4.1.4	Israels Versuch, die PLO zu marginalisieren	155
4.2	Israels Krieg gegen den Libanon	157
4.2.1	Israels „Befriedungs-Aktion“ im Südlibanon	159
4.2.2	Israel plant „Operation Frieden für Galiläa“	161
4.2.3	Scheitern der Libanon-Invasion	165
4.3	Lösungsversuche im Palästina-Konflikt	168
4.3.1	Die Charta von Fez (1982)	168
4.3.2	Der Reagan-Friedensplan (1982)	169
4.3.3	Israel als Besatzungsmacht	172
4.4	Der Nahost-Friedensprozess	181
4.4.1	Friedensinitiative des US-Präsidenten George Bush	181
4.4.2	Der Friedensprozess von Oslo	187
4.4.3	Die Endstatusverhandlungen	198
4.4.4	Das Ende des Friedensprozesses	200
5	Zusammenfassung und Ausblick	202
	Nachwort des Verfassers	205
	Literaturverzeichnis	213
	Dokumente / Quellen	220

Vorwort

Zwei Völker, die mit begründeten historischen und politischen (ja, sogar theologischen) Argumenten die Rechte auf ein Territorium für sich selbst reklamieren und keine Alternative für eine Lösung zu diesem Konflikt finden, bilden eines der dramatischsten Kapitel der modernen Geschichte.

In dieser Magisterarbeit werden Ursachen, Tragweite, Folgen und Alternativen des Palästina-Israel-Konflikts außerordentlich ausführlich dokumentiert und dargestellt. Die Arbeit ist sehr differenziert gestaltet und bietet damit einen Kontrast zu den oftmals emotionalisierten und ideologisierten Beiträgen zu diesem Thema. Die sorgfältigen Analysen von Klaus Steen zeigen deutlich, dass es „die eine Lösung“ nicht gibt, wahrscheinlich nicht geben kann. Jede totale Lösung würde sehr destruktiv auf die gesamte Region wirken. Es bleibt nur die Möglichkeit, partielle Lösungen zu finden. Wie kann man aber Teillösungen erreichen, wenn unter den Kontrahenten fundamentale, sogar fundamentalistische Prinzipien herrschen? Zu dieser extrem komplizierten Frage versucht Steen Antworten zu finden. In Anbetracht der komplexen Problematik können diese Antworten nur ansatzweise formuliert werden. Und das tut der Verfasser sehr bewusst.

Wie können zwei Völker mit einem ungelösten territorialen Problem zusammenleben? Die Alternative kann nur politisch sein. Der Verfasser untersucht verschiedene Annäherungsmöglichkeiten, die sich im Laufe des Konflikts ergeben haben und kommt zu dem Schluss, dass ohne die Intervention eines Dritten ganz einfach nichts geht. Der Dritte kann die USA, die UNO, sogar die EU sein; aus der eigenen Dynamik der Eskalation kann man aber nur weitere Verschärfungen des Konflikts erwarten. Aufgrund der bisherigen Entwicklung haben sich beide Parteien als befriedigungsunfähig erwiesen.

Der Verfasser hat grundsätzlich seine Kritik auf den israelischen Staat konzentriert. Das hat nichts mit Parteinahme zu tun, sondern mit der Tatsache, dass Israel als demokratisch und politisch gebildete Nation, Mechanismen für eine Konfliktmeisterung besitzt, welche die Palästinenser – eher völkisch strukturiert und kulturell orientiert sowie unter einer Besatzung lebend – (noch) nicht haben. Sehr deutlich sind dabei die internationalen Verflechtungen des Konflikts analysiert. Die koloniale Geschichte Europas, die faschisti-

schen Erfahrungen in Deutschland, die Zwänge des Kalten Krieges, die Friedensbemühungen der UN und der unerklärte Krieg der Islamisten gegen den Westen werden in ihren Zusammenhängen historisch und politisch betrachtet. Letztendlich sieht der Verfasser den Schlüssel zur Lösung des Nahost-Konflikts im völligen Verzicht der Palästinenser, ihre Ansprüche unter Anwendung von Gewalt gegenüber Israel realisieren zu wollen.

Fernando Mires

Oldenburg 2007

1 **Einleitung**

Der Nahost-Konflikt ist ein internationaler Konflikt, der seit Jahrzehnten die Weltpolitik in starkem Maße beeinflusst und gleichzeitig von ihr beeinflusst wird. Er stellt heute, nach der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes, den zentralen internationalen Krisenherd zum Beginn des dritten Jahrtausends dar. Nicht wenige politische Analysten sehen in ihm die Keimzelle des islamischen Terrorismus, der sich am 11. September 2001 mit dem Angriff auf das World Trade Center in New York in seiner bisher brutalsten Form offenbart hat.

Der gewaltbereite islamitische Fundamentalismus, der anti-westlich ideologisierte pan-arabische Nationalismus und der teilweise grenzenlose Hass auf das „imperiale“ Amerika und den „dekadenten“ Westen insgesamt seien letztlich auf den Nahost-Konflikt zurückzuführen, dessen „gerechte“ Lösung in den Augen vieler Araber jahrzehntelang vom Westen, insbesondere von den USA durch eine einseitige Parteinahme für Israel und dessen konfliktträchtige Politik vereitelt worden sei. Erst wenn Israel politisch und militärisch in die Schranken verwiesen werde oder sich selbst zurücknehme, seine „aggressive“ Besatzungs- und Besiedlungspolitik aufgäbe, konstruktiv die Lösung des Flüchtlingsproblems und der Jerusalemfrage anginge und bereit wäre, den Palästinensern endlich ihren eigenen Staat zuzugestehen, könnte der Nahostkonflikt friedlich gelöst werden.

In dieser oder ähnlicher Weise werden die politischen Zusammenhänge zwischen Nahostkonflikt und internationaler Politik bzw. internationalem Terrorismus heute vielfach auf einen einfachen Nenner gebracht. Die arabische Gemeinschaft beklagt zudem, dass bei ihr die Umsetzung von UN-Resolutionen erzwungen werde, sofern sie in das machtpolitische Kalkül des Westens passten; derartige Beschlüsse von Israel unter dem Veto-Schutzmantel der USA jedoch unsanktioniert unterlaufen und sogar offen negiert werden dürften.

Der „Kampf um Palästina“ zwischen Zionisten und Palästinensern bzw. Arabern begann am Ende des 19. Jahrhunderts und ist bis heute nicht entschieden. Ein hoffnungsvoller Friedensprozess in den 1990er Jahren musste neuer Gewalt weichen. Bis jetzt waren die Palästinenser dabei fast nur auf der Ver-

lierenseite. Sie mussten den Paternalismus europäischer Kolonialmächte hinnehmen, obwohl diese zusammen mit den USA im Völkerbund die Befreiung der Völker proklamiert hatten. Sie wurden instrumentalisiert von der Mandatsmacht Großbritannien, die zuerst ihre eigenen imperialen Interessen im Auge hatte. Sie wurden von einem Gegner herausgefordert – den Zionisten – die sich auf national-historische und biblische Rechte an Palästina beriefen und unter dem Schutz der Mandatsmacht arabisches Land „okkupierten“. Die Araber mußten zudem erkennen, dass diese Neuankömmlinge aus Europa ihnen bald technologisch, wissenschaftlich, wirtschaftlich, organisatorisch, politisch und später auch militärisch hoch überlegen waren.

Gegen ihren Willen wurden die Araber von der Mandatsmacht gezwungen, ihr Land mit den aus Europa eingewanderten jüdischen Siedlern zu teilen. Die *Balfour-Deklaration* von 1917; der Mandatsvertrag des Völkerbundes von 1922; die Niederschlagung ihres nationalen Aufstandes 1936–1939 durch die Mandatsmacht Großbritannien im Bündnis mit den Zionisten; die massive außenpolitische Intervention der USA zugunsten eines Judenstaates in Palästina nach dem 2. WK; das klare Votum der Weltgemeinschaft für die UN-Teilungsresolution 181; die verlorenen arabisch-israelischen Kriege; der Zerfall der Weltmacht Sowjetunion als vormals wichtigster Verbündeter und „last not least“ die seit nunmehr 40 Jahren bestehende demütigende und völkerrechtswidrige Besetzung und Besiedelung palästinensischer Territorien durch Israel, die von den USA nach wie vor weitgehend gedeckt wird und deren Ende trotz zahlreicher Friedensinitiativen weiterhin nicht abzusehen ist, markieren als Meilensteine den „Leidensweg“ der arabischen Palästinenser durch ihre Geschichte der letzten hundert Jahre. Dieser besteht aus einer schier endlosen Kette von Niederlagen, deren Ursachen die arabische Seite prinzipiell nicht bei sich, ihrer Politik oder ihrem Verhalten, sondern vor allem in der rigorosen Durchsetzung illegitimer und illegaler imperialer und kolonialer Herrschaftsansprüche und Eigeninteressen fremder Staaten und Nationalitäten sieht. So mussten die Palästinenser mit der Gründung des Staates Israel letztlich hinnehmen, was der Schriftsteller Arthur Koestler sarkastisch auf die Formel brachte, „Eine Nation schenkt einer zweiten Nation das Land einer dritten.“¹ Aus dem jüdischen „Volk ohne Land“ wurde so ein Volk mit Land; leider bis heute auf Kosten eines anderen Volkes. Noch immer glauben daher viele Araber, mit der Schaffung des Staates Israel auf

1 Balke, Ralf: Israel. München 2000, S. 45.

palästinensischem Boden sei eine Wiedergutmachung des Westens am jüdischen Volk für deren Leiden im Holocaust zu Lasten der Palästinenser geleistet worden.

Während die Araber sich im Bewusstsein ihres Rechts bzw. des ihnen von der Völkergemeinschaft zugefügten „Unrechts“ zunächst jeglichen politischen Alternativen oder Kompromissen verweigerten, hielten sie sich gleichzeitig lange Zeit für befugt, die „alte Ordnung“ mit Gewalt wieder herzustellen. Dabei waren sie oftmals weder willens noch in der Lage, die Möglichkeiten und Grenzen des Machbaren zu erkennen. Ebenso versäumten sie es lange Zeit, unwiederbringlich geschaffene Realitäten zu akzeptieren und politische Kompromisse einzugehen, um zumindest einen Teil zu retten und nicht das Ganze zu verlieren. Hinzu kam eine viel beschworene pan-arabische Solidarität, hinter deren äußerer Fassade oft die Interessen der Einzelstaaten rücksichtslos verfolgt und möglicher Beistand versagt wurde.

Von noch größerem Behauptungs- und Durchsetzungswillen waren jedoch die Zionisten durchdrungen. Gegen den wachsenden Widerstand der arabischen Bevölkerung und später auch der Mandatsmacht Großbritannien gelang es ihnen, nicht nur ihre Vision einer „nationalen Heimstätte“ Wirklichkeit werden zu lassen, sondern auch einen starken demokratischen Staat in Palästina zu begründen. Zu erklären ist diese einzigartige historische Leistung nur mit einem unbeugsamen kollektiven Willen, der bereit war, alles dem einen Ziel unterzuordnen: der Gründung und Verteidigung eines jüdischen Staates in Palästina, der endlich Schutz gewähren konnte vor Hass, Unterdrückung, Verfolgung und Mord, denen Juden in aller Welt jahrhundertlang ausgesetzt waren. Dieser Staat der Juden, so die Vorstellung der Gründerväter, sollte möglichst das ganze Territorium des historischen Palästinas umfassen und damit vom Mittelmeer bis weit in das heutige Jordanien hineinreichen; zumindest aber die „Wiege des Judentums“ Judäa und Samaria einschließen. Da dieses Land jedoch bereits seit Jahrhunderten von Arabern bewohnt war und von ihnen als „ihr Land“ angesehen wurde, war der Verteilungs- und Herrschaftskonflikt, wie wir ihn im abgelaufenen Jahrhundert erlebt haben und noch heute erleben, mit der konkreten Umsetzung von Herzls politischem Zionismus vorprogrammiert.

Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel, die Entwicklung des Nahost-Konflikts von ihren Anfängen an aufzuzeigen und dabei insbesondere die Faktoren zu analysieren, die maßgeblich zu seiner Entstehung und Verhärtung geführt haben und damit letztlich zu seinen Ursachen wurden. Des Weiteren

sind die Grundprobleme herauszuarbeiten, die heute noch das Konfliktpotential ausmachen und deren Lösung bisher nicht so gelungen ist, dass dadurch ein friedliches und gleichberechtigtes Mit- bzw. Nebeneinander beider Seiten möglich geworden wäre. Schließlich soll untersucht und dargestellt werden, welche Versuche und Anstrengungen von den Konfliktparteien und der internationalen Gemeinschaft unternommen wurden, um den Konflikt einer von allen Betroffenen akzeptierten Lösung zuzuführen und welches die Gründe für ihr Scheitern waren.

Einbezogen in diese Analyse ist ein umfangreiches Spektrum politischer Bereiche wie Imperialismus, Kolonialismus, internationale Beziehungen, die Durchsetzung bzw. Verletzung von Kriegs-, Völker- und Menschenrechten, Besatzungs- und Widerstandsrecht, die Versuche der Umsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Aufbau und Wirkungsmächtigkeit zivilgesellschaftlicher Strukturen, der Terrorismus und die Formen seiner Bekämpfung sowie die Einflussnahme und das Handeln der Weltmächte im Zeichen der Ost-West-Konfrontation, um nur einige zu nennen.

Im Rahmen einer umfassenden Auswertung dieser unterschiedlichen Politikfelder soll eine Arbeit erwachsen, welche die Entstehung des Konflikts und dessen Grundprobleme ebenso analysiert wie die Gründe seiner bisherigen Lösungsresistenz. In der Darstellung und Bewertung detaillierten Faktenmaterials und seiner Einbettung in ein strukturiertes Gesamtbild, das die relevanten Entwicklungslinien und Grundprobleme ebenso aufzeigt wie die zahlreichen Lösungsversuche, wird dabei die große Herausforderung dieser Arbeit gesehen. Sie hat einen erheblichen zeitlichen Rahmen mit einer Vielzahl von Ereignissen, Entwicklungen, Prozessen und Beteiligten abzudecken. Diese zu recherchieren, zu analysieren, zu gewichten und in einen komplexen Gesamtzusammenhang einzuordnen war spannend, herausfordernd und schwierig zugleich. Die Arbeit soll abschließen mit dem (vorläufigen) Ende des Osloer-Friedensprozesses durch die zweite Intifada im Herbst 2000.

Der Verfasser hat im Verlauf seiner Recherchen die Erfahrung gemacht, dass die Darstellungen – zumeist unter dem Zwang einer Konsolidierung bzw. Komprimierung der unendlichen Faktenfülle, aber zuweilen wohl auch aus einer gewissen „kognitiven Vorprägung“ (um nicht zu sagen bewußten „Parteinahme“) – in der Auswahl und Bewertung bestimmter Sachverhalte teilweise erheblich voneinander abweichen. Dies wird u. a. in der Darstellung der Ursachen des Sechstagekrieges 1967 deutlich, bei der viele Autoren dem Begründungs-Stereotyp „der Abwehr einer existentiellen Bedrohung Israels“

folgen. Das vielfach provokante und rücksichtslose Vorgehen israelischer Streitkräfte mit ihren massiven Vergeltungs- und Abschreckungsaktionen in den Grenzregionen, die oft unverhältnismäßig hohe Verluste auf arabischer Seite zur Folge hatten, sowie die Tendenz zur Priorisierung einer Kompromisvermeidung und einer militärischen Option zur Lösung politischer Konflikte bleiben dagegen zuweilen ohne entsprechende Würdigung.

Die Literatur zum Thema Nahostkonflikt ist schier unübersehbar. Der Verfasser hat sich bemüht, weitest möglich neuere Publikationen, die den derzeitigen Forschungsstand reflektieren, zu nutzen. Es wurde zudem Wert darauf gelegt, ein möglichst breites Meinungsspektrum zu berücksichtigen. Ausgewogenheit in diesem Sinne muss dabei aber zugleich bedeuten, auf berechnete Kritik, die sich an den universal akzeptierten Regeln des Völker- bzw. Menschenrechtes, aber auch allgemeinen Humanitätskriterien zu orientieren hat, gegenüber allen beteiligten Akteuren gleichermaßen nicht zu verzichten. Der Verfasser versteht die aus dem Holocaust erwachsenen eigenen Verpflichtungen der Deutschen gegenüber der Völkergemeinschaft und insbesondere auch Israel vor allem dahingehend, sich künftig im Rahmen der internationalen Politik in besonderem Maße und ohne Ansehen des jeweils Zuwiderhandelnden für die Durchsetzung und Respektierung anerkannter Rechts- und Humanitätsnormen einzusetzen. Eine Sonderrolle kann und sollte es – bei aller gebotenen Zurückhaltung – hierbei auch für Israel nicht geben.

Als besonders hilfreich für die politische Analyse werden Martin Becks „Friedensprozess im Nahen Osten“ (2002), Padi D. Lehmanns „Suche nach Sicherheit“ (2001) sowie Helmut Mejchers „Sinai, 5. Juni 1967. Krisenherd Naher und Mittlerer Osten“ bewertet. Aber auch Rolf Steiningers „Der Nahostkonflikt“ (2003), Elmar Krautkrämers „Krieg ohne Ende“ (2003), Dietmar Herzs' „Palästina“ (2003), Ralf Balkes „Israel“ (2000) sowie Helga Baumgartens fundierte und mutige Darstellung der palästinensischen Nationalbewegung „Palästina: Befreiung in den Staat“ (1991) waren eine wertvolle Hilfe. Einen besonderen Stellenwert nimmt in diesem Zusammenhang das Standardwerk des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Mark Tessler „A History of the Israeli-Palestinian Conflict“ (1994) ein, das vor allem dann zu Rate gezogen wurde, wenn komplexe Sachverhalte „aufzubrechen“ waren.

2 Die Wurzeln des Nahost-Konflikts

„Die Wurzeln des Konflikts liegen in der Entstehungsgeschichte des Staates Israel.“² Die wiederum steht in engem Zusammenhang mit der Herausbildung einer national-jüdischen Bewegung, des Zionismus, am Endes des 19. Jh., die als Reaktion auf die zunehmenden Judenverfolgungen in Osteuropa – insbesondere in Polen und Russland – aber auch als Folge wachsender Assimilationsprobleme westeuropäischer Juden verstanden werden kann. Primäres Ziel des Zionismus wurde die Errichtung eines eigenständigen jüdischen Staates in Palästina, einem Gebiet, das 1919 von ca. 515 Tsd. Moslems, 65 Tsd. Juden, und 62 Tsd. Christen bewohnt wurde, dessen Grenzen zwar nicht eindeutig definiert waren³, jedoch damals noch das Territorium Transjordanien bzw. des heutigen Jordanien einschloß.

2.1 Theodor Herzl und der politische Zionismus

„Die Idee, durch die Schaffung eines jüdischen Gemeinwesens das Elend der osteuropäischen Juden zu lindern und ihnen damit einen Ausweg aus dem oft tödlichen Kreislauf von Unterdrückung und Verfolgung zu zeigen, hatte viele Väter.“⁴ So war schon 1880 in Russland eine Bewegung unter dem Namen *Chibat Zion* (dt. „Zionsliebende“) mit dem Ziel gegründet worden, den vor den Pogromen flüchtenden Juden durch die Ansiedlung in Palästina eine Perspektive zu geben. Auch andere Autoren wie Moses Hess, dessen Buch „Rom und Jerusalem – Die letzte Nationalitätenfrage“ bereits 1862 veröffentlicht wurde, oder Leon Pinsker mit seiner 1882 verfassten Schrift „Autoemanzipation“ hatten das Thema eines jüdischen Nationalstaats schon vor Theodor Herzl aufgegriffen. Diese Publikationen waren in der Öffentlichkeit aber wenig beachtet worden und auch Herzl selbst hatte von ihnen erst erfahren, als er gegen Ende des 19. Jahrhunderts bereits seinen Ruf als Begründer des politischen Zionismus gefestigt hatte.⁵

2 Woyke, Wichard (Hrsg.): Handbuch Internationale Politik. 8. Auflage. Opladen 2000, S. 307.

3 ebenda.

4 Balke 2000: 38.

5 ebenda.

Der in Budapest geborene Wiener Journalist und Schriftsteller Theodor Herzl (1860–1904) war der bedeutendste Protagonist der zionistischen Bewegung und der „richtige Mann zur richtigen Stunde“, dem es „ganz konkret gelang, die bereits – besonders ausgeprägt in Russland – bestehenden Zionssehnstüchte aus ihrem religiösen Kontext herauszulösen und in politische, nationale Bahnen zu lenken.“⁶ Herzls Zionismusidee war nach Balkes Einschätzung „nichts anderes als ein Ausdruck der Krise des jüdischen Selbstverständnisses im späten 19. Jh. und Lösungsmodell zugleich.“⁷ Zwar wird immer wieder die Dreyfus-Affäre als eines der Schlüsselerlebnisse angeführt, das Herzl zum überzeugten Zionisten habe werden lassen. Doch sei es – so Balke – vielmehr die „neue Qualität des Antisemitismus [gewesen, K.S.], der den klassischen Anti-Judaismus mit den in Mode kommenden rassebiologischen Konzepten vereinte und radikalisierte“ und Herzl letztendlich bewogen habe, „Assimilation und Emanzipation als gescheitert zu betrachten und einen nationalstaatlichen Ansatz zu entwickeln“.⁸ Im Vielvölkerstaat Österreich hatte er beobachten können, wie Tschechen, Ungarn oder Kroaten nationale Eigenständigkeit forderten. Warum sollte dieser Ansatz nicht auch eine Option für die Juden sein? 1896 veröffentlichte Herzl seine Ideen in der Schrift „Der Judenstaat – Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage.“

Unter den assimilierten Juden Westeuropas stießen die Thesen des Zionistenführers jedoch teilweise auf erhebliche Vorbehalte. Insbesondere von den deutschen und englischen Staatsbürgern jüdischen Glaubens wurde befürchtet, durch das Bekenntnis zur Idee des politischen Zionismus in einen Loyalitätskonflikt mit ihren jeweiligen Heimatländern zu kommen und dabei die gerade gewonnene rechtliche und gesellschaftliche Emanzipation wieder aufs Spiel zu setzen. Hinzu kam, dass orthodoxe Juden den Zionismus als „eine Art säkularer Tabuverletzung [bewerteten], da nur Gott ein solches Vorhaben ausführen dürfe“.⁹

Dessen ungeachtet lud Theodor Herzl 1897 Juden aus aller Welt zu einem Kongress nach Basel ein, um ihnen „das nationalistisch-politische Pro-

6 ebenda: 37.

7 ebenda

8 ebenda: 39.

9 ebenda

gramm“ für einen unabhängigen „Judenstaat“ vorzustellen.¹⁰ Ergebnis dieses ersten Zionistenkongresses, dessen 204 Delegierte zumeist aus Osteuropa kamen, war sowohl die Verabschiedung einer Resolution für die „Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“ wie auch die Gründung des Zionistischen Weltkongresses. Vor allem aber hatte man erreicht, dass die öffentliche Diskussion über die Idee des Zionismus wieder belebt worden war.¹¹

Die besondere – auch Gewaltanwendung nicht ausschließende – Problematik der Landnahme, die mit der Gründung eines Staates durch die Zionisten in Palästina verbunden sein würde, war Herzl und seinen Mitstreitern offensichtlich bewusst, wurde aber mit der im damals noch imperialistisch geprägten Europa weitgehend akzeptierten Formel „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ kaschiert. Herzl notierte dazu in seinem Tagebuch: „Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern.“¹²

Die zionistische Bewegung verfolgte von Beginn an das Ziel, in Palästina eine jüdische Mehrheit zu schaffen und aller Welt klar zu machen, dass die Juden als Nachfahren der Hebräer die legitimen „Ureinwohner“ Palästinas seien und die Anwesenheit der Araber als „illegal“ zu gelten habe. David Ben Gurion, 1948 der erste Ministerpräsident Israels, stellte hierzu 1937 fest: „Das Land ist in unseren Augen nicht das Land seiner jetzigen Bewohner. [...] Wenn man sagt, dass Eretz Israel das Land zweier Nationen sei, so verfälscht man die zionistische Wahrheit doppelt. [...] Palästina muss und soll nicht die Fragen beider Völker lösen, sondern nur die Frage eines Volkes, des jüdischen Volkes in der Welt.“¹³

Herzl sei – so auch Watzal – der Überzeugung gewesen, die Judenfrage könne nicht mehr durch Assimilation oder Emanzipation; d. h. durch das „Verschmelzen der Juden mit anderen Völkern“ gelöst werden.¹⁴ Paech und Stuby weisen indes darauf hin, dass die Forderung nach einem jüdischen Staat in Palästina in ihrer rein religiösen Begründung ahistorisch sei und

10 Watzal, Ludwig: Feinde des Friedens. Berlin 2001, S. 9.

11 Steininger, Rolf: Der Nahostkonflikt. Frankfurt am Main 2003, S. 7–8.

12 Balke 2000: 39.

13 Steininger 2003: 9.

14 Watzal 2001: 9.

letztlich die Umsetzung einer kolonialistischen Idee darstelle. So habe man das Vorhandensein einer arabischen Bevölkerung negiert „und die Warnungen vor den notwendigerweise folgenden Konflikten in den Wind“ geschlagen.¹⁵ Trotz des starken jüdischen Nationalismus und des „geschickten Vorgehens der Zionisten“ wäre – so Paech und Stuby weiter – das Projekt eines jüdischen Staates niemals ohne die „Unterstützung der hauptsächlich imperialistischen Interessenten in diesem Gebiet, Großbritannien und später die USA, zu realisieren gewesen“.¹⁶

2.2 Die Renaissance des jüdischen Palästina

Die Wiedergeburt des jüdischen Palästina wurde in besonderem Maße durch zwei Umstände befördert; zum einen durch eine verstärkte Einwanderung von Juden seit 1881, zum anderen dadurch, dass die siegreichen Engländer mit Beendigung des 1. Weltkriegs von den Osmanen die Herrschaft über dieses Gebiet übernahmen. Insbesondere die britische Verwaltung schuf später die Rahmenbedingungen, „in denen sich ein quasi-staatliches jüdisches Organisationsgefüge relativ ungehindert entwickeln konnte“. Hierzu gehörte die Realisierung wichtiger Infrastrukturmaßnahmen ebenso wie die Einbindung Palästinas in den britischen Währungsraum und damit dessen Anschluss an den Weltmarkt.¹⁷

Juden hatten all die Jahrhunderte über in Palästina gesiedelt. Vor 1880 lebten dort ca. 10–20 Tsd. fast ausschließlich orthodoxe Juden, „die ihr Leben dem Studium der heiligen Schriften widmeten und im wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes wenig in Erscheinung traten.“¹⁸ Diese seit Generationen in Palästina ansässigen Juden mit einer „relativ homogenen Sozialstruktur“ bezeichnete man als „Alten“ *Jischuw* (= jüdische Gesamtbevölkerung Palästinas).

15 Die King-Crane-Kommission hatte 1919 davor gewarnt, „wie sehr das zionistische Programm von der Bevölkerung Syriens und Palästinas als ungerecht empfunden wird. Manchmal können Entscheidungen, die nur mit Waffengewalt durchzusetzen sind, notwendig sein; aber es gibt gewiß keinen Grund, sie willkürlich zugunsten einer ungerechten Sache zu treffen.“ Zit. in: Paech, N. u. Stuby, G.: Kein Platz für das palästinensische Volk? In: Blätter für deutsche und internationale Politik. H. 10, Jg. 27/1982, S. 1099.

16 Paech. u. Stuby 1982: 1099/1100.

17 Balke 2000: 41

18 ebenda: 42.

Im Gegensatz dazu stand der „Neue“ *Jischuw*, der aus jenen jüdischen Immigranten hervorging, die vom Beginn der ersten Einwanderungswelle (Alijah), die den Zeitraum von 1881 bis 1903 umfasste, und danach bis zur Staatsgründung nach Palästina kamen. Diese neuen Siedler begannen alsbald, sich politisch zu betätigen und in einem jüdischen Gemeinwesen zu organisieren, in dem bereits 1903 die erste Knesset gewählt wurde. Bis zum Ausbruch des 1. Weltkriegs erhöhte sich durch die 2. Alijah (1904–1914) der jüdische Bevölkerungsanteil auf ca. 100 Tsd., wenngleich von den 2,3 Mio. Juden, die damals Osteuropa verließen, nur ein kleiner Prozentsatz nicht in die USA, sondern nach Palästina emigrierte. Dennoch, so Balke, hätten diese Menschen der Entwicklung Palästinas wichtige Impulse verliehen.¹⁹

2.3 Palästina im Ersten Weltkrieg (1914–1918)

Mit dem Kriegseintritt des Osmanischen Reiches als Verbündeter der Achsenmächte im Oktober 1914 wurde auch Palästina, das als Teil Groß-Syriens unter der Herrschaft der Pforte stand, zum Kriegsschauplatz. Der Grund dafür war, dass ein „wesentliches Kriegsziel der Ententemächte England und Frankreich“ in der „Zerschlagung des Osmanischen Reiches“ lag, „die hiermit den Vorderen Orient unter ihre Kontrolle bringen wollten.“ Gleichzeitig sollte Deutschland aus diesem Gebiet verdrängt, die britische Landbrücke nach Indien gesichert und die französischen und britischen Erdölinteressen im arabischen Raum garantiert werden.²⁰

2.3.1 *Das Britisch-Arabische Abkommen (McMahon)*

„Auf der Suche nach Verbündeten verteilten die Briten während des Krieges die potentielle Beute gleich dreimal. Als Erstes wurden die Araber bedient.“²¹ Wie aus der erst 1939 (!) bekannt gewordenen Korrespondenz zwischen dem britischen Hochkommissar in Ägypten, Sir Henry McMahon und dem Sherifen von Mekka, den späteren König von Hedjas aus der Haschemiten-Dynastie, Hussein hervorgeht, erklärte sich Großbritannien bereit, „Von obenerwähnten Einschränkungen abgesehen [...] die Unabhängigkeit der Araber innerhalb der vom Sherifen von Mekka vorgeschlagenen Grenzen

19 ebenda

20 Krautkrämer, Elmar: Krieg ohne Ende? Israel und die Palästinenser – Geschichte eines Konflikts. Darmstadt 2003, S. 11/12.

21 Steining 2003: 9.

anzuerkennen und zu unterstützen.“ Die Vorbehalte McMahons bzw. der britischen Regierung bezogen sich dabei auf „Die beiden Bezirke von Mersina und Alexandrette und Teile Syriens westlich der Bezirke von Damaskus, Homs, Hama und Aleppo, welche nicht als rein arabisch zu bezeichnen sind, ...“²²

Wie aus dem Antwortbrief des Sherifen v. 5. November 1915 zu ersehen, lehnte er den britischen Vorbehalt für die erwähnten Teile Syriens mit dem Hinweis ab, dass „es sich um rein arabische Provinzen“ handle. Da aber der Vorbehalt für das in Rede stehende syrische Gebiet auch in der Rückäußerung McMahons v. 13. Dez. 1915 nicht aufgegeben und zudem mit Interessen des Verbündeten Frankreich in den besagten Provinzen begründet wurde, konnte von arabischer Seite davon ausgegangen werden, dass es sich bei dem umstrittenen Territorium um das von maronitischen Christen bewohnte Gebiet des heutigen Libanon handelt.²³ Mit dem beruhigenden Versprechen der Briten, das Problem einer „besonders sorgfältigen Prüfung“ zu unterziehen, wurde der Konflikt zunächst „vertagt“, während die Araber ihre Sache bei ihrem neuen Verbündeten weiterhin in guten Händen wähnten und als Bundesgenossen der Alliierten am 15. Juni 1916 den Türken den Krieg erklärten.

Während Großbritannien später behauptete, der so genannte „syrische Vorbehalt“ habe sich auch auf Palästina bezogen, wurde dies von arabischer Seite mit Hinweis auf den vorliegenden Schriftverkehr zum Hussein-McMahon Abkommen und anhand anderer Quellen vehement bestritten. Zu diesen „anderen Quellen“ gehört eine Erklärung der britischen Regierung, die in einem am 08. Februar 1918 datierten Brief des britischen Bevollmächtigten in Djidda, Oberstleutnant J. R. Basset, übermittelt wurde. In ihm wird bestätigt, dass die Alliierten sich weiterhin für die „Befreiung der unterdrückten arabischen Völker“ einsetzen würden. Und in der sog. „Britischen Siebener-Deklaration“ v. 16. Juni 1918 erklärte die Regierung seiner Majestät, dass die künftigen Regierungen der befreiten Gebiete „auf dem Prinzip der freien Wahlen des Volkes beruhen sollen“.²⁴

22 Vgl. Schreiben McMahons v. 24. Oktober 1915. Zit. in: Atiyah, Edouard u. Cattan, Henry: Palästina – Versprechen und Enttäuschung. Rastatt 1970, S. 8. Internet unter: <http://www.iznbg.de/PalBuch/dasBuch.htm> v. 21.01.2004.

23 Zit. in: in Atiyah u. Cattan 1970: 8.

24 Vgl. „Britische Siebener-Deklaration“ v. 16. Jun. 1918. In: Atiyah u. Cattan 1970: 14.

Obwohl Palästina von diesen Zusagen *expressis verbis* nicht ausgenommen war, wurden dort bis zur Rückgabe des Mandats in 1948 an die UN bekanntermaßen keine freien Wahlen abgehalten. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang noch, dass die „Britische Siebener-Deklaration“ ca. sieben Monate nach Bekanntgabe der Balfour-Deklaration (02. Nov. 1917) erfolgte, deren Realisierung – wie die Briten zweifelsohne wussten – bei einer Abhaltung freier Wahlen aufgrund der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit der Araber in Palästina und deren vehementer Ablehnung des zionistischen Siedlungsprojekts niemals möglich gewesen wäre.

2.3.2 *Der Sykes-Picot-Pakt*

Im Widerspruch zu den umfassenden Zusagen der Briten an die Araber standen auch die Abmachungen des Sykes-Picot-Paktes (benannt nach den Unterhändlern, dem Briten Sir Mark Sykes und dem Franzosen Georges Picot). Der Vertrag war am 16. Mai 1916 zwischen Frankreich und England geschlossen worden und sollte eine Aufteilung und Absicherung ihrer jeweiligen Einflussphären im Nahen Osten nach Beendigung des Krieges gewährleisten.

Das Abkommen sah (bei Verwendung der heutigen Bezeichnungen) folgende Gebietsaufteilung vor: Syrien, Libanon und Nordgaliläa sollten an Frankreich; der mittlere und südliche Irak, Südjudäa, der Negev sowie die strategisch bedeutsamen Städte Haifa und Akko dagegen an Großbritannien fallen. Der größte Teil Palästinas – das zu Syrien gehörte – einschließlich Jerusalem und Jaffa sollte indessen einer internationalen Kontrolle unterworfen werden. Auf diese Weise konnte eine französische Einflussphäre im Norden, eine britische im Süden und eine internationale Kontrollzone in Palästina errichtet werden.²⁵ Diese Regelungen, die quasi einer „Balkanisierung“ des Nahen Ostens gleichkamen, standen sowohl in diametralem Widerspruch zur Realisierung des Großarabischen Reiches, das die Briten den Arabern zugesagt hatten, wie auch zu „den Zielen der arabischen politischen Gesellschaften aus der Vorkriegszeit“²⁶.

In einer Revision dieser ursprünglich geplanten Internationalisierung Palästinas sowie im Zurückdrängen des französischen Einflusses im Vorderen Orient lagen nach Balke wesentliche Gründe für die *Balfour-Erklärung* der

25 Steining 2003: 11.

26 Mejcher: 61.

britischen Regierung vom November 1917, auf die nachfolgend noch ausführlicher einzugehen sein wird.²⁷

2.3.3 *Die Balfour – Deklaration*

Während die Araber durch das britische Versprechen, ihnen nach siegreicher Beendigung des Krieges gegen die Osmanen „Freiheit und Souveränität“ zu gewähren, als Verbündete im Kampf gegen die Achsenmächte gewonnen wurden, kam es wenig später auch zu einer Annäherung zwischen der britischen Regierung und den Zionisten. Auch diesen machten die Engländer politische Zusagen, die in eindeutigem Widerspruch zu denen standen, die sie zuvor den Arabern bzw. den Franzosen gemacht hatten. Auslöser der britisch-zionistischen Annäherung war, dass wichtige Repräsentanten der zionistischen Bewegung wie der spätere erste israelische Staatspräsident Chaim Weizmann die im Weltkrieg liegende Chance erkannt hatten, der Idee eines jüdischen Staates in Palästina zu mehr internationaler Anerkennung und Unterstützung zu verhelfen.²⁸

So wurde von Weizmann, der mit dem Präsidenten der Zionistischen Föderation in Großbritannien Lord Rothschild befreundet war, der Vorschlag eines starken jüdischen Staates „an der ägyptischen Flanke“ als Bollwerk nach Norden, das einer Absicherung der dortigen britischen Interessen dienen konnte, ins Gespräch gebracht. Einigen Mitgliedern des britischen Kriegskabinetts schien zudem die Möglichkeit realistisch, durch eine Parteinahme zugunsten der Zionisten die Juden in den USA zu veranlassen, „ihre Regierung zum Kriegseintritt auf Seiten der Entente zu bewegen.“²⁹

Andererseits stießen die „Maximalforderungen nach einem jüdischen Staat“ und der „Anerkennung Palästinas als Vaterland des jüdischen Volkes“ – wie vom zionistischen Komitee in London sowie in dem durch Lord Rothschild vorgelegten Resolutionsentwurf vorgetragen – aber auch auf deutliche Ablehnung.³⁰ Teile der Regierung in London sahen durchaus das Risiko, bei einer zu offensichtlichen Parteinahme für die Zionisten, den für die britische Kriegführung im Nahen Osten wichtigen Aufstand der Araber gegen die Osmanen zu gefährden. Das Resultat all dieser Überlegungen war, so Balke,

27 Balke 2000: 45.

28 ebenda: 43.

29 ebenda.

30 ebenda: 44.

„die berühmte Balfour-Erklärung, mit der der englische Außenminister Lord Arthur James Balfour in Abstimmung mit den USA am 2. November 1917 dem Präsidenten der Englischen Zionistischen Föderation, Lionel Walter de Rothschild, sein Wohlwollen gegenüber einer jüdischen „Heimstätte“ [in Palästina, Verf.] ausdrückte.“³¹ Die in Form eines Briefes übermittelte Deklaration hat folgenden Wortlaut:

„Dear Lord Rothschild, I have much pleasure in conveying to you, on behalf of His Majesty's Government, the following declaration of sympathy with Jewish Zionist aspirations which has been submitted to, and approved by, the Cabinet.

‘His Majesty's Government view with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country’

I should be grateful if you would bring this declaration to the knowledge of the Zionist Federation. Yours Arthur James Balfour.“³²

Die Balfour-Deklaration ist als ein Meilenstein in der Geschichte der zionistischen Bewegung eingegangen und prägt bis heute in hohem Maße die rechtliche, historische und religiös-zionistische Argumentation im Nahostkonflikt.

Die strategischen Überlegungen des britischen Kriegskabinetts indes, die letztlich zur Balfour-Deklaration geführt haben, lagen in dem Bestreben begründet, die Kontrolle über das Gebiet Palästinas nicht aus der Hand geben zu müssen. Allein in einer ausschließlich britischen Verfügungsgewalt über dieses Territoriums wurde damals die Garantie gesehen, die imperialen bzw. kolonialen Interessen Großbritanniens in Ägypten und am Suez-Kanal wirksam schützen zu können. Entsprechend dieser Einschätzung entschied das britische Kriegskabinett im Mai 1917, dass jede andere Macht in Palästina

31 ebenda.

32 Steining 2003: 75.

eine Bedrohung für das britische Weltreich darstelle. Damit war mittelfristig die Zielrichtung der britischen Nahost-Politik festgeschrieben.³³

Als geeignetes Vehikel zur Durchsetzung seiner so definierten Interessen entschied Großbritannien, sich die Bestrebungen der Zionisten nutzbar zu machen und diese mit ihren eigenen Zielen zu verbinden. Mit dem Versprechen, die Errichtung einer „nationalen Heimstätte“ der Juden in Palästina zu unterstützen sowie den Prozess der Durchsetzung jüdischen Selbstbestimmungsrechts dort zu befördern, wurde seitens der Briten in sehr „spezieller Weise“ der Forderung des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson nach einer „neuen Weltordnung auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker“ entsprochen. Dessen ungeachtet aber war die „Jüdische Selbstverwaltung in Palästina [...] damit der geeignete Deckmantel“ für eine Annulierung der vormals geplanten Internationalisierung Palästinas und die Fortsetzung britischer Kontrolle über diese strategische Schlüsselposition im Vorderen Orient, „die Wilson ansonsten wohl als imperialistische Aktion der Briten nicht akzeptiert hätte“.³⁴

Gegen eine solchermaßen geplante „Wiedergeburt der jüdischen Nation“ erhoben sich sowohl bei den Zionisten als auch in britischen Regierungskreisen Vorbehalte und sogar Widerstände; allerdings aus jeweils völlig unterschiedlichen Motiven. So wurde die Forderung Weizmanns nach einer „Wiederherstellung Palästinas als jüdischer Staat und als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes“, in dem Araber „alle möglichen Garantien für kulturelle Autonomie“ erhalten sollten, von den Londoner Zionisten als „viel zu schnell“ verworfen, obwohl auch deren Ziel am Ende ein jüdischer Staat war. Rothschild legte daraufhin einen neuen Entwurf vor, der von Großbritannien verlangte, Palästina „als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes“ anzuerkennen und der zionistischen Organisation in Palästina einen autonomen Status zu gewähren.³⁵

Allein aus diesen Vorgängen, die auch der arabischen Seite nicht verborgen blieben, wird deutlich, auf welch „konspirative“ Weise in britisch-jüdischem Zusammenspiel versucht wurde, die Bildung eines zionistischen Staates in Palästina einzufädeln. Die wahren Absichten des Siedlungsprojektes durften dabei keinesfalls – solange die Siedler noch zahlenmäßig zu schwach waren –

33 ebenda: 74.

34 ebenda: 76.

35 ebenda

offen gelegt werden, um den Widerstand der Araber nicht vorzeitig herauszufordern. Dass sich hieraus für deren geschichtliches und politisches Bewusstsein und speziell dem der Palästinenser die Erkenntnis ableiten lässt, zu jener Zeit bereits Opfer einer konzertierten völkerrechtswidrigen „Verschwörung“ von britischer Mandatsmacht, deren Alliierten und den Zionisten geworden zu sein, ist zumindest rational nachvollziehbar.

Doch auch gegen die neue „Heimstätten“-Erklärung gab es Widerstände im britischen Kriegskabinett. Diese waren sowohl grundsätzlicher als auch spezifischer Natur. So fürchtete man, mit der Etablierung eines Judenstaates das Problem einer so genannten „doppelten Loyalität“ assimilierter Juden wieder heraufzubeschwören, da eine neu zu errichtende „nationale Heimstätte“ in Palästina sie zu Fremden in ihren jetzigen Heimatländern machen könne. Wichtige Änderungsvorschläge gingen von Alfred Milner aus, der als Mitglied des Kriegskabinetts forderte, die „nationale jüdische Heimstätte solle *in* Palästina verwirklicht werden und dürfe nicht ganz Palästina umfassen. Zudem sollte im eigenen britischen Interesse nicht die Schaffung eines jüdischen Staates verfolgt, sondern vielmehr Garantien für die in Palästina lebenden Araber gegeben werden. Indes wurde von George Curzon, dem späteren britischen Außenminister hinterfragt, „wie denn die Moslems in Palästina entfernt werden sollten, damit Juden dort einwandern können?“ Er wies darauf hin, dass dort bereits 500.000 Araber lebten, die sich sicherlich nicht freiwillig enteignen und zu Menschen zweiter Klasse degradieren ließen.³⁶

Am 31. Oktober 1917 verabschiedete daraufhin das Kriegskabinett eine vermeintlich pro-arabische Deklaration. Sie anerkannte zwar prinzipiell die religiösen und bürgerlichen Rechte der Araber, zielte aber letztlich offensichtlich darauf ab, die Gewährung der politischen Emanzipation auf einem Zeitpunkt zu verschieben, zu dem die Angehörigen der jüdischen Heimstätte die Mehrheit im Lande erreicht haben würden. Dass in der Deklaration der neunzigprozentige arabische Bevölkerungsanteil in Palästina zudem unter dem diskriminierenden Begriff der „nicht-jüdische Gemeinden“ subsumiert wurde, ließ trotz aller Verschwommenheit der sonstigen Formulierungen deutlich erkennen, wer in Zukunft den Charakter Palästinas prägen sollte.

Durch die Balfour-Deklaration hatten sich die Briten hinsichtlich ihrer künftigen Nahost-Politik selbst in die Pflicht genommen. Und es war abzusehen, dass die zionistische Gemeinschaft sie aus dieser Verpflichtung nicht so

36 ebenda: 77.

leicht wieder entlassen würde. Dabei wussten Briten wie Zionisten von Beginn an, dass mit der „nationalen Heimstätte“ jener „Judenstaat“ gemeint war, den Herzl so vehement gefordert hatte.³⁷ Auf jeden Fall aber war mit der Balfour-Deklaration zugleich einer der wichtigsten Grundsteine des späteren Nahost-Konfliktes gelegt.

Dabei mußten sowohl die britische Regierung wie die jüdischen Siedlungsaktivisten wissen, dass die Araber, die sich gerade vom osmanischen Joch befreit hatten und große Hoffnungen auf die vom amerikanischen Präsidenten Wilson verkündete neue Weltordnung und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker setzten, das ihnen aufoktroyierte zionistische Siedlungsprojekt nicht ohne massive Gegenwehr hinnehmen würden. Von den Befürwortern des Heimstätten-Plans jedoch wurde offenbar im Glauben eigener Omnipotenz billigend in Kauf genommen, mit der unbeirrten Fortführung imperialer Machtpolitik – unter Mißachtung früher gemachter Zusagen und gegen die berechtigten nationalen Ansprüche der Araber – das Risiko eines Konflikts einzugehen, dessen internationale Dimensionen und verheerende Langzeitwirkung sich damals schon abzeichneten. So erklärte David Ben Gurion als „einer der entscheidenden Führer des Zionismus“, der 1948 erster Ministerpräsident Israels wurde, bereits 1918, dass es nach seiner Ansicht „keine Lösung für den arabisch-jüdischen Konflikt“ gäbe und fügte hinzu: „Wir müssen das zur Kenntnis nehmen. Wir als jüdische Nation wollen das Land für uns. Die Araber als Nation wollen das Land für sich.“³⁸

2.4 Der Weg zum britischen Mandat über Palästina

Als das Osmanische Reich am 30. Oktober 1918 kapitulierte, wurden Großbritannien und im geringeren Maße auch Frankreich die neuen Herren im Nahen Osten. Allein ihren nationalen Interessen folgend schufen sie hier eine politische Geographie, die bis heute weitgehend „überlebt“ hat. Die großen Verlierer indes waren dabei die Araber, deren versprochenes Großreich jetzt endgültig nicht mehr auf der Agenda der Mandatsmächte stand. Zunächst wollte Großbritannien ohne Rücksicht auf die arabischen Ansprüche die Vereinbarungen mit Frankreich erfüllen. Gleichzeitig galt es, die Zusagen der Balfour-Deklaration einzulösen. Diese markiert damit nach Herzls „Juden-

37 ebenda: 78.

38 ebenda: 12.

staat“ nicht nur der „zweite große Wendepunkt in der Geschichte des politischen Zionismus“ [...], sondern zugleich auch der „Beginn einer neuen Phase der Auseinandersetzung zwischen Arabern und Juden“. ³⁹

Die Verhärtung der Fronten zeigte sich auf Seiten der Araber bereits unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Wortlauts der Balfour-Deklaration in der Gründung einer arabisch-palästinensischen Nationalbewegung. Der erste so genannte Palästinensische Nationalkongress forderte im Februar 1919, den Bezirk Süd-Syrien bzw. Palästina nicht von der „unabhängigen arabisch – syrischen Regierung“ zu trennen. Zur gleichen Zeit verlangte Emir Feisal, ein Sohn Husseins, bei den Versailler Friedensverhandlungen, die vormals von den Briten bzw. den Alliierten versprochene Unabhängigkeit aller arabischen Länder ohne Einschränkungen zu verwirklichen. Dabei wurde nochmals an die Erklärung McMahons erinnert, „die Unabhängigkeit der Araber in allen Gebieten innerhalb der vom Sherifen von Mekka geforderten Grenzen anzuerkennen und zu unterstützen“. ⁴⁰ Der später von den Briten reklamierte Vorbehalt für Palästina lässt sich dagegen – wie bereits dargestellt – aus den Briefen McMahons nicht erklären. Auch Krautkrämer stellt hierzu fest, dass nach dem Wortlaut des britischen Vorbehalts nur der syrische Küstenstreifen, also das Gebiet des heutigen Libanon gemeint gewesen sein konnte, nicht aber ganz Palästina. ⁴¹

Auch die Zionisten machten ihre Position in Bezug auf Palästina unzweideutig klar. So erklärte der Hauptsprecher der Zionisten bei den Pariser Friedensverhandlungen, Chaim Weizmann, auf eine entsprechende Frage des US-Außenministers Robert Lansing, man wolle „Palästina so jüdisch machen, wie Amerika amerikanisch und England englisch ist“. Noch ein halbes Jahr zuvor allerdings hatte er Feisal versichert, die Juden hätten nicht die Absicht, in Palästina „eine Regierung zu bilden“. ⁴²

39 ebenda.

40 Krautkrämer 2003: 13.

41 ebenda

42 Steining 2003: 12/13.

Die Bereitschaft Feisals, der u. a. von Lawrence von Arabien⁴³ beraten wurde, auf der Basis einer solchen Zusicherung in eine Zusammenarbeit mit den Zionisten einzuwilligen, hatte im Januar 1919 in Paris sogar zu einer entsprechenden Vereinbarung mit Chaim Weizmann als Vertreter der zionistischen Bewegung geführt.⁴⁴ Diese war jedoch hinfällig, als deren Voraussetzung – die Gründung eines unabhängigen arabischen Staates – nicht erfüllt wurde. Immerhin betonte die Präambel dieses ersten arabisch-zionistische Abkommens „die alten Bande zwischen Arabern und dem jüdischen Volk und stellte eine enge Zusammenarbeit in Aussicht“. Der Vertrag sah zudem die Errichtung „ordnungsgemäß akkreditierter Behörden in den jeweiligen Territorien“ vor. Nach Beendigung der Friedenskonferenz sollten des weiteren die Grenzen zwischen dem arabischen Staat und Palästina festgelegt, eine palästinensische Verfassung erlassen, eine eigenständige Verwaltung aufgebaut und die Balfour-Deklaration als verbindlich bestätigt werden. In dieser Form hätte eine Implementierung des geplanten Abkommens zweifelsohne die offizielle Anerkennung Palästinas als „jüdischer Heimstätte“ seitens der Araber bedeutet.⁴⁵

So aber kann heute spekuliert werden, ob der Nahost-Konflikt, zumindest in seiner jetzigen Dimension, hätte vermieden werden können, wenn die Kolonialmächte England und Frankreich damals bereit gewesen wären, die beiden direkt betroffenen Akteure ihre Probleme in gegenseitigem Einvernehmen selbst lösen zu lassen. Neil Caplan weist in diesem Zusammenhang allerdings darauf hin, dass „die Position Faisals gegenüber dem Zionismus ambivalent war“ und auch Helmut Mejcher betont, „daß Faisal über kein arabisches Verhandlungsmandat verfügte und auch ohne europäische Obstruktion nicht in der Lage gewesen wäre, das Abkommen zu implementieren“.⁴⁶

43 Thomas Edward Lawrence, bekannt als *Lawrence von Arabien* (* 16. August 1888 in Tremadoc, Wales; † 19. Mai 1935 in Clouds Hill, England) war britischer Amateurarchäologe, Geheimagent und Schriftsteller. Bekannt wurde Lawrence vor allem durch seine Beteiligung am von den Briten forcierten Aufstand der Araber gegen das Osmanische Reich während des Ersten Weltkrieges. Gem. http://de.wikipedia.org/wiki/Thomas_Edward_Lawrence.

44 ebenda: 13.

45 Krautkrämer 2003: 24.

46 Caplan, Neil: Faisal Ibn Husain and the Zionists: A Re-Examination with Documents in: *The International History Review* 5.4 (1983); S. 561–614. Mejcher 1998: 60f. Zit. in: Beck, Martin: *Friedensprozess im Nahen Osten – Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient*. Wiesbaden 2002, S. 169.

2.4.1 Ausbruch des jüdisch-arabischen Konflikts

Die unnachgiebige Haltung der britischen Regierung gegenüber den Forderungen der Araber auf Selbstbestimmung zeigte sich nach kurzer Zeit bereits in der Nichtanerkennung der „*Moslem Christian Association*“ (MCA), die aus dem im Herbst 1920 erstmals tagenden palästinensischen „*National Congress*“ hervorgegangen war und sich als Repräsentantin aller palästinensischen Araber verstand. Dennoch gelang es einigen Delegierten dieser Vereinigung im April 1921 in Jerusalem, vom britischen Kolonialminister Churchill empfangen zu werden und ihm dabei die drei zentralen Forderungen der arabischen Seite an die künftige Londoner Nahostpolitik vorzutragen:

- (1) Annullierung der Balfour-Deklaration;
- (2) Unterbindung der jüdischen Einwanderung;
- (3) Zulassung der Bildung einer nationalen palästinensischen Regierung.

Churchill indes zeigte sich nach eigenem Bekunden weder willens noch in der Lage, diesen Forderungen nachzukommen. Eine direkte Vorsprache bei der Londoner Regierung in gleicher Sache, die im September 1921 erfolgte, wurde – wie zu erwarten – ebenfalls negativ beschieden und führte in der Folge zu einer Verstärkung antizionistischer und antibritischer Propaganda in der palästinensischen Presse.⁴⁷

Eineinhalb Jahre zuvor, im März und April 1920 war es bereits zu ersten arabischen Gewaltakten (Oster-Unruhen) gegen zionistische Siedlungen gekommen, bei denen sieben Juden den Tod fanden. Im Mai 1921, einen Monat nach Ablehnung der MCA-Petition durch Churchill, überfielen arabische Freischärler eine Einwanderungsherberge in Jaffa und töteten dreizehn angehende jüdische Siedler. Der Aufruhr weitete sich aus zu Kämpfen zwischen bewaffneten Gruppierungen beider Seiten und Angriffen auf weitere Siedlungen, die am Ende 48 Arabern und 47 Juden das Leben kostete.⁴⁸

2.4.2 Bericht der King-Crane-Kommission (1919)

Der Widerstand der Araber gegen das zionistische Siedlungsprojekt indes beschränkte sich, wie bereits 1919 der Bericht der sog. *King-Crane-Kommission* enthüllt hatte, nicht nur auf Palästina, sondern wurde „von der gesamten

47 Krautkrämer 2003: 25.

48 ebenda

Bevölkerung Syriens allgemein geteilt.“⁴⁹ Dies war jedoch nicht die einzige ungeschminkte Erkenntnis zur britischen Palästina-Politik, die durch diese Untersuchung ermittelt wurde.

Bereits die Umstände des Zustandekommens der King-Crane-Kommission⁵⁰ hatten einen erheblichen Dissens der vier Großmächte hinsichtlich ihrer Vorstellungen von der weiteren Behandlung und politischen Zukunft der befreiten arabischen Gebiete offenbart. So war vom US-amerikanischen Präsidenten Wilson als Reaktion auf den Wunsch Frankreichs nach Übernahme des ungeteilten Syriens ganz im Sinne seiner Forderung nach einer Selbstbestimmung der Völker die Entsendung einer inter-alliierten Kommission vorgeschlagen worden, welche die Wünsche der betroffenen Bevölkerung erkunden sollte. Frankreich, Großbritannien und auch Italien boykottieren daraufhin die Kommission. Die damit nur noch aus den amerikanischen Delegierten bestehende „Rumpf“-Kommission führte dennoch ihren Auftrag durch.

In dem am 28. August 1919 vorgelegten Untersuchungsbericht wurde der Friedenskonferenz dringend empfohlen, eine „ernsthafte Modifizierung des zionistischen Maximalprogramms, das eine unbeschränkte Einwanderung der Juden mit dem Ziel vorsieht, aus Palästina einen eigenen jüdischen Staat zu machen“ vorzunehmen.⁵¹ Der Kommission anerkannte zwar den Erfolg und die Aufopferung „eines großen Teils der Kolonisten“ und konzidierte zudem, dass die Zionisten, die „mittels verschiedener Arten des Länderkaufs eine vollständige Enteignung der nichtjüdischen Bewohner Palästinas anstreben“ durch die *Balfour-Deklaration* und deren Anerkennung durch die Alliierten ermutigt worden seien. Falls aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie von Präsident Wilson in seiner Botschaft vom 4. Juli 1918 verkündet, Vorrang besitze, und – so der Kommissionsbericht wörtlich – „... das palästinensische Volk also dazu berufen ist, über das Schicksal seines Landes zu entscheiden, darf man nicht außer acht lassen, dass die nichtjüdische Bevölkerung (fast neun Zehntel der Gesamtbevölkerung) das gesamte zionistische Programm absolut ablehnt. Wenn man einer derart eingestellten Bevölkerung,“ – so die Schlußfolgerung des Berichts – „eine unbegrenzte jüdische Zuwanderung auferine ernsthafte Vergewaltigung des eben

49 Zit. in: Atiyah u. Cattani: Kap. Die King-Crane-Kommission.

50 benannt nach den Leitern der amerikanischen Kommission Dr. Henry Churchill King, Präsident des Oberlin College, Ohio u. Charles R. Crane, Geschäftsmann aus Chicago.

51 Zit. in Atiyah u Cattani 1970: Kap. Die King-Crane-Kommission.

angeführten Prinzips [der Selbstbestimmung, Verf.] und auch Völkerrechts, selbst wenn diese Vorgänge sich hinter der Fassade der Legalität abspielen.“⁵²

Die Kommission wies außerdem eindringlich darauf hin, dass nach übereinstimmender Einschätzung der britischen Militärs „vor Ort“ das zionistische Programm nicht ohne Waffengewalt durchgesetzt werden könne und fuhr wörtlich fort: „Manchmal können Entscheidungen, die nur unter Waffengewalt durchzusetzen sind, notwendig sein, aber es gibt gewiss keinen Grund, sie willkürlich zugunsten einer ungerechten Sache zu treffen.“ Und auch zu dem historischen Anspruch der Zionisten auf Palästina nimmt der Kommissionsbericht Stellung: „Was den oft von den Zionisten vorgebrachten Anspruch betrifft, dass die Juden ein „Recht“ auf Palästina hätten, so kann man ihn wohl kaum ernsthaft in Erwägung ziehen.“

Das Gremium unterbreitete letztendlich unter sachgerechter Bewertung aller gewonnenen Erkenntnisse „und trotz ihrer tiefen Sympathie für die jüdische Sache“, die Schlussempfehlung, die jüdische Einwanderung drastisch zu beschränken, und „das Projekt, aus Palästina ein spezifisch jüdisches Commonwealth zu machen, aufzugeben“.⁵³

Das waren deutliche Worte und eine vernichtende Kritik von neutraler Seite zur britischen Palästina-Politik und ihrer Unterstützung des zionistischen Siedlungsprojekts. England und Frankreich aber wollten ihre einmal getroffenen Entscheidungen nicht mehr in Frage stellen lassen und nahmen den Bericht daher offiziell nicht zur Kenntnis. Er wurde erst zwei Jahre später veröffentlicht und blieb ohne erkennbaren Einfluss auf die weitere Nahost-Politik. Auch in der Fach-Literatur fand das Dokument in der Folgezeit kaum Erwähnung.⁵⁴

2.4.3 *Übertragung des Palästina-Mandats an Großbritannien*

Trotz dieser eindringlichen Warnungen und Vorbehalte vor einer unbeirrten Weiterverfolgung der mit der *Balfour-Deklaration* eingeleiteten zionistenfreundlichen Nahost-Politik, wurde Großbritannien am 24. Juli 1922 in San

52 ebenda.

53 ebenda

54 Chomsky, Noam: Offene Wunde Nahost. Hamburg 2002, S. 31.

Remo vom Völkerbund das Palästina-Mandat übertragen, das erst gut ein Jahr später, am 29. September 1923, offiziell in Kraft trat.

2.4.3.1 Der Mandatsvertrag

Bereits in der Präambel der Mandats-Urkunde wird Großbritannien die Verantwortung für die Umsetzung der *Balfour-Deklaration*, „derzufolge für das jüdische Volk in Palästina eine jüdische Heimstätte geschaffen werden soll“, übertragen. Gleichzeitig wird der Mandatar verpflichtet, dafür zu sorgen „dass nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina beeinträchtigen könnte“. Gleichzeitig allerdings wurden in dem Dokument die „historischen Anrechte des jüdischen Volkes an Palästina, wie auch der Rechtsanspruch auf die Wiederherstellung seiner Nationalen Heimstätte in diesem Land ...“⁵⁵ anerkannt.

Zur Regelung des Zusammenlebens und der Festlegung der Rechte von Arabern und Juden wurde der Mandatar gemäß Artikel 7 darüber hinaus verpflichtet, ein Nationalitätengesetz zu erlassen, das es insbesondere den Juden erleichtern sollte, „sich ständig in Palästina niederzulassen und die palästinensische Staatsangehörigkeit zu erlangen“.⁵⁶ Zudem sollte eine „geeignete jüdische Körperschaft“, die *Jewish Agency*, offiziell anerkannt werden und das Recht erhalten, die britische Mandatsverwaltung in Palästinas bei der Errichtung der jüdischen „nationalen Heimstätte“ zu beraten.

2.4.3.2 Völkerrechtliche Bewertung

Die Frage, inwieweit die *Balfour-Deklaration* sowie die darüber hinaus gehenden Regelungen zugunsten der jüdischen Siedler mit der Übernahme in den Mandatsvertrag völkerrechtlichen Charakter erlangt haben, wird unterschiedlich bewertet. Rolf Steininger stellt dazu lapidar fest: „Damit wurde diese Deklaration Völkerrecht, erweitert um mehrere Artikel, die festlegten, wie die weitere Entwicklung in Palästina von den Briten gehandhabt werden sollte.“⁵⁷

55 Atiyah u. Cattan 1970: 17.

56 ebenda: 18.

57 Steininger 2003: 15.

Atiyah und Cattán weisen indes darauf hin, dass Palästina gemäß Artikel 22 des Völkerbundsvertrages das gleiche Recht gehabt hätte wie Syrien, dessen integraler Teil es vormalig war, zu den so genannten „entwickelten Volksgemeinschaften“ gerechnet zu werden. Aus einer solchen Einstufung hätte sich dann – wie bei den Mandaten von Syrien und dem Libanon – konsequenterweise auch für Palästina die Anerkennung des Anspruchs auf eine zumindest „provisorische Unabhängigkeit“ ergeben müssen. „Den Arabern in Palästina ein solches Recht zu verweigern,“ so die Autoren, bedeute „eine Mißachtung des Artikels 22 und eine Vergewaltigung des Vertrages des Völkerbundes.“⁵⁸

Auch sei durch das Palästina-Mandat eine Lage geschaffen worden, „die mit dem Recht auf Selbstbestimmung und der freien Entwicklung des palästinensischen Volkes nicht vereinbar“ war, weil er der Mandatsmacht Verpflichtungen auferlegte, die im Interesse eines anderen Volkes lagen. Da diese den genuinen Interessen des unter Mandat stehenden Volkes (d. h., den palästinensischen Arabern) widersprachen und der Mandatar somit seiner vorrangigen Pflicht gegenüber dem unter Mandat stehenden Volk nicht nachkommen konnte, bedeutete „das Palästina-Mandat eine Verletzung des Artikels 22 und eine Vergewaltigung des Völkerbundsvertrages“.⁵⁹

2.4.3.3 Widerstände in der britischen Regierung

Auch in der britischen Regierung gab es durchaus kritische Stimmen zu dem von Zionisten in Paris entworfenen Mandatstext. So legte Außenminister Lord Curzon (1919–1924)⁶⁰ Anfang 1920 die Ungereimtheiten und Widersprüche der britischen Mandatspolitik und des Mandatsvertrages für Palästina in drastischer Weise unmissverständlich und selbstkritisch dar: „Die Zionisten wollen einen jüdischen Staat mit Arabern als Holzfäller und Wasserträger. Das wollen auch viele Briten, die mit den Zionisten sympathi-

58 Im Artikel 22 des Völkerbundsvertrags heißt es im dritten Abschnitt: „Verschiedene Völker, die einst dem ottomanischen Reich unterstanden, haben bereits eine solche Entwicklungsstufe erreicht, dass man sie provisorisch als unabhängige Nationen anerkennen darf, unter der Bedingung, dass ihrer Administration Rat und Hilfe eines Mandatars zuteil wird, bis zu dem Zeitpunkt, wo sie fähig sein werden, sich selbst zu regieren; ...“ Übersetzung aus: Atiyah u. Cattán 1970: 19.

59 ebenda: 20.

60 George Nathaniel Curzon, 1. Marquess Curzon of Kedleston, (* 11. Januar 1859; † 20. März 1925) war als Konservativer und führender Vertreter des Imperialismus seit 1886 Mitglied im britischen Parlament. 1899–1905 Vizekönig von Indien. Während des Ersten Weltkriegs Lordsiegelbewahrer u. Mitglied des Kriegskabinetts.

sieren. [...] Das ist nicht meine Sicht der Dinge. Ich will, dass die Araber eine Chance haben, und ich will keinen Staat der Hebräer. Da gibt es ein Land mit 580.000 Arabern und 30.000 oder möglicherweise 60.000 Juden (keineswegs alle Zionisten). Für uns gilt das edle Prinzip der Selbstbestimmung, und wir beenden unsere Arbeit mit einem wunderbaren Appell an den Völkerbund, und dann verfassen wir ein Dokument, dass in jedem Paragraphen nach Jude stinkt und ganz klar wie die Verfassung eines jüdischen Staates aussieht.“⁶¹

Curzon wehrte sich auch gegen die im Mandatstext aufgenommene Formulierung von der Anerkennung der „*historischen Anrechte des jüdischen Volkes an Palästina*“. Für ihn stand fest, dass dieser Anspruch „zur Grundlage aller zukünftigen Forderungen gemacht“ werde. Er für seine Person erkenne nicht an, „dass die Verbindung der Juden mit Palästina, die vor 1.200 Jahren zu Ende gegangen“ sei, „ihnen was für auch immer einen Rechtsanspruch gibt“.⁶²

Doch am Ende musste auch Curzon den Text akzeptieren. Durchgesetzt hatte sich letztendlich die Gruppe um Lord Balfour, der bereits in einem Memorandum vom 11. August 1919 seinen Kabinettskollegen mitgeteilt hatte:

„In Palästina schlagen wir noch nicht einmal vor, die Wünsche der augenblicklichen Bewohner auch nur in Betracht zu ziehen. Die vier Großmächte sind dem Zionismus verpflichtet. Mag der Zionismus richtig oder falsch, gut oder schlecht sein, er ist verwurzelt in einer langen Tradition, in den augenblicklichen Notwendigkeiten, in zukünftigen Hoffnungen, die von größerer Wichtigkeit sind als die Wünsche und Nachteile von 700.000 Arabern, die zur Zeit in diesem historischen Land leben.“⁶³

2.4.3.4 Kritik an der britischen Mandatspolitik

Nach Watzal stellte „diese offene und teilweise rassistische Erklärung die Spitze des Betruges an den Palästinensern dar“.⁶⁴ Die Einlassungen Balfours machten zweifelsfrei deutlich, dass die britische Regierung, im Unterschied zu den übrigen „*befreiten Gebieten*“, den Palästinensern aus Gründen der

61 Zit. in: Steininger 2003: 15/16.

62 ebenda: 16.

63 Zit. in: Watzal 2002: 20.

64 ebenda.

„Staatsräson“ das Recht auf Selbstbestimmung verweigerte und eine eigenständige gedeihliche Entwicklung des palästinensischen Volkes zugunsten des zionistischen Siedlungsprojektes bewusst zu unterdrücken gedachte. Nach Watzal gab es „keine rechtliche Begründung“ dafür, den Bewohnern Palästinas, die ununterbrochen seit 1.300 Jahren im Lande leben und deren nationale Identität auf einer gemeinsamen Kultur, Sprache, Geschichte und einer „eindeutig identifizierbaren palästinensischen Gemeinschaft“ beruht, als „den rechtmäßigen Erben des Osmanischen Reiches“ einen Staat zu verweigern. Diese „berechtigten Ansprüche“ – so Watzal – seien durch die zionistischen Ansprüche „konterkariert“ worden. So habe „die Negierung einer nationalen palästinensischen Identität [...] zwangsläufig zur Verweigerung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes“ geführt.⁶⁵

2.4.3.5 Ambivalenz der Zionisten gegenüber den Arabern

Die Haltung der Zionisten gegenüber den Palästinensern zu jener Zeit war ambivalent. Einerseits klagten Martin Buber und Ernst Simon eine gerechte Behandlung und Akzeptanz der Araber ein. Buber warnte 1921 auf dem Zionistenkongress in Karlsbad seine Glaubensbrüder davor, „Methoden, die wir bisher als unmenschlich brandmarkten, nunmehr dadurch, dass wir sie selbst üben, praktisch an[zu]erkennen ...“. Auch brachte der Kongress seinen Wunsch zum Ausdruck, „mit dem arabischen Volk in Freundschaft und gegenseitigem Respekt zusammenzuleben und mit ihm die gemeinsame Heimat zu einem gedeihlichen Land zu entwickeln“. Andererseits setze sich der Zionistenführer Arthur Ruppin „wiederholt für eine geschlossene jüdische Wirtschaft“ in Palästina ein.⁶⁶

2.4.4 Das „Erste Weißbuch“ von 1922

2.4.4.1 Ablehnung eines jüdischen Staates

Für die britische Regierung erläuterte Churchill 1922 die künftige Palästina-Politik in einem so genannten „Ersten Weißbuch“.⁶⁷ In ihm wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, dass Großbritannien nicht das Ziel verfolge, „in Palästina einen rein jüdischen Staat zu schaffen“. Vielmehr solle lediglich gemäß der Balfour-Deklaration die Errichtung einer *nationalen jüdi-*

65 ebenda.

66 ebenda: 21.

67 Das Original-Dokument wurde als „Command Paper Nr. 1700“ veröffentlicht.

schen Heimstätte in Palästina „mit der Unterstützung der Juden in anderen Teilen der Welt“ gefördert werden. Gleichzeitig aber wurde bekräftigt, dass die Juden mit „vollem Recht“ und „nicht nur geduldet“ in Palästina seien. Die „alten historischen Bindungen der Juden an Palästina“ würden von der britischen Regierung als Grundlage dieses Rechts ausdrücklich anerkannt.⁶⁸ Immerhin wurde konzidiert, dass die Einwanderung die wirtschaftliche Aufnahmekapazität des Landes nicht übersteigen dürfe.⁶⁹ Im Übrigen aber blieb der Text vage und ließ so Raum für Interpretationen und Spekulationen hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Landes.

2.4.4.2 Araber lehnen „historischen Rechtsanspruch“ der Juden ab

Von einer Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in Palästina war weiterhin keine Rede. Für die Araber, die den von den Briten unterstützten historischen Rechtsanspruch der Zionisten auf Palästina nicht anerkennen wollten, ergab sich aus den Eckpunkten dieser britischen Nahostpolitik die Schlüsselfrage: „Wie also konnten sich die Juden gegen den Wunsch der einheimischen Bevölkerung rechtmäßig in Palästina niederlassen?“ Die Berufung auf eine „gesetzmäßige Übertragung dieses Rechts“ durch den Völkerbund ist nach Henry Cattan ohne Wert, da jener mit dem Mandatsvertrag gegen seine eigenen moralischen und demokratischen Prinzipien verstoßen habe. In Wirklichkeit spräche dieses „übertragene Recht“ einem „bestimmten Volk das Recht zu, sich auf dem Gebiet eines anderen Volkes niederzulassen, ohne letzteres vorher um seine Zustimmung gebeten zu haben“.⁷⁰

2.5 Die Mandatszeit 1922–1931

2.5.1 *Aufbau einer zionistischen Selbstverwaltung*

Nach dieser mit dem „Churchill“-Weißbuch von 1922 erneuerten Rücken- deckung für die jüdischen Einwanderer auf der Basis „historischen Rechts“ durch die britische Mandatsmacht, die in Palästina mit Billigung des Völkerbundes „faktisch eine neue Form kolonialer Herrschaft“⁷¹ errichtet hatte, be-

68 Vgl. Weissbuch d. britischen Regierung von 1922. Zit. in : Atiyah u. Cattan 1970: 27.

69 Steininger 2003: 17.

70 Atiyah u. Cattan 1970: 27.

71 Balke 2000: 47.

gannen die Zionisten gezielt eine Selbstverwaltung aufzubauen, die das wirtschaftliche, soziale und politische Leben zunehmend effektiv organisierte. So entstand in den Folgejahren eine ganze Palette rein jüdischer Organisationen, welche die Grundlage der späteren Staatsgründung bildeten. Bereits 1920 erfolgte die Gründung des Gewerkschaftsbundes *Histradut*, in dem Anfang der 30er Jahre ca. 75 % der jüdischen Arbeiter Palästinas organisiert waren. In ihrem Umfeld entstanden Banken, Baufirmen, Konsumgenossenschaften und Kooperativen, die die Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte übernahmen. Der Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur im Rahmen des zionistischen Heimstättenprojekts erfolgte dabei maßgeblich mit Hilfe des Kapitals im Ausland lebender Juden.⁷² Begünstigt wurde diese Entwicklung auch durch den ersten britischen Hochkommissar für Palästina, dem überzeugten Zionisten Herbert Samuel, der nach Kräften die jüdische Einwanderung nach Palästina förderte und damit entscheidend zum Überleben des durch den Krieg stark dezimierten Jischuw beitrug, ehe die Mandatspolitik mit über 100.000 zionistischen Einwanderern in den 1920ziger Jahren für eine Trendwende sorgte.⁷³

Ebenfalls 1920 entstand die *Haganah* (dt.: Verteidigung); eine Verteidigungsmiliz, die teils mit britischer Tolerierung tätig wurde, aber auch im Untergrund operierte. Aus ihr ging später die reguläre israelische Armee hervor. Auch fast alle Parteien im heutigen Israel haben ihre Wurzeln in diesen Jahren, als sich die Konturen der neuen zionistischen Gesellschaft in Palästina abzeichnen begannen.⁷⁴ 1922 war zudem auf Betreiben der britischen Regierung die *Jewish Agency* als Vertreterin der Interessen der zionistischen Siedler gegenüber der Mandatsmacht und dem Völkerbund gegründet worden. Die *Jewish Agency* stellte eine Art zionistischer „Exekutive“ für das Siedlungsgebiet des Jischuw dar, verwaltete u. a. die durch den Nationalfond *Keren Kajemet LeIsrael* in der ganzen Welt gesammelten Spenden von Juden, organisierte die Einwanderung und initiierte den Aufbau eines eigenen Bildungs- und Gesundheitswesens.⁷⁵

72 ebenda: 49.

73 Beck 2002: 170.

74 ebenda: 48.

75 ebenda

2.5.2 *Landnahme und Siedlungsaktivitäten der Zionisten*

2.5.2.1 Landnahme und sozialer Konflikt

„Die Legitimität der zionistischen Besiedlung war zwischen dem so genannten *Neuen Jischuw* und der dort lebenden arabischen Bevölkerung rasch umstritten“, stellt Martin Beck fest und weist darauf hin, dass dadurch „zunächst kein politischer sondern ein sozialer Konflikt konstituiert wurde“. Der Grund dafür sei der Umstand gewesen, dass sich „zum Zeitpunkt der frühen zionistischen Besiedlung in den palästinensischen Gebieten noch keine arabische Nationalbewegung herausgebildet hatte“ und es somit auch zunächst keinen Herrschaftskonflikt zwischen der jüdischen und arabischen Bevölkerung gab. Vielmehr habe es einen solchen zwischen der zionistischen Bewegung und dem Osmanischen Reich gegeben, das die zionistischen Ansprüche in Palästina nicht anerkannte.⁷⁶

2.5.2.2 Die „Kapitalistische“ Neuordnung („Tanzimat“)

Die zionistischen Siedlungsaktivitäten konzentrierten sich weitgehend auf den fruchtbaren Küstenstreifen Palästinas (zwischen dem heutigen Städten Tel Aviv und Haifa) sowie um den See Genezareth als Teil des Gebiets des Fruchtbaren Halbmonds. Diese palästinensischen Gebiete waren seit Jahrtausenden ackerbaulich genutzt worden und hatten wie aller Grund und Boden bis kurz vor Beginn der zionistischen Besiedlung traditionell dem Herrscher bzw. dem Staat gehört. Im Rahmen des so genannten „Tanzimats“ (Neuordnung), eine Periode tiefgreifender Reformen zwischen 1838–1876, waren durch die Pforte, insbesondere auf politischen Druck der europäischen Mächte, Eigentumstitel an Privatpersonen, „primär an Mitglieder der Finanz- und Handelsbourgeoisie“ verkauft worden. Die sozioökonomischen Rahmenbedingungen der Fellachen („Bauern“) wurde davon zunächst nicht berührt; es änderte sich lediglich der Adressat ihrer Pachtzahlungen; meist private Großgrundbesitzer, „die in den urbanen Zentren residierten“.⁷⁷

2.5.2.3 Zionistischer Landerwerb und „Eroberung der Arbeit“

Jedoch eröffnete diese „Neuordnung“ auch die Möglichkeit, einen Transfer von Grund und Boden im Rahmen des zionistischen Besiedlungsprojektes

76 Beck 2002: 167.

77 Vgl. Diner, Dan: Israel in Palästina: Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient. Königstein/Taunus 1980, Kap. 1. Zit. in: Beck 2002: 168.

nach kapitalistischen Prinzipien zu vollziehen. Aufgrund ihrer ideologischen Ausrichtung an der Renaissance eines „*Erez Israel*“ war die jüdische Siedlungsbewegung bereit, auch vergleichsweise hohe Bodenpreise zu akzeptieren. Der zionistische Grunderwerb, der mit einem Programm der „Eroberung der Arbeit“ einherging, resultierte allerdings bald immer häufiger darin, „dass die Fellachen von `ihrem` Land vertrieben wurden und den Nomaden der Zugang zu den angestammten Weideplätzen verweigert wurde“. ⁷⁸ Während die Zionisten diese Auswirkungen als legale und legitime Folge ihres Eigentumserwerbs betrachteten, „begriffen die arabischen Bauern sie als illegitime Form der Vertreibung“. Angesichts der weitgehend agrarischen Struktur Palästinas musste eine solche Verdrängung fast zwangsläufig zu einer sozialen Marginalisierung der Fellachen führen. ⁷⁹

2.5.2.4 Jüdischer Nationalfond und „strategische“ Landkäufe

Wichtige Weichen wurden in der für das Siedlungsprojekt zentralen Frage der Landbeschaffung bereits 1914 gestellt, als der Nationalfond *Keren Kajemet LeIsrael* begann, in Palästina Land von im Ausland lebenden arabischen Großgrundbesitzern aufzukaufen. Später unterstützte die britische Mandatsmacht die Siedlerprojekte u. a. dadurch, dass sie der *Jewish Agency* ehemals osmanisches Staatsland übertrug. In den Folgejahren kam es durch die zionistischen Landkäufe zu einer dramatischen Steigerung der Bodenpreise, die viele Araber zum Verkauf ihres Grundbesitzes animierte. Gleichzeitig aber erschwerte diese Entwicklung den Landerwerb für kapitalschwächere arabische Interessenten und beraubte in der Folge viele arabische Pächter ihrer Existenzgrundlage. ⁸⁰

Im Mittelpunkt der zionistischen Siedlungsaktivitäten stand neben den rein wirtschaftlichen Aspekten insbesondere die strategische Zielsetzung, „einen größtmöglichen und einheitlichen jüdisch kontrollierten Siedlungsraum zu

78 „Das Ideal, im jüdischen Wirtschaftssektor nur ‚eigene‘ Arbeitskräfte zu beschäftigen, war ideologischer Natur und widersprach marktwirtschaftlichen Rationalitäten.(...) Dies erklärt mit, weshalb arabische Arbeitskräfte in der jüdischen Ökonomie, insbesondere im Agrarsektor, auch noch 1936, am Vorabend der arabischen Revolte, eine zentrale Rolle spielte.“ Vgl. Tessler, Mark 1994: A History of the Israeli-Palestinian Conflict. Bloomington, Ind., S. 177–180. Zit. in: Beck 2002: 168.

79 Beck 2002: 168.

80 Balke 2000: 49.

schaffen“.⁸¹ Diese planvoll und systematisch betriebene Inbesitznahme von Grund und Boden indes war einer der auslösenden Faktoren für den sich bald gewaltsam entladenden Konflikt zwischen Juden und Arabern.

2.5.3 *Entwicklung des arabisch-palästinensischen Nationalismus*

Hinsichtlich der historischen Entwicklung des Herrschaftskonfliktes in Palästina weist Beck darauf hin, dass der jüdische Nationalismus zunächst nicht auf einen Gegenspieler in Form eines arabischen Nationalismus gestoßen sei.⁸² Dieser habe sich im wesentlichen erst als Reaktion auf die „europäische Durchdringung des Orients“ und in Abwehr des zionistischen Siedlungsprojektes in Palästina entwickelt. Zuvor habe im Osmanischen Reich die ethnische Zugehörigkeit kaum eine Rolle gespielt.

2.5.3.1 Arabischer „Befreiungsnationalismus“

Die Rezeption des aus Europa importierten Nationalismus als politische Idee erfolgte zunächst im Rahmen eines „Befreiungsnationalismus“ modernistischer Intellektueller aus der osmanischen Staatsbürokratie, mit dem die „europäische Durchdringung des Orients gestoppt“ werden sollte.⁸³ Der sich dabei im arabischen Raum entwickelnde Nationalismus stellte den Bezugspunkt des Osmanischen Reiches zunächst nicht in Frage. Dies geschah erst, als im Zuge der Junktürkischen Revolution von 1908/1909 die Osmanische Regierung eine „rigorose Türkifizierung vornahm und die multi-ethnische osmanische Identität“ durch einen türkischen Nationalismus ersetzt wurde. Doch auch der danach sich stärker entwickelnde arabischen Nationalismus richtete sich zunächst weiterhin in erster Linie gegen die europäischen Großmächte; weniger gegen den Zionismus. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs blieb der Anti-Zionismus im wesentlichen ein Problem nichtorganisierter sozialer Unterschichten, die „Opfer des oben beschriebenen sozialen Konflikts geworden waren“.⁸⁴

81 ebenda.

82 Beck 2002: 168.

83 Dawn, C. Ernest: The Origins of Arab Nationalism. In: Khalidi, Rashid/ Anderson, Lisa/ Muslih, Muhammed/ Simon, Reeva S. (Hrsg.): The Origins of Arab Nationalism, New York 1991, 4f (3–30). Zit. in: Beck, S. 169.

84 Tessler 1994: 141–144.

2.5.3.2 „Pan-Arabischer“ und „palästinensischer“ Nationalismus

Während und nach dem Ersten Weltkrieg verfestigte sich der arabische Nationalismus als Reaktion auf den Untergang des Osmanischen Reiches und den Imperialismus Großbritanniens und erfuhr allmählich eine Ausdifferenzierung, bei der sich eine panarabische Strömung entwickelte, die Palästina als Teil eines zu schaffenden arabischen Großreichs ansah. In Palästina selbst setzte sich jedoch aus Furcht vor den Hegemoniebestrebungen externer arabischer Führer bis Ende der 1920er Jahre eine alternative Variante des arabischen Nationalismus durch, die für sich beanspruchte, sich vorrangig an den Bedürfnissen Palästinas und seiner arabischen Bewohner zu orientieren.⁸⁵ Parallel zu dieser Entwicklung zeichnete sich eine Verschärfung des zionistisch-arabischen Konflikts ab.

2.5.3.3 Segmentierung der Gesellschaft

Der Prozess einer zunehmenden Segmentierung zwischen Juden und Arabern in Palästina dokumentierte sich in dieser Zeit unter anderem in der Aufgabe vormals enger Beziehungen auf der Ebene der Eliten und beruhte nicht zuletzt auf der stark gewachsenen sozialen Distanz zwischen dem jüdischen und dem arabischen Bevölkerungsanteil. Obwohl es in den 1920er Jahren noch ein gewisses Mass an arabisch-jüdischer Kooperation in öffentlichen Institutionen wie Gemeinderäten oder örtlichen Handelskammern gab, entwickelten sich beide Bevölkerungsteile auch politisch und wirtschaftlich immer weiter auseinander.⁸⁶ Der bereits beschriebene dynamisch fortschreitende Aufbau einer zionistischen Selbstverwaltung wie auch die Schaffung eines umfassenden jüdischen Wirtschaftssegments, die sich gegenüber den Arabern weitgehend abschotteten, waren ebenso ein Beleg für die Zweiteilung der Gesellschaft im damaligen Palästina wie das Schul- und Bildungswesen, „das sich unter dem Mandat in komplett getrennte jüdische und arabische Zweige entwickelte“.⁸⁷ Die immer deutlicher hervortretenden soziokulturellen Unterschiede zwischen Arabern und Juden wurden indes nicht in friedlicher Koexistenz und gegenseitiger Gleichgültigkeit hingenommen,

85 Vgl. Muslih, Muhammad: The Rise of Local Nationalism. In: Khalidi, Anderson, Muslih, Simon (Hrsg.) 1991: 167–185. Zit. in: Beck 2002: 170.

86 Tessler 1994: 233/234.

87 Krämer 2002: 211.

sondern führten alsbald zu gewalttätigen arabisch-zionistischen Auseinandersetzungen.⁸⁸

2.5.4 Wendepunkt arabisch-jüdischer Beziehungen 1929

2.5.4.1 Tiefgreifende Konflikte

In der zweiten Hälfte der 20ziger Jahre häuften sich die Zusammenstöße zwischen Juden und Arabern. Bereits im September 1928 am jüdischen Versöhnungsfest (Yom Kippur) kam es zu ersten Zusammenstößen vor der Klagemauer, deren Initiative von jüdischen Gläubigen ausgegangen war. Im darauf folgenden Sommer eskalierten die Auseinandersetzungen dann in massiver Gewaltanwendung, welche das Ausmaß der Unruhen zu Beginn der 1920er Jahre deutlich überstieg. Zum ersten Male spielten dabei auch religiöse Ressentiments eine wichtige Rolle. Anlass der Feindseligkeiten, die schnell auf andere Orte übergriffen, indes war die Verbitterung der Araber über die politische Aufwertung der *Jewish Agency* auf dem 18. Zionistenkongress in Zürich sowie ein erneuter jüdisch-moslemischer Streit über die Zuständigkeiten an der Klagemauer, die beiden Religionen als heiliger Ort galt. Ab dem 15. August 1929 stießen dort mehrfach gewaltbereite Gruppen fanatisierter Juden und Moslems aufeinander, bis schließlich am 23. August das Gerücht, „Juden planten einen Angriff auf die Aqsa-Moschee und hätten bereits mehrere Araber umgebracht“ zur Explosion der Gewalt führte. Ein bewaffneter arabischer „Mob“ versuchte daraufhin, bei bewaffneter Gegenwehr in die jüdischen Wohnviertel einzudringen. Und von dort griff die Gewalt bald auf ganz Jerusalem über.⁸⁹

Die arabischen Aufständischen gingen teilweise mit großer Brutalität insbesondere gegen Angehörige des alten Yishuv, meist orthodoxe Juden, vor und verübten in den als besonders konservativ und „orthodox“ geltenden Städten Hebron und Safed grausame Massaker an jüdischen Familien. Insgesamt wurden im Verlauf der Auseinandersetzungen 133 Juden und 116 Araber getötet. Die Arabische Exekutive distanzierte sich zunächst von den Gewaltakten, doch schürten die harten Kollektivstrafen, welche die Briten gegen ganze Dörfer verhängten, die Erbitterung der arabischen Bevölkerung.⁹⁰ Insgesamt werden diese furchtbaren Ereignisse vielfach auch als ein Wende-

88 Tessler 1994: 235.

89 Krämer 2002: 271.

90 ebenda

punkt in den arabisch-jüdischen Beziehungen gesehen, „als von nun an eine nicht mehr zu unterdrückende, abgrundtiefe Feindschaft zwischen den zwei ethnischen Gruppen und Religionen bestand“.⁹¹

2.5.4.2 Die Shaw – Untersuchungskommission

Die von der britischen Regierung eingesetzte Untersuchungskommission unter der Leitung von Sir Walter Shaw kam in ihrem Bericht vom März 1930 zu dem Ergebnis, dass die Gründe für die Unruhen weitgehend in der zionistischen Siedlungspolitik und der durch sie verursachten Entwurzelung einheimischer Araber zu suchen seien und empfahl – „sehr zum Mißfallen der amtierenden Labour-Regierung unter Ramsay MacDonald – eine strikte Begrenzung der Landverkäufe und der jüdischen Einwanderung“.⁹² Doch auch eine weitere Kommission, die unter Sir John Hope-Simpson zur Untersuchung der Komplexe Land, Einwanderung und Entwicklungspotential des Mandatsgebietes nach Palästina entsandt wurde, untermauerte bereits im August 1930 weitgehend die Ergebnisse des Shaw-Berichts.⁹³

2.5.4.3 Neuorientierung britischer Palästina-Politik (Weißbuch 1930)

Der Bericht der Shaw-Kommission und die von Sir John Hope Simpson gewonnenen Erkenntnisse wurden Grundlage einer Erklärung der britischen Regierung vom 30. Oktober 1930 zur Neufestlegung ihrer Palästina-Politik, den so genannten *Passfield White Papers*.⁹⁴ In ihnen betonte die Mandatsmacht explizit ihre „doppelte Verpflichtung zwischen dem jüdischen Volk einerseits und dem nichtjüdischen [!] Volk andererseits“⁹⁵, ging auf die Landnot der Araber ein, stellte eine drastische Begrenzung der jüdischer Einwanderung und des Landerwerbs in Aussicht und relativierte zudem den politischen Status der *Jewish Agency*. Insgesamt vermittelte das Weißbuch den Eindruck, als ob für die britische Regierung die Errichtung der zugesagten jüdischen Heimstätte in Palästina weitgehend abgeschlossen sei.⁹⁶

91 Krautkrämer 2003: 32. u. auch Steining 2003: 18.

92 Krämer, Gudrun: Geschichte Palästinas. München 2002, S. 274.

93 ebenda

94 Statement of His Majesty's Government on Palestine; benannt nach Lord Passfield, der einer der wenigen antizionistischen Kolonialminister war. Vgl. Krämer 2002: 274.

95 Vgl. Textauszug Weißbuch der britischen Regierung von 1930 bei Atiyah u. Cattan 1970: 29.

96 Steining 2003: 18.

Die Zionisten reagierten mit Empörung und Protesten auf diesen Kurswechsel und erreichten durch Chaim Weizmann, der nach der Bekanntgabe des Passfield-Memorandums als Präsident der Zionistischen Weltorganisation zurückgetreten war, über die parlamentarischen Opposition im Unterhaus bei der britischen Regierung eine teilweise Revision der im Weißbuch dargelegten Leitlinien ihrer neuen Palästina-Politik. Nach massiven Interventionen distanzierte sich Premierminister MacDonald schließlich in einem „klärenden“ Schreiben vom Februar 1931 an Chaim Weizmann in den wichtigen Punkten *Einwanderung* und *Landerwerb* von einigen der umstrittenen Passagen des Weißbuches und bekannte sich zudem ausdrücklich auch zu den im Palästina-Mandat enthaltenen Verpflichtungen „gegenüber allen Juden dieser Welt“.⁹⁷

Für die Araber allerdings war dieses Schreiben der „Schwarze Brief“, der ihre Hoffnungen auf eine Akzeptanz der von ihnen als legitim angesehenen Ansprüche seitens der Mandatsmacht mit einem Schlage wieder zunichte machte. Im Prinzip – so Steininger – stellte der Brief eine Kapitulation der britischen Regierung vor den Zionisten und deren Vorstellungen von der Weiterentwicklung ihres Heimstättenprojektes dar.⁹⁸ Auf jeden Fall aber hatte sich gezeigt, dass die zionistische bzw. jüdische Seite (im Gegensatz zur arabischen) aufgrund ihres leichteren Zugangs zu hohen britischen Entscheidungsträgern einen nicht zu unterschätzenden politischen Druck auf die Regierung in London auszuüben vermochte.⁹⁹

2.6 Die Mandatszeit 1932–1939

2.6.1 Die Arabische Revolte (1936–1939) und der Peel-Plan

2.6.1.1 Der Kampf um einen palästinensischen Staat

Der 1932 mit Beginn der fünften Alijah anschwellende Einwanderungsstrom jüdischer Emigranten führte schnell zu einer erneuten Verschärfung der Spannungen zwischen Juden und Arabern. Letztere hatten feststellen müssen, dass statt der von der Mandatsmacht versprochenen Einschränkung der zionistischen Zuwanderung in bisher nicht gekanntem Ausmaß genau das Gegenteil passierte. Die Araber fühlten sich nicht nur als politische Verlie-

97 Krämer 2002: 275.

98 Steininger 2003: 18.

99 Krämer 2002: 276.

rer; sie waren es auch zunehmend hinsichtlich ihrer sozialen Situation, wie das Anwachsen des palästinensischen Proletariats in Städten wie Haifa zeigte. Verantwortlich gemacht für diese Entwicklung wurden Juden und Briten gleichermaßen.¹⁰⁰

Im Verlauf der 1930er Jahren verfestigte sich die Frontstellung des „organisierten palästinensischen Nationalismus“ gegenüber dem Zionismus und führte im April 1936 zu einer „Arabischen Revolte“, deren zentrales Ziel die Errichtung eines palästinensischen Staates war. Der von Hadsch Amin al-Husseini, dem Mufti von Jerusalem und Vorsitzenden des „Obersten Arabischen Komitees“ (*Arab Higher Committee*) geführte Aufstand richtete sich dabei sowohl gegen den britischen Mandatar wie auch gegen die Fortführung des zionistischen Heimstättenprojektes; er war jetzt ein „Heiliger Krieg für das Heilige Land“.¹⁰¹

Der Araber griffen jüdische Siedlungen an, verübten Massaker an Juden, unterbrachen wichtige Verkehrsverbindungen und erschossen britische Polizisten. Der Aufstand und die Feindseligkeiten galten Juden wie Briten gleichermaßen; ihr Ziel „war neben der nationalen Unabhängigkeit das Verbot weiterer jüdischer Immigration und des Landverkaufs an Juden“.¹⁰² Die Vehemenz, mit der eine Revision der Nachkriegsordnung gefordert wurde, sowie die Unterstützung durch die arabischen Nachbarländer verliehen dem Konflikt „den Charakter einer pan-arabischen Angelegenheit mit unkalkulierbaren Risiken für Großbritannien“.¹⁰³

Der Versuch, die britische Mandats Herrschaft wie die französische in Syrien durch einen Generalstreik zu erschüttern, scheiterte in Palästina indes daran, dass die unter jüdischer Kontrolle stehenden Wirtschaftssegmente nicht involviert werden konnten.¹⁰⁴ Der Aufstand wurde zunächst im Oktober 1936 auf Vermittlung Saudi-Arabiens, Transjordanien und des Irak beendet. Diese hatten an das *Arab Higher Committee* appelliert, „auf die guten Absichten unseres Freundes Großbritannien zu vertrauen“.¹⁰⁵

100 Steining 2003: 20.

101 ebenda

102 Balke 2000: 49/50.

103 ebenda: 50.

104 Baumgarten, Helga: Palästina. Befreiung in den Staat. Frankfurt/M 1991, S. 171.

105 Gresh, Alain: Israel – Palestina. Die Hintergründe eines unendlichen Konflikts. Zürich 2002, S. 48.

2.6.1.2 Der Teilungsplan der Peel-Kommission 1937

Die zur Untersuchung der Unruhen von der britischen Regierung eingesetzte, aus sechs Mitgliedern bestehende Kommission unter *William Robert Wellesley, Lord Peel* (sog. Peel-Kommission) schlug in ihrem Bericht vom Juli 1937 eine Teilung Palästinas in zwei Staaten vor, einen arabischen und einen jüdischen.; ergänzt durch einen Korridor unter britischem Mandat, der von Jaffa bis Jerusalem einschließlich Bethlehems reichen und damit die wichtigsten heiligen Stätten einschließen sollte. Durch das Vorhandensein „zweier sich unversöhnlich gegenüberstehender Nationalismen“ im Mandatsgebiet – so der Bericht – gäbe es keine Basis für die Schaffung eines gemeinsamen Staatsverbandes; „ihr kulturelles und soziales Leben, ihre Denkweise und Lebensführung“ seien „ebenso unvereinbar wie ihre nationalen Bestrebungen“.¹⁰⁶

Hinsichtlich der Landverteilung an Juden und Araber sah der *Peel-Plan* vor, die Gebiete der fruchtbaren Ebenen im Nordwesten, in denen die Mehrzahl der jüdischen Siedlungen lagen, zu einem jüdischen Staat zu vereinen. Das restliche Mandatsgebiet mit den Hafenstädten Tel Aviv und Jaffa sollte zusammen mit Transjordanien den neu zu schaffenden Araberstaat bilden, der damit vier Fünftel des ehemaligen (syrischen) Palästinas umfassen würde.¹⁰⁷ Eines der Hauptprobleme des vorliegenden Teilungsplans allerdings war, dass Zionisten und palästinensische Nationalisten ein und dasselbe Territorium beanspruchten.¹⁰⁸ Zwar wurde den Arabern vom jüdischen Staat eine jährliche Entschädigung für die territorialen Verluste in Aussicht gestellt, aber auch ihre Umsiedlung in großem Stil ins Auge gefasst. Dabei bezog man sich auf den „fatalen Präzedenzfall“ des umfassenden Bevölkerungsaustausches, wie er in Folge des griechisch-türkischen Krieges von 1922 durchgeführt worden war.¹⁰⁹

Die Reaktion der Zionisten auf Peels Lösungsvorschlag war zwiespältig; grundsätzlich aber wurde das ihm zugrunde liegende Prinzip der Teilung

106 Vgl. Bericht über Palästina (1937), erstattet durch die britische königliche Palästina-Kommission unter dem Vorsitz von Earl Peel und auf Befehl seiner Majestät vom Staatssekretär für die Kolonien dem Britischen Parlament; vorgelegt im Juli 1937. Berlin. Zit. in: Krämer 2002: 327/328.

107 Krautkrämer 2003: 34.

108 Tessler 1994: 241–244.

109 Mejer 1998: 112.

akzeptiert. Während ein Teil das angebotene Territorium für zu klein hielt, hatte für den anderen die Gründung eines unabhängigen jüdischen Staates, der unbeschränkt Juden aufnehmen konnte, angesichts der Entwicklung in Deutschland absolute Priorität. Schließlich setzte sich unter der Meinungsführerschaft Chaim Weizmanns und Ben Gurions, der „kein Stück Land aufgeben wollte“, auf dem 20. Zionistenkongress in Zürich die Meinung durch, den Plan anzunehmen, „... jedoch mit Vorbehalten, die Änderungen ermöglichen“. ¹¹⁰

Die Araber hingegen reagierten einhellig ablehnend. Auf einer Konferenz von 400 Delegierten aller arabischen Staaten (außer Jemen) im September 1937 in Bloudan bei Damaskus wurde erneut bekräftigt, „dass Palästina ‚*ein integrierter Bestandteil des arabischen Hinterlandes*‘ sei und kein Teil dieses Gebietes abgetrennt werden könne“. ¹¹¹ Zudem müsse die *Balfour-Deklaration* annulliert und ein Minderheitenschutz garantiert werden. Großbritannien wurde vor die Wahl gestellt, zwischen der Freundschaft mit den Arabern oder den Juden zu wählen. ¹¹²

Im Gegensatz zu der differenzierten und politisch kalkulierten Reaktion der Zionisten lehnte auch das *Arab Higher Committee* den Teilungsvorschlag, obwohl er faktisch korrekt begründet war, ohne Einschränkungen ab. Neben der prinzipiellen Unvereinbarkeit des Lösungsansatzes von Lord Peel mit dem Selbstverständnis des arabisch-palästinensischen Nationalismus, der den Briten das Recht einer Teilung oder Abtrennung *arabischen* Territoriums absprach, wurde allein schon die Idee, dass der geplante Judenstaat die fruchtbarsten Gebiete erhalten sollte und 250.000 Araber zwangsweise aus Galiläa hätten umgesiedelt werden müssen, als völlig unakzeptable Zumutung empfunden. ¹¹³

Gleichzeitig mit der Vorlage des Teilungsplans der *Peel-Kommission* vollzog sich ein Paradigmenwechsel im arabisch-zionistischen Konflikt: Palästina war jetzt nicht mehr ausschließlich eine „Angelegenheit der Araber in

110 ebenda.

111 Vgl. Sykes, Christopher: Kreuzweg nach Israel. München 1967; S. 170. Zit. in: Krautkrämer 2003: 34.

112 Krautkrämer 2003: 34

113 Tessler 1994: 244.

Palästina, sondern eine Angelegenheit aller Araber“. Gleichzeitig wurde auch die Teilung Palästinas endgültig zu einer realen politischen Option.¹¹⁴

Wiederum waren damit die unterschiedlichen Muster arabischer und jüdischer Konfliktbearbeitung deutlich geworden. Während die Zionisten in der Verfolgung ihrer Ziele mehrheitlich flexibel reagierten „und auch weniger als das Ganze akzeptierten“, verlangte die arabische Seite nach wie vor die „uneingeschränkte Anerkennung ihrer Ansprüche: ganz oder gar nicht“. Nach Krämer war das allerdings eine Verweigerungshaltung, „die [wie bisher, K. S.] vor Ort und in London, Genf oder Washington keine wirksamen Hebel einzusetzen wußte und daher der zusehends besser organisierten jüdischen Seite nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte“.¹¹⁵

2.6.1.3 Fortsetzung der „Arabischen Revolte“ (1937–1939)

Die Empörung der Araber über den *Peel-Plan* entlud sich noch im September 1937 in neuen Gewalttätigkeiten, die sich diesmal schnell zu einem regelrechten bewaffneten Volksaufstand ausweiteten. Ihre Angriffe richteten sich sowohl gegen jüdische Siedlungen wie gegen die britische Mandatsmacht, die insbesondere durch die Ermordung des britischen Distriktskommissars von Galiläa, Lewis Andrews, im Oktober 1937 herausgefordert wurde. Aufgrund von Hinweisen, die auf eine Verbindung des Mörders zum Mufti hindeuteten, wurde das *Arab Higher Command* aufgelöst und dessen Führungsspitze verhaftet. Allein der Mufti konnte sich einer Festnahme durch Flucht in den Libanon entziehen und galt fortan als ausgewiesen. Der Aufstand war somit seiner zentralen politischen Führung beraubt mit der Folge, dass bald bewaffnete arabische Banden das Kommando übernahmen und dabei „in Eigenverantwortung agierend“ willkürlich mit Mord und Zerstörung gegen jüdische Siedlungen und Institutionen ebenso vorgehen wie gegen Einrichtungen und Angehörige der Mandatsmacht.¹¹⁶

Die Vehemenz, mit der eine Revision der Nachkriegsordnung gefordert wurde sowie die Unterstützung durch die arabischen Nachbarländer verliehen dem Palästinakonflikt eine neue Qualität und – so Balke – „den Charakter einer pan-arabischen Angelegenheit mit unkalkulierbaren Risiken für

114 Steinger 2003: 22.

115 Krämer 2002: 276.

116 Krautkrämer 2003: 35.

Großbritannien“.¹¹⁷ Krautkrämer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass zwar auf palästinensischer Seite Freiwillige aus benachbarten arabischen Ländern kämpften, die pro-britischen Herrscher Saudi-Arabiens, Jordaniens und des Irak dies jedoch zu verhindern suchten. Restimierend stellt er fest, dass wesentlich für die Niederlage der Palästinenser gewesen sei, „dass sie nicht geführt wurden und die ganze Bewegung einerseits durch die Uneinigkeit des gesamt-arabischen Lagers, andererseits durch die Zwistigkeiten zwischen den einheimischen Clans gelähmt wurde“. Unstreitig sei aber gewesen, dass der Aufstand „eine Reaktion der arabischen Bevölkerung auf das unaufhaltsame Anwachsen der jüdischen Heimstätte war und deshalb auch Ausdruck der Angst davor, dass ihnen künftig alles Land genommen würde“.¹¹⁸ Die Verbannung der palästinensischen politischen Führung indes wurde über die gesamte Dauer der restlichen Mandatszeit aufrechterhalten und hat dem Anliegen der Palästinenser im Ringen um die künftige Herrschaft über Palästina zweifellos erheblich geschadet.¹¹⁹

Die Briten reagierten mit großer Härte auf die Angriffe und kämpften teilweise zusammen mit Einheiten der jüdischen paramilitärischen Selbstverteidigungsorganisation *Haganah* gegen die Aufständischen. Im Zuge dieser „Waffenbrüderschaft“ wurden auch gemischte britisch-jüdische Spezialeinheiten eingesetzt, die nachts in arabische Dörfer eindringen und Häuser vermeintlicher oder tatsächlicher Kollaborateure sprengten.¹²⁰ Die Radikalisierung der Auseinandersetzung zeigte sich auf zionistischer Seite unter anderem auch darin, dass sich 1937 aus der *Haganah* eine Gruppe abspaltete, die unter dem Namen *Irgun* eigenverantwortlich anti-arabische „Vergeltungs-Operationen“ durchzuführen begann. Mit Terrorangriffen gegen arabische Busse, Cafes, Märkte und andere öffentliche Plätze verbreitete sie Angst und Schrecken und töteten 1937 innerhalb von drei Wochen 77 Araber.¹²¹ Versuche der Briten, die Aktivitäten der *Irgun* einzuschränken, führte zu einer scharfen Reaktion Ben Gurions, der den Rat gab, den Briten die

117 Balke 2000: 50.

118 Krautkrämer 2003: 35.

119 Baumgarten 1991: 54.

120 Vgl. Gresh 2002: 49. Der Autor weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Mandatsverwaltung zwischen 1939 und 1940 insgesamt ca. 2000 Häuser von Arabern zerstört hat.

121 Steining 2003: 23.

Unterstützung aufzukündigen und eine eigene Streitmacht aufzustellen, um nötigenfalls auch gegen die Mandatsmacht vorgehen zu können.¹²²

Doch weder das harte Vorgehen gegen die Araber, noch die Verhängung einer Pressezensur oder das Verbot palästinensischer Parteien führte zu einer vollständigen Wiederherstellung der Ordnung im Lande. Erst als nach dem Münchener Abkommen vom September 1938 der Frieden in Europa gerettet schien und die britische Regierung weitere Truppen nach Palästina verlegen konnte, wurde der Aufstand im Januar 1939 endgültig niedergeschlagen. Die Sache der Palästinenser wurde danach von Hadj Amin Husseini und einigen Gesinnungsgenossen vom Ausland aus betrieben; allerdings ohne nennenswerten Einfluss auf den weiteren Gang der Dinge in Palästina zu nehmen.¹²³

2.6.1.4 Erneute Annäherung zwischen Briten und Arabern

Die sich bald wieder abzeichnende Kriegsgefahr in Europa führte auf Druck des Foreign Office, das sich bereits im Zusammenhang mit dem Peel-Plan, „arabischen Widerstand befürchtend, [...] strikt gegen eine Teilung“¹²⁴ ausgesprochen hatte, zu einer Annäherung an die Araber. Diese sollten für den Fall eines Krieges (erneut) als Verbündete gewonnen werden. Eine vom neuen Kolonialminister Malcom McDonald im Februar 1939 in London anberaumte Konferenz mit Arabern und Zionisten brachte allerdings keine Annäherung der Konfliktparteien. Unter dem Eindruck einer Serie zionistischer Bombenanschläge in Palästina, bei der 38 Araber starben, verweigerte sich die arabische Delegation direkten Gesprächen mit den Vertretern der *Jewish Agency* und ihren zionistischen Verbündeten aus den USA und Großbritannien; sie erreichte jedoch im März 1939 immerhin die britische Zusage einer Beschränkung der jüdischen Einwanderung nach Palästina auf 75.000 für die nächsten fünf Jahre.

2.6.1.5 Endgültige Aufgabe des Teilungsprinzips durch die Briten

Zudem beschloss die britische Regierung, nachdem 1938 die so genannte *Woodhead Kommission*¹²⁵ im Auftrag des Kolonialamtes nochmals vergeblich versucht hatte, mit einem modifizierten Teilungsplan für Palästina eine

¹²² ebenda.

¹²³ Tessler, Mark: 232.

¹²⁴ Krämer 2002: 332.

¹²⁵ benannt nach Sir John Woodhead

Verständigung zwischen Juden und Arabern zu erreichen, das Teilungsprinzip endgültig aufzugeben. Dieser Beschluss markierte eine entscheidende Kehrtwendung in der britischen Palästina-Politik.

Gleichzeitig kristallisierten sich immer deutlicher die antagonistischen Positionen der Konfliktparteien heraus. Während die Zionisten das durch die *Peel-Kommission* vertretene Teilungsprinzip inzwischen vehement verteidigten, lehnten die Araber weiterhin jegliche Einflussnahme der Mandatsmacht und des Völkerbundes auf die künftige Gestaltung Palästinas als illegal und illegitim ab. Die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie, wie dies angesichts der konkreten internationalen Macht- und Herrschaftsverhältnisse und der unveränderten strategischen Zielsetzung der Zionisten zu verhindern sei, wurde von arabischer Seite allerdings nicht in Angriff genommen. Doch schien zunächst auch das weitere Vorgehen der Briten im Rahmen ihrer Appeasement-Politik die arabische Haltung zu bestärken.

2.6.1.6 Das Weißbuch 1939

Die veränderte Strategie der Regierung Neville Chamberlain (1937–1940) in der Palästina-Politik wurde im Mai 1939 in einem neuen Weißbuch (*MacDonald White Paper*) der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Die Mandatsmacht verkündete nunmehr „unzweideutig, dass es nicht ihre Politik ist, aus Palästina einen jüdischen Staat werden zu lassen“.¹²⁶ Auch bestätigte sie offiziell die bereits vereinbarten Einwanderungsbeschränkungen für Juden und versicherte, künftig jede illegale Einwanderung nach Palästina zu unterbinden sowie den Landverkauf künftig restriktiv zu handhaben bzw. ganz zu verbieten.¹²⁷ Im Übrigen wurde die „Errichtung einer „nationalen jüdischen Heimstätte“ für beendet erklärt und die Bildung eines unabhängigen binationalen Staates Palästina mit gesicherter arabischer Mehrheit innerhalb der nächsten zehn Jahre in Aussicht gestellt.¹²⁸

126 Steinger 2003: 25. Der Kernsatz des Weißbuches lautete: „Die Regierung Seiner Majestät ist der Überzeugung, daß die Verfasser des Mandats, in das die Balfour-Erklärung aufgenommen wurde, nicht beabsichtigt haben können, Palästina gegen den Willen der arabischen Bevölkerung des Landes in einen jüdischen Staat zu verwandeln.“ Porath, Yesoshua 1977: *The Palestine Arab National Movement: From Riots to Rebellion*. London, S. 288f. Text in: *Survey of Palestine 1946: Prepared in December 1945 and January 1946 for the information of the Anglo-American Committee of Inquiry*. 2 Bde. Jerusalem, S. 90–99, hier 91f, zit. in: Krämer 2002: 343.

127 Steinger 2003: 25

128 Balke 2000: 51.

Trotz dieser pro-arabischen Zugeständnisse stieß das Weißbuch auch bei den relevanten politischen Gruppierungen der Palästinenser auf Vorbehalte, da die jüdische Einwanderung zunächst weiterhin – wenngleich auf niedrigerem Niveau – geduldet werden sollte. Gleichmaßen wurde die vorgesehene Teilhabe der Zionisten an einer binationalen palästinensischen Regierung von arabischer Seite strikt abgelehnt. Die Zionisten indessen reagierten mit unverhohlener Entrüstung auf die neuen Leitlinien britischer Nahost-Politik, die künftig den bedrängten jüdischen Glaubensbrüdern in Europa den Fluchtweg in ihre „Heimat Palästina“ abschneiden würde. Die *Jewish Agency* warf Großbritannien vor, ein territoriales Ghetto für Juden in deren eigenem Land zu etablieren und bezeichnete das Weißbuch als Vertrauensbruch und Kapitulation gegenüber dem arabischen Terrorismus.¹²⁹

So war es den Briten wiederum nicht gelungen, eine für beide Konfliktparteien akzeptable Palästina-Politik zu formulieren; und es war in jenem Jahr 1939 nicht abzusehen, wie dies überhaupt jemals noch möglich sein würde. Tessler stellt hierzu sarkastisch fest, dass die Briten jetzt die bitteren Früchte ihres selbststüchtigen Eindringens in Palästina ernteten. Doch obwohl selbst grundsätzliche Befürworter der britischen Nahost-Politik wie Mark Sykes angesichts der grausamen Judenverfolgung in Europa eine Lockerung der jüdischen Zuwanderung nach Palästina forderten, bestimmten die Festlegungen des McDonald-Weißbuches für die Dauer des Krieges und auch den Zeitraum danach bis zum Ende des Mandats im Mai 1948 die offizielle britische Palästina-Politik und das Vorgehen der Mandatsbehörden vor Ort.¹³⁰

2.7 Die Kriegsjahre und Nachkriegszeit/Mandatszeit (1939–1948)

Trotz ihres Widerstandes gegen die britische Weißbuch-Politik sah die *Jewish Agency* den Kampf gegen Hitler-Deutschland auch als ihren eigenen Kampf an. Ben Gurion prägte den Satz: „Wir werden gemeinsam mit England gegen Hitler kämpfen, als gäbe es kein Weißbuch, und wir werden das Weißbuch bekämpfen, als gäbe es keinen Krieg.“¹³¹ Doch London lehnte zunächst jeglichen militärischen Beitrag der Juden ab, um nicht hinsichtlich seiner Palästina-Politik erpressbar zu werden, genehmigte jedoch 1944 auf-

129 Tessler 1994: 246.

130 ebenda.

131 Steining 2003: 26.

grund wiederholter Interventionen jüdischer Politiker die Aufstellung und den Einsatz einer jüdischen Brigade unter britischem Oberkommando.

Ungeachtet dieser partiellen militärischen Zusammenarbeit beharrten die Briten auf ihrer Weißbuch-Politik von 1939 und waren entschlossen, diese auch gegen den Widerstand der Zionisten durchzusetzen. Während so die Mandatsmacht unnachsichtig jeglichen Versuch illegaler jüdischer Einwanderung zu vereiteln bemüht war, sah die *Jewish Agency* in der *Alijah Beit* eine notwendige und legitime Maßnahme, ihre von Verfolgung und Ermordung durch die Nationalsozialisten bedrohten Glaubensbrüder in Europa in Sicherheit zu bringen. „Für die Zionisten waren inzwischen die Briten mit dem Weißbuch und ihrer Politik in den ersten Jahren des Krieges zu größeren Feinden als die Araber geworden.“¹³²

2.7.1 *Zionistische Aktivitäten in USA*

2.7.1.1 Die Biltmore-Deklaration (1942)

Angesichts dieser harten und unnachgiebigen Haltung der Briten in der Palästinalpolitik verlagerten die Zionisten ihre politischen Aktivitäten verstärkt auf die USA. Ein bedeutender Meilenstein im Zuge dieser Neuorientierung war ein außerordentlicher Zionistenkongress, der vom 9.–11. Mai 1942 unter der Leitung David Ben-Gurions und im Beisein Chaim Weizmanns im New Yorker Hotel Biltmore stattfand. Da wegen des Krieges die Durchführung eines ordentlichen Zionistischer Kongresses nicht möglich war, ging dessen Autorität quasi auf diese Konferenz über. Somit konnte die nach kontroversen Diskussionen am 11. Mai von den 600 amerikanischen und kanadischen und nur 67 europäischen und palästinensischen Delegierten¹³³ verabschiedete Biltmore-Deklaration auch legitimerweise den Anspruch erheben, für die nächsten Jahre als offizielle Programm-Plattform der zionistischen Weltbewegung zu gelten. Darüber hinaus wurde der Kongress das Forum für den Aufstieg Ben Gurions zum „unangefochtenen Führer des Weltzionismus“¹³⁴. Auf seine Anregung hin wurde in der Biltmore-Deklaration gefordert, der *Jewish Agency* die Kontrolle über die Einwanderung nach Palästina zu übertragen und sie mit den notwendigen Vollmachten auszustatten, um das ganze Land in ein jüdisches Staatswesen [Jewish Commonwealth] verwandeln zu

132 ebenda: 30.

133 Tessler 1994: 251.

134 Flapan, Simcha: Die Geburt Israels. Mythos und Wirklichkeit. München 1988, S. 37.

können – „including the development of its unoccupied and uncultivated lands“ – und auf diesem Wege seine Eingliederung in die „Struktur der neuen demokratischen Welt“ zu bewerkstelligen.¹³⁵ Bereits im Januar 1942 hatte Chaim Weizmann hierfür in einem Beitrag für „Foreign Affairs“ den Boden bereitet.¹³⁶

Nach Mejcher war das Biltmore-Programm aber auch „eine folgenschwere Abkehr von Konzepten eines binationalen jüdisch-arabischen Staates oder eines jüdischen Teilstaates innerhalb Palästinas, wie sie in der Balfour-Resolution enthalten waren“. Zudem sei mit dem Manifest die Diskussion über den radikalen Vorschlag eines „Tranfers von Teilen der arabischen Bevölkerung aus dem jüdischen Staat“, wie er bereits im Teilungsplan Lord Peels enthalten war, wiederbelebt worden.¹³⁷

2.7.1.2 Das „American Palestine Committee“

Unterstützt wurde die zionistische Kampagne in den USA wesentlich durch das vom Katholiken Robert Wagner gegründete *American Palestine Committee (APC)*, „dem schon bald zwei Drittel des amerikanischen Senats und 200 Mitglieder des Repräsentantenhauses angehörten“.¹³⁸ Der politische Einfluss dieser Organisation, die die zionistischen Forderungen nach Aufhebung der britischen Weißbuch-Politik und Bildung eines jüdischen Staates in Palästina vorbehaltlos unterstützte und in vielen öffentlichen Veranstaltungen die Vernichtungsaktionen an den Juden in Europa anprangerte, bildete angesichts von 4,6 Millionen jüdischer Wähler einen innenpolitischen Machtfaktor, den selbst die Präsidenten Roosevelt und später Truman nicht unbeachtet lassen durften. Entsprechend versprach Roosevelt vor der Präsidentenwahl 1944 dem APC, dass er im Falle seiner Wiederwahl mithelfen werde, Palästina als „ein freies und demokratisches jüdisches Staatswesen zu errichten“.¹³⁹

135 Tessler 1994: 251.

136 Steining 2003: 30.

137 Mejcher 1998: 112. S. hierzu auch Steining 2003; S. 30, der darauf hinweist, dass u.a. Ben Gurion damals die Absicht verfolgte, zwei Millionen Juden nach Palästina zu bringen und die dort ansässigen Araber notfalls mit Gewalt zu entfernen, „falls sie das Land nicht freiwillig verließen“.

138 ebenda.

139 ebenda: 31.

2.7.2 USA gegen britische Weißbuch-Politik

Die stark von innenpolitischen Motiven geprägte Unterstützung für die zionistischen Ziele in Palästina indes stand in direktem Gegensatz zu der von den strategischen Interessen der britischen Außenpolitik bestimmten Weißbuch-Politik und belastete die amerikanisch-britischen Beziehungen bis zur Gründung Israels im Mai 1948 erheblich.¹⁴⁰ So befürwortete auch der neue US-Präsident Harry S. Truman (1945–1953) im April 1946 wiederum aus wahltaktischen Gründen und entgegen dem Rat des State Departments sowie in Nichtachtung des andauernden britischen Widerstands den Vorschlag einer anglo-amerikanischen Kommission, die das Problem der sogenannten *Displaced Persons* (DPs) in Europa untersucht hatte, sofort zusätzlichen 100.000 jüdischen Flüchtlingen Einreisevisa für Palästina zu erteilen. Der britische Außenminister Ernest Bevin (1945–1951) – persönlich ein Gegner der zionistischen Pläne zur Gründung eines jüdischen Staates – kommentierte diese Forderung mit der zynischen Feststellung, „dass die USA die jüdischen Flüchtlinge in Palästina haben wollten, ‚weil sie sie nicht in New York haben wollen‘“.¹⁴¹ Tatsächlich ließen die USA, wo der Antisemitismus damals noch weit verbreitet war, vom Mai 1945 bis September 1946 nur 5.718 Juden einreisen, während die Briten im gleichen Zeitraum immerhin 70.000 jüdischen Flüchtlingen Asyl im eigenen Land gewährten.¹⁴²

Doch auch die Araber bemühten sich nach Kräften, der US-Regierung ihre Sicht der Dinge zu vermitteln. Bei einem Zusammentreffen mit Franklin D. Roosevelt (1933–1945) am 14. Februar 1945 in Ägypten machte König Abd el Asis Ibn Saud von Saudi-Arabien (1902–1953) dem US-Präsidenten eindringlich deutlich, dass die Araber ihr Land niemals freiwillig den Juden überlassen würden. Und bereits am 23. März 1945 bekräftigte er diesen Appell in einem an Roosevelt gerichteten Brief mit dem Klage, dass „die Zionisten eine Art Nazifaschismus in jenen arabischen Ländern betrieben, die auf der Seite der Alliierten gestanden hätten. Jüdische Emigranten würden in ein Land gebracht, dass bereits bewohnt sei.“¹⁴³ Es sei belegt, so Krautkrämer, dass Roosevelt dem König das Versprechen gegeben habe, die Juden nicht gegen die Araber zu unterstützen und stets im Geist arabisch-

140 Krautkrämer 2003: 43.

141 Steininger 2003: 34.

142 ebenda.

143 ebenda: 31.

amerikanischer Freundschaft zu handeln. Diese Zusage habe der Präsident weniger Tage vor seinem Tod gegenüber Ibn Saud schriftlich wiederholt.¹⁴⁴

2.7.3 Gründung der „Arabischen Liga“

Am 22. März 1945 wurde in Kairo (Ägypten) die *Arabische Liga* als internationale Organisation arabischer Staaten gegründet – mit Palästina als gleichberechtigtem Mitglied. In einer Erklärung brachte sie ihr Bedauern über das den Juden von europäischen Diktaturen zugefügte Leid zum Ausdruck, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass man „die Angelegenheit dieser Juden“ nicht mit dem Zionismus verwechseln sollte, „.... denn es könne kein größeres Unrecht und keine größere Aggression geben, als wenn das Problem der Juden Europas durch ein anderes Unrecht gelöst wird, indem den Arabern Palästinas unterschiedlicher Religion und Konfession Unrecht getan wird“.¹⁴⁵ Geschehe dies dennoch, wären Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten aufs Höchste gefährdet. Zentrales politisches Ziel der Gründungscharta der Arabischen Liga war daher die internationale Anerkennung Palästinas als unabhängiger Staat.

So entschlossen die Worte der Araber auch klangen, so schwach waren Bereitschaft und Fähigkeit der Mitgliedstaaten der Liga, ein gemeinsames politisches Konzept in die Tat umzusetzen. Priorität hatten der eigene Vorteil und das Bestreben, zu verhindern, dass der jeweilige arabische Konkurrent in der bevorstehenden Auseinandersetzung um Palästina mehr gewann als man selbst. Dieses Muster der Uneinigkeit, der Vorteilsmaximierung und der Mißgunst prägte die nationale Einstellung und das politische Handlungsmuster der arabischen Seite über Jahrzehnte – praktisch bis heute – zum Vorteil Israels.¹⁴⁶

2.7.4 Zionisten gegen Weißbuch-Politik

Da sowohl die Petition der Zionistischen Weltkonferenz vom August 1945 wie auch die Vorstöße der Truman Regierung für eine Aufgabe der Weißbuch-Politik London unbeeindruckt ließen, wurde die antibritische Stimmung im *Jischuw* immer radikaler. Das starre Festhalten der Briten an der vor Kriegsausbruch beschlossenen Weißbuch-Politik hatte – so Balke – „die

144 Krautkrämer 2003: 42.

145 Erklärung der Arabischen Liga v. 24. März 1945; zit. in: Steininger 2003: 32.

146 Steininger 2003: 32.

Basis einer britisch-zionistischen Zusammenarbeit nachhaltig zerstört“. Die Zionisten warfen der britischen Regierung u. a. vor, mit ihrem Vorgehen gegen den Artikel 6 des Mandatsvertrags zu verstoßen, der Großbritannien verpflichtete, sowohl die Einwanderung wie auch die geschlossene Ansiedlung von Juden zu fördern. Hinsichtlich einer Akzeptanz der Teilungsidee war dagegen ein breiter Konsens innerhalb des *Jishuw* entstanden. Die Perspektive allerdings, „als jüdische Minderheit in einem arabischen Staat zu leben, wurde rundweg abgelehnt“. In dieser Lage beschlossen David Ben Gurion und Chaim Weizmann, einer Politik der Ignorierung des Weißbuches zu folgen. Aus ihr kristallisierte sich unter dem Eindruck des unvermindert brutalen Vorgehens der Briten gegen die illegale Einwanderung (*Alijah Beit*) – insbesondere solche mit jüdischen Flüchtlingsschiffen – bald im *Jischuw* eine Position heraus, nach der „das britische Mandat nicht mehr wünschenswert war“. Die Briten indes standen vor dem Dilemma, entweder die Weltmeinung oder die Araber gegen sich aufzubringen.¹⁴⁷

Nach Kriegsende nahmen die Gewalttaten der zionistischen Terrorgruppen *Irgun*, *Palmach* und *Lehi* (*Sterngruppe*) sowohl an Häufigkeit wie auch an Intensität zu. Höhepunkt der antibritischen Gewaltaktionen war am 22. Juli 1946 die Sprengung eines Seitenflügels des King-David-Hotels in Jerusalem, dem Sitz der britischen Mandatsverwaltung, bei der 91 Menschen getötet wurden. Verantwortlich für den Anschlag war die jüdische Untergrundorganisation *Irgun* unter Führung von Menachim Begin, dem späteren Ministerpräsidenten Israels.¹⁴⁸ Als Rechtfertigung für diese Strategie der totalen Konfrontation galt die unverändert unnachgiebige Haltung der britischen Mandatsmacht in der Einwanderungsfrage, die sich selbst von der verzweifelten Lage der ca. 250.000 Juden, die den Holocaust überlebt hatten und als sogenannte „Displaced Persons“ unter menschenunwürdigen Bedingungen in Europa festsäßen, weiterhin nicht beeindruckt und umstimmen ließ. Trotzdem gelang es den zionistischen Untergrundorganisationen zwischen 1945 und 1947 ca. 70.000 Juden im Zuge der *Alijah Beit* aus Europa illegal nach Palästina einzuschleusen.

147 Balke 2000: 53.

148 Steining 2003: 34.

2.7.5 Zionisten mobilisieren USA

Während die Briten ihr Vorgehen gegen die jüdischen Terrorgruppen in Palästina verschärften, verstärkten die Zionisten angesichts der bevorstehenden Kongresswahlen erfolgreich ihren Druck und ihre Einflußnahme auf die politischen Eliten in den USA. Im Bestreben, das jüdische Wählerpotential nicht seinem voraussichtlichen Gegner bei der nächsten Präsidentschaftswahl, Thomas E. Dewey, zu überlassen, der die zionistischen Forderungen vehement unterstützte, sprach sich US-Präsident Harry S. Truman (1945–1953) am 04. Oktober 1946 – ganz im Sinne der *Jewish Agency* – öffentlich für die Teilung Palästinas aus.¹⁴⁹ Damit war erneut eine entscheidende außenpolitische Weichenstellung der USA ganz offensichtlich aus wahltaktischen bzw. innen- und machtpolitischen Erwägungen heraus zugunsten der jüdischen Wünsche erfolgt.

2.7.6 Rückgabe des UN-Mandats

Die Lage in Palästina war mittlerweile aufgrund der fortdauernden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Kampfseinheiten und einheimischer palästinensischer Bevölkerung einerseits sowie des wachsenden gewaltsamen Widerstands des *Jischuw* gegen die britische Mandatsmacht andererseits immer mehr außer Kontrolle geraten. Großbritannien musste erkennen, in Palästina immer weniger Herr der Lage zu sein. Zudem stiegen die Kosten für die Truppenstationierung ins Uferlose, während gleichzeitig die strategische Bedeutung der Region aufgrund der bevorstehenden Entlassung Indiens in die Unabhängigkeit erheblich gesunken war. Auf der Basis dieser veränderten strategischen Gesamtlage entschied das britische Kabinett am 14. Februar 1947, das Palästina-Mandat an die UNO als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes zurückzugeben. Diese beschloss daraufhin am 15. Mai 1947 die Bildung einer Sonderkommission für Palästina (*UN-Special Committee on Palestine/UNSCOP*) mit der Maßgabe, baldmöglichst Vorschläge für die Zukunft Palästinas zu unterbreiten.

2.7.6.1 Sonderkommission für Palästina (UNSCOP)

Allgemein wurde erwartet, die UNSCOP würde sich – wie es bereits die gemeinsame US-britische Kommission im Herbst 1945 getan hatte – gegen eine Teilung des Landes aussprechen, zumal auch die Sowjetunion zunächst

149 ebenda: 35.

Ablehnung signalisiert hatte. Jedoch leitete diese im Mai 1947 überraschend einen Kurswechsel ein, als der sowjetische UNO-Vertreter Andrej Gromyko in der UN-Vollversammlung das Streben der Zionisten nach einem eigenen Staat angesichts der Leiden der Juden im Zweiten Weltkrieg für „berechtigt“ erklärte! Motiv dieses Sinneswandels sei wohl weniger – so Balke – „eine neu entdeckte Zuneigung zum Zionismus“ als vielmehr das Bestreben gewesen, die traditionelle Vormachtstellung Großbritanniens im Nahen und Mittleren Osten vor dem Hintergrund der im März verkündeten „Truman-Doktrin“ und des inzwischen offen ausgebrochen Ost-West-Konflikts zu schwächen.¹⁵⁰

2.7.6.2 Mehrheits- und Minderheitsvorschlag

Die UN-Kommission begab sich im Juni 1947 nach Palästina, das inzwischen im Chaos des jüdischen und des wieder erstarkten arabischen Terrors zu versinken drohte. Während das *Arab Higher Command* die UN-Delegation boykottierte, da ein arabischer Einheitstaat Palästina nicht mehr zur Debatte stand, zeigte sich die *Jewish Agency* nach anfänglichem Zögern zunehmend kooperationsbereit und nutzte die einmalige Möglichkeit, diesem Gremium, das die Weichen für die zukünftige Entwicklung und das weitere Schicksal Palästinas stellen sollte, ihre Vorstellungen, Forderungen und Argumente umfassend und mit Nachdruck vorzutragen.

Mit ihrem Abschlußbericht vom August 1947 legte die UNSCOP sowohl einen Mehrheits- wie auch einen Minderheitsplan vor. Der „Mehrheitsplan“ ging wie der *Peel-Plan* von einer Teilung Palästinas aus, hatte aber einige neue Bestandteile. Sowohl der jüdische wie auch der arabische Teilstaat war so konzipiert, dass er sich jeweils aus drei getrennten Gebietsanteilen zusammensetzte. Dabei wurde dem jüdischen Staat, der nunmehr 56 % des Landes umfassen sollte, der größte Teil des Negev mit Beerscheba zugeschlagen. Diese angesichts der tiefgreifenden Differenzen zwischen Juden und Arabern insgesamt problematische und wenig einleuchtende geopolitische Konstruktion verglich man immer wieder mit zwei kämpfenden Schlangen, die in einer feindseligen „Umarmung“ verschlungen sind. Von besonderer Bedeutung für diesen Lösungsansatz, aber ebenso realitätsfern war die Bestimmung, dass beide Staaten als Voraussetzung ihrer internationalen Anerkennung eine vertraglich zu vereinbarende Wirtschaftsunion zu begründen

150 Balke 2000: 57.

hätten. Des weiteren war die Einrichtung einer UN-Treuhänder-schaft für Jerusalem vorgesehen.¹⁵¹

Der „Minderheitsvorschlag“ hingegen basierte auf dem Prinzip der Binationalität, das in Form eines föderativen Zusammenschlusses eines arabischen und eines jüdischen „Teilstaates“ realisiert werden sollte. Dabei hätte den jeweiligen „Regierungen“ u. a. die volle Autonomie für Erziehung, Gesundheits- und Wohnungsfürsorge zugestanden, während eine übergeordnete Bundesregierung für die Bereiche Verteidigung, Außenpolitik, Finanzen und Einwanderung verantwortlich gewesen wäre. Die Gesetzgebung sollte mittels eines Zweikammersystems geleistet werden, wobei die Zusammensetzung der einen Kammer auf der Basis des Verhältniswahlsystems erfolgen und die zweite aus einer gleichen Anzahl arabischer und jüdischer Abgeordneten bestehen würde.¹⁵²

2.7.6.3 Haltung von Arabern und Juden

Sowohl die Palästinenser wie auch die *Arabische Liga* lehnten indes beide Vorschläge strikt ab, weil sie – so Watzal – das „Recht der Palästinenser auf das ganze Land in Frage stellten und einen unschätzbaren Verlust an Rechten, Eigentum sowie politischen und sozialen Einrichtungen bedeuteten“. Von den Arabern seien die „jüdischen Ansprüche auf Palästina als rechtswidrige Inbesitznahme, als eine Form des Kolonialismus bewertet worden, die der ursprünglichen Bevölkerung das Recht auf einen Nationalstaat“ abspreche.¹⁵³ Die arabische Seite wiederholte dabei ihre längst bekannte Position, dass Palästina ein integraler Bestandteil der arabischen Welt sei und die einheimische Bevölkerung die Gründung einer jüdischen Heimstätte von Anbeginn an abgelehnt hätte. Zudem bestand sie darauf, dass die von den USA und Europa beherrschte UN kein Recht habe, den Zionisten irgendeinen Teil ihres Landes zu übereignen. Sie warfen dem Westen sogar vor, seine Mitschuld am Leid der Juden mit dem Land anderer bezahlen zu wollen.¹⁵⁴

Eine konstruktive politische Alternative hatten die Palästinenser, vor allem aufgrund der Verbannung ihrer politischen Elite, allerdings nicht zu bieten.

151 Tessler 1994: 259.

152 ebenda: 259.

153 Watzal 2002: 24.

154 Tessler 1994: 259.

Vielmehr beharrten sie unbeirrt auf den sich aus ihrem Rechtsverständnis ergebenden Maximalpositionen und Rechtstiteln, deren Durchsetzung immer utopischer wurde, und nahmen die unabänderlichen Realitäten und Kräfteverschiebungen, die sich mit zunehmender Dynamik zugunsten der Zionisten herausbildeten, nicht bzw. nur unzureichend zur Kenntnis. Auf jeden Fall aber verfolgten sie keine adäquate politische Gegenstrategie, die geeignet gewesen wäre, das sich ihnen und ihrer Sache ankündigende Unheil aufzuhalten. In diesem unterschiedlichen Verhalten der Konfliktparteien realisierten sich gleichzeitig gravierende Mentalitätsunterschiede, die auch den weiteren Verlauf der Auseinandersetzung noch tiefgreifend beeinflussen sollten.

Die Zionisten hingegen akzeptierten nach anfänglichem Zögern den Mehrheitsplan, der ihnen endlich den ersehnten eigenen Staat verschaffen konnte. Auch Ben-Gurions Zustimmung zur Teilungsresolution basierte letztlich auf der Erkenntnis, „die vielleicht nie wiederkehrende Chance einer Staatsgründung nicht zu verpassen“.¹⁵⁵ Nach Ansicht der *Jewish Agency* stellte das angebotene Territorium allerdings das „unbedingt notwendige Minimum“ dar, auf dessen Basis die Juden bereit wären, ihre Ansprüche auf das restliche Palästina aufzugeben. Gleichzeitig wiesen sie die arabische Seite darauf hin, dass ihr „Heimstätten-Projekt“ seine Legitimität nicht erst aus dem Holocaust erhalten hätte. Ungeachtet der Geschichte des Palästina-Konflikts sei aber jetzt ein Kompromiss erforderlich, zu dessen Erreichung keiner mehr berufen sei als die UN. Ansonsten konzentrierten sich die Zionisten vor allem darauf, über den politischen Einfluss jüdischer Organisationen in den USA die Unterstützung der US-Regierung sicherzustellen und diese zu veranlassen, auf andere Staaten Druck zugunsten einer Annahme des Teilungsplans auszuüben. Ziel dieses Vorgehens war es, unter allen Umständen die benötigte Zweidrittelmehrheit in der UN-Vollversammlung sicherzustellen. Truman indes, der nach Steininger persönlich „keine besondere Sympathie für die Juden“ empfand¹⁵⁶, gab diesem Drängen erst nach längerem Widerstand nach.¹⁵⁷

155 Mejcher 1998: 117.

156 Steininger 2003: 38.

157 Mejcher 1998: 259/20.

2.7.7 *Die UN-Teilungsresolution*

Von der UNO-Generalversammlung wurde am 29. November 1947 die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat und die Internationalisierung Jerusalems beschlossen (Resolution Nr. 181). Die Grenzen des jüdischen und des arabischen Staates entsprachen weitgehend dem Mehrheitsvorschlag der UNSCOP. 33 Staaten, darunter die USA, die Sowjetunion und Frankreich stimmten für die Teilungslösung. Die 13 Gegenstimmen rekrutierten sich aus Ländern der islamischen Welt, sowie Griechenland und Kuba. 10 Länder enthielten sich; darunter Großbritannien, das die Resolution für unausführbar hielt, aber auch darauf bedacht war, seine Interessen in der arabischen Welt zu schützen.¹⁵⁸

¹⁵⁸ Tessler 1994: 261.

3 Der Kampf um Palästina – Gründe und Folgen

3.1 Erster israelisch-arabischer Krieg („Unabhängigkeitskrieg“)

3.1.1 Der „Bürgerkrieg“ zwischen Juden und Arabern

„Israels militärischer Kampf ums Überleben begann“ – so Balke – „nicht erst am 14. Mai 1948.“ Direkt nach der Verabschiedung der Teilungsresolution für Palästina durch die UN-Vollversammlung brachen erste arabisch-jüdische Unruhen aus, die bald Formen eines umfassenden Bürgerkrieges annahmen. Wie bereits in den 30er Jahren rief das von Al-Hajj al-Husayni in Kairo neu gegründete und jetzt in Beirut ansässige *Arab Higher Committee* einen Generalstreik aus und forderte eine Revision der UN-Entscheidung.

Bereits am 12. Dezember 1947 beschloss die *Arabische Liga*, die Palästinenser durch Waffen, Munition, Geld und Freiwillige zu unterstützen. Ab Januar 1948 nahm der Konflikt durch die Eingliederung syrischer und ägyptischer Freiwilliger in die „Arabischen Befreiungsarmee“ pan-arabische Dimensionen an. Die Mandatsmacht Großbritannien indes, *de jure* immer noch Ordnungsmacht in Palästina, tat kaum noch etwas, um dem Chaos ein Ende zu bereiten. Hauptziel arabischer Angriffe, die anfangs einige Erfolge erzielten, war zunächst Jerusalem, dessen bis 1967 andauernde Teilung mit der Kapitulation des jüdischen Altstadtviertels am 28. Mai 1948 besiegelt wurde.¹

Gemäß der Teilungsresolution war die Einsetzung einer aus Vertretern von fünf Mitgliedstaaten besetzten UN-Kommission vorgesehen, welche die Verwaltung Palästinas von der Mandatsmacht übernehmen, die Grenzen des jüdischen und arabischen Staates sowie jene des unter internationale Treuhänderschaft zu stellenden Gebietes von Jerusalem festlegen und eine geordnete Machtübergabe in jedem der beiden neuen Staaten an einen gewählten provisorischen Staatsrat sicherzustellen sollte. Diese Übergangskörperschaften sollten anschließend durch verfassungsgemäß eingesetzte Regierungen abgelöst werden. Großbritannien jedoch verweigerte nach Ausbruch der Gewalttätigkeiten der UN-Übergabekommission die Einreise und kündigte quasi im Alleingang die vorzeitige Rückgabe des Mandats zum 15. Mai

1 Balke 2000: 62.

1948 an.² Zudem stellte die Mandatsmacht klar, „bei der Durchführung der Teilung nicht kooperieren zu wollen“.³ Auch die Führung des *Jishuw* zeigte keinerlei Bereitschaft, das ihrer Meinung nach „veraltete“ Übergabeverfahren, welches die UNO vorgeschlagen hatte, abzuwarten. Stattdessen hielt sie – so Krautkrämer – „die Eroberung und damit Erweiterung des künftigen Staatsgebietes für angebracht“.⁴

Ziel der Operationen des sog. „Plan D“ der Streitkräfte des *Jishuw*, *Haganah* und *Palmach* sowie *Irgun Zvai Leumi* und *Lehi* (Sterngruppe), die am 1. April 1948 begannen, sei es gewesen, „aus den vorwiegend jüdisch bewohnten Gebieten zusammenhängende Territorien zu schaffen und auch jüdische Siedlungen zu sichern, die außerhalb der Grenzen lagen“. Wie eine öffentliche Erklärung Menachim Begins belegt, ging es der jüdischen Seite allerdings auch um eine „vom UNSCOP-Plan abweichende Festlegung der Grenzen des künftigen Staates“.⁵ Auch Ben-Gurion war keineswegs gewillt, sich mit dem Territorium zu begnügen, das Israel in der UN-Teilungsresolution zugedacht war. Mejcher weist darauf hin, dass dieser Vorbehalt „verständlich“ gewesen sei, da die UN-Resolution auf einem Koexistenz-Modell beruhte, das keine „keine durchgängige Teilung entlang verteidigungsfähiger Grenzen“ generiert habe und von einem „Verbundsystem zwischen jüdischem und arabischem Teilstaat“ ausging, dem der „fundamentale Widerstand der Palästinenser und der meisten arabischen Staaten gegen die Teilung Palästinas“ längst den Boden entzogen hatte.⁶

Der so genannte „Bürgerkrieg“ zwischen Juden und Arabern indes definierte sich bis zur Gründung des Staates Israel weitgehend aus gezielten Terroranschlägen.⁷ Wenngleich es auch umfassendere Operationen gab, so erlangten die Einsätze der jüdischen Untergrundstreitkräfte, die ab April 1948 zum offenen Angriff übergingen, im weiteren Verlauf des Bürgerkrieges und in dem anschließenden ersten israelisch-arabischen Krieg für die Araber eine traumatische Bedeutung. Exemplarisch hierfür sind die Terroranschläge jüdi-

2 Ploetz 1998: 1566.

3 Balke 2000: 60.

4 Krautkrämer 2003: 46.

5 Timm, Angelika: Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung. Bonn 1998, S. 61. Zit. in: Krautkrämer 2003: 46.

6 Mejcher 1998: 117.

7 Steining 2003: 79.

scher Einheiten in *Kissas* und *Sassa*⁸. Zum Symbol zionistischen Unrechts indes wurde das Massaker vom 9. April 1948 in dem zur internationalen Zone um Jerusalem gehörenden palästinensischen Dorf *Deir Jassin*, „bei dem von der *Irgun* und der *Sterngruppe* 254 Menschen, die Hälfte davon Frauen und Kinder, getötet wurden“. Diese Eskalation der Gewalt führte kurz darauf zu einer „Vergeltungsaktion“ arabischer Freischärler, bei der 77 Angehörige eines jüdischen Konvois unter der Flagge des Roten Kreuzes (Ärzte, Krankenschwestern und Helfer) auf dem Weg zu einem Hospital in Jerusalem zu Tode kamen.⁹

Deir Jassin war der Auslöser einer Massenflucht der arabischen Bevölkerung aus den Israel mit der Teilungsresolution zugesprochenen Gebieten. Die Frage, ob diese Auswirkung von jüdischer Seite beabsichtigt war, ist umstritten. „Belege für eine konkrete Anweisung“ gäbe es nicht – so Krautkrämer. Jedoch lassen Äußerungen des damaligen Einsatzleiters der *Irgun* und späteren israelischen Ministerpräsidenten und Friedensnobelpreisträgers Menachem Begin, der das Massaker von *Deir Jassin* als „notwendig und berechtigt“ verteidigte und ihm eine entscheidende Bedeutung für die Realisierung der Staatsgründung Israels zumaß, durchaus den Schluss zu, dass diese Verbrechen in die Gesamtstrategie der damaligen *Jischuw*-Führung passten und zumindest stillschweigend toleriert wurden. Auch gäbe es – so Krautkrämer – Beispiele dafür, dass die *Irgun* die arabische Bevölkerung mit Gewalt zur „Auswanderung“ getrieben habe. Heute wird im sog. „Historikerstreit“ selbst von jüdischen Autoren die Ansicht vertreten, „dass der jüdische Krieg gegen die Araber durchaus mit einer systematischen Vertreibung der Bevölkerung verbunden war“.¹⁰ Auch nach Steininger ging es der jüdischen Seite in der Vorphase der Staatsgründung Israels darum, „möglichst viele Städte und Dörfer von Arabern zu säubern“. Bis Mitte Mai seien so bereits 300.000 Araber im Zuge der Eroberung aus Städten wie Jaffa, Haifa und Safed geflüchtet bzw. vertrieben worden; ohne dass – wie Watzal in diesem Zusammenhang feststellt –, „auch nur ein einziger arabischer Soldat aus den Nachbarstaaten Palästina betreten hatte“.¹¹

8 „In der Nacht von 15.02.1948 sprengten die Zionisten 20 dicht bewohnte Häuser mit vielen Frauen und Kindern im Dorf Sa'sa in Galileia.“ In: <http://www.palaestinanews.de> v. 05.04.2004.

9 Krautkrämer 2003: 47.

10 ebenda.

11 Steininger 2003: 80 u. Watzal 2002: 25.

3.1.2 Staatsgründung Israels und jüdisch-arabischer Krieg

Nachdem die Zionisten die militärische Kontrolle über das ihnen zugesprochene Territorium sowie weitere angrenzende Gebiete hergestellt hatten, wurde die Staatsgründung am 14. Mai 1948, einen Tag vor dem Auslaufen des britischen Palästina-Mandats, unter Missachtung des in der UN-Resolution 181 festgelegten Zeitrahmens und Übergabeverfahrens, von Israel einseitig vollzogen.¹² Zu diesem Zweck war von den Zionisten ein provisorischer Nationalrat gebildet worden, der seinerseits eine dreizehnköpfige provisorische Regierung gewählt hatte. David Ben Gurion wurde Regierungschef (und Verteidigungsminister), Chaim Weizmann Staatspräsident. Mit dem verzugslos durchgeführten Staatsgründungsakt im Tel Aviver Museum unterlief die jüdische Seite zudem einen – auch von den USA unterstützten – Alternativvorschlag der UN-Generalversammlung, der angesichts einer weiteren Intensivierung der Kampfhandlungen, wie sie im Zuge des bevorstehenden Briten-Rückzugs für kaum vermeidbar gehalten wurde, für „eine vorübergehende Treuhänderschaft über das ungeteilte Palästina“ plädiert hatte.¹³ Ben-Gurion, der in jenen Tagen nur eine schwache innenpolitische Rückendeckung erfuhr, ließ sich allerdings auch dadurch nicht beirren, konsequent den einmal eingeschlagenen Weg weiterzugehen, um – allen Anfechtungen und möglichen Risiken trotzend – das jüdische Heimstättenprojekt in Palästina „jetzt oder nie“ zu vollenden.¹⁴ Die unmittelbar auf den Staatsgründungsakt erfolgende diplomatische Anerkennung des neuen Staates seitens der USA (Truman handelte auch hier erneut gegen die Empfehlung seiner Ratgeber) und der UDSSR indes machte das Geschehene unwiderruflich. Der Traum der Zionisten von einer „jüdischen Heimstätte in Palästina“ war in Form eines eigenständigen jüdischen Staates Israel nunmehr endgültig zu einer unumstößlichen Realität geworden.

Die arabischen Nachbarstaaten indes betrachteten die einseitig als *fait accompli* vollzogene Proklamation des Staates Israel und die damit verbundene Realisierung des Teilungsbeschlusses als *casus belli*. Noch in der Nacht vom 14. zum 15. Mai 1948 eröffneten Truppen aus Ägypten, dem Irak, Transjordanien, Syrien und dem Libanon die Kampfhandlungen gegen jüdi-

12 Gem. UN General Assembly Resolution 181 (Partition Plan) v. 29. Nov. 1947, Part I. A.3. sollte die Gründung des Arabischen und des Jüdischen Staates zwei Monate nach Abzug der Truppen der Mandatsmacht erfolgen.

13 Watzal 2002: 29.

14 Mejcher 1998: 116.

sche Stellungen. Entgegen der bisherigen offiziellen israelischen Geschichtsschreibung ging es hierbei allerdings nicht um einen Kampf „David gegen Goliath“. Die Araber stellten anfangs ein Aufgebot von 28.000 Soldaten, die schlecht ausgerüstet waren und unkoordiniert geführt wurden. Bis Ende Oktober wuchs ihre Truppenstärke auf 55.000; die Palästinenser selbst verfügten dabei über keine nennenswerten eigenen militärischen Verbände. Die Israelis hingegen waren in der Lage mit der aus *Haganah*, *Palmach* und den bis dahin unabhängig operierenden Terrorgruppen gebildeten *Zahal* (IDF: Israel Defense Forces) auf eine Truppe von anfangs 65.000, bald aber ca. 90.000 gut ausgebildeter und hochmotivierter Soldaten zurückzugreifen. Den Juden gelang es zudem, trotz des vom UN-Sicherheitsrats am 29. Mai 1947 erlassenen Waffenembargos, Ausrüstung und Bewaffnung ihrer Streitkräfte kurzzeitig unter Einsatz beträchtlicher Finanzmitteln in erheblichem Umfang aufzustocken und zu modernisieren. Für die Waffenlieferungen aus dem Ostblock, unter ihnen Panzer und Flugzeuge neuesten Entwicklungsstandes, wurde der indirekte Weg über die Tschechoslowakei gewählt.¹⁵

Bereits als die Araber nach der ersten Waffenruhe am 19. Juli 1948 an allen Fronten in die Defensive gedrängt worden waren, hatte Israel nur noch das Ziel verfolgt, soviel palästinensisches Land wie möglich unter seine Kontrolle zu bringen. Im Zuge ihrer umfassenden Operationen und siegreichen Vorstöße eroberten die israelischen Streitkräfte im Norden das restliche Galiläa, gewannen im Osten die Neustadt von Jerusalem zurück und besetzten im Süden an die Negev-Wüste grenzende Gebiete. Grundlage dieses Vorgehens war die bereits im Juni 1948 erfolgte Erklärung Ministerpräsident Ben Gurions, nach der er sich nicht mehr an den UNSCOP-Plan gebunden fühle und das Palästina-Problem im israelischen Sinne nunmehr allein durch militärische Gewalt lösen wolle.¹⁶

Die Mission des schwedischen Diplomaten und UN-Vermittlers Graf Folke Bernadotte, der versucht hatte, Israel zur Annahme eines modifizierten Teilungsplans und zur Respektierung des Rückkehrrechts palästinensischer Flüchtlinge zu bewegen, fand am 17. September 1948 mit seiner Ermordung in Jerusalem durch jüdische Terroristen ein jähes Ende. Diese Tat war um so unverständlicher, als Bernadotte in seinem Friedensplan den Anschluß des arabischen Palästinas an Transjordanien gefordert und sich damit gegen

15 Steining 2003: 82.

16 Krautkrämer 2003: 47.

einen eigenständigen palästinensischen Staat ausgesprochen hatte. Auch zählte er zu jenen, die die Araber massiv bedrängten, den neuen jüdischen Staat anzuerkennen. Dessen ungeachtet war ihm seitens der Zionisten – aber auch der Sowjet-Union – vorgeworfen worden, mit seinem Plan die Sicherheit Israels zu bedrohen. Hier nachzutragen bleibt, dass Israel, bei dessen Gründung lediglich 10 % des Landes jüdischer Grundbesitz waren, am Ende des Krieges über 77 % der Gesamtfläche Palästinas – und damit um 21 % mehr als im Teilungsplan vorgesehen – verfügen konnte.¹⁷

3.1.3 *Al-Nakbah: Die Katastrophe der Palästinenser*

Für die Araber indes endete der Feldzug mit einer klaren Niederlage. Für die Palästinenser bedeuteten die Kriegsereignisse zudem eine „traumatische Erfahrung. *Al-Nakbah* beinhaltet für die Palästinenser konkret die territoriale Zersplitterung ihres Landes, den Verlust eines Großteils ihres angestammten Territoriums an den neu begründeten Judenstaat und das Ende ihres Traums von einem eigenen ungeteilten und souveränen Palästina. Zur *al-Nakba* aber gehörten auch die konkreten Folgen von Krieg, Flucht und Vertreibung: Entwürdigung und Traumatisierung, Verletzungen an Leib und an Seele, Zerstörung von Familien sowie Verlust von Angehörigen, Heimat, Besitz und rechtlichem Status.

Alain Gresh geht so weit, diese Ereignisse mit jenen zu vergleichen, welche die Juden durch die Shoa erlitten haben. Auch wenn er einräumt, dass die Vertreibung der Palästinenser nicht identisch mit dem Holocaust sei, sich beides aber als eine „existentielle Katastrophe“ im kollektiven Gedächtnis der Juden als Shoa und in dem der Palästinenser als *al-Nakba* etabliert habe,¹⁸ wird damit dennoch Unterschiedliches gleich gesetzt und die historische Einmaligkeit des Holocaust relativiert.

Die Angaben hinsichtlich der Zahl der Flüchtlinge schwanken zwischen 750.000 und einer Million. Die nunmehr Heimatlosen suchten vor allem Zuflucht in dem von Transjordanien kontrollierten Westjordanland, aber auch in dem von Ägypten verwalteten Gaza-Streifen sowie den arabischen Nachbarstaaten Transjordanien, Syrien und Libanon.¹⁹ In Israel selbst blieben von den über eine Million dort vormals ansässigen arabischen Paläs-

17 Watzal 2002: 25.

18 Gresh 2001: 100.

19 Herz 2001: 34.

tinensern nur ca. 100.000 bis 180.000 zurück und wurden zu Bürgern Israels.²⁰ Für sie galt ab Oktober 1948 zunächst das Kriegsrecht, das es der israelischen Militärverwaltung erlaubte, ihre Bewegungsfreiheit den „jeweiligen Sicherheitserfordernissen“ entsprechend zu kontrollieren und gegebenenfalls auch einzuschränken. Durch die Aufrechterhaltung von Ausnahmeregelungen, die noch aus der britischen Mandatszeit stammten, blieben viele Bürgerrechte für Palästinenser außer Kraft gesetzt; so daß diese ethnische Gruppe so auch formal zu israelischen Staatsbürgern zweiter Klasse degradiert wurde.

Watzal weist darauf hin, dass Israel daran gelegen war, die Vertreibung oder Flucht der Palästinenser unumkehrbar zu machen und die Erinnerung an deren Geschichte „vor Ort“ weitestmöglich auszulöschen. Von 550 verlassenen palästinensischen Dörfern wurden bis auf 121 alle zerstört; auch die Friedhöfe, die nach mosaischem Glauben Ewigkeitswert besitzen. In den unbeschädigt übernommenen Häusern indes fanden ca. 200.000 jüdische Zuwanderer ihr neues Zuhause.²¹ Im Übrigen wurden die im Palästina-Krieg eroberten Gebiete „politisch und administrativ in das Staatsgebiet eingegliedert und von den Israelis besiedelt“.²²

Eine internationalen Rechtsnormen entsprechende Abwicklung der von Israel übernommenen palästinensischen Vermögenswerte hinsichtlich einer Restitution oder angemessenen Entschädigungsregelung ist bis heute seitens des israelischen Staates weder eingeleitet noch als ausstehende Verpflichtung anerkannt worden. Vielmehr trugen Gesetze wie das 1950 erlassene „Absentee Property Law“, das es dem Staat Israel erlaubte, „verlassenes“ palästinensisches Land zu konfiszieren, zur weiteren Diskriminierung und sozialen Isolierung der israelischen Palästinenser bei. Gleiches gilt für das Rückkehrgesetz aus dem Jahre 1950 sowie das Nationalitätengesetz von 1952.²³ In ihrer Resolution 194 vom 11. Dezember 1948, die seitdem jährlich bekräftigt wird, empfiehlt die UN-Generalversammlung nach wie vor als Grundlage einer diesbezüglichen Konfliktlösung, „die Rückkehr oder Entschädigung der Flüchtlinge und die Internationalisierung Jerusalems“.²⁴

20 ebenda.

21 Watzal 2002: 30.

22 Ploetz 1998: 1567.

23 Watzal 2002: 30.

24 Ploetz 1998: 1566.

In diesem Zusammenhang ist noch darauf zu verweisen, dass Israel bei seiner Aufnahme in die UN am 11. Mai 1949 die Resolution 194 ausdrücklich anerkannt hat.

Zur *al-Nakbah*, der Katastrophe, gehörte für die Palästinenser aber auch die bittere Erkenntnis, dass der „Schein der ungetrübten Einigkeit und Hingabe der arabischen Staaten für die palästinensische Sache“ getrogen hatte. Vielmehr hätten sich – so Herz weiter – „Eigeninteressen und innerarabische Machtkämpfe als eigentliche Beweggründe der arabischen Politik“ herausgestellt und verhindert, dass von dieser ausreichende militärische Ressourcen für den vollmundig avisierten Sieg im Waffengang mit Israel mobilisiert wurden. Weder Ägypten noch Transjordanien, dessen König Abdallah (1946–1951) im Herbst 1947 und Frühjahr 1948 mit Israel sogar Geheimverhandlungen zur Abgrenzung der jeweiligen Einflußsphären geführt hatte²⁵, seien damals ernsthaft daran interessiert gewesen, eine „unabhängige palästinensische Machtbasis entstehen zu lassen“.²⁶

So hatte die *Arabische Liga* sowohl den Aufbau einer palästinensischen Armee verhindert wie auch alle Versuche der Palästinenser unterlaufen, eigene politische Institutionen zu etablieren. Selbst die mit ihrer Unterstützung und der Einwilligung Ägyptens vom *Arab Higher Committee* unter der Leitung von Ahmad Hilmi Pasha und Hajj Amin al-Husseini, dem ehemaligen Mufti von Jerusalem, im Juli 1948 in Gaza ausgerufene „Regierung von ganz Palästina“, die am 1. Oktober 1948 sogar die Unabhängigkeit Palästinas proklamierte, versank mangels nachhaltiger Unterstützung durch die arabischen „Bruderstaaten“ schnell wieder in die Bedeutungslosigkeit. Politischen Einfluss auf die weitere Gestaltung der Palästina-Politik jedenfalls hat dieses Gremium in keiner Weise ausüben können.²⁷ Zu sehr waren Transjordanien und Ägypten bestrebt, selbst die Kontrolle über die von der UNO für die Bildung eines Palästinenserstaates vorgesehenen Territorien zu übernehmen. Im Zuge der Waffenstillstandsverhandlungen hatte Ägypten den Gaza-Streifen für sich reklamiert und Transjordanien das Westjordanland einschließlich des Ostteils von Jerusalem in seine Obhut genommen. Doch obwohl sich die Lebensumstände im Gazastreifen und im Westjordanland erheblich unter-

25 Mejcher 1998: 115–119. Abdallah und die israelische Unterhändlerin Golda Meir trafen sich am 17. November 1947 u. am 10. Mai 1948 zu entsprechenden Sondierungsgesprächen. Abdallah I. wurde 1951 von arabischen Nationalisten in Jerusalem ermordet.

26 Herz 2001: 35.

27 Tessler 1994: 275.

schieden, waren die Palästinenser weiterhin verbunden durch das Band eines sich allmählich in beiden Gebieten parallel entwickelnden Umorientierungsprozesses vom panarabischen Nationalismus zu einem palästinensischen Nationalismus.²⁸

Im Jahre 1949 aber mussten die Palästinenser bei einer realistischen Bestandsaufnahme zunächst konstatieren, dass ihr Volk über mehrere Nachbarstaaten zerstreut war, eine eigene politische Führung und Verwaltungsstruktur nicht mehr existierte, ihre militärischen Einheiten aufgelöst und die verbliebenen palästinensischen Gebiete unter jordanische bzw. ägyptische Oberhoheit gefallen waren. Diese beiden Länder hielten den Schlüssel zur politischen Zukunft der Palästinenser in ihren Händen. Deren Schicksal ist daher in den ersten zwei Jahrzehnten nach der „Katastrophe“ aufs engste mit der von Eigeninteressen und ideologisch-revolutionären Einflüssen geleiteten Politik ihrer arabischen Nachbarstaaten verbunden. Zur Durchsetzung ihrer eigenen politischen Ziele und Visionen von nationaler Einheit und Unabhängigkeit konnten die Palästinenser somit angesichts der eigenen Ohnmacht realistischerweise allein auf die panarabische Solidarität setzen.²⁹

Welche Optionen aber gab es auf arabischer Seite, diese Ziele zu erreichen? Steininger stellt dazu in weitgehender Übereinstimmung mit der offiziellen israelischen Sicht lapidar fest, „Sie [die Palästinenser, Verf.] und die arabischen Staaten waren jetzt erst recht entschlossen, Israel zu vernichten“.³⁰ Dass dies bis dato auch schon das mit allen verfügbaren Kräften einmütig verfolgte Ziel der Araber gewesen sein sollte, wie die Aussage impliziert, bestreitet Watzal indes vehement, indem er u. a. darauf verweist, dass die jordanischen Truppen während des Unabhängigkeitskrieges 1947/1948 den Befehl gehabt hätten, nicht in jüdisches Gebiet einzumarschieren.³¹ Zudem hatte am Ende des Krieges konstatiert werden können, dass zwischen den verkündeten Kriegszielen der Araber und ihren tatsächlichen Kriegsanstrengungen eine erhebliche Diskrepanz offenbar geworden war. Auch konnten der arabischen Seite keine derartig nachhaltigen Versuche planmäßiger Vertreibungen von Juden nachgewiesen werden, wie Israel sie für seine Gebiete in großem Umfang mit teilweise unnachsichtiger Konsequenz und unter

28 Herz 2001: 35 u. 39.

29 ebenda: 34.

30 Steininger 2003: 40.

31 Watzal 2001: 28.

strategischen Gesichtspunkten bezüglich der palästinensischen Araber durchgeführt hat.³²

3.2 Der Nahostkonflikt von 1949 bis zum Suez-Krieg

3.2.1 Der israelisch-arabische Konflikt und die Palästinenser

Im Folgenden wird nun zu untersuchen sein, wie der Nahostkonflikt weiter aufgeladen wurde und ob bzw. inwieweit die vorgenannte These Steiningers in der zitierten Form haltbar ist. Zudem sollen die Grundlagen und Faktoren ermittelt werden, welche die weitere Entwicklung des Nahostkonfliktes sowohl auf israelischer wie auf arabisch-palästinensischer Seite bestimmten. Dabei werden vor allem die Auswirkungen der internationalen Politik auf den Nahost-Konflikt vor dem Hintergrund einer Verschärfung des West-Ost-Gegensatzes zu analysieren sein.

Trotz intensiver Vermittlungsbemühungen der UNO konnte eine endgültige Waffenruhe erst im März 1949 implementiert werden, nachdem die arabischen Staaten sich sukzessiv bereit erklärt hatten, im Rahmen der von Februar bis Juli dauernden Verhandlungen auf Rhodos bilaterale Waffenstillstandsabkommen (keine Friedensverträge) mit Israel zu schließen.³³ Der Frontverlauf wurde dabei mit geringen Korrekturen und einzelnen entmilitarisierten Zonen als Demarkationslinie festgelegt und eine von der UN bestellte (heute noch existierende) militärische Beobachtermission (UNTSO)³⁴ beauftragt, die Einhaltung der Waffenstillstandsregelungen zu überwachen. Der Krieg indes brachte Israel weder die Anerkennung durch die arabischen Nachbarn noch international anerkannte Grenzen. An der Demarkationslinie herrschte in den kommenden Jahren eine brüchige Ruhe, die durch „häufige Grenzverletzungen vor allem palästinensischer Flüchtlinge“ und „gelegentliche israelische Gegenschläge“ gekennzeichnet war.³⁵

32 Vgl. u. a. Schreiber, Friedrich: Schalom Israel. Nachrichten aus einem friedlosen Land. München 1997, S. 103–118, insb. S. 109ff. Zit. in Lehmann 2001, S. 29.

33 Herz, Dietmar: Palästina – Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur. 5. Aufl., München 2003, S. 31.

34 United Nations Truce Supervision Organization

35 Ploetz 1998: 1566.

3.2.2 *Die Vorphase zum Sinai-/Suez-Krieg*

Im Zeitraum zwischen 1948 und 1967 waren die Palästinenser nicht in der Lage, in der Auseinandersetzung mit Israel eine bedeutende Rolle zu spielen. Das Verhältnis zum jüdischen Staat und die Aktivitäten zur Lösung des Palästinenserproblems wurden vielmehr bestimmt durch die arabischen Nachbarstaaten, unter denen Ägypten zunehmend eine Sonderrolle einnahm. Hier hatte 1952 eine Gruppe „freier Offiziere“ das korrupte und ineffiziente Regime König Faruks revolutionär abgelöst. 1954 setzte sich Oberst Gamal Abdul Nasser an die Spitze des Revolutionären Führungsrates und wurde 1956 ägyptischer Staatspräsident.

3.2.2.1 Israel und Ägypten auf Friedenkurs

Obwohl Nasser 1948/49 am Kampf gegen Israel teilgenommen hatte und die Erlebnisse und Erfahrungen dieser Kriegsteilnahme eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung seiner politischen Überzeugungen spielten, sei er – so Tessler – danach nicht von einer unnachgiebigen Feindschaft gegenüber dem Zionismus und dem Jüdischen Staat beseelt gewesen. Vielmehr seien ihm mit großer Klarheit die sozialen Mißstände seines eigenen Landes und die daraus zu ziehenden Folgerungen bewußt geworden. Rückständigkeit und Ineffektivität des ägyptischen Militärs waren in seinen Augen symptomatisch für die Probleme in allen Bereichen der ägyptischen Gesellschaft. Die Kriegsteilnahme hatte ihm so die Augen geöffnet für eine realistisch-kritische Analyse des sozialen, ökonomischen und technologischen Entwicklungsstandes seines Landes, wie sie in dem (später von ihm häufig gebrauchten) Satz „The main battle is Egypt“ auf den Punkte gebracht wurde. Diese Erkenntnis habe seine Absicht begünstigt, Frieden mit Israel zu machen. Nur auf einer solchen Grundlage – so Nassers zumindest anfängliche Überzeugung – konnten alle Anstrengungen und Ressourcen vorrangig und effektiv auf die Beseitigung der gesellschaftlichen Defizite Ägyptens konzentriert werden. Mahmoud Riad³⁶ berichtete, dass Nasser anfangs sogar gegen seinen Rat bereit gewesen sei, mit Israel auf der Basis der Waffenstillstandsvereinbarungen von 1949 Frieden zu schließen.³⁷

36 **Mahmoud Riad** (1917–1992) was an Egyptian diplomat. He was Egyptian ambassador to United Nations 1962–1964, Egyptian foreign minister 1964–1972, secretary-general of Arab League 1972–1979. Vgl.: http://en.wikipedia.org/wiki/mahmoud_Riad v. 5.4.2004.

37 Tessler 1994: 338.

Diese Einschätzung wurde/wird von vielen Israelis und Freunden Israels geteilt. Obwohl Nasser sich durch sein Desinteresse an einer Konfrontation mit Israel dem Unwillen der Palästinenser aussetzte, kam es ab 1954 zu intensiven diplomatischen Kontakten zwischen ägyptischen und israelischen Diplomaten in Paris und anderen europäischen Hauptstädten. Wie inzwischen vorliegende Dokumente belegen, waren sowohl der neue israelische Ministerpräsident Moshe Sharett³⁸ wie auch Nasser in den Jahren 1954/55 an einer einvernehmlichen Beilegung ihrer Konfliktpunkte wie den Grenzproblemen in Gaza, der Nutzung des *Suez-Kanals* und der *Straße von Tiran* durch israelische Schiffe, aber auch insgesamt an einer umfassenden Normalisierung ihrer Beziehungen stark interessiert. Nach ägyptischen Vorstellungen sollte zunächst ein bilaterales Geheimabkommen geschlossen werden;³⁹ wohl um zu erwartende Widerstände von Seiten palästinensischer und panarabischen Nationalisten zu unterlaufen.

3.2.2.2 Das Scheitern der Friedensbemühungen

Ein entscheidender Durchbruch bei diesen Friedensbemühungen scheiterte indes zu großen Teilen daran, dass Hardliner wie Ben-Gurion, Moshe Dayan, Shimon Peres und auch den Anfang 1954 als „Pazifist“ ins Amt des Verteidigungsministers beförderten Pinhas Lavon (1954–1955) die auf eine Verständigung mit Ägypten angelegte Politik Sharetts erbittert bekämpften bzw. konspirativ unterliefen. So wurden die israelischen Vergeltungsschläge gegen palästinensische Kommandounternehmungen im Grenzgebiet von Gaza durch Lavon und Dayan ohne Billigung des Kabinetts erheblich ausgeweitet mit der offensichtlichen Zielsetzung, Sharett zu desavouieren, Nasser herauszufordern und insgesamt die Spannungen zwischen Ägypten und Israel zu schüren.⁴⁰

Der größte Schaden aber, der dem Verständigungsprozess mit Ägypten zugefügt wurde, erfolgte durch die sogenannte „Lavon-Affäre“.⁴¹ Sie vergiftete

38 **Mosche Scharett** (*15. Oktober 1894 in Cherson, Ukraine; † 7. Juli 1965; geboren als *Mosche Schertok*) war israelischer Politiker. Zwischen zwei Amtszeiten David Ben Gurions war Scharet zwischen 1953 und 1955 zweiter Ministerpräsident Israels, und bis zu seinem Rücktritt 1956 der erste israelische Außenminister.

39 ebenda: 339.

40 ebenda: 342.

41 Ziel eines israelischen Sabotageprojekts, das im Juli 1954 vom israelischen Verteidigungsministerium gestartet wurde u. sich später zur sog. „Lavon-Affäre“ ausweitete, war es,

nachhaltig das bereits gut entwickelte Vertrauensverhältnis zwischen Sharett und Nasser. Während der ägyptische Präsident nach Bekanntwerden dieser konspirativen Attacken gegen sein Land die Kontakte zu Israel umgehend abbrach und zwei jüdische Agenten hängen ließ, bewertete der israelische Ministerpräsident die ägyptische Reaktion als „übertrieben und provokativ“. Wichtigste politische Konsequenz der aus dem Vorfall resultierenden innenpolitischen Krise in Israel war indes, dass Ben Gurion im Februar 1955 als Verteidigungsminister wieder Regierungsverantwortung übernahm und in dieser Funktion unverzüglich eine Ausweitung der Vergeltungsschläge gegen palästinensische Guerilla-Angriffe verfügte. Bereits wenige Tage nach seinem Amtsantritt erfolgte im Rahmen dieser Eskalationstrategie ein Überfall auf einen ägyptischen Polizeiposten in Gaza, bei dem 80 Ägypter getötet wurden. Der Angriff führte zu einer erheblichen Belastung im ägyptisch-israelischen Verhältnis. Als Ben-Gurion dann im November 1955 erneut Ministerpräsident wurde, sei er – so sein Biograph Bar-Zohar – „in a warlike mood“ gewesen und habe „a change in the government's political and military policies“ angekündigt.⁴²

Desillusioniert über die Aussichten, mit Israel derzeit zu einer gütlichen Einigung zu gelangen, wandte sich Nasser nach der Lavon-Affäre verstärkt der ebenfalls noch ungelösten Suez-Kanal-Frage zu. Sein Ziel war es, baldmöglichst den Abzug der britischen Truppen aus der Kanal-Zone durchzusetzen. Von den USA ermutigt, stimmte Großbritannien überraschenderweise schon im Oktober 1954 dem Ende seiner militärischen Präsenz in Ägypten zum Juni 1956 zu. Der neue Vertrag, den Ägypten mit den Briten schloß, bestätigte teilweise „alte Rechte“ wie das der freien Durchfahrt nach der *Suez Canal Convention* von 1888, definierte den Kanal jetzt aber eindeutig „als integralen Bestandteil Ägyptens“; konzedierte andererseits jedoch auch, dass er eine Wasserstraße von „internationaler Bedeutung“ sei.

durch Anschläge auf öffentliche Gebäude in Kairo und Alexandria – einschließlich US-amerikanischer Einrichtungen – die zunehmend freundlicher werdenden Beziehungen zwischen Ägypten u. den USA zu torpedieren. Durch das Schüren anti-ägyptischer Ressentiments in den USA sollten u. a. evtl. Waffenlieferungen und sonstige Hilfen Washingtons an das Nasser-Regime verhindert werden. Hintergrund war die Befürchtung, die ägyptisch-US-amerikanische Annäherung könnte auf Kosten Israels gehen. Des weiteren sollte GB durch die Anschläge von der Notwendigkeit einer Fortsetzung seiner militärischen Präsenz in Ägypten „überzeugt“ werden. (Vgl. Tessler 1994: 341).

42 Vgl. Bar-Zohar, Michael: Ben Gurion: A Biography. London: Croom Helm 1988, S. 222. Zit. in: Tessler 1994: 343.

Bereits im September 1954, noch bevor das neue Suez-Abkommen unterzeichnet war, und noch unter dem Eindruck der unheilvollen *Lavon*-Affäre, beschloss Israel, Ägyptens Haltung bezüglich der künftigen Handhabung des Durchfahrtsrechtes für Schiffe unter israelischer Flagge mit dem Frachter *Bat Galim* „zu testen“. Diese Maßnahme erfolgte vor dem Hintergrund, dass Ägypten bereits seit 1950 entgegen der UNSCR 95 vom September 1951 den Kanal für israelischen Schiffe und Ladungen gesperrt hielt. Ägypten verweigerte auch diesmal erwartungsgemäß die Durchfahrt und wurde postwendend von Hardlinern im israelischen Verteidigungsministerium beschuldigt, kein ernsthaftes Interesse an einer wirklichen Friedensregelung zu haben.⁴³ Dass der panarabische Führer und Nationalist Nasser zu diesem Zeitpunkt kaum anders hätte handeln können, wollte er in der arabischen Welt nicht „sein Gesicht verlieren“, dürfte bewusstes und nicht gerade friedensstiftendes Kalkül der Initiatoren dieses politischen Schachzugs gewesen sein. Auf jeden Fall brachte er Israel und Ägypten – wohl ganz im Sinne der radikalen Kräfte auf beiden Seiten – weiter voran auf dem Weg zu einer bewaffneten Auseinandersetzung.⁴⁴

Neben der *Lavon*-Affäre und dem *Bat Galim*-Zwischenfall leistete auch die Verschärfung der Sicherheitslage im Gaza-Streifen einen wesentlichen Beitrag zum zweiten arabisch-israelischen Krieg. Tiefere Ursache dieser Entwicklung war, dass nach der ergebnislosen Lausanner Friedenskonferenz von 1949, bei der Israel nur geringe Kompromissbereitschaft gezeigt und „den palästinensischen Flüchtlingen und Vertriebenen ein generelles Rückkehrrecht verweigert“ hatte⁴⁵, die gegenseitigen Infiltrationen einen „stärker politischen Charakter“ angenommen hatten. Als die Verluste auch auf jüdischer Seite in Laufe der Zeit immer dramatischer anstiegen, reagierte Israel zunehmend mit *direkter Vergeltung*, nach „dem archaischen Gesetz von Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Als auch dies ohne nachhaltige Wirkung blieb, gingen die Israelis schließlich zur *Strategie der Abschreckung* über. Diese konnte überall und jederzeit erfolgen und war „vom Konzept her brutaler und auf möglichst großen Schaden ausgerichtet“. Dabei sei es – so Mejcher weiter – auch vorgekommen, „dass israelische Militäreinheiten den Gegner

43 Tessler 1994: 344.

44 ebenda.

45 Vgl. Caplan, Neil: The Lausanne Conference, 1949. A Case Study in Middle East Peacemaking. Tel Aviv 1993. Zit. In: Mejcher 1998: 124.

sogar gezielt provozierten, um dann massive Abschreckungsschläge folgen zu lassen“.⁴⁶

Markante Beispiele dieser Strategie „fürchterlicher israelischer Abschreckungsmaßnahmen“, die schon damals für eine „rasche Entwicklung des nahöstlichen Terrorismus sorgten“, waren das Massaker an ca. siebzig Männern, Frauen und Kindern im Oktober 1953 im jordanischen Grenzdorf Qibiya sowie der bereits erwähnte Überfall auf den ägyptischen Polizeiposten bei Gaza im Februar 1955.⁴⁷ Traurige Berühmtheit erlangte in diesem Zusammenhang die von Ariel Sharon geführte berüchtigte Sondereinheit 101, auf deren Konto auch der Qibiya-Überfall ging und deren Auftrag es generell war, sogenannte „destroy-and-kill“-Operationen durchzuführen, d. h. Grenzverletzungen und Infiltrationen von Arabern – zumeist von Flüchtlingen und Beduinen – mit gezielten Vergeltungs- und Abschreckungseinsätzen auf arabischem Territorium zu beantworten. Erst internationale Proteste und eine Demarche der USA führten zur Auflösung dieser israelischen „Elite“-Einheit.⁴⁸

Der Gaza-Überfall leitete im übrigen eine „schicksalhafte Wende im arabisch-israelischen Verhältnis und besonders in den bis dahin keineswegs verheißungslosen ägyptisch-israelischen Beziehungen ein“. Für Nasser war mit dem brutalen israelischen Überfall die Grenze des Erträglichen überschritten. Das israelische Vorgehen empfand er zudem als direkten Angriff auf seine Legitimation als ägyptischer Präsident und panarabischer Führer. Als Reaktion auf die Implementierung der tatsächlich Furcht und Schrecken verbreitenden *Abschreckungsstrategie* durch die Israelis erfolgte von ägyptischer Seite alsbald die Aufstellung von Gruppen palästinensischer *Fedayeen* – Kämpfer, die von Gaza aus zur Durchführung von Sabotageakten, nunmehr mit aktiver Unterstützung der ägyptischen Armee, in Israel eingesetzt wurden. Der verhängnisvolle Kreislauf von Angriff und Vergeltung wurde auf diese Weise intensiviert und steigende Verluste auf beiden Seiten ließen ahnen, dass sich der Konflikt unaufhaltsam in Richtung einer umfassenden kriegesischen Auseinandersetzung bewegte.⁴⁹

46 Mejcher 1998: 126.

47 ebenda: 124.

48 ebenda: 125.

49 ebenda

Der Prozess unerbittlicher Eskalation erhielt einen weiteren entscheidenden Schub, als Nasser am 12. September 1955 die *Straße von Tiran* am Ausgang des Roten Meeres für israelische Schiffe und den Luftraum über dem Golf von Akaba für israelische Flugzeuge sperren ließ. Wenig später, im Oktober 1955, wurde zudem ein gemeinsames Militärkommando zwischen Ägypten und Syrien etabliert, dem bald darauf auch Jordanien beitrug. Im April 1956 erweiterte Ägypten diese Allianz durch militärische Bestandspakete mit Saudi-Arabien und dem Yemen. Eine direkte Maßnahme neben dem verstärkten Fedayeen-Einsatz, die Nasser gegen eine Wiederholung des israelischen Gaza-Überfalls ergriff, war am 27. September 1955 der Abschluß eines Abkommens mit der Tschechoslowakei über umfangreiche Waffenlieferungen. Israel nahm diese Entwicklung zum Anlass, einen Präventivschlag gegen Ägypten in Erwägung zu ziehen.⁵⁰

3.2.2.3 Einflüsse der internationalen Politik

Die Politik Ägyptens in den Jahren 1954–1956 war bestimmt durch ein komplexes Geflecht von Veränderungen im Ost-West-Konflikt, politischer Neuausrichtung der Großmächte auch hinsichtlich ihrer Nahost-Politik, den stetig steigenden Spannungen mit Israel, wie auch durch den gleichzeitigen Aufstieg Ägyptens unter Nassers charismatischer Führung zu einem bedeutenden politischen Machtfaktor im arabischen Lager und zu einem der führenden Anwälte der Dritten Welt.⁵¹ Im Rahmen dieses Szenarios kam es alsbald zu Konflikten zwischen Ägypten und den einflussreichen Westmächten Frankreich, Großbritannien und den USA, die ihre eigenen Interessen und Einflußmöglichkeiten im Nahen Osten durch Nassers anti-imperialistische Politik und Öffnung zum Ostblock behindert bzw. gefährdet sahen.

Der Gegensatz zu Frankreich resultierte dabei vor allem aus dem Umstand, dass Nasser die Freiheitsbewegungen in den französischen Maghreb-Kolonien Algerien, Tunesien und Marokko unterstützte. Die ägyptische und panarabische Solidarität galt insbesondere dem seit 1954 von arabischen Nationalisten geführten Unabhängigkeitskampf in Algerien, der von Kairo politisch, organisatorisch und militärisch massiv unterstützt wurde. Paris hingegen betrachtete Algerien mit seinen ca. eine Millionen französischen Staatsbürgern damals noch als integralen Bestandteil des französischen

50 Steining 2003: 43.

51 Tessler 1994: 347.

Mutterlandes. Vor diesem Hintergrund war es im Sommer 1953 zu einer engen politischen und militärischen Kooperation mit Israel gekommen, die 1955 zu umfangreichen französischen Waffenlieferungen an den neuen Verbündeten führte. Wie Moshe Dayan später bekannte, war es Frankreichs Kalkül, dass diese Waffen letztendlich auch gegen den gemeinsamen Gegner Ägypten eingesetzt werden könnten.⁵² Die USA dagegen hatten unter Hinweis auf die *Tripartite Declaration*⁵³ von 1950 Rüstungslieferungen in größerem Umfang an Israel bisher abgelehnt.

Vorrangiges Ziel der US-amerikanischen Außenpolitik im Rahmen ihrer *Containment Strategy*⁵⁴ und in deren Gefolge auch der britischen Nahost-Politik war es indes, ein Vordringen des Kommunismus und des sowjetischen Einflusses im Vorderen Orient „um beinahe jeden Preis zu verhindern“. Die Briten initiierten zu diesem Zweck – aber auch um ihren eigenen Einfluß im Nahen Osten zu wahren – mit massiver finanzieller Unterstützung der USA eine regionale Verteidigungsallianz für den Nahen Osten, den sog. *Bagdad-Pakt* (*CENTO*).⁵⁵ Ihm traten im Verlauf des Jahres 1955 die

52 ebenda: 347.

53 In der *Tripartite Declaration* v. 25. Mai 1950 hatten sich die USA, Frankreich und Großbritannien angesichts der gespannten Lage in Nahost darauf verständigt, ein Wetttrüsten zwischen Arabern und Israelis weitmöglichst zu unterbinden.

54 *Containment* (Engl. für In-Schach-Halten, Eindämmung), Bezeichnung für die maßgeblich von G.F. Kennan 1947 konzipierte Ausrichtung der amerikan. Außenpolitik auf die Eindämmung der expansiven Tendenzen des Weltkommunismus. Sie sollte v. a. durch Bündnisse sowie Militär- und Wirtschaftshilfe erreicht werden, um so die Integrität und Stabilität der Staaten der westl. Welt zu gewährleisten. Als wichtigste Instrumente des C. lassen sich identifizieren: die Truman-Doktrin, der Marshall-Plan sowie diverse bi- und multilaterale Beistandspakte (NATO, CENTO, SEATO). Höhepunkte dieser Politik zeigten sich in der Militär- und Wirtschaftshilfe für Griechenland 1947/48, der Berliner Luftbrücke 1948/49 und im Koreakrieg 1950–53. C. kann als Mittelweg zwischen antikommunistischen Kreuzzugsideen (Roll-back) und neo-isolationistischen Tendenzen in der US-Außenpolitik angesehen werden. Spätestens die Berlin-Krise von 1958 machte indessen die Unzulänglichkeiten des C. deutlich und führte in langsamen Schritten zur Neuorientierung in Richtung auf die Entspannungspolitik der 1970er Jahre. Vgl.: <http://www.politikwissen.de/lexikon/containment.html> v. 07.04.2004

55 *CENTO* ist die Abkürzung für *Central Treaty Organization*. Dies war seit 1959 der Name für den 1955 gegründeten *Bagdad-Pakt*. Dieser war ein reines Verteidigungsbündnis und wurde zuerst am 24. Februar 1955 vom Irak und der Türkei unterzeichnet. Zunächst wurde er auch als *Middle East Treaty Organization* (METO) bezeichnet. Im selben Jahr traten Großbritannien (5. April), Pakistan (23. September) und der Iran (3. November) bei. Durch die Unterzeichnung von bilateralen Abkommen mit der Türkei, Pakistan und dem Iran wurden die USA 1958 de facto Mitglied, offiziell mit Beobachterstatus. Aufgrund massiver Meinungsverschiedenheiten verließ der Irak bereits 1959 wieder das Bündnis. Dieses

Türkei, Iran, Irak, Pakistan und Großbritannien bei. Nasser hingegen lehnte eine Mitgliedschaft ab. Für ihn wie für die meisten arabischen Staaten stellte Israel grundsätzlich eine größere Bedrohung dar als der Kommunismus und/oder die Sowjetunion.⁵⁶ Zudem sah der ägyptische Präsident im *Bagdad-Pakt* den Versuch der Anglo-Amerikaner, die konservativen nahöstlichen Regime zu stützen und gleichzeitig den westlichen und kolonialen Einfluss in der Region auf Dauer festzuschreiben. Des weiteren fürchtete Nasser, der Pakt könnte den Irak zum Konkurrenten Ägyptens um die Führerschaft in der Arabischen Liga aufbauen. Auch um diese Absicht zu vereiteln, hatte Ägypten seine militärische Kooperation im arabischen Lager in dem bereits beschriebenen Rahmen ausgeweitet.⁵⁷

Zugleich verfolgte Nasser ab Frühjahr 1955 verstärkt eine neutralistische Politik, die auf der Konferenz der nicht gebundenen Staaten in Rangun (April 1955) auch zu engeren Kontakten mit der Volksrepublik China führte, die zu jener Zeit die unter amerikanischem Schutz stehenden nationalchinesischen Inseln Quemoy und Matsu bedrohte. Diese politische und ideologische Umorientierung der ägyptischen Staatsführung galt als einer der maßgeblichen Gründe für die Ablehnung einer amerikanischen Militärhilfe im Mai 1955, die wiederum Nasser veranlasste, eine derartige Unterstützung im Ostblock zu suchen. Durch den von Moskau vermittelten Militärhilfevertrag mit der Tschechoslowakei erhielt dann mit Ägypten erstmalig ein wichtiges arabisches Land Waffenlieferungen aus dem Ostblock. Von den Westmächten wurde diese „Verletzung ihrer Einflusssphäre“ unter dem Aspekt des „Kalten Krieges“ mit Besorgnis registriert; u. a. auch deshalb, weil „Ägyptens Waffendeal mit dem Ostblock“ eigentlich nicht zu Nasser „Bekenntnis zur Blockfreiheit passte“.⁵⁸

3.2.2.4 Die Nationalisierung des Suez-Kanals

Trotz dieser für den Westen wenig erfreulichen Neuausrichtung der ägyptischen Politik erfolgte im Spätherbst 1955 zunächst die Zusage der USA und Großbritanniens, Gelder für den Bau des für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens dringend erforderlichen Assuan-Staudamms bereitzu-

bestand seitdem nur noch formal u. wurde 1979 infolge der Islamischen Revolution des Iran aufgelöst. Vgl.: http://wikipedia.org/wiki/Central_Treaty_Organisation v. 07.04. 2004

56 Steininger 2003: 42.

57 Tessler 1994: 347 u. Steininger 2003: 42.

58 Mejcher 1998: 129.

stellen.⁵⁹ Im Juli 1956 jedoch zogen die USA, Großbritannien und damit auch die Weltbank – irritiert durch Nassers Neutralitätspolitik und seine zunehmend kritische Haltung dem Westen gegenüber, insbesondere aber durch seine Anerkennung der Volksrepublik China – ihre Unterstützung für das von Ägypten als unverzichtbar angesehene Bewässerungs-Projekt wieder zurück. Ein zusätzlicher Grund für die Ablehnung war – nach Steininger – die politisch motivierte Weigerung zionistischer Finanzkreise in den USA, sich an einer weiteren Stärkung und wirtschaftlichen „Aufrüstung“ von Israels Widersacher zu beteiligen. Zudem hatte auch die Baumwoll-Klientel der Südstaaten aus Konkurrenzgründen Widerstand signalisiert.⁶⁰

Obwohl die Sowjets entsprechende Kompensation anboten, entschloss sich Nasser am 26. Juli 1956, die Suez-Kanal-Gesellschaft zu verstaatlichen. Dieser Schritt erfolgte nicht zuletzt aus Erbitterung darüber, dass die US-Regierung von früheren Zusagen abgerückt war und das Projekt, welches Ägypten „ins Industriezeitalter katapultieren“ sollte, offenbar längerfristig zu blockieren gedachte. Ein weiterer Grund lag auch in der „insulting attitude with which the [Aswan Dam loan] refusal was declared“.⁶¹ Am Tag darauf versuchte der britische Premier Sir Anthony Eden (1955–Jan. 1957) vergeblich, den US-Präsidenten und Ex-General Dwight D. Eisenhower (1953–1961), mit dem er bisher eine enge politische Allianz gepflegt hatte, von der Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens zu überzeugen. Mit Israel und Frankreich dagegen wurde Großbritannien schnell handelseinig in der Zielsetzung, Nasser nunmehr nachhaltig in die Schranken zu verweisen und dabei gegebenenfalls auch militärische Gewalt anzuwenden.

3.2.3 *Das Suez-Abenteuer*

Auf der Basis dieser Vereinbarung begannen Großbritannien und Frankreich Anfang August 1956 Planungen für eine Invasion Ägyptens mit dem Ziel zu initiieren, Nassers vermeintlich illegalen Zugriff auf den Suez-Kanal rückgängig zu machen. Am 16. Oktober einigten sich der britische und der französische Premierminister darauf, Ägypten im Verein mit Israel, das dem Bündnis inzwischen beigetreten war, anzugreifen. Die offizielle strategische

59 Tessler 1994: 348.

60 Steininger 2003: 44.

61 Interview with Nasser conducted by Erskine Childers; Zit. in: Calvocoressi, Peter: Suez: Ten Years After. London 1962, S. 42. Zit. in: Tessler 1994: 349.

Zielsetzung und Legitimation für eine Beteiligung des Judenstaates an dem geplanten Waffengang bestand darin, die durch Nasser gerade wieder unterbundene Nutzung der *Straße von Tiran* insbesondere im Hinblick auf den bevorstehenden Abzug der Briten nunmehr auf Dauer sicher zu stellen. Eilat sollte endlich ohne ständige Beeinträchtigungen durch Ägypten zu einem bedeutenden und sicheren Hafen für die Entwicklung des Negev ausgebaut werden können.⁶² Vor allem aber ging es der israelischen Regierung unter David Ben Gurion wohl darum, durch eine Neutralisierung des vom Ostblock modernisierten ägyptischen Waffenarsenals weiterhin Israels militärische Überlegenheit gegenüber seinem westlichen Nachbarn zu garantieren sowie im Bündnis mit Frankreich und Großbritannien dem zunehmend mächtiger werdenden panarabischen Nasserismus und Nationalismus die Grenzen aufzuzeigen.⁶³

Die Operationspläne und Kriegsziele, die vom 22. bis 24. Oktober 1956 auf einem Geheimtreffen in Sevres bei Paris auf höchster politischer Ebene (auf israelischer Seite Ben Gurion, Peres und Dajan) endgültig abgestimmt, konkretisiert und gebilligt wurden, sahen für den 29. Oktober einen Angriff auf Ägypten vor. In dessen Verlauf sollten israelischen Fallschirmjäger und Panzerverbände binnen kürzester Zeit bis zum Suez-Kanal vorstoßen. Frankreich und Großbritannien würden dann beide Kontrahenten ultimativ auffordern, ihre Kriegshandlungen einzustellen und sich auf jeweils zehn Meilen vom Suezkanal zurückzuziehen. Sollte Ägypten sich dem erwartungsgemäß widersetzen, war dies das Signal für das Eingreifen der anglo-französischen Truppen. De facto beschlossen die Alliierten in diesen Tagen den Krieg gegen Ägypten.⁶⁴

3.2.3.1 Israels strategische Zielsetzung

Während Abba Eban zu dem in Rede stehenden Treffen später bemerkte, „At Sevres, the three groups of leaders decided on a grotesquely eccentric plan“, weist Avi Shlaim darauf hin, dass jedoch nichts so exzentrisch gewesen sei wie der „big plan“, den Ben Gurion versucht habe der französischen Delegation bei diesem ersten Zusammentreffen schmackhaft zu machen. In seinem „Masterplan“, der von den meisten israelischen Delegationsmitglie-

62 Steininger 2003: 85.

63 Mejcher 1999: 128.

64 Steininger 2003: 86.

dern offenbar mit Erstaunen und Verlegenheit erstmals zur Kenntnis genommen wurde, waren die strategischen Zielsetzungen und Vorstellungen Israels im Hinblick auf die weitere Entwicklung im Nahen Osten wie folgt formuliert: (1) „Aufteilung Jordaniens (des ehemaligen Transjordanien) zwischen dem Irak und Israel; (2) Teilung des Libanon: der Norden an Syrien, der Süden bis zum Litani-Fluss an Israel, der Rest ein christlicher Staat – mit Israel verbündet; (3) Bildung einer pro-westlichen Regierung in Syrien; (4) Internationalisierung des Suez-Kanals evtl. mit israelischen Truppen auf der Ost- und ägyptischen Truppen auf der Westseite; (5) der *Sinai* – ganz oder teilweise – sowie die *Straße von Tiran* unter israelischer Kontrolle; (6) Beseitigung Nassers.“⁶⁵

Avi Shlaim faßt die Bedeutung dieser „Kriegsziele“ des israelischen Ministerpräsidenten wie folgt zusammen:

“The plan is thus highly revealing of Ben-Gurion’s inner thoughts about Israel, the European powers, and the Arab world. It revealed his carving for an alliance with the imperialist powers against the forces of Arab nationalism. It exposed an appetite for territorial expansion at the expense of the Arabs and expansion in every possible direction: north, east, and south. And it exhibited a cavalier attitude toward the independence, sovereignty, and territorial integrity of the neighboring Arab states.”⁶⁶

In diesem Zusammenhang soll noch darauf verwiesen werden, dass trotz anfänglicher Differenzen auch das damalige israelische Kabinett den Krieg gegen Ägypten, seine Begründung und strategischen Zielsetzungen ebenso wie die Beteiligung an der „imperialistischen Allianz“ letztendlich am 28. Oktober mit großer Mehrheit billigte.

Von den arabischen Staaten in der Region indes wurden solche tendentiell neo-imperialistischen Planspiele auf israelischer Seite verständlicherweise nicht als ermutigendes Programm des Friedens, der Deeskalation von Spannungen und des gerechten Ausgleichs rezipiert. Vielmehr schürten solche Überlegungen und Äußerungen angesichts der militärischen Stärke Israels und dessen Willen, seine Streitkräfte gegebenenfalls kompromißlos

65 Smith, Charles D.: *Palestine und the Arab Conflict. A History with Documents*. Boston/ New York 2001. Zit. in: Steininger 2003: 86.

66 Shlaim, Avi: *The Iron Wall. Israel and the Arab World*. New York 2001, Norton Paperback, S. 178.

zur Durchsetzung eigener Interessen einzusetzen, Mißtrauen, Ängste und Haß auf arabischer Seite, wurde von dieser als existentielle Bedrohung empfunden und ermutigte letztendlich die Extremisten in den jeweiligen Lagern.

3.2.3.2 Die Rolle der UNO

Auf der Basis des Komplotts zwischen den imperialistischen Ansprüchen Großbritanniens und Frankreichs und den regionalen machtpolitischen Zielsetzungen Israels begann am 29. Oktober die Besetzung des Sinai und Sharm el-Sheikhs durch israelische Streitkräfte. Obwohl die israelischen Truppen am 30. Oktober noch 50 Km vom Suez-Kanal entfernt standen, erging „gemäß Drehbuch“ die verabredete Aufforderung der Briten und Franzosen an Ägypten und Israel, „sich auf 10 Km vom Kanal zurückzuziehen“. Als Ägypten das Ultimatum – wie erwartet – ablehnte, erfolgten die geplanten Bombardierungen ägyptischer Flugplätze wie auch am 5. November der gemäß alliierter Operationsplan vorgesehene Einsatz französischer und britischer Luftlandetruppen über Port Said. Innerhalb von 48 Stunden wurden etwa 200 ägyptischen Flugzeugen am Boden zerstört. Bereits am 28. Oktober hatten die Israelis völkerrechtswidrig eine ägyptische Militärtransportmaschine, in der sich allerdings nicht – wie vermutet – der ägyptische Generalstabschef Amr, sondern 18 Mitglieder des ägyptischen Generalstabs befanden, im neutralen Luftraum über dem Mittelmeer abgeschossen.⁶⁷

3.2.3.3 USA und Sowjetunion als „Partner“

Um ein vorzeitiges Einschreiten des UN Sicherheitsrats gegen die Invasion der Israelischen Truppen zu verhindern, blockierten Frankreich und Großbritannien das Gremium mit ihren Veto-Stimmen. Daraufhin übernahm die UN-Generalversammlung die Funktion des Krisenmanagements und verfügte einen sofortigen Waffenstillstand sowie den unverzüglichen Rückzug der alliierten Invasionstruppen.⁶⁸ Entscheidend für die Einstellung der Kampfhandlungen am 7. November 1956 war jedoch das „eher seltene Schauspiel“, dass die USA und die Sowjetunion mit einem gemeinsamen Antrag im UN-Sicherheitsrat das Suez-Unternehmen ultimatim verurteilten und einen entsprechenden Beschluss herbeiführten. Während Moskau warnte, „mit der Anwendung von Gewalt die Aggressoren zu vernichten und

67 Steining 2003: 87.

68 Tessler 1994: 351.

den Frieden im Nahen Osten wiederherzustellen“, lehnten die USA zwar ein militärisches Zusammengehen mit den Sowjets ab, verstärkten aber den „Druck auf das britische Pfund und drohten Großbritannien mit Ölsanktionen“. Dieses konzertierte Vorgehen führte letztlich zum Ende des Krieges und in der Folge auch zur Ablösung Edens; war gleichzeitig „aber auch das definitive Ende der britischen Hegemonialstellung im Nahen Osten. An deren Stelle traten nun die USA“.⁶⁹

Aber auch die Sowjetunion, „die im Schatten des Suezkrieges den Aufstand in Ungarn niederschlug“⁷⁰, hatte durch ihr kompromissloses Auftreten gegen die „imperialistischen Invasoren“ bei den Arabern erheblich an Reputation gewonnen. Die kritische Einstellung der sowjetischen Regierung zum Aggressor Israel, die sie hinsichtlich ihres eigenen Vorgehens ihren Satellitenstaaten gegenüber allerdings vermissen ließ, wird aus einem Brief an Ben Gurion deutlich, in dem es heißt, „Israels Angriff auf Ägypten säe ‚unter den Völkern des Nahen Ostens gegen den Staat Israel einen Hass, der sich auf die Zukunft Israels auswirken muss und seine staatliche Existenz in Frage stellt‘“ Unerschüttert in der Richtigkeit und Notwendigkeit des eigenen Tuns notierte Ben Gurion dazu in seinem Tagebuch, dass dieser Brief auch von Hitler hätte stammen können. Die kommunistischen Nazis hätten doch in Ungarn mit ihren Panzern bewiesen, wozu sie fähig seien.⁷¹

3.2.3.4 USA contra Israel

Während Frankreichs und Großbritanniens Truppen am 22. und 23. Dezember 1956 Ägypten verließen, war Israel trotz der UNO-Resolution vom 7. November zunächst nicht bereit, seine Verbände aus dem Sinai zurückzuziehen. Die Gründe nannte Abba Eban am 28. Januar 1957 in einer Rede vor der UN-Generalversammlung:

“Our view is simple ... In the three outstanding issues – the Suez Canal, the Gulf of Aquaba and the Gaza Strip – our duty is not to reestablish but to prevent the reestablishment of the previous situation, for in each case the situation of 28 October 1956 was one of illegalities and not of law ... These three illegalities, more than other factors, brought about the hostilities which we are now seeking to

69 Steininger 2003: 45.

70 Mejcher 1999: 130.

71 Steininger 2003: 88.

liquidate. In pursuing its policy for the withdrawal of non-Egyptian troops, the United Nations surely has no duty to restore Egypt's blockading and raiding capacity to its former state."⁷²

Auch unter dem Aspekt, dass die angeführten Beschwerden stichhaltig und legitim wären, habe es – so Tessler – eine weitgehende Übereinstimmung in der Überzeugung gegeben, dass Israel seine Ziele in einer nicht zu akzeptierenden Weise verfolgt hätte. Israel wurde – wie bereits in der Vergangenheit – beschuldigt, wiederum eine Vergeltungsaktion durchgeführt zu haben, die im Verhältnis zur betreffenden Provokation „übertrieben“ gewesen sei. So kommt auch Robert Bowie, 1956 stellvertretender US-Außenminister, zu dem Ergebnis, dass „despite the violations of Israel's rights, it was still hard to square its resort to force with the provisions of the [UN] Charter. And in practical terms, Israel weakened its position by the collusion with France and Britain“.⁷³ Auch Ernest Stock verwies auf die in den Vorjahren praktizierte Vergeltungspolitik Israels und stellte fest, „... the provocation was not of sufficient magnitude to keep the label of aggressor from being hung upon Israel“.⁷⁴

Unter diesem Blickwinkel lehnte die UN mit überwältigender Mehrheit Israels Forderung ab, mit der eine Rückkehr zum *Status quo ante* verhindert werden sollte und verlangte den unverzüglichen und bedingungslosen Rückzug der israelischen Streitkräfte von ägyptischem Territorium. Wenngleich die Notwendigkeit einer Untersuchung der von Israel benannten Konfliktgründe anerkannt wurde, weigerte sich die UNO, die Bearbeitung von Lösungen zu den israelisch-arabischen Sicherheitsproblemen auf die Tagesordnung zu setzen bevor Israel seine Truppen vollständig hinter die Waffenstillstandslinie von 1949 zurückgezogen hatte. Diese Sichtweise wurde am 2. Februar 1957 von der UN-Generalversammlung bestätigt. Es sollte auf jeden Fall der Eindruck vermieden werden, dass sich ein Staat mit Billigung der UN durch die illegale Anwendung von Gewalt einen Vorteil gegenüber einem anderen Staat verschaffen kann.

72 Bowie, Robert R.: Suez 1956: International Crisis and the Role of Law. New York, Oxford University Press, 1988; S. 89. Zit. in: Tessler 1994: 351/352.

73 Bowie 1988: 104. Zit. in: Tessler 1994: 352.

74 Stock, Ernest: Israel on the Road to Sinai, 1949–1956. Ithaca: Cornell University Press, 1967; S. 211. Zit. in: Tessler 1994: 252.

Als Israel sich weiterhin weigerte, den Beschlüssen der UNO zu folgen, wenn ihm nicht gleichzeitig Garantien für die Sicherung seiner „vitalen Interessen“ zugestanden würden, verstärkten die USA ihren Druck hinsichtlich eines umgehenden israelischen Rückzugs. Zwar bestätigte die US-Regierung in einem *Aide-Mémoire* vom 11. Februar Israels Recht auf freie Durchfahrt durch den *Golf von Akkaba*, machte aber auch dies von einem sofortigen Abzug der israelischen Invasionstruppen abhängig. In seiner Rede vom 20. Februar 1957 wies Präsident Eisenhower unmißverständlich darauf hin, dass eine bewaffnete Invasion und Okkupation eines Landes, ähnlich wie die der Sowjetunion in Ungarn, keine „friedlichen oder geeigneten Mittel“ seien, „... to secure justice and conformity with international law“.⁷⁵ Der Abzug der IDF erfolgte schließlich in der ersten Märzwoche 1957 in Verbindung mit dem Einrücken der *United Nations Emergency Force (UNEF)* in Gaza und Sharm al-Sheik. Insbesondere durch die klare Haltung der USA war es der UNO gelungen, ihren Prinzipien und Beschlüssen im Sinne einer gerechten Friedensstiftung in vorbildlicher Weise Geltung zu verschaffen. Dies sollte sich – zumindest bezogen auf den Nahost-Konflikt – in gleicher Weise nicht mehr wiederholen.

3.2.4 Die Auswirkungen des Suez-Krieges

3.2.4.1 Sowjetunion wird Schutzmacht der Araber

Der Suez-Krieg veränderte die internationale Lage in der Nahost-Region von Grund auf: Frankreich und Großbritannien verloren mit ihrem letzten imperialistischen „Abenteuer“ den Rest ihrer dort einstmals dominierenden Stellung, während die Sowjetunion als „Schutzmacht“ der revolutionären arabischen Staaten „der diplomatische, politische und militärische Einstieg in die Region endgültig gelingt, den ihr die USA seit Beginn des ‚kalten Krieges‘ hatten verwehren wollen. Die Sowjetunion nahm danach eine eindeutig pro-arabische und antiisraelische Haltung ein und unterstützte Ägypten, Syrien, und später Irak mit umfangreicher Militär- und Wirtschaftshilfe“⁷⁶

75 Dodd, C.H. u. Sales, M.E.: Israel and the Arab World. New York 1970, S. 127–128. Zit. in: Tessler 1994: 355.

76 Der Große Ploetz 1998: 1567.

3.2.4.2 Nasser als pan-arabischer Führer gestärkt

Auch dem ägyptischen Präsidenten gelang es, die totale militärische Niederlage in einen beeindruckenden außenpolitischen Triumph umzumünzen und auf dieser Basis innerhalb kürzester Zeit in West und Ost zum nunmehr unbestrittenen *Führer der arabischen Welt* aufzusteigen. In den Augen der Araber hatte Nasser dem französischen und britischen Imperialismus die Stirn geboten, die letzten Überreste des Kolonialismus in Ägypten beseitigt und die internationale Anerkennung der Nationalisierung des Suez-Kanals durchgesetzt. Zudem war es ihm gelungen, Israel die Früchte seines militärischen Sieges in Gaza und am Suez-Kanal vorzuenthalten und prinzipiell auch die internationale Anerkennung eines israelischen Durchfahrtsrechts an der *Straße von Tiran* zu verhindern.

Zudem zeigte sich Nasser – allein gedemütigt durch seine militärische Niederlage – nunmehr fester denn je entschlossen, durch Aufrüstung und Modernisierung seiner Armee dem jüdischen Nachbarn bei künftigen Konflikten wieder aus einer Position der Stärke gegenüberzutreten zu können. In der Sowjetunion fand er einen willigen Verbündeten, der bereit und in der Lage war, den Einsatzwert der ägyptischen Streitkräfte durch umfangreiche Waffenlieferungen innerhalb kürzester Zeit beträchtlich zu steigern. Der Präsident rechtfertigte dieses Vorgehen als notwendige Reaktion auf das offensichtliche Streben Israels nach territorialer Expansion. Dieses sah er durch die Beteiligung Israels am Suez-Krieg und die anschließende Besetzung ägyptischer Territorien ebenso eindeutig bewiesen, wie es objektiv aus entsprechenden annexionistischen Äußerungen Ben Gurions abgeleitet werden konnte. So hatte der israelische Ministerpräsident u. a. die Waffenstillstandsabkommen mit den arabischen Nachbarn von 1949 und damit die vereinbarten Demarkationslinien in einer Rede vor der Knesset für endgültig „tot“ erklärt und im Zuge der Suez-Invasion den Sinai als befreites „israelisches“ Gebiet bezeichnet.⁷⁷

77 Riad, Mahmoud: *The Struggle for Peace in the Middle East*. London 1982, S. 10. Siehe auch: Stock, Ernest: *On the Road to Sinai, 1949–1956*. Ithaca 1967, S. 213. Tessler ergänzt wie folgt: „Ben Gurion subsequently acknowledged, in a moment of candor a decade later, that he had erred in his remarks following the Jewish state's successful military campaign: >*I made a few mistakes in that speech, saying the Armistice Agreement was dead and buried, that Egypt would not be allowed to return to Sinai. I went too far ... [but] the victory was too quick. I was drunk with victory*<“ Siehe: Bar-Zohar 1978: 253. Zit. in: Tessler 1994: 357 u. 803.

3.2.4.3 Israel als „Aggressor“ gebrandmarkt

Israel realisierte in den kommenden Monaten und Jahren nicht alle, aber einiger seiner strategischen Ziele. Aufgrund der Anwesenheit der UNEF in Sharm al-Sheik verzichtete Nasser auf die weitere Sperrung der *Straße von Tiran* für israelische Schiffe, so dass sich der Hafen Eilat in der Folgezeit beträchtlich entwickeln konnte. Für Ägypten bedeutete dieses Stillhalten unter Berufung auf den bestehenden „Kriegszustand“ allerdings weiterhin ausdrücklich keinerlei Anerkennung eines offiziellen Rechtsanspruchs des jüdischen Staates, diese Wasserstraße ohne ägyptische Einwilligung nutzen zu dürfen. Auch behielt sich Ägypten in Anwendung seiner Souveränitätsrechte vor, die UNEF-Präsenz auf ägyptischen Boden jederzeit in freier eigener Entscheidung beenden zu können.

Die Sperrung des Suez-Kanals für israelische Schiffe hielt Kairo dagegen unbehelligt weiterhin aufrecht. Auch der israelische Protest gegen die Wiederaufnahme der politischen und verwaltungsmäßigen Kontrolle über den Gaza-Streifen durch die Ägypter blieb erfolglos. Dennoch lehnte Israel eine Stationierung von UNEF-Truppen *beiderseits* der israelisch-ägyptischen Waffenstillstandslinie, die zu einer Beruhigung vermeintlicher israelischer Sicherheitsbedenken hätte beitragen können, kategorisch ab. Was zugunsten Israels durch den militärischen Erfolg über Ägypten allerdings uneingeschränkt erreicht wurde, war der Nachweis, die dominierende Militärmacht in der Region zu sein, gegen deren Interessen die arabischen Staaten künftig nur mit einem erheblichen Risiko für die Bewahrung des Friedens in der Region und der eigenen Sicherheit vorgehen konnten.⁷⁸

Dennoch gelang es Israel nicht, mit seinem militärischen Sieg die angestrebten politischen Ziele zu erreichen: die relativ stabile Situation in Gaza und am Golf von Akkaba hing allein von der Präsenz der UNEF ab und der Suez-Kanal blieb weiterhin für israelische Schiffe gesperrt. Zudem wurde Israel von der Weltgemeinschaft als Aggressor gebrandmarkt. In der Dritten Welt war seine Reputation durch die Unterstützung der imperialen Ansprüche Frankreichs und Großbritanniens weitgehend zerstört und das Verhältnis zu den USA erheblichen Belastungen ausgesetzt worden. Israel war isolierter als je zuvor. Nasser dagegen, den zu beseitigen man sich vorgenommen hatte, wurde als panarabischer Führer und Bezwiner des Imperialismus nahezu unangreifbar und war mehr denn je in der Lage, anti-israelische

78 Tessler 1994: 356.

Kräfte in der Region und darüber hinaus zu mobilisieren. Nach Martin Beck war der Nahostkonflikt als ein von „Israel und den nahöstlichen Staaten bestimmter arabisch-israelischer Konflikt“ nun voll entwickelt. „Spätestens nach dem politischen Sieg Nassers im Suezkrieg“ – so Beck weiter – habe auf arabischer Seite auch die „ideologische Dominanz einer (pan)arabischen gegenüber einer palästinensischen Lösung des Palästina-Konflikts außer Frage“ gestanden.⁷⁹ Nach Mejcher jedoch erreichte der Panarabismus seinen Zenit bereits im Jahre 1958, als der Zusammenschluß Ägyptens und Syriens zur Vereinigten Arabischen Republik „den einzigen wirklichen, wenn auch nur kurzlebigen Teilerfolg der von Nasser propagierten arabischen Einheit“ markierte.⁸⁰

3.2.4.4 Kein Friede zwischen Israel und Ägypten

So hatten der Suez-Krieg und der Friedensschluß den Konflikt zwischen Israel und Ägypten keineswegs entschärft, sondern beide Staaten in ein Verhältnis zueinander gebracht, das stärker als zuvor von großer Feindseligkeit und tiefem gegenseitigem Mißtrauen geprägt war und den Keim einer neuen Auseinandersetzung bereits wieder in sich trug. Hinzu kam, dass der „Kalte Krieg“ sich nun vollends der Region bemächtigt hatte mit der Sowjetunion als Unterstützer der „revolutionären“ arabischen Regime und den USA, die versuchten, dem weiteren Vordringen des Kommunismus mit der sog. „Eisenhower-Doktrin“⁸¹ zu begegnen. Der Nahostkonflikt wurde damit gleichzeitig auch zu einem Hegemonialkonflikt der beiden Supermächte Sowjetunion und USA.

3.3 Der Sechstage-/Junikrieg (1967) und seine Folgen

Der Sechstagekrieg kann nach Mejcher „zu den zentralen welthistorischen Ereignissen nach dem Zweiten Weltkrieg gezählt werden“, da er „die politische Lage im Vorderen Orient nachhaltig verändert“ habe.⁸² Auch Fin-

79 Baumgarten 1991: Kap. 5.

80 Mejcher 1998: 93.

81 **Eisenhower-Doktrin:** Erklärung des amerikanischen Präsidenten D. D. Eisenhower an den Kongress vom 5. 1. 1957 und von diesem gebilligt; erklärt die Bereitschaft der USA, die Staaten des Nahen Ostens gegen kommunistische Aggression durch wirtschaftliche und militärische Hilfe, notfalls auch durch Truppenentsendungen, zu unterstützen. Vgl. <http://lexikon.meyers.de/meyers/Eisenhower-Doktrin> v. 17.04.2004.

82 Mejcher 1998: Kap. 1.

kelstein weist darauf hin, dass der Junikrieg 1967 nicht nur die Form des arabisch-israelischen Konflikts in ein neues Licht gerückt, sondern auch die Bedingungen für seine Beilegung neu definiert habe. Daneben gelte der Junikrieg inzwischen als „*locus classicus* eines rechtschaffenden David, der wider Erwarten den Sieg über einen verhassten Goliath davonträgt“.⁸³ Ob dieses Bild dem tatsächlichen Ablauf gerecht wird, soll nachfolgend untersucht werden.

3.3.1 Die Vorphase des Konfliktes

Während Israel die ersten Jahre nach dem Suez-Krieg zur Konsolidierung seiner innerstaatlichen Verhältnisse und militärischen Schlagkraft nutzte, blieb die arabische Seite hinsichtlich ihres künftigen Verhältnisses zum jüdischen Staat zunächst weitgehend zerstritten. Erst auf der Konferenz der Arabischen Liga in Kairo im Januar 1964 fanden die 13 Mitgliedsstaaten in der Abwehr des israelischen Jordanwasserprojektes⁸⁴ zu einer gemeinsamen Interventionsfront zurück. Einmütig beschlossen wurde dort, dieses Vorhaben durch die Ableitung zweier Quellflüsse des Jordans – Banias im syrischen Golan-Gebiet und Hasbani im Libanon – zu vereiteln. Für die israelischen Entscheidungsträger indes konstituierte die Umleitung des Jordanwassers einen *casus belli*, der ihrer Meinung nach auch den Einsatz der Streitkräfte rechtfertigte. Entsprechend drangen israelische Panzer bis zum Juli 1966 viermal auf syrisches Gebiet vor, um die von den Arabern fertig gestellten Ableitungssysteme zu zerstören. Nach einem erneuten Angriff der israelischen Luftwaffe am 14. Juli 1966 schließlich folgte Damaskus der bereits ein Jahr zuvor vom Libanon gefällten Entscheidung und stellte die Ableitungsmaßnahmen endgültig ein.⁸⁵

Die Spannungen an der syrisch-israelischen Grenze hatten sich damit aber keineswegs erledigt. Durch die Machtübernahme des linken Flügels der Baath-Partei in Syrien im Februar 1966 waren die Beziehungen des Landes zu Moskau erheblich intensiviert worden und hatten damit auch zu einer

83 Finkelstein, Norman: Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. München 2002, S. 221.

84 Hierzu Lehmann 2001: 37: „Ohne das *National Water Carrier System*, das das Wasser in einem Kanal- und Großrohrsystem [aus dem See Genezareth, K.S.] in das Zentrum Israels und den Negev transportiert, war wiederum an eine wirtschaftliche Entwicklung Israels und die Eingliederung seiner Einanderer nicht zu denken.“

85 Lehmann 2001: 37.

Verstärkung der israelischen Bedrohungsperzeption geführt. Hinzu kam, das im Verlaufe des Jahres 1966 von den syrischen Golan-Höhen aus der Beschuss ziviler und militärischer Ziele auf der israelischen Seite der Demarkationslinie – oft auf israelische Provokation hin – erheblich zunahm. Gleiches galt für die Infiltration palästinensicher Freischärler nach Israel. Auf diese Weise hatte die Konfrontation zwischen Syrien und Israel kontinuierlich an Schärfe gewonnen, „zumal Israel den Eindruck vermittelte, als ob es Syrien angreifen werde. Nassers Prestige in der arabischen Welt stand auf dem Spiel“.⁸⁶

Die Stellung Nassers als pan-arabischer Führer wurde dabei in besonderem Maße durch eine groß angelegte israelische Militäraktion herausgefordert, die sich gegen das benachbarte Jordanien richtete und bereits in den Kontext des sogenannten Sechstage-Krieges vom Juni 1967 einzuordnen ist. Mitte November 1966 griff eine etwa 4.000 Mann starke gepanzerte Brigade der israelischen Streitkräfte die südlich von Hebron gelegene Stadt Samua auf der Westbank an, zerstörte „gezielt“ 125 Häuser, ein Krankenhaus, eine Schule und eine Werkstatt und tötete insgesamt achtzehn jordanische Soldaten. Offenbar sollte der Haschemiten-Staat auf diese Weise dafür „bestraft“ werden, dass er einer ständigen Infiltration palästinensischer Guerilla-Kämpfer nach Israel bisher tatenlos zugesehen hatte. Und zugleich sollte ihm durch eine solche Lektion wohl auch unmißverständlich klar gemacht werden, künftig unter allen Umständen einem derartigen „weiteren Eindringen Einhalt zu gebieten“. Die USA rügten diese Abschreckungsaktion vor der UNO als „völlig unverhältnismäßig, überzogen und unentschuldigbar“⁸⁷, während der UN-Sicherheitsrat Israels „large-scale military action in violation of the United Nations Charter and of the General Armistice Agreement between Israel and Jordan“ in seiner Resolution 228 vom 25. November 1966 scharf verurteilte und im Wiederholungsfall weitere und wirkungsvollere Schritte androhte.

Anfang April 1967 verschärften sich auch die Spannungen mit Syrien. Auslöser war ein Luftgefecht, bei dem über Damaskus sechs Maschinen der syrische Luftwaffe von israelischen Militärjets abgeschossen wurden. In der zweiten Maiwoche, in Verbindung mit dem 19. Jahrestag der Staatsgründung Israels am 15. Mai, häuften sich dann Ankündigungen hochrangiger israeli-

86 Steining 2003: 90.

87 Finkelstein 2002: 223/224.

scher Politiker und Militärs, unter ihnen Ministerpräsident Levi Eschkol (1963–1969) und Generalstabschef Jitzchak Rabin, bezüglich einer „groß angelegten Militäraktion gegen Syrien“, um – wie es hieß – „den wachsenden Terrorismus in den Griff zu bekommen“.⁸⁸ Der damalige UN-Generalsekretär U Thant schrieb dazu später, „in ganz Israel“ seien „Gerüchte über einen bevorstehenden Schlag gegen Syrien im Umlauf“ gewesen; und die „kriegerischen Äußerungen führender israelischer Politiker“ hätten „Panik in der arabischen Welt“ verbreitet.⁸⁹ Auch nach Tom Segev war damals der „allgemeine Eindruck klar: Israel plante eine Aktion gegen Syrien, und durch die kriegerischen Erklärungen sollte das Unternehmen abgesichert werden.“⁹⁰ Selbst die USA warnten Israel vor der „beunruhigenden Wirkung“ seiner „Drohungen“ und rieten Ägypten, diese „außerordentlich ernst“ zu nehmen.⁹¹ Michael Brecher zufolge hatte das israelische Kabinett bereits Anfang Mai 1967 „begrenzte Vergeltungsschläge“ beschlossen. Insofern hätten auch entsprechende Hinweise der Sowjets an Nasser über israelische Angriffspläne „im Großen und Ganzen“ der Wahrheit entsprochen; wenn auch nicht in der angegebenen Größenordnung.⁹²

Sowohl der israelische Überfall auf Samua im November 1966 wie auch der Abschuss syrischer Militärmaschinen im April 1967; insbesondere aber die massiven Drohungen Israels mit einer groß angelegten Militärintervention in Syrien mit dem Ziel einer Ablösung des Baath-Regimes⁹³, das ein halbes Jahr zuvor mit Ägypten einen – von Israel als bedrohlich eingestuften – Mili-

88 Ebenda. S. dazu auch Segev, Tom: 1967 – Israels zweite Geburt. München 2007, S. 263–265.

89 U Thant: View from the U.N., New York 1978, S. 218–219. Zit. in: Finkelstein 2002: 226.

90 Segev 2007: 265.

91 Dishon, Daniel: MER (Middle East Record) 1967, S. 188. Zit. in: Finkelstein 2002: 226.

92 Brecher, Michael: Decisions in Crisis. Berkely 1980, S. 36–45. Zit. in: Finkelstein 2002: 226/356.

93 Sharabi, Hisham: Prelude to War: The Crisis of May-June 1967. In: Abu-Lughod, Ibrahim: The Arab-Israeli Confrontation of June 1967: An Arab Perspective. Evanston 1970, S. 49. Zit. in: Tessler 1994: 382. „The *Baath Arab Socialist Party* was founded in 1947 as a radical, secular Arab nationalist political party. It functioned as a pan-Arab party with branches in different Arab countries (Yemen, Lebanon, Sudan), but was strongest in Syria and Iraq, coming to power in both countries in 1963. In 1966 the Syrian and Iraqi parties split into two rival organizations. Both Baath parties retained the same name, and maintained parallel structures in the Arab world. The Baath Party came to power in Syria on 8 March 1963 and attained a monopoly of political power later that year.” In: http://en.wikipedia.org/wiki/Baath_Party.

tärpakt geschlossen hatte, verschärften die Krise. Die dubiose „Falschmeldung der Sowjets vom 13. Mai über beträchtliche israelische Truppenkonzentrationen an der syrischen Grenze“⁹⁴, deren Existenz allerdings weder von UN-Beobachtern „vor Ort“ noch von dem zur syrischen Grenze beorderten ägyptischen Stabschef bestätigt werden konnten, nahm Nasser – unbeeindruckt von diesen Ungereimtheiten – schließlich zum Anlaß, vor den Araber und aller Welt seine pan-arabische Solidarität sowie seine Entschlossenheit und Kampfbereitschaft im Konflikt mit Israel durch die Einleitung eskalierender Maßnahmen unter Beweis zu stellen.

Am 14. Mai befahl er die Verlegung erster ägyptischer Truppenkontingente in den Sinai. Nur zwei Tage später forderte er dann einen Teilabzug der UNEF aus dem Sinai, dem Gazastreifen und Sharm al-Shaykh. U Thant stellte Nasser jedoch hinsichtlich einer weiteren UNEF-Stationierung vor eine Alles-oder-nichts-Alternative, die Ägypten unter den gegebenen Umständen nur die Wahl ließ, einen vollständigen Rückzug der UN-Truppen zu verlangen. Der UN-Generalsekretär zog daraufhin binnen drei Tagen seine Friedenstruppen ab und beseitigte auf diese Weise den Puffer, der seit 1956 Ägypten und Israel getrennt und für eine relative Ruhe und Sicherheit an der gemeinsamen Grenze gesorgt hatte.

Nach Ansicht vieler wurde mit dieser (über-)schnellen Reaktion U Thants der Gang der Ereignisse, die letztlich im Krieg mündeten, ohne Not entscheidend beschleunigt. „Wäre Thant kreativer, gewiefter, selbstkritischer und mutiger gewesen“⁹⁵, hätte er zur Bewältigung der Krisensituation beispielsweise in direkten Kontakt mit Nasser treten können oder hätte vorgegeben, zunächst den UN-Sicherheitsrat konsultieren zu müssen, um auf diese oder ähnliche Weise zu versuchen, Zeit zu gewinnen und die sich abzeichnende Gefahr eines Krieges abzuwehren. Da nichts dergleichen geschah, nahm das Unheil weiterhin seinen Lauf. Und so wurde bereits am 22. Mai die nächste Eskalationsstufe beschritten, als Nasser die – von den Israelis bekanntermaßen als *Casus belli* gewertete – Sperrung der *Straße von Tiran* für israelische Schiffe verfügte. Darüber hinaus kündigte der ägyptische Präsident „in Reaktion“ auf die israelischen Drohungen bei mehreren öffentlichen Auf-

94 Meicher 1998: 17.

95 Segev 2007: 279.

treten in gewohnt großspuriger Manier und martialischer Diktion wiederholt die „Zerstörung Israels“ an.⁹⁶

Während der israelische Außenminister Abba Eban das Vorgehen des ägyptischen Präsidenten als „sträfliche Verantwortungslosigkeit“ geißelte, ließ US-Sicherheitsberater Walt Rostow seinem Präsidenten Lyndon B. Johnson (1963–1969) die Einschätzung übermitteln, Nasser habe „vermutlich das Gefühl, sein Ansehen werde irreparablen Schaden nehmen, wenn er es zum dritten Mal versäume, einem von Israel angegriffenen arabischen Staat zur Hilfe zu kommen“.⁹⁷ Diese Bewertung wurde auch von Odd Bull, dem damaligen Stabschef der UN-Truppen im Nahen Osten, geteilt.⁹⁸ Selbst Moshe Dayan räumte ein, dass ohne die ägyptische Forderung nach einem Abzug der UNEF Nassers Versprechen, Syrien zu schützen, wertlos gewesen wäre.⁹⁹ Damit konzedierte er einen erheblichen Handlungszwang für den ägyptischen Präsidenten, unter dem dieser allerdings fatalerweise „eine Kettenreaktion im gesamten arabischen Gebiet in Gang“ gesetzt hätte.¹⁰⁰

Während U Thant, der auch später noch von der politischen Richtigkeit und Gesetzmäßigkeit seines Handelns in dieser Krise zutiefst überzeugt blieb, die Entscheidung Nassers, die UNEF-Präsenz auf dem Sinai jederzeit beenden zu können, als völlig legal anerkannte, kritisierte er dennoch ihren „falschen“ Zeitpunkt. Er wies in diesem Zusammenhang aber zugleich darauf hin, dass Ägypten im Gegensatz zu Israel bereit gewesen sei, die EIMAC (*Egyptian-Israeli Mixed Armistice Commission*), eine gemeinsame Kommission zur Wahrung des Waffenstillstands, aus der sich Israel „einseitig“ und im „Verstoß gegen die UNO-Resolutionen“ zurückgezogen hatte, wieder zu beleben.¹⁰¹ Auch habe Israel erneut seinen Vorschlag kategorisch abgelehnt, einer Stationierung der UNEF, wie sie bereits gem. Resolution 1125 (XI) der Vollversammlung vom 2. Februar 1957 gefordert worden war, auf eigenem

96 Steining 2003: 90.

97 Parker, Richard B.: *The Politics of Miscalculation in the Middle East*. Bloomington 1993, S. 16, 18–19. Zit. in: Finkelstein 2002: 227/228.

98 Bull, Odd: *War and Peace in the Middle East*. London 1976, S. 104. Zit. in: Finkelstein 2002: 228.

99 Segev 2007: 281.

100 Neff, Donald: *Warriors for Jerusalem*. New York 1984, S. 74–75. Zit. in: Finkelstein 2002: 356.

101 Brecher, Michael: *Decisions in Crisis*. Berkeley 1980, S. 147. Zit. in: Finkelstein 2002: 228.

Grenzterritorium zu Ägypten zumindest für einen befristeten Zeitraum zuzustimmen.¹⁰² Sowohl Thant wie auch Bull waren übereinstimmend der Meinung, dass bei Realisierung dieser Maßnahme eine Verhinderung des Krieges von 1967 „durchaus möglich gewesen“ wäre.¹⁰³

Eine kompromisslose Haltung zeigte Israel auch in seiner Ablehnung gegenüber sonstigen Vermittlungsversuchen U Thants, der Ende Mai 1967 u. a. ein zweiwöchiges Moratorium in der Kontroverse um die *Straße von Tiran*, die Wiederaufnahme der diplomatischen Bemühungen zur Konfliktbeilegung und die Ernennung eines UNO-Sonderbotschafters für die Region vorgeschlagen hatte. Ägypten dagegen stimmte all diesen Vorschlägen zu.¹⁰⁴ Der langjährige UNO-Mitarbeiter Brian Urquhart sieht in seinen Memoiren den Grund für Israels Ablehnung letztlich darin, dass „die Entscheidung für eine Militäraktion bereits gefallen war“.¹⁰⁵ US-Emissäre bestätigten dagegen, dass Nasser in der Blockade-Frage zu Konzessionen, wie der Anrufung des Internationalen Gerichtshofes, durchaus bereit gewesen sei.

Dem Versuch einer diplomatischen Bearbeitung des Konflikts hatte auch der für den 7. Juni 1967 geplante und mit vielen Hoffnungen befrachtete Besuch des ägyptischen Vizepräsidenten in Washington dienen sollen. Mit seinem Präventivschlag am Morgen des 5. Juni beendete Israel jedoch endgültig alle Versuche einer Kriegsverhinderung und Friedenswahrung und handelte dabei auch entgegen der dem US-Präsidenten gemachten Zusage, in den nächsten zwei Wochen keine einseitigen Schritte zu unternehmen. Dean Rusk, der damalige US-Außenminister (1961–1969), kommentierte dieses Vorgehen mit den Worten: „Es hätte durchaus sein können, dass es nicht gelungen wäre, Ägypten zur Aufhebung der Blockade zu bewegen, aber es lag durchaus im Bereich des Möglichen.“¹⁰⁶

102 Report of the Secretary-General on the Withdrawal of the United Nations Emergency Force, 26 June 1976, Abs. 87–93. Zit. In: Finkelstein 2002: 228/229.

103 U Thant, S. 223; Bull, 108. Zit. in: Finkelstein 2002: 229.

104 UNO-Archive/DAG – 1/5.2.2.1.2, Appendix 3, Box 3. Zit.in: Finkelstein 2002:

105 Urquhart, Brian: A Life in Peace and War. New York 1987, S. 214. Zit. In: Finkelstein 2002: 230.

106 Rusk, Dean: As I Saw It. New York 1990, S. 386–387. Zit. In: Finkelstein 2002: 231.

3.3.2 Zweckrationaler Exkurs: Die „Deadlocksituation“

In einer grundlegenden Analyse und Bewertung der politischen Situation im Nahostkonflikt am Vorabend des Juni-Krieges weist Martin Beck darauf hin, dass Ägypten und Syrien als die zentralen Akteure in diesem Konflikt auf arabischer Seite „spätestens seit Mitte der 1950er Jahre die Herrschaft des israelischen Staates grundsätzlich in Frage stellten“. Dies komme nirgends „deutlicher zum Ausdruck“ als in der 1964 verabschiedeten „Charta“ der von Ägypten gegründeten PLO¹⁰⁷, die bis zum Junikrieg 1967 gegenüber der Regierung Nasser allerdings keine eigenen politischen Spielräume gehabt habe.

In dieser Charta werde unzweideutig darauf hingewiesen, „dass es sich beim israelisch-arabischen Konflikt um einen Konflikt um die Herrschaft des gesamten ehemaligen Mandatsgebiets Palästina handelt, d. h. das gesamte Territorium Israels in den Grenzen von 1949 Gegenstand des Konflikts ist“.¹⁰⁸ So werde in den Artikeln 4, 14, 15 und 16 die „Befreiung“ Palästinas gefordert und im Artikel 17 die Teilung Palästinas für „absolut illegal“ erklärt. Zudem hätten hochrangige Politiker der arabischen Staaten, allen voran Ägyptens Präsident Nasser, in öffentlichen Stellungnahmen „diese kompromisslose Haltung immer wieder klar artikuliert“.¹⁰⁹

Aber auch die bisherigen Regierungen Israels hätten keinen Zweifel daran gelassen, dass sie nicht bereit waren, „über Korrekturen der durch den ersten israelisch-arabischen Krieg geschaffenen Grenzen zu verhandeln“.¹¹⁰ Weder für die politische Elite – so Beck – noch für die Gesellschaft Israels habe eine Infragestellung oder gar Auflösung des eigenen Staates jemals zur Diskussion gestanden. Zentraler Gegenstand des Nahostkonfliktes am Vorabend des Junikrieges war somit die Herrschaft „über jenes Territorium, das nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg israelisches Staatsgebiet wurde“.¹¹¹

Aus den jeweiligen Präferenzordnungen Israels und der arabischen Akteure in diesem Konflikt, d. h. Verteidigung des Staates Israel in den Grenzen von 1949 einerseits und der Forderung nach arabischer Herrschaft über das israelische Territorium von 1949 andererseits, leitet Beck unter Anwendung des

107 Palästinensische Befreiungsorganisation (Palestinian Liberation Organization)

108 Beck, Martin 2002: 199.

109 ebenda

110 Pappé 1992: 210, 242, 273. Zit. in: Beck 2002: 199.

111 Beck 2002: 199/200.

„situationsstrukturellen Ansatzes“¹¹² und der Spieltheorie eine „Deadlock-situation“ ab, die einen massiven Herrschaftskonflikt widerspiegelte, der „bis 1967 hochgradig ‚intraktabel‘“ gewesen sei. Der Nahostkonflikt sei somit bis zu diesem Zeitpunkt „konkret von rationalen Akteuren nicht verregelbar“ gewesen, da beide Seiten unnachgiebig an der Verteidigung ihrer jeweiligen Maximalposition festhielten.

So habe Israel lieber das einmal gewonnen Territorium behalten wollen und auf eine Anerkennung durch die Araber verzichtet, als sich auf einen – wie auch immer gearteten territorialen Kompromiss einzulassen. Ebenso hätten es die arabischen Akteure vorgezogen, Israel die „Existenz als legitimer Staat im Vorderen Orient“ zu verweigern, als mit ihm einen Kompromiss auszuhandeln. Hinsichtlich des Versuchs der Akteure, „ihren minimalen Nutzen zu sichern“, kann für den Konfliktaustrag unschwer ein beiderseitiges Defektieren „DD“ (s. Matrix) prognostiziert werden. Sie erhalten auf diese Weise ohne ein Risiko einzugehen ihr zweitbestes Ergebnis, „denn keiner der Spieler kann sich verbessern, ohne dass es auf Kosten eines anderen Akteurs geht“.¹¹³

Die sich aus diesen Präferenzen ergebenden vier möglichen „Spielausgänge“ als Grundlage einer möglichen Konfliktlösung werden in nachfolgender Matrix in Anlehnung an Beck leicht modifiziert dargestellt:¹¹⁴

Herrschaftskonflikt über das israelische Staatsgebiet als *Deadlocksituation*:

Arabische Akteure Israel	Unnachgiebig bleiben (D)	Einlenken (K)
Unnachgiebig bleiben (D)	(3:3) Von den arabischen Akteuren als illegitim gebrandmarkte Herrschaft Israels über sein Territorium von 1949.	(4:1) Von den arabischen Akteuren legitimierte Herrschaft Israels über sein Territorium von 1949.
Einlenken (K)	(1:4) Arabische Herrschaft über das israelische Territorium von 1949.	(2:2) z.B. binationaler Staat oder von allen anerkannte Teilung des israelischen Territoriums von 1949.

D= Defektieren / K= Kooperieren / Nutzenkennziffern 1–4

112 Beck 2002: 62: Der situationsstrukturelle Ansatz hat sich aus dem Neo-Institutionalismus entwickelt und ist Teil des „Konzepts der subjektiven Zweckrationalität“. Erläuterungen zum Begriff „Institutionalismus“ u. „Zweckrationalität“ s.: Manfred G. Schmidt 1995: 430 u. 1100.

113 Vgl. Kriesberg 1989 u. Berendt 1995. Zit. in: Beck 2002: 201.

114 Beck 2002: 201, Schaubild 17.

In seinen Erläuterungen zu vorstehender Matrix weist Beck darauf hin, dass die Kategorisierung „unnachgiebig bleiben“ die ganze Bandbreite der Mittel einer Konfliktaustragung beinhalte, wie sie im Verlauf des Nahostkonflikts auch gewählt worden seien – „von der Vermeidung jedweder Interdependenzen bis zur kriegesischen Auseinandersetzung“.¹¹⁵ Zudem wird davon ausgegangen, dass für Jordanien, dessen Position sich erheblich von der der anderen Anrainerstaaten Israels unterschieden habe, ein Ausgleich mit dem jüdischen Staat durchaus im Bereich des Möglichen gelegen haben könnte. Zur Sicherung seiner haschemitischen Herrschaft habe Jordanien es offensichtlich jedoch vorgezogen – insbesondere unter Berücksichtigung seines angespannten Verhältnisses zu Ägypten – seine „weichere“ Haltung nicht öffentlich zu bekunden.¹¹⁶

3.3.3 *Israels „existentielle Bedrohung“*

Unmittelbar vor dem Junikrieg nannte der damalige israelische Außenminister Abba Eban¹¹⁷ drei Gründe für die „existentielle“ Bedrohung Israels:

- (1) „von Syrien aus operierende Terroristen“;
- (2) „ägyptische Truppenkonzentrationen im Sinai nach dem Rückzug der Truppen der Vereinten Nationen“, sowie
- (3) „die Blockade der Straße von Tiran“.

Diese drei offiziellen Begründungen für den Sechstagekrieg wurden von Finkelstein anhand „dokumentarischer Aufzeichnungen“ und „neuerer Forschungen“ einer kritischen Überprüfung unterzogen, deren Ergebnisse hier nachfolgend nur ansatzweise und in aller gebotenen Kürze vorgestellt werden.¹¹⁸ Die rationale Auseinandersetzung mit diesem Komplex aus einem alternativen Blickwinkel erscheint wichtig, da die vermeintlich *existentielle Bedrohung* Israels im vorstehenden Begründungskontext als Handlungs- und Rechtfertigungsmotiv des jüdischen Staates immer wieder beschworen wird und bereits weithin zu einem akzeptierten und kaum noch hinterfragten Stereotyp in der Darstellung und Rechtfertigung des Sechstagekrieges und darüber hinaus für die Legitimität des eigenen Vorgehens im Kontext des gesamten Nahostkonfliktes geworden ist.

115 Beck 2002: 202.

116 ebenda.

117 Eban, Abba: An Autobiographie, New York 1977, S. 342. Zit. in: Finkelstein 2002: 233.

118 Finkelstein 2002: Kap. 5, S. 221–260.

3.3.3.1 „Terrorangriffe aus Syrien“

Bezüglich der Entwicklung des „Syrienproblems“ weist Finkelstein darauf hin, dass insbesondere die Israelis selbst gegen die Bestimmungen des mit Hilfe der UNO zustande gekommenen Waffenstillstandsabkommens von 1949 verstoßen hätten, als sie „allmählich die Kontrolle über den Teil der entmilitarisierten Zonen an sich rissen, die innerhalb der früheren Landesgrenzen Palästinas lagen“. Mit der Zeit seien – so Bull – in weiten Teilen der entmilitarisierten Zone die arabischen Bewohner vertrieben, ihre Häuser zerstört und der „Status quo ständig zu Gunsten Israels verändert“ worden.¹¹⁹ Das aggressive Vorgehen der Israelis, „die stets die völlige Machtübernahme anstrebten“, sei vom Stabschef der UNO-Truppen Carl von Horn¹²⁰ ebenso bestätigt worden wie auch 1964 in einem Telegramm der amerikanischen Botschaft in Jerusalem an das State Department in Washington.¹²¹ Diese Depesche habe zugleich Syriens „lange Zurückhaltung trotz israelischer Übernahme [der entmilitarisierten Zone, Verf.] durch Gewalt und ständiger Androhung derselben“ hervorgehoben. Von den Israelis dagegen sei bereits der geringste Anlass zum Vorwand massiver Vergeltungsmaßnahmen und Abschreckungsmaßnahmen genommen worden, die auch nach Syrien selbst hineinreichten.¹²²

Nach einer Auswertung von Bowen und Drake¹²³ liegen insgesamt vier Resolutionen des UN-Sicherheitsrates vor, die Israel in diesem Zusammen-

119 Bull 1976: 48,50,5 5. Bull weist darauf hin, dass Israel dieselbe Vergrößerungstaktik auch in anderen entmilitarisierten Zonen anwandten. Zit. in: Finkelstein 2002: 233. Weizmann, Ezer: *On Eagles' Wings*. New York 1979, S. 257. Zit. in: Finkelstein 2002: 237. In in diesem Zusammenhang ist auf ein posthum veröffentlichtes Interview Dayans zu verweisen, in dem dieser zu Protokoll gegeben hatte, dass ca. 80 % der Zwischenfälle im Grenzgebiet zu Syrien vor dem Sechstagekrieg durch gezielte israelische Provokationen verursacht worden seien. Ziel dieses Vorgehens sei es gewesen, die Waffenstillstandslinien unterhalb der Schwelle zum Krieg zugunsten Israels auf Dauer zu verschieben. Die Feststellung geht zurück auf ein am 27. April 1997 in „Yediot Aharonot“ posthum veröffentlichten Interview, das Verteidigungsministers Moshe Dayan dem ehemaligen Journalisten von „Ha 'aretz“, Rami Tal, bereits am 22. November 1976 und am 1. Januar 1977 gegeben hatte. Zit. in: Watzal 2002: 36. Siehe auch Segev, Tom: 1967 – Israels zweite Geburt. München 2007, S. 237.

120 Horn, Carl v.: *Soldering for Peace*. London 1966, S. 76–86, 127–128. Zit. in: Finkelstein 2002: 234.

121 Green, Stephan: *Taking Sides*. New York 1984, S. 192. Zit. in: Finkelstein 2002: 234.

122 Finkelstein 2002: 235.

123 Bowen, David u. Drake, Laura: *The Syrian-Israeli Border Conflict, 1949–1967*. Middle East Policy, Bd. 1, Nr.4, 1992, S. 26. Zit. in: Finkelstein 2002: 236.

hang wegen Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens verurteilen; keine jedoch gegen Syrien. Auch die „UNO-Beobachter vor Ort und UNO-Abstimmungen in New York“ hätten übereinstimmend die Ansicht vertreten, „dass Israel die Hauptverantwortung für die Feindseligkeiten an der syrisch-israelischen Grenze trägt.“¹²⁴ Die bisher ausführlichste Untersuchung des Zeitraums zwischen 1949 und 1967“ kommt zu dem Schluss, dass die übliche Darstellung Israels als dem unschuldigen Opfer „syrischen Beschusses von den Golanhöhen aus“ im Grunde „historischer Revisionismus“ sei. In den sechs Monaten vor dem Junikrieg habe es nicht ein einziges ziviles Opfer aufgrund syrischen Waffeneinsatzes an der Nordgrenze Israels gegeben. Und auch die von den palästinensischen Guerillas erzielten „Erfolge“ seien nach Einschätzung des früheren Chefs des israelischen Militär-Geheimdienstes Yehoshafat Harkabi (1955–1959) mit insgesamt vierzehn israelischen Opfern in den letzten dreißig Monaten „keineswegs beeindruckend“ gewesen. Dessen ungeachtet sah allerdings auch U Thant in ihnen einen „wichtigen Faktor“ für die Verschärfung der Nahost-Krise.¹²⁵

Wie abwegig damals, trotz der unter palästinensischem Kommando ausgeführten und von Syrien unterstützten Anschläge, die Beschwörung einer „existenzielle Bedrohung“ durch Syrien gewesen sei, belege auch der Umstand, dass das „Öffnen der Nordfront“ und der Angriff auf Syrien im Sechstagekrieg erst drei Tage nach Beginn der Kampfhandlungen aufgrund einer „unabhängigen Entscheidung“ des Verteidigungsministers Moshe Dayans erfolgt sei.¹²⁶

3.3.3.2 „Ägyptische Truppenkonzentration im Sinai“

Die Einlassung Abba Ebans unmittelbar vor Beginn des „Präventivkrieges“, die Hauptgefahr für Israel ginge von den ägyptischen Truppenkonzentrationen im Sinai aus, versucht Finkelstein ebenfalls anhand einer Reihe gegenteiliger Fakten zu widerlegen. So weist er u. a. darauf hin, dass der damalige Generalstabschef Rabin noch Ende Mai 1967 vor dem israelischen Kabinett

124 ebenda: 20–21.

125 Harkabi, Yehoshafat: *Fedayeen Action and Arab Strategy*. Adelphi Papers, Nr. 53, London 1968. Zit. in: Finkelstein 2002: 237 u. Fußnote 32/S. 360: Offensichtlich hatten sowohl Israelis wie Palästinenser ein Interesse daran, die Zahlen nach oben zu korrigieren: Israel, um die Lage zu dramatisieren; die Palästinenser, um „Mißerfolge“ zu vertuschen.

126 Weizmann, Ezer: *On Eagles' Wings*. New York 1979, S. 257. Zit. in: Finkelstein 2002: 237.

erklärt habe, die ägyptischen Truppen im Sinai befänden sich derzeit noch immer in einer Verteidigungsposition. Auch der amerikanische Geheimdienst habe trotz „sorgfältiger Untersuchungen“ keinerlei Hinweise dafür finden können, dass Ägypten tatsächlich einen Angriff auf Israel plante.¹²⁷ Selbst Meir Amit, Direktor des israelischen Geheimdienstes Mossad von 1963 bis 1968, habe zugestehen müssen, „Ägypten war auf einen Krieg nicht vorbereitet; und Nasser wollte keinen Krieg“. Sogar Menachim Begin räumte viele Jahre später ein, dass die ägyptische Truppenkonzentration am Zugang zum Sinai nicht beweise, „dass Nasser tatsächlich vorhatte, uns anzugreifen. (...) Wir beschlossen damals, ihn anzugreifen“.¹²⁸

3.3.3.3 „Blockade der Straße von Tiran“

Israel bezeichnete die am 22. Mai verkündete Blockade der *Straße von Tiran* für israelische Schiffe und strategische Güter als kriegerischen Akt, mit dem die „Existenz und das Überleben Israels auf höchste gefährdet“ würde. Fakt war nach Finkelstein dagegen, dass in den letzten zweieinhalb Jahren kein israelisches Schiff die Durchfahrt genutzt hatte und nur 5 % des israelischen Handels über Eilat abgewickelt wurden. Lediglich das Öl aus dem Iran (!), das allerdings auch über Haifa hätte umgeleitet werden können, sei als wichtiges Handelsgut von der Blockade betroffen gewesen.

Mejcher verweist demgegenüber auf die „gewandelte Bedeutung Eilats, das seit den sechziger Jahren unverzichtbar für die israelische Energieversorgung und die Industrialisierung des Landes geworden“ sei. Insbesondere durch die bei Kriegsausbruch bereits geplante und im Herbst 1967 beschlossene Kapazitätserweiterung der bestehenden Pipeline von Eilat zur südlich von Tel Aviv gelegenen Hafenstadt Ashdod, die Israel zum Erdöldurchgangsland und damit ernsthaften Konkurrenten Ägyptens „bei den mittelmeeischen Versorgungslinien Europas“ machen würde, könnte – nach Mejcher – ebenso unmittelbarer Anlaß für Nassers Blockademaßnahme gewesen sein, wie es konkretes Motiv der Israelis war, neben grundsätzlichen völkerrechtlichen

127 Finkelstein 2002: 238. Diese Einschätzung wurde nach Finkelstein später auch vom israelischen Geheimdienst eingeräumt. Vgl. Eban, Abba: *Personal Witness*. New York 1992, S. 389, 395.

128 Cockburn, Andrew/Cockburn, Leslie: *Dangerous Liaison*. New York 1991, S. 153–154; Dishon, Daniel (Hg.): *Middle East Record (MER)*. Tel Aviv 1967, S. 202; vgl. S. 199. Zit. in.: Finkelstein 2002: 239.

Erwägungen ihr „unantastbares“ Recht auf „Oil to Eilat“ mit allen Mitteln zu verteidigen.¹²⁹

Finkelstein weist des weiteren darauf hin, dass die Bewertung israelischer Durchfahrtsrechte durch die *Straße von Tiran* nach dem Völkerrecht durchaus umstritten gewesen sei. Sowohl die UN, die allerdings Nassers Blockade-Entscheidung gerade zu diesem Zeitpunkt für einen „Fehler“ hielt, war der Ansicht, dass noch keine endgültige Entscheidung über den Umfang des „Rechts auf friedliche Durchfahrt“ durch das Gewässer gefallen sei.¹³⁰ In gleicher Weise habe der Harvard-Juraprofessor Roger Fischer darauf hingewiesen, dass trotz eines Antrages Israels „die Völkerrechtskommission 1956 nicht zu einer Regelung der Schifffahrt in der Straße von Tiran“ gekommen sei. Doch selbst „das Recht auf friedliche Durchfahrt“ sei „kein Recht auf freie Durchfahrt mit beliebiger Ladung und zu jeder Zeit“. Die relevante rechtliche Frage, die keineswegs entschieden war, sei für ihn, ob es das Völkerrecht von Ägypten verlange, „Israel auch weiterhin den Transport von Erdöl und anderen strategisch wichtigen Gütern durch ägyptisches Territorium zu gestatten“ – von Gütern, die Israel zu dem angekündigten massiven Vergeltungsschlag gegen Ägyptens Bündnispartner Syrien und Jordanien, aber auch gegen die VAR selbst nutzen konnte.¹³¹

Angesichts der umstrittenen völkerrechtlichen Bewertung ägyptischer Souveränität über die Straße von Tiran wäre eine Klärung durch den Internationalen Gerichtshof ein angemessener Weg zur Beilegung des Konflikts gewesen. Nasser, der offenbar glaubte, das Recht auf seiner Seite zu haben und sich einen derartigen Schritt in Ausübung ägyptischer Hoheitsrechte sowie als politisches Signal arabischer Stärke und Entschlossenheit gegenüber Israel „ungestraft“ leisten zu können, hätte sich nach Ansicht vieler Experten vermutlich auf eine solche unabhängige Überprüfung und Festlegung der Durchfahrtsrechte letztendlich eingelassen.¹³² Durch seinen „Präventiv-

129 Mejcher 1998: 160–163.

130 Vgl. United Nations General Assembly, Report by the Secretary-General, 24 January 1957. Zit. in: Finkelstein 2002: 243.

131 Vgl. Roger Fishers Brief, veröffentlicht in New York Times v. 9. Juni 1967. Zit. in: Finkelstein 2002: 244. Auch Mejcher sieht in dem „von Nasser vom Zaun gebrochen Streit, ob der Golf von Aquaba ein arabisches beziehungsweise ägyptisches Territorialmeer oder ein internationales Gewässer darstelle“ Fragen berührt, „die (...) schwer zu lösen waren“. Mejcher 1998: 22.

132 Finkelstein 2002: 245.

angriff“ hat Israel verhindert, diese Möglichkeit zur Friedensbewahrung auszuschöpfen. Ob Nasser mit der überraschenden Schließung der „Straße von Tiran“ tatsächlich das langfristige strategische Ziel einer Beeinträchtigung des Aufbaus einer leistungsfähigen Öl- und Chemieindustrie in Israel verfolgte oder Israel lediglich durch einen populistischen (irrationalen) Eskalationsschritt im konkreten Konflikt zu beeindrucken versuchte, wird allerdings erst bei Öffnung der ägyptischen Archive endgültig zu klären sein.

3.3.4 *Verlauf des Krieges*

Der durch den israelischen Angriff auf Ägypten am Morgen des 5. Juni entfesselte Krieg selbst war nach sechs Tagen mit einem unangefochtenen Sieg Israels entschieden. Die arabischen Staaten erlitten erhebliche Verluste an Mensch und Material. Bereits in den ersten Stunden wurden die Luftwaffen Ägyptens, Syriens und – nach einer vergeblichen Warnung Israels an Jordanien, sich aus dem Krieg herauszuhalten – auch dessen Luftstreitkräfte weitgehend ausgeschaltet; zumeist durch Zerstörung der Flugzeuge am Boden. Gleichzeitig vernichtete die israelische Luftwaffe fast sämtliche feindlichen Radaranlagen und machte die Flugplätze ihrer arabischen Gegner unbenutzbar. Mit der uneingeschränkten Beherrschung des Luftraums durch die Israelis stand der Sieger des dritten Nahostkrieges quasi nach wenigen Stunden bereits fest. Im Eiltempo durchquerten die israelischen Panzerverbände den Sinai und erreichten am 9. Juni den Suez-Kanal. Bereits am 7. Juni hatten Verbände der IDF nach schwierigen Kämpfen gegen jordanische Einheiten Ostjerusalem eingenommen und einen Tag später die Westbank besetzt. Nach weiteren drei Tagen konnten sie auch die Eroberung der strategisch bedeutsamen Golanhöhen Syriens vermelden.

Im Verlauf der Feindseligkeiten, die von der UdSSR als „israelische Aggression“ gebrandmarkt wurden, kam es angesichts der über den Sinai anrückenden israelischen Panzerverbände am 7. Juni zu einem verzweifelten Hilferuf Nassers an die Sowjets. Auch der jordanische König Hussein wandte sich Beistand suchend an den Kreml. Moskaus unverzüglich eingeleitete Initiativen im UN-Sicherheitsrat scheiterten jedoch zunächst. Obwohl das Gremium am 6., 7. und 9. Juni jeweils einstimmig eine sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen gefordert hatte (UNSCR 233–235)¹³³, setzten die Israelis mit

133 Siehe Internet unter: <http://www.un.org./Docs/sc/>

stillschweigender Rückendeckung der USA zunächst ihren Siegeszug unbeirrt fort.

Erst als die israelische Armee gegen Mittag des 10. Juni Kuneikra, den Hauptstützpunkt der Syrer auf dem Golan, erobert hatte und die Regierung Syriens sich mit einem dramatischen Appell an die Sowjetunion wandte, „beliebige Schritte zu unternehmen, und zwar in den nächsten zwei bis drei Stunden, da es sonst zu spät sein würde“¹³⁴, reagierte der Kreml massiv. Die sowjetische Regierung verlangte in ultimativer Form von Israel die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen und setzte einen im Mittelmeer operierenden Flottenverband in Richtung Syrien in Marsch. Gleichzeitig übermittelte sie eine dringende Warnung an US-Präsident Johnson. In ihr wurde bedauert, dass Israel die Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates weiterhin völlig ignoriere und die Sowjetunion sich daher „zu selbständigen Handlungen“ gezwungen sähe, wenn die Angriffe nicht innerhalb der allernächsten Stunden eingestellt würden.

Dies war ein klares Signal des Kreml, zugunsten der geschlagenen arabischen Staaten – „auch auf das Risiko eines militärischen Konfliktes mit den USA hin“ einzugreifen¹³⁵. Der Krieg drohte über Stunden zu einem internationalen Konflikt unter Beteiligung der Atommächte USA und Sowjetunion zu eskalieren. Erst am späten Abend des 10. Juni war diese Gefahr endgültig gebannt, als Israel mit der vollständigen Kontrolle über die Golanhöhen alle wesentlichen Kriegsziele erreicht hatte und den wiederholten dringlichen Waffenstillstandsappellen des Sicherheitsrates schließlich Folge leistete.

3.3.5 Nassers „dilettantisches“ Krisenmanagement

Bei der Analyse der Ursachen des Krieges – so Beck – erscheine es weiterhin als ein Rätsel, aus welchen Gründen Nasser wiederholt „rote Linien“ überschritten habe. So habe er damit rechnen müssen, dass der von ihm erzwungene Abzug der UN-Truppen (UNEF) aus dem Sinai am 16. Mai, die Sperrung der *Straße von Tiran* am 22. Mai wie auch der Beistandspakt mit Jordanien vom 30. Mai Politikergebnisse waren, die von Israel mit hoher Wahrscheinlichkeit als „Casus Belli“ bewertet würden. Ungeklärt ist in diesem Zusammenhang immer noch, inwieweit die intensive und provokative ägyptische Luftaufklärung über der israelischen Nuklearanlage in Dimona

134 Steining 2003: 96.

135 ebenda: 97.

im Vorfeld des Juni-Krieges sowie die frühere Drohung Nassers mit einem Präventivschlag gegen den Reaktor sowohl Art, Zeitpunkt wie auch Intensität des israelischen Angriffs entscheidend bestimmt haben. Dabei hätte der ägyptische Präsident bei einer rationalen Abwägung eigentlich ins Kalkül ziehen müssen, dass Israel aufgrund seines Militärpotentials durchaus in der Lage war, auch einen Mehrfrontenkrieg erfolgreich zu führen und zudem über eine nukleare Option verfügte.

Neben der Möglichkeit, dass Nasser „schlicht irrational“ handelte, wird als Erklärung immer wieder auf eine unglückliche Verkettung nationaler und internationaler Faktoren verwiesen. Gemeint ist damit u. a. eine mögliche Fehlinformation des ägyptischen Oberbefehlshabers und vermeintlichen Gegenspieler Nassers, Abdel Hakim Amer, über die tatsächliche Einsatzbereitschaft der eigenen Streitkräfte und die wahren militärischen Kräfteverhältnisse in der Region. Auch die Falschmeldung des sowjetischen Verbündeten vom 13. Mai hinsichtlich umfangreicher israelischer Truppenkonzentrationen an der syrischen Grenze gehört in diesen Erklärungszusammenhang. Letztere zumindest veranlasste Nasser, den Abzug der UN-Truppen aus dem Sinai zu fordern, um die eigenen Truppen näher am vermeintlichen Konflikttherd in Stellung bringen zu können. Offenbar glaubte er, nur so sei die Ernsthaftigkeit seines Beistandswillens glaubhaft zu machen. Eine „wichtige Teilerklärung“, für die vieles spricht, sieht Beck auch darin, dass Nasser lediglich mit einzelnen israelischen Militärschlägen gerechnet habe, nicht aber mit einem umfassenden Krieg.¹³⁶ Auf jeden Fall bewiesen sowohl das risikoreiche Vorgehen im Sinai und in der Straße von Tiran wie auch die aggressiven verbalen Ausfälle des ägyptischen Präsidenten ein populistisches, leichtfertiges und inkompetentes politisches, aber auch militärisches Krisenmanagement, das nachträglich selbst von der UDSSR massiv kritisiert wurde.

Die internationale Dimension des Nahostkonfliktes und seine Einbettung in den Ost-West-Konflikt wird durch die Aktivitäten der Supermächte Sowjetunion und USA im Vorfeld des Sechs-Tage-Krieges deutlich. Beide wären sich zwar – so Mejcher – der „Gefahr eines Flächenbrandes“ durchaus bewusst gewesen, hätten aber nicht mit letzter Konsequenz alles in ihren Kräften stehende zu seiner Vermeidung getan.¹³⁷ Dabei ging es den USA

136 Beck 2002: 203.

137 Mejcher 1998: 134.

keineswegs um eine völlige Entmachtung Nassers, sondern vielmehr um sein „being cut down to size“. Das amerikanische Motiv, eine totale Demontage des Ägypters zu vermeiden, war – vor dem Hintergrund des schwieriger werdenden Vietnam-Problems – vor allem die Angst vor einer ideologischen Polarisierung der maßgeblichen politischen Kräfte unter den Arabern, die letztlich den Sowjets in die Hände spielen würde. Der hochgerüstete Allianzpartner Israel wurde von den USA als Garant dafür angesehen, „... that Nasser's adventurous war policy would not result in a Soviet land gain in the Middle East“. ¹³⁸ Allerdings vermieden es die Amerikaner tunlichst, sich von Israel in eine „policy of common destiny“ hineinziehen zu lassen. ¹³⁹ Die ambivalente Interessenlage und Einstellung der US-Regierung bringt William Quandt auf den Punkt, indem er feststellt, dass Johnson „the traffic lights of the White House“ weder auf Rot noch auf Grün, sondern in der letzten Sekunde auf Gelb gestellt hätte; Israel habe dieses Gelb allerdings als Grün interpretiert. ¹⁴⁰

Ungeklärt sind nach wie vor der Hintergrund und die Zielsetzung der erwähnten sowjetischen Falschmeldung bezüglich „umfangreicher israelischer Truppenkonzentrationen“ an der israelisch-syrischen Grenze. Vermutlich sollte Nasser veranlasst werden, „guten Gewissens“ und im Bewusstsein sowjetischer Rückendeckung den *status quo* von vor 1956 im Sinai wieder herzustellen und dadurch im arabischen Lager, aber auch gegenüber den USA und Israel Handlungsfähigkeit beweisen. Plausibles politisches Kalkül einer solchermaßen inszenierten „Operation“ könnte es zudem gewesen sein, dem wegen seines Jemen-Abenteuers angeschlagenen ägyptischen Präsidenten durch sein Engagement an der Seite des neuen sowjetischen Bündnisgenossen in Damaskus wieder eine politische Aufwertung zu verschaffen. ¹⁴¹

Von weiteren eskalierenden Maßnahmen hatte der Kreml allerdings abgeraten, um den vermeintlichen politischen Sieg Nassers zunächst zu konsolidieren. Ein Kriegeausbruch habe – so Mejcher – nicht in sowjetischem Interesse gelegen. Sowohl die These, Moskau habe Nasser durch eine militärische

138 Mejcher, Helmut: The June 1967 War. New Aspects and Research Results. In: Mejcher, Helmut: The Struggle for a New Middle East in the 20th Century. Studies in Imperial Design and National Politics. Periplus Studien, Bd. 11. Berlin 2007, S. 346.

139 ebenda: 343.

140 Quandt, William B.: Peace Process. American Diplomacy and the Arab-Israeli Conflict since 1967. Berkeley 1993, S. 41. Zit. in Mejcher 2007: 343.

141 ebenda 1998: 134.

Niederlage noch enger an sich binden wollen, wie jene, der Kreml habe versucht, die in Vietnam engagierten USA in einen weiteren Krieg zu verstricken, sei absurd. Im Verlauf des Krieges war es Moskau vorrangig um Schadensbegrenzung gegangen. Diesem Ziel hätten sowohl die am 8. Juni wieder aufgenommenen Waffenlieferungen an Ägypten wie auch die parallel laufenden Bemühungen um einen frühzeitigen Waffenstillstand dienen sollen.¹⁴²

3.3.6 *Der Junikrieg und seine Auswirkungen*

3.3.6.1 Folgen für die Araber

„Die zentrale Folge des Krieges für das arabische Staatensystem“ habe – so Martin Beck – darin bestanden, „dass die Ära der Konfrontation zwischen den nationalistischen, teilweise sozialrevolutionären und den konservativen, monarchistischen Regimes beendet“ worden sei. Zwar sei die auf „Importsubstitution zielende Wirtschaftspolitik Ägyptens“ bereits vor dem Krieg an ihre Grenzen gestoßen, auch hatte der „nasserische Revolutionsexport“ im „festgefahrenen jemenitischen Stellvertreterkrieg“ mit Saudi-Arabien bereits vorher weitgehend seinen Schwung verloren; entscheidend für die inner-arabische Auseinandersetzung aber sei letztlich die völlige Zerschlagung der Armeen Ägyptens und Syriens durch Israel gewesen. Durch sie sei das „regional dominierende“ revolutionäre Modernisierungs-Paradigma nachhaltig diskreditiert worden.¹⁴³

Nach Beck bedeutete diese Entwicklung zwar nicht das Ende des Panarabismus, doch sei dieser jetzt nicht mehr im Sinne der nasserischen Ideologie revolutionär interpretiert worden. Vielmehr sei auf den „Trümmern des nasserischen Panarabismus“ in kurzer Zeit ein „komplexes regionales System des Petrolismus“¹⁴⁴ aufgebaut worden, mit dem die bisher von

142 ebenda.

143 Nahas, Maridi 1985: State-Systems and Revolutionary Challenge: Nasser, Khomenie, and the Middle East. In: International Journal of Middle East Studies 17, 507–527. Zit. in: Beck 2002: 205.

144 „Als Petrolismus bezeichnet man die Abhängigkeit einer ganzen Region von den Einkünften aus der Erdölförderung – nicht nur der Förderstaaten selbst, sondern auch der vergleichsweise armen Nachbarn. Diese erhalten hohe Zuschüsse für ihre Staatshaushalte, zudem können sie Arbeitskräfte in die Erdölstaaten exportieren. Natürlich entstehen dabei politische Abhängigkeiten.“ Beck, Martin: Die „Erdölrevolution“ und der Petrolismus. In: Vorderer Orient, Heft 3/98. Im Internet unter: http://www.buergerimstaat.de/3_98/bis983d.htm.

Ägypten massiv bekämpften Golfstaaten seit der Konferenz von Khartum im Spätsommer 1967 erhebliche Budgethilfen als so genannte „politische Rentenzahlungen“ an ihre ehemaligen Gegner leisteten. Diese fundamentale politische Kehrtwendung führte mittelfristig zu einem weitgehenden Abbau der Konfrontation zwischen den bis dato verfeindeten Lagern und insgesamt im Sinne der konservativen Ölstaaten zu einer moderateren und konfliktreduzierenden Ausrichtung der regionalen arabischen Akteure. Auf die besondere Bedeutung dieser Rentenzahlungen für die politische Strategie und ideologische Ausrichtung der PLO und ihrer Kampforganisation *Fatah* wird später noch gesondert einzugehen sein.¹⁴⁵

3.3.6.2 Folgen für die Israelis

Das markanteste Ergebnis des Junikrieges jedoch war eine umfassende Veränderung des territorialen *Status quo* in der Region. Die Israelis hatten den gesamten Sinai bis zum Suezkanal und Sharm el-Sheikh erobert, ebenso die Golanhöhen, die Westbank, den Gaza-Streifen und Ost-Jerusalem. Etwa 11.500 Ägypter, 6.000 Jordanier, 1.000 Syrer und knapp 700 Israelis waren in den Kampfhandlungen getötet worden und ca. 500.000 Palästinenser aus dem Westjordanland „geflohen“ bzw. vertrieben worden. Sie verschärften das bereits seit 1948 bestehende palästinensische Flüchtlingsproblem in den arabischen Nachbarstaaten noch weiter.

Die Erfolge der israelischen Armee indes verfestigten deren Nimbus der Unbesiegbarkeit und kamen gleichzeitig einer Bankrotterklärung der beteiligten arabischen Akteure gleich. Zudem hatte sich „im Kontext des Kalten Krieges“ die westliche Waffentechnologie gegenüber der des Ostblocks zumindest in der internationalen Wahrnehmung als überlegen erwiesen; „so dass der Sechstagekrieg auch für die UdSSR eine Niederlage bedeutete“.¹⁴⁶ Das amerikanisch-israelische Verhältnis dagegen hatte seine Belastungsprobe bestanden und das Kriegsende markierte zugleich den Beginn einer engen militär-strategischen und sicherheitspolitischen Kooperation zwischen den USA und Israel sowohl auf regionaler Ebene in Nahost wie auf der Ebene des Ost-West-Konflikts.¹⁴⁷

145 Beck 2002: 206.

146 Balke 2000: 73.

147 Mejcher 2007: 341.

Israel glaubte anfangs, mit seinem schnellen Sieg die eigene Lage dramatisch verbessert zu haben. In dem Konflikt, den alle Akteure offensichtlich nur mit Gewalt für lösbar hielten, hatte die IDF das Militärpotential der arabischen Gegner, bevor es ihr selbst gefährlich werden konnte, bei geringen eigenen Verlusten weitgehend zerschlagen. Die neuen Waffenstillstandslinien wurden als strategisch „unvergleichlich günstiger“ eingestuft als die bisherigen „verletzlichen“ Grenzen Israels. Zudem meinte die israelische Staatsführung, mit den besetzten Gebieten Faustpfänder für künftige Friedensverhandlungen mit den Arabern gewonnen zu haben. Letztere konnten, so das Kalkül, mehr oder weniger gezwungen werden, Israels Existenzrecht nunmehr vor aller Welt unwiderruflich anzuerkennen und seine sicheren Grenzen zu garantieren.

Inwieweit Israel damals allerdings ernsthaft bereit war, die schnell gefundene Formel „Land gegen Frieden“ angesichts der greifbar nahen Verwirklichung des zionistischen Traums eines *Eretz Israel* in reale Politik umzusetzen, bleibt unklar.¹⁴⁸ Anlaß, dies in Frage zu stellen, gaben nicht zuletzt Äußerungen von Verteidigungsminister Moshe Dayan bereits Mitte Juni 1967, mit denen er klarstellte, dass Israel die Westbank „bis ans Ende aller Tage“ behalten werde und den Palästinensern riet – falls ihnen dies nicht gefalle – in ein anderes arabisches Land zu gehen.¹⁴⁹ Während Dayan und mit ihm Yigal Allon mehr aus strategischen Gesichtspunkten argumentierten, gab es mit der *Herut*¹⁵⁰ und der *National Religious Party (NRP)*¹⁵¹ einflussreiche Gruppierungen in Israel, die eine Rückgabe der Westbank (*Samaria und Judäa*) und Gazas aus nationalistischen und/oder religiösen Gründen

148 Ploetz 1998: 1568

149 Steinger 2003: 48.

150 *Herut* – Literally “Liberty”. Right wing political party formed by revisionist Israeli leader Menachem Begin after creation of the state of Israel. Their slogan and anthem was “There are two banks to the Jordan” – claiming Transjordan for Israel as well as all the land West of the Jordan. Herut merged with other parties and evolved to the Gahal (Gachal) Party and later to the Likud. Herut was for free enterprise but championed the Mizrahi (Eastern) Jews, whom they claimed were discriminated against by the ruling Mapai Party. In: <http://www.zionism-israel.com/dic/Herut.htm>, (09.05.07)

151 *NRP* – National Religious Party – (in Hebrew “Mafdal” – Miflegat haPoalim Dati-Leumi meaning National Religious Workers Party) – Orthodox Jewish Zionist party that was originally socialist and founded several Kibbutzim. Associated with the Mizrahi religious movement. In the 1960s, the party began to break with its traditional ideology under the influence of Gush Emunim. NRP became the mainstay of the “Greater Israel” – Eretz Yisrael Hashleimah – policy of settling the West Bank and Gaza strip, areas occupied by Israel in the 1967 war. In: <http://www.zionism-israel.com/dic/NRP.htm>, (09.05.07)

prinzipiell ablehnten. Es sei insgesamt schwierig – so Tessler – eine offizielle israelische Stellungnahme aus jenen Tagen zu finden, in der ein vollständiger Rückzug aus den eroberten Gebieten im Gegenzug für einen Friedensvertrag mit den Arabern unzweideutig als Ziel israelischer Regierungspolitik proklamiert wurde. In den meisten Fällen erklärten israelische Regierungsvertreter in allgemeinen Formulierungen lediglich immer wieder ihre „uneingeschränkte Bereitschaft“, über Friedenslösungen zu diskutieren.¹⁵²

Die Haltung Israels in dieser Phase fasst „Der Große Ploetz“ nüchtern wie folgt zusammen: „Israel betont zwar, mit dem Ziel eines dauerhaften Friedens verhandeln zu wollen, ergreift aber Maßnahmen, die Verhandlungen erschweren müssen: Der neue Flüchtlingsstrom aus den besetzten Gebieten wird von der Militärverwaltung gefördert; die faktische Annexion der arabischen Altstadt von Jerusalem (von der UN-Generalversammlung am 4. Juli für nichtig erklärt); die Zerstörung strategisch gelegener arabischer Dörfer und die bereits im September beginnende Besiedlung der besetzten Gebiete als landwirtschaftliche Siedlungen im Rahmen von ‚Militärlagern‘ deuten nicht auf Rückzugsbereitschaft.“¹⁵³

3.3.6.3 Arabische Politik nach dem Junikrieg

Obwohl die arabischen Länder und die Sowjetunion samt ihrer Verbündeten den israelischen „Präventivschlag“ als „Aggression“ brandmarkten, waren der ägyptische Präsident Nasser und auch König Hussein von Jordanien schon wenige Wochen nach Kriegsende bereit, mit Israel über eine Friedensregelung zu verhandeln. Der Ägypter drohte sogar mit einem Alleingang, falls die übrigen arabischen Staaten sich nicht anschließen würden. Sowohl

152 Tessler 1994: 412. Avi Shlaim allerdings verweist in diesem Zusammenhang auf „eine der bedeutendsten Entscheidungen in den Annalen der israelischen Außenpolitik“, die das israelische Kabinett bereits am 19. Juni 1967 hinsichtlich der weiteren Behandlung der besetzten Gebiete getroffen habe. In ihr wurde der Abschluß eines Friedensvertrages mit Ägypten und Syrien auf der Basis der Grenzen von 1949 und der Wahrung israelischer Sicherheitsbedürfnisse vorgeschlagen; gleichzeitig allerdings eine entsprechende Regelung mit Jordanien (u. a. hinsichtlich des Abzugs der IDF aus dem Westjordanland und der künftigen Grenzziehung) mit diesem einstimmig gefaßten Kabinettsbeschuß auf einen späteren Zeitpunkt vertagt. Hinsichtlich der West Bank habe es zwei widerstreitende Optionen gegeben: erstens, den Palästinensern politische Autonomie unter umfassender israelischer Kontrolle zu geben und zweitens, den größten Teil der West Bank an Jordanien zurückzugeben. Israels Nachkriegspolitik sei dabei zunächst der sog. „jordanischen Option“ verpflichtet gewesen. Vgl. Shlaim 2001: 253–255.

153 Ploetz 1998: 1568.

Nasser wie auch Hussein waren inzwischen überzeugt, dass die Araber gegenüber Israel derzeit keinerlei militärische Option hatten und ein Ausgleich mit dem jüdischen Staat nur auf diplomatischem Weg erreicht werden könnte. Dieser sollte angesichts des wachsenden innenpolitischen Drucks in Israel zugunsten einer Annexion der Westbank und Ost-Jerusalems auch unverzüglich beschritten werden.

Erst als Israel auf die Offerte nicht reagierte, entschloss sich Nasser, an einer gesamtarabischen Verhandlungsposition mitzuarbeiten. Diese wurde auf der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga Ende August in Khartum in Form eines dreifachen „Nein“ formuliert: „Nein“ zum Frieden mit Israel, „Nein“ zur Anerkennung Israels und „Nein“ zu Verhandlungen mit Israel. Die Resolution bestätigte zugleich die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes an ihrem eigenen Land und den Willen der Teilnehmer, diese durch verstärkte Anstrengungen im militärischen Bereich abzusichern. Dennoch steckte Nasser in seiner Ansprache auf der Khartum-Konferenz am 31. August das weitere Vorgehen gegenüber Israel mit dem klaren Bekenntnis ab: „We have only one way before us by which to regain the West Bank and Jerusalem: political action.“¹⁵⁴

Während Israel und auch viele neutrale Beobachter die Khartum-Deklaration als radikale Absage der Araber an eine politische Lösung des Nahostkonfliktes interpretierten, sahen die Araber selbst und andere Neutrale die Erklärung weitaus differenzierter. Diese hätte keineswegs einen Sieg der arabischen Hardliner-Staaten bedeutet. Beleg dafür sei, dass die militanten Präsidenten Syriens und Algeriens bereits im Vorfeld eine Teilnahme an der Konferenz verweigert hätten. Auch habe Ahmad Shuqari, Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO¹⁵⁵ und offizieller Vertreter der Palästinenser nach einem öffentlichen Disput mit Nasser und aus Enttäuschung über die gefaßten (und vermeintlich zu moderaten) Beschlüsse die Konferenz vorzeitig verlassen. Dagegen seien insbesondere Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien als die gemäßigteren Staaten durchaus kompromißbereit gewesen und hätten in Erklärungen wiederholt die Notwendigkeit politischer Lösungen betont. Auch seien Jordanien und Saudi-Arabien von Nasser aufgefordert worden, ihre guten Verbindungen zu den USA für eine diplomatische

154 Tessler 1994: 409.

155 engl: Palestine Liberation Organisation; gegründet 1964, um die Schaffung eines unabhängigen arabischen Staates Palästina zu erreichen.

Lösung zu nutzen.¹⁵⁶ Insofern habe sich das dreifache „Nein“ von Khartum vor allem auf die Ablehnung einer arabischen Vorleistung als Voraussetzung für einen Abzug der Israelis aus den eroberten Gebieten bezogen. Wie nach dem Suez-Krieg sollte auch diesmal der israelische Präventivschlag und die Besetzung fremden Territoriums nicht durch arabische Zugeständnisse vor einer Wiederherstellung des *Status quo ante* „belohnt“ werden. Während die Sowjetunion sich dieser Bewertung anschloß, unterstützten die USA – entgegen ihrer damaligen rigiden Haltung unter Eisenhower – nunmehr weitgehend die Position Israels, das als Vorleistung für einen Rückzug die offizielle Anerkennung ihres Existenzrechtes seitens der arabischen Staaten verlangte.¹⁵⁷

In diesem Zusammenhang soll darauf hingewiesen werden, dass die radikale Verweigerungshaltung der arabischen „Hardliner“-Staaten und der PLO es dem moderaten Lager schwer machte, ihre Kompromißbereitschaft öffentlich zu vertreten und sich die Unterstützung der arabischen Massen für eine politische und damit kompromissorientierte Verregelung des Nahostkonflikts zu sichern. Um sich des Vorwurfs zu erwehren, die palästinensische Sache verraten und vor dem Feind kapituliert zu haben, fühlte sich insbesondere Nasser immer wieder herausgefordert, bei öffentlichen Auftritten die traditionelle arabische Sichtweise zum Nahostkonflikt aggressiv und populistisch zu vertreten. So wurde das Denken der arabischen Massen gegenüber Israel weiterhin von den „Scharfmachern“ bestimmt, während sich die zum Kompromiss Bereiten genötigt sahen, „... to proceed cautiously and to justify unpopular concessions with face-saving formulas“.¹⁵⁸ Dieser Kontrast zwischen den privaten Versicherungen der Mäßigung und den militanten Äußerungen auf arabischer Seite in der Öffentlichkeit hatte allerdings auch den ungewollten Effekt, dass Hardliner auf israelischer Seite mit entsprechend „scharfer politischer Munition“ für den Kampf um die Meinungsführerschaft im Inneren wie auf internationaler Ebene versorgt wurden.

Nach Beck veränderte der Ausgang des Juni-Kriegs den Nahostkonflikt in drei Bereichen grundlegend. *Erstens* kam es auf arabischer Seite zu *Ver-schiebungen hinsichtlich der „zentralen Akteure“* des Konflikts. Die nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg erfolgte „Arabisierung des Konflikts“

156 Riad 1981: 54–57. Zit. in: Tessler 1994: 410.

157 Tessler 1994: 410/411.

158 Khouri, Fred J.: *The Arab-Israeli Dilemma*. Syracuse 1985, S. 315. Zit. in: Tessler 1994: 411.

wurde aufgrund des eindeutigen Sieges der IDF über die ägyptischen, jordanischen und syrischen Truppen sowie des zumindest vorübergehenden Verlustes großer arabischer Territorien „jäh unterbrochen“ und von einer „Renaissance des palästinensischen Nationalismus und neuerlichen ‚Palästiniensierung des arabisch-israelischen Konflikts‘“ abgelöst.¹⁵⁹ Durch die „aus arabischer Perspektive katastrophale Niederlage“ sei – so Beck weiter – „die Führungsrolle der arabischen Staaten machtpolitisch beendet und ideologisch diskreditiert“ worden.¹⁶⁰ Das dadurch entstandene Vakuum indes hätten palästinensische Gruppierungen genutzt und versucht, die 1964 gegründete und bisher stark von Ägypten abhängige PLO zu okkupieren. Unter ihrem Einfluß entwickelte sich die PLO schnell zu einer Dachorganisation unterschiedlicher politischer Parteien und Organisationen. Unter ihnen konnte die gegenüber dem arabischen Staatensystem relativ autonome „Nationale Befreiungsbewegung Palästinas“ *Fatah*, die ideologisch mehr an einem palästinensischen als an einem panarabischen Nationalismus orientiert war, bald eine dominante Position einnehmen.¹⁶¹

1974, zehn Jahre nach ihrer Gründung, wurde die so emanzipierte PLO durch die Arabische Liga auch formal als autonome Organisation anerkannt. Diesen Akt politischer Aufwertung der Palästinenserorganisation verband man *de facto* sogar mit einem „arabischen Junktim“, nach dem die Palästinafrage als der zentrale Teilkonflikt zu gelten habe und jede arabisch-israelische Regelung künftig eine Verständigung zwischen Israel und der PLO voraussetze. Diese Festlegung wurde 1982 in Fes bekräftigt und damit die Errichtung eines palästinensischen Staates unter der Führung der PLO gleichsam zur „conditio sine qua non für eine arabisch-israelische Verständigung“ erhoben.¹⁶²

Zweitens erfolgte in den 1970er Jahren im Zuge eines schwierigen und langwierigen Prozess ein arabischer *Positionswandel bezüglich des Konfliktgegenstandes*, der einen Übergang vom „unbedingten zum bedingten Herrschaftskonflikt“ markierte. Offiziell und für die Weltöffentlichkeit nachvollziehbar wurde dieser Positionswandel ebenfalls auf der 12. Arabischen

159 Beck 2002: 206/207. Siehe auch Kelman, Herbert C.: The Palestinianization of the Arab-Israeli Conflict. In: Lukacs, Yehuda/Battah, Abdallah M. (Hrsg.): The Arab-Israeli Conflict: Two Decades of Change. Boulder, Colo. 1988, S. 332–343. Zit. in: Beck 2002: 175.

160 Beck 2002: 175.

161 Baumgarten 1991: Teil 5. Zit. in: Beck 2002: 175.

162 Beck 2002: 207.

Gipfelkonferenz 1982 in Fes besiegelt. Die dort von den arabischen Akteuren formulierten Bedingungen für eine Konfliktregulierung zielten insbesondere auf den Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten und die Errichtung eines aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen zu bildenden palästinensischen Staates unter Führung der PLO. Diese „implizite Anerkennung des Existenzrechts Israels“ wurde bei der Ausrufung eines palästinensischen Staates durch den palästinensischen Nationalrat im Jahre 1988 bekräftigt, „als nicht mehr die Auflösung Israels, sondern nur noch dessen Abzug“ von allen palästinensischen und arabischen Gebieten, die es 1967 besetzt hatte, gefordert wurde. Konfliktgegenstand war somit nicht mehr die Herrschaft über das Territorium des israelischen Staates in den Grenzen von 1949, sondern jene über die 1967 von Israel besetzten arabischen Gebiete.¹⁶³

Drittens sei es mit dem Juni-Krieg zu einem *Wandel der Präferenzordnungen* der am Nahostkonflikt beteiligten Akteure gekommen. Der Übergang vom „unbedingten zum bedingten Herrschaftskonflikt“ markiere dabei nach der bereits erwähnten Spieltheorie und dem „situationsstrukturellen Ansatz“ gleichzeitig einen Übergang von der bisherigen quasi *unregelbaren Dead-lock-Situation* zu einer prinzipiell *verregelbaren Dilemmasituation*. Grundlage hierfür ist die verbesserte Kosten-Nutzen-Relation für beide Konfliktparteien hinsichtlich des Ergebnisses einer beiderseitigen Kooperation (3:3) gegenüber dem einer beiderseitigen Defektion (2:2).¹⁶⁴ Der zu erzielende Kompromiß könnte dabei „eine weitgehend arabische Herrschaft über die besetzten Gebiete“ mit „einer offiziell anerkannten Herrschaft Israels über dessen Staatsgebiet“ in den Grenzen von 1949 verbinden.¹⁶⁵

Trotz seiner Kürze hatte der Sechstagekrieg somit insgesamt weitreichende Folgen für die künftige Entwicklung in der Region und insbesondere auch des Nahostkonfliktes. Herz faßt sie zusammen, indem er feststellt, dass der Sechstagekrieg „wichtige Entscheidungen der internationalen Gemeinschaft“ nach sich gezogen und das „Verhältnis der arabischen Staaten zu Israel sowie die Beziehungen zwischen Palästinensern und den arabischen Staaten“ entscheidend verändert habe. Die israelische Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens machte Israel zudem zur Besatzungsmacht und

163 ebenda: 207/208.

164 In Analogie zur Matrix unter Ziff. 3.3.2.

165 ebenda: 208–210.

führte in deren Folge zur langfristigen „Verlagerung des politischen Zentrums der Palästinenser ins Exil“. ¹⁶⁶

3.3.7 Die UN-Security Council Resolution (UNSCR) 242

Bereits unmittelbar nach Beendigung des Sechstagekrieges kam es auf internationaler Ebene zu lebhaften diplomatischen Aktivitäten mit dem Ziel, den israelisch-arabischen Konflikt schnell und dauerhaft beizulegen und eine für alle Seiten befriedigende und gerechte Friedenslösung zu finden. So verkündete US-Präsident Lyndon B. Johnson bereits am 19. Juni in einer Rede fünf allgemeine Prinzipien für den Frieden in Nahost, die später weitgehend Eingang in die UNSCR 242 fanden und u. a. auch den wichtigen Aspekt einer Anerkennung der territorialen Integrität aller Länder in der Region umfaßten. Schon vorher aber hatte sich gezeigt, dass sich die Vorstellungen der Sowjets und der Amerikaner hinsichtlich einer Friedensregelung fundamental unterschieden. Während die UDSSR und die Araber einen bedingungslosen Rückzug des „Aggressors“ Israel aus den besetzten Gebieten forderten, schlossen sich die Amerikaner der israelischen Position an, nach der es einen dauerhaften Frieden im Nahostkonflikt und einen Rückzug nur geben könne, wenn die Araber zuvor offiziell und völkerrechtlich bindend das Existenzrecht Israels anerkannt hätten. ¹⁶⁷

Aufgrund der sich aus diesen unterschiedlichen Prioritäten bei der Umsetzung einer Friedenslösung im Nahostkonflikt ergebenden Blockade-Situation im UN-Sicherheitsrat beantragten die Sowjets am 13. Juni die Einberufung einer *Emergency Special Session* der UN-Generalversammlung. Doch auch dort kam es in der Rückzugsfrage zunächst zu keiner Annäherung. Einig war sich das Gremium allerdings darin, die vom jüdischen Staat Ende Juni vorgenommene völkerrechtswidrige Annexion Jerusalems umgehend; d. h. am 4. Juli für Null und Nichtig zu erklären. Doch sowohl der Resolutionsentwurf einer Gruppe lateinamerikanischer Staaten wie auch ein amerikanisch-sowjetischer Kompromissvorschlag, die beide einen sofortigen Abzug der israelischen Streitkräfte aus den besetzten Gebieten forderten, wurden von Israelis und Arabern gleichermaßen abgelehnt; von den Israelis, weil ihnen die Anerkennung ihres Existenzrechtes nicht garantiert erschien; von den Arabern, weil sie zunächst einen Rückzug ohne jegliche Vorbedingungen

¹⁶⁶ Herz 2003: 46.

¹⁶⁷ Tessler 1994: 414/415.

durchsetzen wollten. In der traurigen Erkenntnis, mit dem Scheitern der gemeinsamen Initiative von UDSSR und USA womöglich eine große Chance auf dem Weg zu einem dauerhaften Friedensschluß in Nahost vertan zu haben, endete die *Emergency Special Session* am 21. Juli.¹⁶⁸

Im Herbst 1967 wurden die diplomatischen Aktivitäten zur Lösung des arabisch-israelischen Konflikts innerhalb des UN-Sicherheitsrates wieder aufgenommen. Angesichts des Eilat-Zwischenfalls¹⁶⁹ und der daraus resultierenden massiven Vergeltungsmaßnahmen der Israelis wuchs die Überzeugung, nunmehr dringend handeln zu müssen. Zudem war die internationale Gemeinschaft inzwischen auf gutem Wege, einen Konsens über die Form einer Friedenregelung zu entwickeln. Die politische Formel, welche die antagonistischen Forderungen von Israelis und Arabern auf einen Nenner bringen sollte und in der Weltorganisation auf breite Unterstützung stieß, lautete „Land für Frieden“. Israel sollte die im Junikrieg eroberten Gebiete zurückgeben, während gleichzeitig von den Arabern erwartet wurde, alle Kriegshandlungen zu beenden und die Legitimität und Souveränität des Staates Israel verbindlich anzuerkennen. Tessler hält es für bedeutend, dass trotz der Widerstände von „Hardlinern“ im arabischen wie auch im israelischen Lager den meisten Mitgliedern der UN die grundlegenden Parameter einer Einigung, die als dauerhaft und gerecht gelten konnte, zunehmend klar geworden waren.¹⁷⁰

Nachdem der Eilat-Zwischenfall dem UN-Sicherheitsrat die Dringlichkeit einer umfassenden Konfliktregelung unmißverständlich vor Augen geführt hatte, machte sich der ständige Vertreter Großbritanniens bei den UN, Lord Caradon, daran, einen Resolutionsentwurf auf der Basis eines Austausches Land gegen Frieden sowie von Elementen aus entsprechenden Resolutionsentwürfen, die bereits in der *Emergency Special Session* in Erwägung gezogen worden waren, zu entwickeln. Obwohl er seinen Entwurf mit vielen interessierten und betroffenen Staaten abgestimmt hatte, fand er für ihn zunächst

168 ebenda

169 Am 21. Oktober 1967 wurde der israelische Zerstörer *Eilat* von ägyptischen Kriegsschiffen versenkt. Während Israel behauptete, das Schiff sei auf einer „Routine-Mission“ in internationalen Gewässern mehr als 13 sm von der ägyptischen Küste entfernt gewesen, gaben die Ägypter an, der Zerstörer habe sich in nur 10 sm Abstand von der Küste in ägyptischen Hoheitsgewässern aufgehalten und sich zudem Port Said in „provokativer Weise“ genähert. In einer Vergeltungsaktion zerstörten die Israelis u. a. 2 große ägyptische Ölraffinerien. (gem. Tessler 1994: 415)

170 Tessler 1994: 414/415.

keine ausreichende Mehrheit. Stattdessen legten am 7. November Indien, Mali und Nigeria einen Resolutionsentwurf vor, der bereits wesentliche Elemente der späteren Resolution 242 enthielt: + Unvereinbarkeit des Landerwerbs durch Eroberung mit den Prinzipien der UN; + Rückzug der israelischen Truppen „of all the territories“, die Israel im Junikrieg besetzt hatte; + das Recht in Frieden und Sicherheit zu leben; + gegenseitige Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit; + eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems und + die Freiheit der Schifffahrt in internationalen Gewässern.¹⁷¹

Während die arabischen Staaten den „Drei-Länder-Entwurf“ akzeptierten und damit wichtige Konzessionen machten, lehnte Israel den Vorschlag ab, weil er in „unzweideutiger“ Form den vollständigen Rückzug aus allen im Junikrieg eroberten Gebieten forderte. Die Israelis waren nicht bereit, eine solche Festlegung zu akzeptieren und beklagten sich gleichzeitig, vorher nicht ausreichend konsultiert worden zu sein. Dies wiederum bestritten die Verfasser des Resolutionsentwurfs vehement und wiesen darauf hin, das Dokument gründlich mit der israelischen Seite diskutiert und es zudem auf der Basis der Prinzipien erstellt zu haben, die von der großen Mehrheit der Mitgliedstaaten der UN für die Regelung des Konflikts anerkannt worden sei.¹⁷²

Ebenfalls am 7. November legten die USA einen eigenen Entwurf vor, der weitaus weniger spezifiziert das Erfordernis territorialer Konzessionen durch Israel formulierte. In ihm wurde das Erreichen einer gerechten und dauerhaften Friedenslösung im Nahostkonflikt – zumindest dem Wortlaut nach – nur noch vom Rückzug der israelischen Truppen „from occupied territories“ abhängig gemacht. Mit ihrem Resolutionsentwurf beabsichtigten die USA, den beteiligten Akteuren lediglich einen Rahmen vorzugeben, in dem sie die neuen Grenzlinien selbst auszuhandeln hätten. Die übrigen Bestimmungen glichen weitgehend dem Drei-Länder-Entwurf.

Die Araber, wie die meisten anderen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, lehnten den US-Entwurf mit der Begründung ab, Israel werde ein umfassender „Frieden“ angeboten, aber nur in sehr vager Form festgelegt, was sie den Arabern dafür an „Land“ zurückzugeben hätten. Die USA konterten, dass eine Resolution nur „general principles“ und „flexible guidelines“ vorgeben

171 ebenda: 416.

172 ebenda.

könne, der Frieden jedoch von den Betroffenen selbst gestaltet werden müsse. Doch obwohl die USA den Arabern wiederholt inoffiziell versicherten, der vollständige Rückzug der Israelis stelle „kein wirkliches Problem“ dar, wurde der Entwurf von den arabischen Staaten, der Sowjetunion und einigen Dritte-Welt-Ländern letztendlich ablehnend bewertet „as little more than an attempt to legitimize Israel's territorial expansion“.¹⁷³

So blieb es Lord Caradon vorbehalten, auf der Grundlage des US-Entwurfs den endgültigen Text der Resolution zu formulieren. Ihm stellte sich somit eine Aufgabe, die der Quadratur des Kreises glich. Es galt, das wichtigste Anliegen der Araber – *vollständiger Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten* – mit Israels Priorität – *kein Rückzug zu den alten Waffenstillstandslinien, sondern zu „sicheren Grenzen“* – in einem Resolutionsentwurf zu vereinen, der von beiden Seiten akzeptiert werden konnte. Caradon fand schließlich die Lösung darin, das UN-Prinzip der Unvereinbarkeit des Land-erwerbs durch Gewalt mit der grundsätzlichen Forderung nach einem Rückzug der Israelis aus den im Sechstagekrieg besetzten Gebieten (*withdrawal ... from territories occupied ...*) sowie der Zusicherung des Rechts eines jeden Staates auf sichere und anerkannte Grenzen im Sinne einer „constructive ambiguity“ zu verbinden.¹⁷⁴ Als weiteres wichtiges Element sah Lord Caradons Lösungsvorschlag die Berufung eines UN-Sonderbeauftragten für den Nahen Osten vor, dessen Aufgabe es sein sollte, die Resolution mit den betroffenen Akteuren in eine entsprechende Friedenslösung umzusetzen.

Nachdem Israel und die USA letzte Versuche der Araber, die Rückzugsklausel durch eine Formulierung wie „withdrawal from *the* territories“ oder sogar „... *all the* territories“ weiter zu spezifizieren mit dem Vermerk „diese oder keine Resolution“ abgewehrt hatten, wurde Lord Caradons Resolutionsentwurf am 22. November 1967 von den 15 Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates als UNSCR 242 einstimmig angenommen.¹⁷⁵ Die Araber indes mußten zwangsläufig konstatieren, dass sich Israel unter tatkräftiger Mithilfe seiner Schutzmacht USA am Ende wiederum weitgehend gegen die Vorstellungen des „Rests der Welt“ durchgesetzt hatte.

173 ebenda: 418.

174 Krautkrämer 2003: 66.

175 Text der UNSCR 242 (The Situation in the Middle East) im Internet unter: <http://www.un.org/documents/sc/res/1967/scres67.htm>.

Den Palästinensern dagegen, so Dietmar Herz, habe „die Resolution wenig Grund zur Hoffnung gegeben“. Ihre Rechte seien zu umstritten gewesen. Diese vorrangig betroffene Bevölkerungsgruppe wurde lediglich hinsichtlich ihrer Flüchtlingsproblematik angesprochen, für die es eine „gerechte Lösung“ geben sollte. Eine Beteiligung der Palästinenser an etwaigen Friedensverhandlungen jedoch wurde nicht in Betracht gezogen. Nicht einmal die Existenz eines palästinensischen Volkes schien zum damaligen Zeitpunkt von der internationalen Gemeinschaft anerkannt zu werden.¹⁷⁶

Im Jahre 1967 wurde die UNSCR 242 daher sowohl von den Palästinensern wie auch von den meisten arabischen Staaten abgelehnt. Jordanien und Ägypten akzeptierten den Text zwar als Verhandlungsgrundlage, lehnten aber direkte Friedensgespräche ab, da sie ihrer Meinung nach eine Anerkennung Israels impliziert hätten, die erst im Tausch gegen einen Rückzug zugestanden werden sollte. Aufgrund der Vagheit, mit der auf israelischer Seite die territoriale Frage behandelt wurde, hatte sich bei den Arabern schnell der Eindruck verdichtet, Israel sei territoriale Expansion inzwischen wichtiger als der Friede mit seinen Nachbarn. Hinzu kam, dass die israelische Regierung sich weigerte, „eine Vermittlung durch Dritte zuzulassen“.¹⁷⁷ Vermutlich wollte Israel verhindern, sich politischem Druck von außen beugen und Kompromisse, die ihren Interessen zuwiderliefen, eingehen zu müssen. Hinter dieser Haltung stand offenbar schon damals das rationale Kalkül, nur aus einer Position der Stärke heraus die eigenen Ziele optimal durchsetzen zu können, und das Gesetz des Handelns zur „Sicherung der Existenz Israels“ daher niemals aus der Hand geben zu dürfen. Hier offenbarte sich erneut das in Jahrzehnten gewachsene abgrundtiefe Mißtrauen zwischen Juden und Arabern, das den Konflikt auch in Zukunft immer wieder maßgeblich bestimmen sollte. Tessler bringt diesen Sachverhalt wie folgt auf den Punkt: „Each side was unwilling to take the lead in making concessions and demanded demonstrations of the other's good faith before it would act.“¹⁷⁸

So stellte sich bald heraus, dass die „constructive ambiguity“ keineswegs das hielt, was sich die hohe Diplomatie, aber auch die betroffenen Menschen von ihr versprochen oder erhofft hatten. Gerade dadurch, dass die Resolution 242 einen unklar formulierten Kompromiss darstellte, der beiden Seiten gleicher-

176 Herz 2003: 47/48.

177 ebenda.

178 Tessler 1994: 412.

maßen gerecht werden wollte, aber vielen unterschiedlichen Deutungen Raum gab, blieb sie zunächst wirkungslos.¹⁷⁹ Daran änderte auch der Umstand nichts, dass gleich nach ihrer Verabschiedung intensive diplomatische Bemühungen zu ihrer Umsetzung einsetzten.

3.4 Das Scheitern der UN-Friedensbemühungen

Die Entwicklung des Nahostkonfliktes von Ende 1967 bis zum Ausbruch des Yom-Kippur-Krieges 1973 zeigte darüber hinaus, dass die UNSCR 242 nicht nur nicht die angestrebte Friedenslösung herbeiführte, sondern vielmehr eine weitere gewaltsame Auseinandersetzung zwischen den Konfliktparteien geradezu begünstigte. Dabei ließen – so Finkelstein – „die vorliegenden diplomatischen Unterlagen (...) darauf schließen, dass Israel sich immer weiter vom internationalen Konsens entfernte, während die großen arabischen Staaten sich ihm immer mehr annäherten“.¹⁸⁰

3.4.1 Erste Jarring Mission 1967–1969

Direkt nach der Verabschiedung der UNSCR 242 wurde der schwedische Botschafter in Moskau, Gunnar Jarring¹⁸¹, mit der Funktion eines Nahost-Sonderbeauftragten betraut. Während im Ploetz die Meinung vertreten wird, Jarring habe in den kommenden Monaten „keinerlei Annäherung zwischen den Konfliktparteien herbeiführen“¹⁸² können, glaubt Tessler dagegen, der UN-Vermittler „... did contribute to a meaningful narrowing of the political distance between Israel and its Arab neighbors“.¹⁸³ So hätten die Araber Anfang 1968 nicht mehr auf einen vollständigen israelischen Rückzug als Voraussetzung für den Beginn von Friedensgesprächen beharrt und wären zu inoffiziellen Verhandlungen bereit gewesen, sobald auch Israel offiziell seine

179 Krautkrämer 2003: 66.

180 Finkelstein 2002: 263.

181 *Gunnar Jarring* (12 October 1907–29 May 2002) was a Swedish Turkologist and diplomat. He worked for the Swedish foreign service as attaché in Ankara in 1940. He later held diplomatic positions in Teheran, Baghdad, and Addis Ababa, and was appointed Swedish minister to India in 1948. After several other diplomatic missions, he was Sweden's ambassador to the UN 1956–1958, and sat in the UN Security Council for the last two of those years. He was ambassador to the USA 1958–1964, and to the Soviet Union 1964–1967. Vgl.: http://en.wikipedia.org/wiki/Gunnar_Jarring.

182 Ploetz 1998: 1568.

183 Tessler 1994: 421.

Absicht erklärt hätte, die UNSCR 242 zu implementieren. Insbesondere konnte die arabische Seite überzeugt werden, dem Konzept eines parallel verlaufenden Austausches von Land gegen Frieden zuzustimmen und von ihrer ursprünglichen Forderung nach einem Vorgehen in Stufen, deren erste ein Rückzug bzw. Teilrückzug Israels aus den besetzten Gebieten sein sollte, abzurücken.¹⁸⁴ Israels Konzessionen indes bestanden darin, im Februar 1968 die UNSCR 242 öffentlich zu billigen sowie im Oktober den UN-Vermittler Jarring schließlich als „third-party mediator“ zu akzeptieren und mit ihm sowohl prozedurale wie substantielle Fragen zu verhandeln.¹⁸⁵ Ungeachtet dieser „Fortschritte“ blieb dieser ersten Jarring-Mission, die im April 1969 endete, ein substantieller Erfolg versagt.

3.4.2 *Ägyptisch-israelischer Abnutzungskrieg*

Schon bald nach Beginn seiner UN-Mission hatte sich für Jarring abgezeichnet, dass es schwer, wenn nicht unmöglich sein würde, eine wirkliche Annäherung zwischen den Konfliktparteien herbeizuführen. Zu unversöhnlich standen sich die Gegner des Junikrieges nach wie vor gegenüber. Das kritische Hindernis für einen Fortschritt war – wie voraussehbar – das Ausmaß des israelischen Rückzugs aus den besetzten Gebieten. Während die Araber kompromißlos die Wiederherstellung der Grenzen vom 4. Juni 1967 verlangten, bestand Israel darauf, die Modalitäten und den Erfüllungsgrad dieser Forderung erst im Zuge direkter bilateraler Friedensverhandlungen klären zu wollen.¹⁸⁶ Zur Verschärfung der Lage trugen indes zahlreiche Äußerungen israelischer Politiker bei, die auf umfangreiche Gebietsforderungen hindeuteten. Für die Araber jedoch, die gemessen am UN-Teilungsplan von 1947 schon erhebliche territoriale Verluste hatten hinnehmen müssen, gab es zu einem vollständigen Rückzug der Israelis aus den im Junikrieg besetzten Gebieten auch auf der Grundlage der UNSCR 242 keinerlei Alternative.

Aufgrund dieser Verhärtung der Positionen kam es bereits in der ersten Jahreshälfte 1968 zu zahlreichen Zusammenstößen, insbesondere zwischen der ägyptischen Armee und den israelischen Besatzungstruppen entlang des Suezkanals. Heftige Artillerieduelle führten u. a. zur Zerstörung von Raffinerieanlagen und Kanalstädten. In Folge der Kampfhandlungen mußten meh-

184 Touval, Saadia: *The Peace Brokers*. Princeton 1982; S.145. Zit. in: Tessler 1994: 421.

185 Tessler 1994: 422.

186 ebenda

rere hunderttausend Ägypter evakuiert werden. Die Militäreinsätze mündeten im März 1969 schließlich in einen regelrechten „Abnutzungskrieg“, mit dem Nasser die israelische Bar-Lev-Verteidigungslinie¹⁸⁷ am Suezkanal zerstören und „Israel zum Rückzug aus dem Sinai zwingen wollte“¹⁸⁸. Was er tatsächlich erreichte, war eine weitere Eskalation von Militäroperationen auf beiden Seiten, in deren Verlauf die israelischen Luftstreitkräfte zunehmend dazu übergingen, industrielle und militärische Ziele tief im ägyptischen Hinterland zu bombardieren. Dies veranlaßte die Sowjetunion im ersten Halbjahr 1970 zu einer deutlichen Erhöhung ihres militärischen Engagements für das mit ihr strategisch verbündete und erneut in die Defensive gedrängte Ägypten; sie lieferte SAM Boden-Luft-Raketen, stellte Piloten und technisches Personal und entsandte insgesamt mehr als zehntausend Militärberater und Waffentechniker in das Land am Nil. Die Spirale der Gewalt war erneut in Bewegung gesetzt.¹⁸⁹

Vorrangiges politisches Ziel, das Nasser mit der Intensivierung der Kampfhandlungen verfolgte, war nach Tessler „... to create a sense of urgency which would encourage international diplomatic efforts to bring about Israel's withdrawal from the territory it had occupied in 1967“. Zugleich beabsichtigte der ägyptische Präsident mit seinem offensiven Vorgehen, dem Eindruck eigener Passivität und Resignation angesichts der fortdauernden israelischen Besetzung des Sinai entgegenzutreten sowie gegenüber den Palästinensern und den übrigen Arabern zu signalisieren, dass er durchaus willens und in der Lage sei, sich mit den Israelis auf gleicher Augenhöhe militärisch auseinanderzusetzen. Die Bedeutung dieses Handlungsmotivs muß gesehen werden vor dem Hintergrund einer wachsenden Kritik im gesamtarabischen Lager gegenüber den revolutionären Regimes in Ägypten und Syrien, die im Krieg 1967 „kläglich versagt“ hatten. Hinzu kam das Bemühen, wachsende innerägyptische Frustrationen abzubauen, die aus dem Umstand gespeist wurden, dass mittlerweile weithin ein starker Kontrast zwi-

187 *Bar Lev Line* (named after the 8th Israeli Chief of Staff Chaim Bar-Lev, 1924–1994) was a chain of fortifications built by Israel along the eastern coast of the Suez Canal after it captured the Sinai Peninsula from Egypt during the 1967 Six-Day War. Vgl. <http://en.wikipedia.org>.

188 Krautkrämer 2003: 66.

189 Lehmann, Pedi D.: Suche nach Sicherheit. Israel und der Friedensprozeß in Nahost. Opladen 2001, S. 45.

schen der Dynamik der neuen PLO und dem Defätismus, den man den meisten arabischen Regierungen unterstellte, wahrgenommen wurde.¹⁹⁰

3.4.3 *Der Rogers-Friedensplan (1969)*

Während die kriegerische Auseinandersetzung zwischen Israel, das von den USA mit neuen Waffensystemen ausgerüstet und vielfältig logistisch unterstützt wurde, und dem um die Befreiung seiner Territorien kämpfenden Ägypten immer heftiger wurde, versuchten die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich gleichzeitig (ab April 1969) in einer gemeinsamen Initiative, einen Konsens über die Implementierung der UNSCR 242 zu finden. Diese Viermächtegespräche mündeten im Oktober 1969, vier Wochen nach vermeintlich „eivernehmlichen“ Gesprächen der israelischen Premierministerin Golda Meir (1969–1974) mit US-Präsident Richard M. Nixon (1969–1974) in Washington, in einen Vorschlag des damaligen US-Außenministers William P. Rogers (1969–1973) an die Sowjetunion, im Konflikt zwischen Israel und Ägypten gemeinsam vorzugehen. In seinem umfassenden Friedensplan für den Nahen Osten (sog. Rogers-Plan), der am 9. Dezember in Washington öffentlich gemacht wurde, forderte der US-Außenminister als ersten Schritt für eine gerechte Friedensregelung den vollständigen Rückzug der Israelis aus Ägypten sowie den Abschluss eines Friedensvertrages zwischen beiden Staaten. Ein ähnlicher Vorschlag wurde am 18. Dezember für eine Einigung zwischen Israel und Jordanien unterbreitet.¹⁹¹

Die Reaktion der Araber war gespalten. Während die Empfehlungen von den militanten Regimes und der PLO abgelehnt wurden, begrüßten Ägypten, Jordanien und andere gemäßigte Staaten die Initiative. Insbesondere Nasser anerkannte die amerikanische Unterstützung für einen vollständigen Rückzug der Israelis von ägyptischem Territorium, wies jedoch gleichzeitig dar-

190 Tessler 1994: 445.

191 ebenda: 447. *Der Rogers-Plan*: 1969 legt ihn US-Außenminister William Rogers auf Betreiben von Sicherheitsberater Henry Kissinger vor. Rogers fordert die vollständige Anerkennung der Resolution 242, also den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten mit kleinen Grenzkorrekturen. Jerusalem soll nicht geteilt werden, der endgültige Status der Stadt wird in Friedensverhandlungen bestimmt. Israel und Ägypten sollen ihr Verhältnis bereinigen und eine „ausgewogene“ Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems finden: eine quotierte Repatriierung oder Entschädigungszahlungen. Israel und zunächst auch Ägypten weisen den Plan zurück. In Jordanien findet er Zustimmung – bis zum Palästinenseraufstand im „Schwarzen September“. 1971 verläuft die „Rogers-Initiative“ im Sande. In: www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/813/3810. Bzgl. des Textes des Rogers Plans siehe: www.jewishvirtuallibrary.org/jsources/History/rogers.html.

auf hin, dass sein Land sich weiterhin einer umfassenden Friedensregelung verpflichtet fühle, in die auch Jordanien und Syrien eingebunden seien. Die arabischen Gegner von Rogers Friedensplan, allen voran die PLO, fürchteten ungeachtet dieser Einlassung, dass insbesondere diese immer wieder beschworene „Einbindung aller Betroffenen“ mit dem geplanten bilateralen Vorgehen aufs Spiel gesetzt und die Einheit des arabischen Lagers zum Vorteil Israels dauerhaft unterminiert würde. Eine solche Befürchtung erwies sich jedoch – zumindest in diesem konkreten Fall – als grundlos, denn am 22. Dezember lehnte auch die Regierung Golda Meir den Rogers-Plan kategorisch ab als „an attempt to appease [the Arabs] at the expense of Israel“.¹⁹²

Obwohl die Nixon-Regierung während ihrer gesamten Amtszeit dem Rogers-Plan verpflichtet blieb, wurde er von ihr angesichts der zögerlichen Haltung Ägyptens und der entschiedenen Ablehnung Israels nicht weiter verfolgt. Das durch Rogers Friedensinitiative zwischenzeitlich gestörte Verhältnis zwischen den USA und Israel verbesserte sich Anfang 1970 wieder deutlich. Ein wesentlicher Grund dafür waren Nassers verstärkte Avancen gegenüber der Sowjetunion. Schon im Mai bewilligte die US-Regierung den Israelis die Lieferung neuer Waffensysteme; allerdings gegen die Zusicherung Jerusalems, die UNSCR 242 weiterhin als Basis für ein Nahost-Friedensabkommen zu betrachten.¹⁹³

Im Sommer 1970 schließlich erklärten sich Ägypten, Jordanien und Israel bereit, dem amerikanischen Vorschlag eines Waffenstillstands von drei Monaten sowie einer erneuten Jarring-Mission, wie sie u. a. auch im Rogers-Plan gefordert worden war, zuzustimmen. Der Initiative der US-Regierung lag die Überlegung zugrunde, durch eine Einschränkung der ägyptisch-israelischen Feindseligkeiten den wachsenden Einfluss der Sowjetunion im Nahen Osten einzudämmen und das Verhältnis der USA zu den Arabern wieder zu verbessern. Im Zuge dieser Neuausrichtung der amerikanischen Nahost-Politik sollte auch Jordanien verpflichtet werden, künftig die palästinensischen Guerilla-Aktivitäten zu unterbinden. Der verlustreiche Abnutzungs- und Zermürbungskrieg am Suezkanal, der Israel mehr Tote gekostet hatte als der Sechstagekrieg, kam so schließlich zu einem Ende.¹⁹⁴

192 ebenda: 448.

193 ebenda: 449.

194 ebenda.

3.4.4 Zweite Jarring-Mission 1971

Im September 1970 starb Gamal Abdel Nasser. Sein Nachfolger wurde Anwar as-Sadat (1970–1981), der wie sein Vorgänger zu den „freien Offizieren“ von 1952 gehörte, jedoch als politisch flexibler galt. Für ihn sei von Beginn an klar gewesen – so Steininger – „dass Israel Zugeständnisse nur machen würde, wenn erstens Washington das wollte, und zweitens Washington die Furcht vor einem verstärkten sowjetischen Engagement genommen würde“.¹⁹⁵

In der Hoffnung, mit Sadat eher als mit dessen Vorgänger zu einer Lösung des Nahostkonflikts kommen zu können, startete Gunnar Jarring im Januar 1971 eine neue Friedensinitiative. Grundlage hierfür sollte ein von ihm erarbeiteter Abgleich der israelischen und ägyptischen Positionen zur UNSCR 242 sein. Doch auch bei seiner zweiten Mission mußte Jarring zur kritischen Frage eines Rückzuges aus den besetzten Gebieten alsbald erneut erkennen, dass Israel zwar nach wie vor seine „Bereitschaft“ bekundete, die eigenen Streitkräfte „aus den Gebieten, die jenseits der im Friedensvertrag vereinbarten Linien liegen“ zurückzuziehen; als Voraussetzung dafür jedoch verlangte, dass die künftigen Grenzen „sicher, anerkannt und *gebilligt*“ sein müßten. Ungeachtet dieser vagen Formulierungen erklärte der ägyptische Präsident Ende Januar 1971 seine grundsätzliche Bereitschaft, einen Friedensvertrag mit Israel abzuschließen, sofern sich der jüdische Staat darin zum Rückzug aus allen besetzten Gebieten verpflichtete.¹⁹⁶ Dies wiederum wollte Israel so nicht akzeptieren.

Um aus dieser Blockade-Situation herauszukommen, formulierte Jarring – von den USA zu einem „aggressiven“ Vorgehen ermuntert – die Schritte, die seiner Meinung nach für eine gewaltfreie und gerechte Friedenslösung im Sinne der UN-Resolution 242 erforderlich waren. Dem entsprechend verlangte er von Ägypten „die Zusage, mit dem jüdischen Staat ein Friedensabkommen zu schließen“ und forderte gleichzeitig von Israel die Zusicherung, „seine Streitkräfte aus besetzten Gebieten der VAR¹⁹⁷ hinter die ehe-

195 Steininger 2003: 48.

196 Vgl. „Comparison of the Papers of Israel and the United Arab Republic“, in DAG – 1/5.2.2.1.2, Box 1, Umschlag 3, Q2 (UNO-Archive) ARR, 16.-31. Januar 1971. Zit. in: Finkelstein 2002: 272.

197 Die VAR: Auf Initiative der syrischen Baath-Partei schlossen sich 1958 Ägypten und Syrien zur Vereinigten Arabischen Republik (VAR) zusammen. Die syrischen Baathisten, die ihre Erwartungen nicht erfüllt sahen, zogen sich bald aus der Regierungsverantwortung

malige internationale Grenze zwischen Ägypten und dem britischen Mandatsgebiet Palästina zurückzuziehen“. Mit seinem Vorschlag zielte Jarring ganz offensichtlich darauf ab, Ägypten im Sinne der israelischen Forderung zu dem bisher stets abgelehnten „Alleingang“ und Israel zu dem bisher stets abgelehnten „vollständigen Rückzug“ (an der ägyptischen Front) zu bewegen.

Als erster arabischer Staat erklärte Ägypten daraufhin am 15. Februar seine Einwilligung, ein offizielles Friedensabkommen mit Israel zu schließen. Israel zeigte sich zwar überrascht, war jedoch nicht willens, seinerseits die gemäß der Logik des Jarring-Plans nun fällige Bereitschaft zum vollständigen Rückzug zu den Vorkriegsgrenzen vom Juni 1967 zu erklären, weil – wie es die israelische Regierung in ihrer offiziellen Stellungnahme vom März 1971 formulierte – Ägypten damit von Israel verlange, „seine frühere territoriale Verwundbarkeit wieder herzustellen“. Israel würde – so die Regierung Golda Meir – einem vollständigen Rückzug niemals zustimmen und sei, „falls nötig, sogar bereit, dafür zu kämpfen“.¹⁹⁸ Nach Finkelstein wurde in dem israelischen Dokument des weiteren „verzweifelt versucht“, „die Bedeutung der ägyptische Geste herunterzuspielen“ oder sie als „taktischen Schachzug“ zu diskreditieren, der lediglich einen Keil zwischen den USA und Israel treiben sollte.¹⁹⁹

Israels Weigerung, sich dem internationalen Konsens mit Ägypten anzuschließen oder zumindest Sadats Kompromissangebot eines Teilrückzugs und einer Wiedereröffnung des Suezkanals zuzustimmen, machte die Aussichten auf eine diplomatische Lösung des Konflikts weitgehend zunichte und „einen Krieg nahezu unvermeidlich“.²⁰⁰ Resigniert über die unnachgiebige Haltung der damaligen israelischen Regierung beendete Jarring auch seine zweite Friedensmission, ohne einen meßbaren Erfolg erzielt zu haben. Doch selbst die USA wiesen diesmal allein Israel die Verantwortung für das Scheitern der UN-Friedensmission zu.²⁰¹ Die Regierung des jüdischen Staa-

zurück. Kräfte des syrischen Ancien Régime rissen in Syrien mithilfe der Armee die Macht an sich und lösten 1962 ihre Region aus der VAR heraus. Den Namen VAR behielt Ägypten noch bis 1971 als Staatsbezeichnung bei. Vgl.: <http://www.brockhaus.de>

198 Vgl. Kapeliouk, Amnon: *Israel. La fin des Mythes*. Paris 1975, S. 282, Fußnote 77. Zit. in: Finkelstein 2002: 293.

199 Finkelstein: 374, Fußnote 19.

200 ebenda: 273.

201 ebenda: 280.

tes indes schien weiterhin zu verkennen, dass sie auf Dauer nicht beides haben konnte: das eroberte Land und den Frieden.

Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass auch in der Folge vielfältige Versuche unternommen wurden, den Fakt zu verschleiern, dass der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat im Februar 1971 Israel einen separaten Frieden angeboten hatte, der im Wesentlichen dem entsprach, der 1979 in Camp David geschlossen wurde.²⁰² Zwar hatte Sadat am Ende seines Schreibens an Jarring darauf hingewiesen, dass eine gerechter und dauerhafter Frieden nur möglich sei, wenn Israel sich aus allen besetzten Gebieten zurückziehe; er hatte davon aber nicht (mehr) seine grundsätzliche Zustimmung zu einem Friedensvertrag mit Israel abhängig gemacht.²⁰³

3.4.5 *Der Yom-Kippur-Krieg 1973*

Im Januar 1972 erklärte Abba Eban auf dem Zionistischen Weltkongress ganz im Sinne der bisherigen kompromisslosen Haltung Israels in der Rückzugsfrage, „dass er sich keine Friedensregelung ohne die ständige Präsenz Israels auf den Golanhöhen und in Sharm el-Sheik vorstellen könne“. Auch Dayan forderte, dass die künftige Grenze Israels zu Ägypten von Sharm el-Sheik quer durch den Sinai bis zum Mittelmeer verlaufen müsse. Und für Golda Meir, deren Regierungszeit nach Avi Shlaim insgesamt „by a stubborn refusal to reevaluate Israel’s relations with the Arab world“²⁰⁴ bestimmt gewesen sei, waren die Golanhöhen und Sharm el-Sheik ebenfalls nach wie vor nicht verhandelbar. Angesichts dieser Aussichtslosigkeit, mit Israel zu einer Vereinbarung auf der Grundlage der UNSCR 242 zu gelangen, reifte in Ägypten und Syrien der Entschluß, die Überwindung der politischen „Dead-lock“-Situation hinsichtlich eines Rückzugs der israelischen Streitkräfte aus den besetzten Territorien mit einem konzentrierten massiven Waffeneinsatz gegen den jüdischen Staat zu erzwingen. Ägyptens und Syriens Kriegsziele

202 Diese Einschätzung teilt auch Avi Shlaim, indem er feststellt, dass G. Meirs unbewegliche Politik vorrangig verantwortlich gewesen sei für den Ausbruch des Yom-Kippur-Krieges u. es ihr Riesenfehler war, nicht Jarrings Vorschlag, wie er acht Jahre später in Camp David realisiert wurde, gefolgt zu sein, nämlich den Sinai gegen Frieden mit Ägypten einzutauschen. Shlaim 2001: 323/324.

203 ebenda: 274–277.

204 Shlaim 2001: 323.

waren insofern vorrangig politisch und folgten Clausewitz' These vom Krieges als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.²⁰⁵

Der Überraschungsangriff der arabischen Verbündeten auf Israel erfolgte am 6. Oktober 1973. Dieses Datum war für beide Seiten von besonderer, jedoch völlig konträrer Bedeutung. Als zehnter Tag des Ramadans, an dem Mohammed im Jahre 630 seinen Heiligen Krieg gegen Mekka unter dem Feldherrn Saladin begonnen hatte, erschien er Sadat als gutes Omen für einen siegreichen Ausgang dieses vierten Nahost-Krieges. Für Israel hingegen ist der 6. Oktober der höchste jüdische Feiertag Yom-Kippur, der Versöhnungstag, „an dem die Synagogen gefüllt sind, (...) und Rundfunk und Fernsehen schweigen“.²⁰⁶

Mit ihrem unerwarteten Vorstoß gelang es der ägyptischen Armee, die vermeintlich „undurchdringliche“ Bar Lev-Linie am Ostufer des Suezkanals zu durchbrechen und den israelischen Panzerverbänden erhebliche Verluste zuzufügen. Auch im Golan bahnte sich eine vernichtende israelische Niederlage seitens der Syrer an, die von irakischen Truppen unterstützt wurden. Bereits Mitte Oktober jedoch wendete sich das Blatt an beiden Fronten wieder zugunsten Israels, das am Ende seine Angreifer besiegte und die im Juni-krieg 1967 eroberten Gebiete behaupten konnten.

Wie schon im Suezkrieg 1956 und im Sechstagekrieg 1967 hatte auch im Yom-Kippur-Krieg wieder eine atomare Konfrontation der Supermächte USA und Sowjetunion gedroht, wenngleich beide grundsätzlich um Deeskalation bemüht waren. Diesem Ziel diene vor allem das abwartende Verhalten der USA bezüglich der Frage zusätzlicher Waffenlieferungen an Israel, die erst einsetzten, nachdem der jüdische Staat in ernsthafte Bedrängnis geraten war. Dann allerdings erfolgte die Militärhilfe der Amerikaner umgehend und effektiv im Rahmen einer gigantischen Luftbrücke. In geringerem Umfang wurden auch Ägypten und Syrien von der Sowjetunion auf dem Luftwege logistisch unterstützt. Dessen ungeachtet bemühten sich aber sowohl der sowjetische Ministerpräsident Alexei N. Kossykin (1964–1980)

205 Krautkrämer 2002: 68. / Shlaim 2001: 319/320. Shlaim stellt hierzu des weiteren fest: „The Arab aim in launching the war was (...) to provoke an international crisis that would force the superpowers to intervene and put pressure on Israel to withdraw from the territories it had captured in June 1967.“ Shlaim 2001: 319.

206 ebenda: 68.

wie auch US-Präsident Nixon mäßigend auf ihre jeweiligen Verbündeten einzuwirken.²⁰⁷

3.4.6 *Die UN-Sicherheitsrats-Resolution (UNSCR) 338*

Noch während der Kampfhandlungen verabschiedete der UN-Sicherheitsrat am 22. Oktober 1973 die gemeinsam von den USA und der Sowjetunion eingebrachte Resolution 338. In ihr wurden die Konfliktparteien ultimativ aufgefordert, unverzüglich (jedoch spätestens 12 Stunden nach Ergehen des Beschlusses) alle militärischen Aktivitäten einzustellen und zwar in den Positionen, die sie gerade innehatten. Gleichzeitig wurde verlangt, nach der Feuereinstellung unverzüglich mit der Erfüllung der UNSCR 242 in allen ihren Teilen zu beginnen.²⁰⁸

Als Israel trotz dieser Anordnung die Kampfhandlungen fortsetzte, drohte die Sowjetunion am 24. Oktober (wie bereits im Juni-Krieg 1967) mit einer umfassenden militärischen Intervention, falls die USA nicht unverzüglich mäßigend auf Israel einwirkten. Die Amerikaner versetzten daraufhin ihre Streitkräfte unter Einschluß der „atomaren Komponente“ weltweit in Alarmbereitschaft²⁰⁹, übten aber gleichzeitig einen verstärkten Druck auf Israel aus, auf den Verteidigungsminister Moshe Dayan noch am gleichen Tage mit einem Waffenstillstandsangebot reagierte. Obwohl Ägypten den Vorschlag sofort annahm, setzten die israelischen Truppen ihre Kampfhandlungen einen weiteren Tag fort, so dass erst am 26. Oktober tatsächliche Waffenruhe eintrat. Entgegen den eindeutigen Bestimmungen der Resolutionsforderung nahm Israel für sich auch das Recht in Anspruch, in den Positionen zu verbleiben, die es bei Feuereinstellung erreicht hatte. Die so implementierte fragile Waffenruhe, die jederzeit durch neue Kampfhandlungen wieder zu kippen drohte, konnte erst im Rahmen der „Pendeldiplomatie“ des neuen US-Außenministers Henry Kissinger (1973–1977) am 11. November mit einem von beiden Seiten weitgehend respektierten Waffenstillstandsabkommen abgesichert werden.²¹⁰

207 ebenda: 69.

208 Vgl. Die UN-Resolutionen zum Nahostkonflikt, übersetzt von Arnold Harttung, Berlin 1978, S. 252. Zit. in: Lehmann 2001: 48, Fußnote 113.

209 Steinger 2003: 49.

210 Krautkrämer 2002: 70.

Obwohl die eigentliche Zielsetzung einer Befreiung der 1967 besetzten Gebiete nicht erreicht worden war, bewertete Ägypten sowohl Verlauf wie Ausgang des Yom-Kippur-Krieges als politischen Sieg. Der erfolgreiche Durchbruch am Suezkanal hatte die „arabische Ehre“ wieder hergestellt und „bewiesen“, dass der jüdische Staat nicht unbesiegbar war. In Israel dagegen entwickelte sich aufgrund des gelungenen Überraschungsangriffs der Araber, deren unerwarteter Anfangserfolge und des Versagens des eigenen Sicherheitskonzepts so etwas wie ein „Pearl-Harbour-Komplex“, der zu einer tiefgreifenden Vertrauenskrise, Verunsicherung und „Traumatisierung“ in der israelischen Gesellschaft führte. Die Verantwortung für die mangelnde Abwehrbereitschaft und das Versagen des nationalen Sicherheitskonzepts wurde seitens der nach dem Krieg eingesetzten Agranat-Untersuchungskommission²¹¹ insbesondere dem militärischen Nachrichtendienst *Aman* angelastet.²¹²

Wenngleich von der Kommission nicht persönlich für das Desaster verantwortlich gemacht, traten Ministerpräsidentin Golda Meir und Verteidigungsminister Moshe Dayan aufgrund anhaltender massiver Kritik in der Öffentlichkeit Anfang 1974 zurück; ihre Nachfolger wurden als Regierungschef Yitzchak Rabin (1974–1977) von der Arbeitspartei und als Verteidigungsminister dessen innerparteilicher Rivale Shimon Peres (1974–1977). Innenpolitisch sah sich die neue Regierung mit dem unter Führung Menachem Begin an Einfluss gewinnenden *Likud-Block* konfrontiert, der eine Annexion der 1967 eroberten Gebiete, insbesondere aber Judäas und Samarias im Westjordanland als dem biblischen Kernland des jüdischen Volkes, forderte. Zudem hatte Rabin im September 1974 zur Absicherung seiner Regierungsmehrheit mit der nach dem Sechstagekrieg noch nationaler gewordene *National Religious Party* (NRP) koalitiert. Dieser traditionelle Partner der Arbeitspartei, der den religiösen Zionismus repräsentiert, lehnte jegliche territorialen Zugeständnisse an die Araber bezüglich der Westbank ab und war zudem Keimzelle der 1974 gegründeten militanten und neomessianische Siedlerbewegung *Gush Emunim*. Außenpolitisch musste Israel dagegen dem Druck widerstehen, den die neue UN-Resolution 338, mit dem die unverzügliche Umsetzung der Resolution 242 von der internationalen Gemeinschaft angemahnt wurde, erzeugte. Unter diesen ambivalenten Rahmen-

211 benannt nach Shimon Agranat, dem damaligen Präsidenten des Obersten Gerichtshofes in Israel.

212 Balke 2000: 76.

bedingungen verfolgte die Regierung Rabin bis zum Wahlsieg des *Likud* im Jahre 1977 konsequent eine Politik der „Schwächung und internationale[n] Ächtung der PLO und die Isolierung der unter militärischem Ausnahmerecht lebenden palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland“. Auch wurde bereits unter Rabin und Peres eine Strategie flächendeckender Siedlertätigkeit initiiert, die zunehmend mit Steuergeldern gefördert wurde und sich am expansiven Scharon-Plan orientierte, „der für einen palästinensischen Kleinstaat im Westjordanland kein zusammenhängendes Territorium mehr vorsah“.²¹³

3.5 Aussöhnung zwischen Israel und Ägypten

3.5.1 *Die Genfer Friedenskonferenz*

Entgegen dem erklärten Willen Israels, das stets auf bilaterale israelisch-arabische Verhandlungen gepocht hatte, beraumte der UN-Sicherheitsrat alsbald nach Abschluss des Waffenstillstands die gemäß der UNSCR 338 vorgesehene Nahost-Friedenskonferenz ein. Unter Beteiligung der USA, der Sowjetunion, Israels, Ägyptens und Jordaniens fand sie am 21. und 22. Dezember 1973 auf Außenministerebene in Genf statt. Die PLO, deren Charta von 1964 im Jahre 1968 in einer zweiten Fassung u.a. um das Credo des bewaffneten Kampfes als einzigem Weg zur Befreiung Palästinas ergänzt worden war, hatte sich mit der Forderung nach gleichberechtigter Teilnahme gegen den Widerstand der USA und Israels nicht durchsetzen können. Dabei hatte Arafat noch am 10. Oktober 1973 in einer Botschaft an Kissinger Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft gegenüber Israel signalisiert. Syrien dagegen blieb der Konferenz mit der lapidaren Begründung fern, das Treffen diene unter US-amerikanischer Ägide ohnehin nur der Unterstützung israelischer Interessen.

Obwohl der sowjetische Außenminister Andrei N. Gromyko (1957–1985) erneut ausdrücklich das Existenzrecht Israels und dessen Anspruch auf Sicherheit bei entsprechender Berücksichtigung der arabischen Interessen anerkannte²¹⁴, machte die Konferenz „einmal mehr die diametral entgegen gesetzten Standpunkte der Konfliktbeteiligten sichtbar“. Während Ägypten und Jordanien, die bereits ihre Teilnahme davon abhängig gemacht hatten,

213 Mejcher 1998: 192.

214 Krautkrämer 2002: 70/71.

mit Israel nicht in direkte Verhandlungen treten zu müssen, unisono den vollständigen Abzug der israelischen Streitkräfte aus den 1967 besetzten Gebieten forderten, schloß Israel einen Rückzug auf die Waffenstillstandslinien von 1949 bzw. von vor-1967 weiterhin kategorisch aus. Jordanien fürchtete indes, dass auch Kissinger nicht vorhatte, die Resolution 242 vollständig und an allen Fronten umzusetzen. Vielmehr hatte man in der jordanischen Delegation den Verdacht, als sollten die eigenen Ansprüche auf das Westjordanland und Ost-Jerusalem ein für allemal einem separaten Abkommen zwischen Israel und Ägypten geopfert werden. Angesichts dieser kontroversen Positionen und der Ende des Jahres durchgeführten israelischen Parlamentswahlen vertagte sich die Konferenz in der ersten Januarwoche 1974 ohne Festlegung eines neuen Termins, um zunächst die Bildung der neuen israelischen Regierung, vor allem aber die Ergebnisse der von den USA und der UN eingeleiteten diplomatischen Aktivitäten zur Truppenentflechtung auf dem Sinai abzuwarten.²¹⁵

3.5.2 *Israelisch-ägyptische Annäherung*

3.5.2.1 Erstes Sinai-Abkommen

Die Fortsetzung dieser Genfer-Konferenz kam indes nie zustande; stattdessen verstärkten die USA ihre direkten Bemühungen, deeskalierend auf die Konfliktparteien einzuwirken. Mittels seiner „Politik der kleinen Schritte“, die auch als *trial and error* Diplomatie bezeichnet wurde, gelang es Kissinger, Israel und Ägypten am 18. Januar 1974 zum Abschluss eines ersten Truppenentflechtungsabkommens (1. Sinai-Abkommen) zu bewegen. Die IDF mußten sich auf ca. 30 Km östlich vom Suezkanal zurückziehen und so „einen ersten Teil der 1967 eroberten Gebiete“ freigeben.²¹⁶ Balke sieht in dieser Vereinbarung bereits den „Ausgangspunkt eines neuen Verhältnisses zwischen beiden Ländern, an dessen Ende der historische Besuch des ägyptischen Staatspräsidenten Anwar as-Sadat in Jerusalem“ gestanden habe.²¹⁷ Nach weiteren zähen Verhandlungen konnte Kissinger auch mit Syrien einen ähnlichen Vertrag zustande bringen, der am 31. Mai 1974 in Genf unterzeichnet wurde. Beide Abkommen setzten den Feuergewalt ein Ende, mit

215 Lehmann 2001: 49.

216 Zur Energiekrise und der damit verbundenen US-Politik im Nahen Osten s. Henry A. Kissinger: *Memoiren*. 1973–1974. Bd. 2, München 1982, S. 1018–1046. Zit. in: Krautkrämer 2003: 71, Anm. 126.

217 Balke 2000: 77.

denen der fragile Waffenstillstand an vielen Frontabschnitten immer wieder aufs Spiel gesetzt worden war.

3.5.2.2 Gründe für Israels Einlenken

Die Gründe für das israelische Einlenken waren mehrschichtig. Im Vordergrund stand nach wie vor das Bestreben, Ägypten als der gleichzeitig mächtigsten und friedenswilligsten arabischen Militärmacht durch bilaterale Abkommen aus der Einheitsfront der Araber heraus zu brechen, um auf diese Weise die Gefahr eines erneuten arabisch-israelischen Krieges weitmöglichst zu reduzieren.

Zudem zeigten sich inzwischen immer deutlicher die politischen Auswirkungen des Ölembargos, das die Erdöl exportierenden Staaten im Zuge des Yom-Kippur-Krieges gegen die westlichen Industriestaaten mit dem Ziel verhängt hatten, „eine Parteinahme zugunsten Israels abzuwenden“.²¹⁸ In diesem Sinne hatte der Ministerrat der EG-Staaten unter maßgeblichem Einfluß Frankreichs bereits am 6. November 1973 eine Friedensregelung im Rahmen der UN unter Berufung auf die Resolutionen 242 und 338 eingefordert und Israels Rückzug aus den besetzten Gebieten angemahnt. Die Erklärung war klar pro-arabisch akzentuiert und markierte zudem einen deutlichen Kurswechsel in der europäischen Nahost-Politik. Zum ersten Mal wurden von der EG die legitimen Rechte der Palästinenser als Volk offiziell anerkannt; gleichzeitig lehnte sie die „Gewährleistung der israelischen Sicherheit auf Grundlage des gewaltsamen Landerwerbs“ ausdrücklich ab.²¹⁹ Die unverkennbare Zurückhaltung der Industriestaaten gegenüber Israel zur Wahrung ihrer eigenen Erdölinteressen und der von vielen Drittweltländern vollzogene Abbruch ihrer diplomatischen Beziehungen zum jüdischen Staat, hätte nach Einschätzung Padi Lehmanns fast zum totalen „Zusammenbruch der israelischen Außenbeziehungen geführt“.²²⁰

Israels Regierung wurde darüber hinaus von einer „wachsenden Friedensbewegung im eigenen Land“ bedrängt, im Rahmen eines gerechten Ausgleichs mit den arabischen Nachbarn Frieden zu schließen. Ihr Wortführer war der engagierte Zionist Nahum Goldmann, der u. a. während des Zweiten Welt-

218 Lehmann 2001: 51.

219 Klinkenberg, Michael F.: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozeß. Münster, Hamburg, London 2002, S. 23.

220 Lehmann 2001: 51.

kriegs Führer der amerikanischen Zionisten und von 1956 bis 1968 Präsident der zionistischen Weltorganisation gewesen war. Seiner Ansicht nach war die israelische Politik, „Sicherheit durch territoriale Positionen zu erlangen“, angesichts der zwischenzeitlich erfolgten waffentechnologischen Entwicklung nicht mehr zeitgemäss. Als Gegenleistung für eine völkerrechtliche Anerkennung des jüdischen Staates durch die Araber – so sein Vorschlag – könnten daher die besetzten Gebiete zurückgegeben werden.²²¹

Druck auf Israel erfolgte aber auch durch Yasser Arafats Auftritt im Herbst 1974 vor der Generalversammlung der UNO, die am 22. November in ihrer Resolution 3236 mit überwältigender Mehrheit das „Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung in Palästina, auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität sowie das unveräußerliche Recht der Palästinenser auf Rückkehr zu ihren Wohnstätten und ihrem Grund und Boden, von dem sie vertrieben und entwurzelt worden waren (...)“, bestätigte.²²² Eine weitere Entschließung gewährte der PLO am gleichen Tage den Status eines „ständigen Beobachters der UNO“, was bisher nur Staaten zugestanden worden war. Die PLO befand sich auf dem „Wege zur weltweiten Anerkennung“ und konnte in zahlreichen Ländern Botschaften oder Vertretungen errichten.²²³ So gelang es der Palästinenserorganisation, die weiterhin jegliche ägyptisch-israelische Annäherung mit Argwohn verfolgte, ihre Stellung als wichtiger Akteur im Nahostkonflikt zu konsolidieren. Dem gleichen Ziel hatten die bereits erwähnten Ergebnisse der Siebten Arabischen Gipfelkonferenz vom Oktober 1974 in Rabat gedient, die der PLO als der einzigen legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes das Recht zubilligte, eine „unabhängige nationale Autorität über alle befreiten Gebiete zu errichten“.²²⁴

3.5.2.3 Zweites Sinai-Abkommen

Trotz seiner zunehmenden außenpolitischen Isolation, war Israel zunächst weiterhin nicht bereit, für die Beendigung des Kriegszustandes mit Ägypten mehr als „den Rückzug aus einigen arabischen Gebieten“ anzubieten. Sadat

221 Krautkrämer 2003: 76.

222 Resolution 3236 der Generalversammlung vom 22. November 1974, abgedruckt in: *Israel's Foreign Relations. Selected Documents*, ed. by Meron Medzini, Ministry of Foreign Affairs, Jerusalem, Vol. 3, abrufbar unter <http://www.israel-mfa.gov.il/mfa.home.asp>. Zit. in: Lehmann 2001: 51/52.

223 Krautkrämer 2003: 75.

224 Ploetz 1998: 1571.

indes verlangte, dass der Rückzug auch die Golanhöhen und die Westbank einschließen müsste.²²⁵ Als Mitte 1975 Kissingers Vermittlungsversuche für ein „Interimsabkommen mit einem weiteren Teilabzug aus dem Sinai“ an der „Starrköpfigkeit“ der Regierung Rabin – die sich nicht unter dem Eindruck des Yom-Kippur-Traumas und des Ölschocks und bevor Moral und Abschreckungspotential der IDF wiederhergestellt waren, zu unnötigen bzw. übereilten territorialen Konzessionen zwingen lassen wollte und daher auf Zeit zu spielen versuchte – zu scheitern drohte, erwog US-Präsident Gerald Ford (1974–1977) sogar ein „reassessment“ der amerikanischen Nahost-Politik.²²⁶ Diese gegen Israel gerichtete „Drohung“ markierte eine von März bis September 1975 dauernde Phase tiefgreifender Dissonanzen im Verhältnis der USA zu ihrem nahöstlichen Verbündeten, in der es die Amerikaner u. a. ablehnten, mit Israel neue Waffengeschäfte zu vereinbaren. Schließlich jedoch waren die weiteren Vermittlungsbemühungen des US-Außenministers Henry Kissinger, des UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim (1972–1981) und Rumäniens Staatspräsidenten Nicolae Ceaucescu (1965–1989), der sowohl zu Ägyptens Präsident Sadat wie auch zur israelischen Regierung gute Kontakte unterhielt, von Erfolg gekrönt. Am 4. September 1975 unterzeichneten Vertreter beider Konfliktparteien in Genf das Zweite Sinai-Abkommen, mit dem Israel auf ein Siebtel des besetzten ägyptischen Territoriums einschließlich der strategischen Pässe und Ölfelder verzichtete.

Neben einer Vereinbarung über die Rückgabe weiterer Teile des Sinai an Ägypten sowie die Öffnung des Suezkanals für israelische Schiffe war in der Übereinkunft wesentlich, dass sich beide Staaten verpflichteten, künftig gegenseitig auf die Androhung und Anwendung von Gewalt verzichten und Konflikte friedlich lösen zu wollen. Zusätzlich zu einer großzügigen Finanzhilfe für Ägypten und Waffenlieferungen an Israel (u. a. F-16 Kampffjets u. Pershing-Raketen) wurde in Geheimabsprachen vereinbart, dass, falls Israel das Sinaiabkommen verletzen sollte, die USA und Ägypten sich über das weitere Vorgehen beraten wollten. Die USA konzedierte andererseits, die PLO nicht ohne Zustimmung Israels anzuerkennen.²²⁷ Auffallend in dem Abkommen war jedoch das Fehlen irgendeiner Verpflichtung Israels, in

225 Krautkrämer 2003: 76.

226 Lehmann 2001: 51. / Shlaim 2001: 327/336.

227 Krautkrämer 2003: 77.

ebensolche Rückgabe-Verhandlungen über die Golanhöhen oder die Westbank eintreten zu wollen.²²⁸

Erwartungsgemäß stieß das Sinai II-Abkommen im arabischen Lager auf weitgehende Ablehnung; nur Saudi-Arabien, Kuwait und der Sudan stimmten ihm zu. Von der Mehrheit der arabischen Staaten dagegen, insbesondere aber von Syrien und der ausgegrenzten PLO, wurde das Übereinkommen als „Kapitulation vor den amerikanischen und israelischen Interessen“ mißbilligt.²²⁹ Innerhalb dieser Ablehnungsfront entwickelte sich Syrien immer mehr zum „führenden Verfechter palästinensischer Rechte“. In dieser neuen Rolle erzwang es im Januar 1976 eine Palästina-Debatte im UN-Sicherheitsrat unter Teilnahme der PLO, in der die USA wiederum nur durch ihr Veto eine „anti-israelische“ Resolution verhindern konnten, die das unveräußerliche Recht der Palästinenser bestätigen sollte, in Palästina einen eigenen Staat zu errichten. In gleicher Weise brachten die Amerikaner im März 1976 (gegen den Willen der übrigen 14 Mitglieder) noch eine weitere Resolution des UN-Sicherheitsrats zu Fall, die Israels Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten scharf verurteilte.²³⁰

Gegen die – trotz aller internationalen Kritik – unbeirrte Fortsetzung und Ausweitung der jüdischen Siedlungspolitik kam es das ganze Jahr 1976 hindurch im Westjordanland und im Gazastreifen zu Demonstrationen und Zusammenstößen, die inzwischen selbst in den USA zu einer wachsenden Kritik an der Unbeugsamkeit Israels in der Besatzungsfrage führten. Dieser öffentliche Meinungsumschwung in den USA sowie deren zunehmende Abhängigkeit von Ölimporten aus der arabischen Welt hatten im Herbst 1976 – noch ehe der neue US-Präsident Carter²³¹ sein Amt antrat – eine zumindest vorübergehende Änderung der US-Politik gegenüber Israel zur

228 Shlaim 2001: 340.

229 Ploetz 1998: 1571.

230 Ebenda. Israel hatte bis 1978 über 90 Siedlungen auf den Westbanks, den Golan-Höhen, im Gaza-Streifen und auf der Sinai-Halbinsel errichtet.

231 James Earl „Jimmy“ Carter Jr. (* 1. Oktober 1924 in Plains, Georgia) war als Kandidat der Demokraten der 39. Präsident der USA (1977 bis 1981). In seiner Amtszeit schloss er die Verträge zur Übergabe des Panama-Kanals und war maßgeblich an den Verhandlungen zum Abkommen von Camp David I beteiligt. Er handelte den SALT II-Vertrag mit der Sowjetunion aus und nahm erstmals diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China auf. Nach seiner Präsidentschaft war Carter vor allem im Bereich der Menschenrechte und der internationalen Vermittlung aktiv. Dafür wurde ihm 2002 der Friedensnobelpreis zugesprochen.

Folge. Zum ersten Mal stimmten die USA in der UN-Generalversammlung gegen Israel und missbilligten mit der Mehrheit der Völkergemeinschaft dessen Siedlungspolitik ebenso wie seine Weigerung, die palästinensischen Flüchtlinge in ihre angestammte Heimat zurückkehren zu lassen.²³²

3.5.3 *Sadats Besuch in Jerusalem*

Während die PLO ihre Stellung ausbauen konnte und mit Erfolg ihr Vertretungsrecht für alle Palästinenser reklamierte und international absicherte, verfolgte Israel den Bedeutungszuwachs ihres Intimfeindes mit zunehmender Sorge. Dies geschah vor allem in der Erkenntnis, dass sich in der internationalen Rezeption des palästinensisch-israelischen Konflikts ein deutlicher Wandel abzuzeichnen begann. So hatten sich im Juni 1977 sowohl die Commonwealth-Conference wie auch der Europäische Rat dezidiert für das Recht des palästinensischen Volkes auf ein „homeland“ ausgesprochen. Und selbst Israels Regierungschef Rabin hatte sich unter dem verstärkten internationalen Druck einer Anerkennung dieser Forderung nicht mehr entziehen können.²³³

In Übereinstimmung mit diesem Ansatz hatte Präsident Carter bereits kurz nach seinem Amtsantritt im Februar 1977 eine umfassende Nahost-Friedensinitiative (Carter-Initiative) gestartet und Rabin wie Sadat zu deren Erörterung nach Washington eingeladen. Carter unterstützte dabei zwar einerseits Israels Wunsch nach verteidigungsfähigen Grenzen, hielt dafür aber nur geringe Korrekturen an der sogenannten „Grünen Grenze“ für erforderlich. Gleichzeitig befürwortete der US-Präsident jedoch auch die Forderung nach Schaffung einer „Heimstätte“ („homeland“)²³⁴ für die Palästinenser. Der palästinensische Nationalrat reagierte auf diese Einlassung am 20. März 1977 mit der Erklärung, notfalls zunächst einen solchen Kleinstaat zu akzeptieren,

232 Ploetz 1998: 1571/1572.

233 Krautkrämer 2003: 79.

234 Im Verlauf der Friedensverhandlungen mit Israel und Ägypten war die Carter-Administration ab Sommer 1977 bemüht, den Begriff palästinensische „Heimstätte“ im Sinne der israelischen Position zu relativieren und deutlich zu machen, dass die USA zwar erstmals die kollektiven „legitimen Rechte“ der Palästinenser anerkennen, dass damit aber keinesfalls die förmliche Anerkennung als Volk und die Einwilligung zur Gründung eines eigenständigen und souveränen Palästinenserstaates verbunden sei. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die Carter-Regierung auch bei anderen Problemfeldern wie der Interpretation der UNSCR 242 oder der Siedlungsfrage anfängliche Positionen zugunsten der israelischen Sichtweise modifizierte. Vgl. Sack 1988: 220–223.

wollte dafür das bisherige strategische Ziel der Errichtung eines „säkularen demokratischen Staates“ in ganz Palästina aber nicht aufgeben.²³⁵

Im Mai 1977 allerdings erfuhr die Carter-Initiative durch den Wahlsieg des rechten *Likud-Blocks* bei den israelischen Parlamentswahlen zunächst einen herben Rückschlag. Der neue Ministerpräsident Menachem Begin (1977–1983) lehnte es erwartungsgemäß ab, die PLO, die 1976 bei den Kommunalwahlen in den besetzten Gebieten ihre politische Vorrangstellung unterstrichen hatte, als legitimierten Verhandlungspartner zu akzeptieren. Ebenso weigerte er sich kategorisch, die Realisierung der von den USA in die Diskussion eingeführten palästinensischen „Heimstätte“ überhaupt nur zu erwägen. Ein israelischer Kabinettsentwurf, der im September 1977 der US-Regierung übermittelt wurde, sah vielmehr „eine Lösung unter permanenter Aufrechterhaltung der israelischen Besetzung des gesamten Westufers und des Gaza-Streifens vor“.²³⁶ Die PLO indes unterstrich mit Nachdruck ihren Anspruch, bei künftigen Verhandlungen, wie sie u. a. bei der für den Oktober 1977 geplanten neuen Genfer Nahostkonferenz anstanden, als „gleichberechtigter Partner“ beteiligt zu werden. Auch wurde von ihr die Forderung erhoben, dass in einem künftigen Abkommen die Bildung eines unabhängigen Palästinenserstaates aus Westjordanland und Gaza-Streifen „verankert sein“ müsse.²³⁷

Hätte Ägypten sich zum Anwalt dieser palästinensischen Forderungen machen lassen, wäre eine Einigung mit Israel zweifellos in unabsehbare Ferne getückt. Eine solche Perspektive jedoch lag weder im ägyptischen noch im israelischen Interesse. Sadats Neigung, mit Nachdruck eine Friedensregelung zu suchen, wurde in hohem Maße von den schweren wirtschaftlichen Problemen Ägyptens gefördert, die im Januar 1977 zu gewaltsamen landesweiten Aufständen mit Schwerpunkten in Kairo (wo es allein 77 Tote gab) und Alexandria geführt hatten und nur unter Einsatz des Militärs, das erstmal seit 1952 wieder für solche Zwecke eingesetzt wurde, beendet werden konnten. Der ägyptische Präsident musste diesen innenpolitischen Zwängen bei den Verhandlungen mit Israel durch entsprechende Konzessionen Rechnung tragen, auch wenn sie mit den Ansprüchen und Forderungen der übrigen arabischen Akteure nicht in Einklang zu bringen waren. Ein Frieden mit Israel, so

235 Ploetz 1998: 1572.

236 ebenda.

237 Krautkrämer 2003: 79.

Sadats Kalkül, würde die Verteidigungsausgaben drastisch reduzieren, Investitionen in zukunftsorientierte Projekte ermöglichen, amerikanische Unterstützung verstärken und Mittel für den Wiederaufbau der von den Israelis zerstörten Kanalstädte wie Ismailia freimachen. Israel dagegen war vor allem daran gelegen, durch eine bilaterale Einigung mit Ägypten einem möglichen Druck der USA zugunsten einer „umfassende Nahostregelung“, wie sie auf einer etwaigen neuen Nahost-Friedenskonferenz in Genf unter Beteiligung der UDSSR und unter Einbeziehung des Palästinenserproblems und der PLO drohte, zuvor zu kommen.²³⁸

Im April 1977, anlässlich eines Besuchs in den USA, beschwor Sadat daher den amerikanischen Präsidenten, sich für eine neue Nahost-Friedensinitiative einzusetzen und deutete zugleich „Flexibilität“ hinsichtlich einer „Normalisierung der Beziehungen“ zu Israel an. Der ägyptische Präsident unterstrich bei dieser Gelegenheit aber auch, dass die Entscheidung über eine Normalisierung von Beziehungen zu anderen Staaten allein eine Angelegenheit der nationalen Souveränität und nicht von internationalen Verhandlungen sei. Auch ließ er zunächst nicht erkennen, dass er eine Vereinbarung mit Israel akzeptieren würde, die nicht gleichzeitig eine gerechte Lösung des Palästinenserproblems enthielt. Dennoch zeigte sich die US-Regierung beeindruckt von Sadats Willen zum Ausgleich und hielt ihn „... indeed ready for peace talks“. Diese sollten, so die Planung der UN, der USA und der Sowjets, im Oktober 1977 als Neuauflage der Genfer Nahost-Konferenz stattfinden.²³⁹

Israel indes, aufgeschreckt durch die konkreten Pläne der USA, in Genf auch die Palästinenserfrage – eventuell unter Hinzuziehung der PLO – verhandeln zu wollen, verstärkte seine Anstrengungen, dieses Vorhaben zu durchkreuzen und die realen Aussichten für ein bilaterales Abkommen mit Ägypten erneut mit Nachdruck auszuloten. In Verfolgung dieser Mission gelang es Außenminister Moshe Dayan durch die Vermittlung König Hassans II. von Marokko am 16. September ein Geheimgespräch mit dem ägyptischen Vize-Präsidenten Dr. Hassan Tuhami in Rabat zu arrangieren und so mit Ägypten in direkten Kontakt auf Regierungsebene zu treten. Die israelische Initiative, von Ägypten positiv aufgenommen, führte in der Folge zur Einladung Begins an Sadat, Israel zu besuchen und vor der Knesset seine Vorstellungen zu einer Nahost-Friedensregelung darzulegen. Der ägyptische Präsident traf

238 Tessler 1994: 508/509.

239 ebenda: 508.

am 19. November in Jerusalem ein und hielt am 20. November 1977 eine beeindruckende Rede im israelischen Abgeordnetenhaus. In ihr anerkannte er das Recht Israels auf Frieden und Sicherheit, wies aber zugleich mit aller Eindringlichkeit darauf hin, dass der Friede nicht gut fundiert sein wird, „... wenn er nicht auf Gerechtigkeit beruht, sondern auf der Besetzung von Gebieten anderer“. Mit Nachdruck vertrat Sadat dabei auch die Rechte der Palästinenser und unterstrich, dass er sich auf keinen Fall auf ein separates Abkommen mit Israel einlassen werde.²⁴⁰

Während der Sadat-Besuch in der israelischen Öffentlichkeit als Beginn der erhofften Friedensperiode bejubelt wurde, war die „Ablehnungsfront“ aus Libyen, Algerien, Syrien, Irak, Südjemen und den Palästinensern unter PLO-Chef Arafat weiterhin nach allen Kräften bemüht, einen israelisch-ägyptischen Separatfrieden zu vereiteln. Dabei hatte Sadat die Sache der Palästinenser immer wieder mit Vehemenz vertreten und strebte nach wie vor gemeinsam mit Carter einen Nahost-Friedensschluss an, der auch eine umfassende Lösung des Palästinenserproblems beinhalten sollte. Shimon Peres indes unterstellte Sadat, ihm sei es „weniger um eine Autonomie für die Palästinenser als vielmehr um eine Rechtfertigung des ägyptischen Friedensabkommens mit Israel“ gegangen.²⁴¹

Trotz eines Gegenbesuchs Begins in Ägypten im Dezember 1977, bei dem er die Räumung des Sinai sowie eine begrenzte Autonomie für die Palästinenser in den besetzten Gebieten in Aussicht stellte, kehrten nach der Euphorie des Sadat-Besuchs bald die alten Probleme zurück. Bereits im Januar 1978 musste Sadat zur Kenntnis nehmen, dass Israel sich nicht nur weiterhin weigerte, die Siedlungen im Sinai aufzugeben, sondern sogar mit der Gründung von vier neuen Siedlungen den Friedensprozess bewußt torpedierte. Die ambivalente Haltung der Regierung Begin führte selbst in den USA zu Pro-

240 Vgl. Europa-Archiv 1978, Folge 4, D 193ff.; Archiv der Gegenwart 1977, S. 21378ff. Zit. in: Krautkrämer 2003: 80, 167/8. / Sack, Ralf: Die USA im Nahost-Konflikt. Von der Intervention zur Partizipation. Trier 1988, S. 239. In diesem Zusammenhang bleibt noch nachzutragen, dass Dayan bei einem Treffen am 22. Juli 1977 mit König Hussein von Jordanien in London erfuhr, dass der Monarch noch tief betroffen war von der Entscheidung der arabischen Gipfelkonferenz in Rabat, das alleinige Vertretungsrecht für die Palästinenser der Westbank der PLO zu übertragen u. „... that he had no intention of taking any initiative in matters relating to the Palestinians.“ Andererseits lehnte es Hussein aber auch konsequent ab, im Rahmen eines Friedensvertrags Teile der Westbank an Israel zu übertragen. Vgl. Shlaim 2001: 357.

241 Peres, Shimon: Shalom. Erinnerungen. Hrsg. v. David Landau. Stuttgart 1995, S. 362. Zit. in: Lehmann 2001: 56.

testen seitens des Präsidenten und führender Kongressabgeordneter. Dennoch beanspruchte Begin als „Absicherung“ für den Frieden mit Ägypten die zeitlich unbegrenzte Kontrolle über die Westbank, den Gaza-Streifen und die Golanhöhen sowie das Recht, dort weiterhin Siedlungen bauen zu können. „Nichts weniger als die Annexion dieser Gebiete sah das *Likud*-Programm damals vor. Allenfalls Konzessionen im Sinaigebiet waren für Israel zu diesem Zeitpunkt denkbar.“²⁴²

Da mit den Israelis auch in bilateralen Fragen kaum Fortschritte erzielt wurden, unterrichtete Sadat im Juli 1978 den US-Präsidenten, dass er weitere Kontakte mit Israel aufgrund der Unnachgiebigkeit und Blockadehaltung Begins für nicht mehr sinnvoll erachte.²⁴³

3.5.4 *Die Rahmenabkommen von Camp David*

Aufgrund dieser negativen Entwicklung im Nahost-Friedensprozess sah sich US-Präsident Carter veranlasst, Sadat und Begin für den 5. September zu einem Gipfeltreffen nach Camp David einzuladen. Doch die Annahme des Präsidenten, dass sich durch weitere persönliche Begegnungen ein Vertrauensverhältnis zwischen den beiden Kontrahenten aufbauen ließe, erwies sich als Trugschluss. Vielmehr bedurfte es seiner direkten Intervention, um nach zehn Tagen ergebnislosen Verhandelns den ägyptischen Präsidenten von einer vorzeitigen Abreise abzuhalten und das israelische Verhandlungsteam in den folgenden Tagen zu mehr Kompromissbereitschaft und verstärkter Kooperation bei der Erarbeitung eines zukunftsorientierten Nahost-Abkommens zu verpflichten.

Wenige Tage später jedoch gelang der Durchbruch. Am 17. September 1978 konnten Menachem Begin und Anwar as-Sadat die Verträge von Camp David unterzeichnen. Diese setzen sich aus zwei Rahmenabkommen zusammen; eines für den „*Frieden im Nahen Osten*“, das andere für einen „*Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel*“. Die Analyse beider Dokumente ließ allerdings schnell erkennen, dass die Grundprobleme im arabisch-israelischen Verhältnis auch durch den viel beschworenen „Geist von Camp David“ nicht wirklich beseitigt worden waren. Ein tiefes gegenseitiges Mißtrauen, die nachhaltige Mißachtung von UN-Resolutionen, die Verletzung

242 Vgl. Kimche, Jon: *The Last Option. After Nasser, Arafat and Saddam Hussein. The Quest for Peace in the Middle East*. London 1991, S. 91–93. Zit. in: Lehmann 2001: 57.

243 Tessler 1994: 511.

von Völker- und Menschenrechten, neokoloniale Unterdrückungsmaßnahmen auf Seiten der Besatzungsmacht, die Unfähigkeit zu substantiellen Kompromissen sowie eine latente Priorisierung militärischer Lösungen bestimmten im Grunde weiterhin das Verhältnis zwischen dem israelischen und dem arabisch-palästinensischen Lager.

Mit dem ersten Vertrag „*Frieden im Nahen Osten*“ wurde der Rahmen für eine Verregelung des Palästinaproblems abgesteckt. Die weiteren Modalitäten sollten in einer Arbeitsgruppe aus Vertretern Ägyptens, Israels, Jordaniens und der Palästinenser (ohne Beteiligung der PLO!) ausgehandelt werden. Zwar war vorgesehen, den Bewohnern der Westbank und des Gaza-Streifens auf der Grundlage freier Wahlen „eine bewusst nicht näher definierte *volle Autonomie*“ zu gewähren; doch sollte diese „personenbezogen“ sein und sich lediglich auf eine begrenzte kommunale Selbstverwaltung beschränken, „ohne jegliche Zuständigkeit für das Land“.²⁴⁴ Den Israelis dagegen wurde weiterhin das Recht zugestanden, in den „Autonomiegebieten“ Siedlungen zu gründen. Die zugesagte „Autonomie“ war zudem nur als Übergangsregelung für einen Zeitraum von fünf Jahren gedacht. Wie der endgültige Status ausgestaltet werden sollte, hatten die Vertragsparteien auf Drängen Israels offen gelassen. Daher war die Einschätzung Sadats, der die geplante „Autonomie“ schon euphorisch als Vorstufe eines unabhängigen Staates in Palästina interpretierte, durch keinerlei völkerrechtlich verbindliche Vertragsinhalte gedeckt.

Wie schon bei Golda Meir, die wenige Jahre zuvor die Existenz eines palästinensischen Volkes noch gänzlich bestritten hatte, so gab es auch für Begin keine „legitimen Rechte des palästinensischen Volkes“, sondern nur solche der „Araber von *Eretz Yisrael*“. Allein diese sollten in dem israelischen Autonomieplan verwirklicht werden. Die Vereinbarungen sahen ferner vor, dass sich die israelische Armee in sogenannte „Sicherheitszonen“ zurückzieht, während eine „starke örtliche Polizeitruppe“ mit jordanischer Beteiligung für Sicherheit und Ordnung sorgt.²⁴⁵

244 Lehmann 2001: 58. Avi Shlaim stellt hierzu ergänzend fest: „For Begin the autonomy plan had two principal attractions. First, it enabled him to remain true to his principle of not allowing foreign sovereignty west of the river Jordan. Second, it did not compel either of the contending parties to renounce their claims and aspirations regarding this area.“ Vgl. Shlaim 2001: 364.

245 ebenda.

Da das „Rahmenabkommen für den Frieden im Nahen Osten“ ohne Mitwirkung der PLO als der eindeutig stärksten und einflußreichsten politischen Kraft in den Palästinensergebieten zustande gekommen war, und damit realistischerweise von keiner politischen Vertretung der Palästinenser die Umsetzung eines solchen repressiven Programms erwartet werden konnte, war das Scheitern dieses Vertrages quasi vorprogrammiert. Entsprechend lehnte die PLO den „Autonomievorschlag“ auch rundweg ab. Und erwartungsgemäß fand sich auch kein anderer palästinensischer Repräsentant aus der Westbank oder dem Gaza-Streifen, der den Plan unterstützt hätte. Die „Autonomiegespräche“ zwischen Ägypten und Israel mußten daher 1982 ergebnislos abgebrochen werden.²⁴⁶ Begins Verhandlungsstrategie, die Friedens- und Kooperationsbereitschaft vorgab, aber zumindest in Bezug auf Palästina keinerlei echte Konzessionen oder eindeutige Schritte in Richtung eines souveränen palästinensischen Staates zu machen bereit war, schien zumindest in diesem Punkt aufgegangen zu sein.²⁴⁷

Das zweite Vertragswerk, das *„Rahmenabkommen zwischen Israel und Ägypten“* dagegen sollte innerhalb von drei Monaten mit einem bilateralen Friedensvertrag besiegelt werden. Es beinhaltete Vereinbarungen für einen etappenweisen Abzug der Israelis aus dem Sinai, die Auflösung der dortigen jüdischen Siedlungen, die Entwicklung normaler zwischenstaatlicher Beziehungen sowie letztendlich die Wiederherstellung der vollständigen ägyptischen Souveränität über den Sinai in den vor dem Juni-Krieg 1967 bestehenden Grenzen – allerdings unter der Bedingung seiner dauernden Demilitarisierung. Darüber hinaus wurde Israel die Nutzung der Straße von Tiran und des Suez-Kanals zugesichert.

Trotz der erheblichen Zugeständnisse seitens der Ägypter, wurde das Abkommen in Israel heftig kritisiert. Dabei ging es vor allem um die zugesagte Auflösung jüdischer Siedlungen auf der Sinai-Halbinsel, deren Territorium – wie Mejcher feststellt – „auf keiner Karte der Zionismusbewegung (...) jemals zum jüdischen Staat gezählt worden“ war.²⁴⁸ Wie umstritten der Vertrag in den Reihen der Regierungskoalition, insbesondere aber des Likud-Blocks war, bewies allein schon der Umstand, dass die Regierung Begin dem Vertrag nur mit den Stimmen der oppositionellen Arbeitspartei eine solide

246 ebenda.

247 Balke 2000: 79.

248 Mejcher 1999: 194.

Mehrheit in der Knesset verschaffen konnte. Selbst der als „Tauben“ geltende Shimon Peres rügte die Aufgabe der Sinai-Siedlungen als „einen kapitalen Fehler“, mit dem ein Präzedenzfall für künftige Abmachungen mit Syrien und Jordanien geschaffen worden sei.²⁴⁹

3.5.5 *Der ägyptisch-israelische Friedensvertrag*

Der ägyptisch-israelische Friedensvertrag von Camp David indessen wurde am 26. März 1979 in einer feierlichen Zeremonie im Weißen Haus in Washington von Menachim Begin und Anwar as-Sadat unterzeichnet. Auch dieses Ereignis löste erneute Proteste in Israel aus, die ihren Höhepunkt erreichten, als im April 1982 die „blühenden“ Sinai-Siedlungen *Yamit* und *Ofira* von israelischem Militär gewaltsam geräumt werden mussten.

Mit welchem Konzept die Regierung Begin versuchte, der Kritik an dem von ihr zu verantwortenden vollständigen Rückzug aus dem Sinai zu begegnen, beschreibt Helmut Mejcher wie folgt: „Die Siedler aus Yamit und aus Ofira beziehungsweise Scharm-asch-Scheich sollten jedoch in Galiläa angesiedelt werden. Als am 9. Juli 1979 israelische Polizisten und Soldaten Ländereien des Dorfes Mi'ilya konfiszierten und die Proteste der arabischen Bevölkerung gewaltsam beendeten, wobei viele Verhaftungen vorgenommen wurden, war auch innerhalb Israels der arabisch-israelische Konflikt endgültig zu seinen Wurzeln zurückgekehrt.“²⁵⁰

Die besondere Bedeutung des israelisch-ägyptischen Friedensvertrages für den Nahostkonflikt besteht darin, dass es seit Camp David zwischen beiden Staaten (bisher) keine bewaffnete Auseinandersetzung mehr gegeben hat. Dieser Umstand kann nach Beck als „starkes Indiz für die Relevanz des Friedensschlusses gelten“. Gleichzeitig sei aber festzustellen, dass Israel und Ägypten im Gegensatz zu Deutschland und Frankreich ihre „Versöhnung nicht gesellschaftlich unterfüttert“ hätten und ihr Friede „im wesentlichen ein Elitenpakt“ blieb, „der sich auf die Regelung sicherheitspolitischer Fragen beschränkt“. Allerdings hätte eben dieser Elitenpakt auch in Krisenzeiten – wie dem Libanonkrieg 1982 – erhebliche „Robustheit“ bewiesen und zum gegenseitigen Verzicht auf Gewaltanwendung geführt.²⁵¹

249 Peres, Shimon 1995: 364f. Zit. in: Lehmann 2001: 59.

250 Mejcher 1999: 195.

251 Beck 2002: 183/184.

Darüber hinaus bewirkte der israelisch-ägyptische Friedensvertrag insgesamt eine deutliche Veränderung für den Austrag des Nahostkonflikts. In der Folge sei es – so Martin Beck – zu einer Deeskalation des Einsatzes militärischer Gewalt gekommen. „Nur“ noch der israelisch-libanesischen und der israelisch-palästinensischen Konflikt seien gewalttätig ausgetragen worden; doch hätten die „großen arabischen Armeen“ im Falle Ägyptens gar nicht mehr und hinsichtlich Syriens nur noch begrenzt eingegriffen. Der Friedensvertrag war dennoch nicht geeignet, „die Bearbeitung des arabisch-israelischen Konflikts insgesamt auf eine kooperative Basis zu stellen“. Zum einen begünstigte der israelisch-ägyptische Separatfrieden den Libanonkrieg 1982 und zum anderen erwies sich der *„Rahmen für den Frieden im Nahen Osten“* zur kooperativen Lösung des Palästinenserproblems als völlig untauglich.²⁵²

Insbesondere der ägyptisch-israelische Versuch, den Palästinakonflikt an der PLO vorbei zu verhandeln, verstieß eindeutig gegen die Politik der Arabischen Liga und hätte nur durch substantielle Fortschritte im Palästinakonflikt, die aber nicht erfolgten, kompensiert werden können. Das in Camp David zwischen Begin und Sadat vereinbarte, aus gesamtarabischer Sicht „völlig untaugliche“ Abkommen zur Lösung der Palästinafrage führte in der Folge zu einer umfassenden Isolation Ägyptens, die sowohl den Abbruch der diplomatischen Beziehungen wie auch die „Stornierung der hohen politischen Rentenzahlungen durch die Golfstaaten implizierte“.²⁵³

252 ebenda: 186.

253 Pawelka 1985: 380–388. Zit. in: Beck 2002: 188.

4 Der Kampf um Frieden – Friedensinitiativen und Friedensprozess

4.1 Die Renaissance des palästinensischen Nationalismus

4.1.1 Israel und die PLO

Während die Palästinenser in der UNSCR 242 allein hinsichtlich ihrer Flüchtlingsproblematik angesprochen worden waren, so hatte auch die israelische Politik die „tieferen Auswirkungen des Juni-Krieges auf die Situation der Palästinenser (.....) noch gar nicht erfasst“. Zwar ist ein kulturelles und kommunales palästinensisches Identitätsgefühl schon immer vorhanden gewesen, doch das schwächer ausgebildete Nationalgefühl war zunächst im Zuge des Nasserismus im Panarabismus aufgegangen. Erst nach der Niederlage Nassers im Sechs-Tage-Krieg 1967 sei – so auch Mejcher – der „palästinensische Selbstbehauptungswille wieder deutlich zutage“ getreten.¹

Zwar scheiterte der Versuch Arafats und seiner Fatah, im Herbst 1967 einen Aufstand gegen die israelische Besatzungsarmee in der Westbank und in Jerusalem in die Wege zu leiten; dafür aber errang er am 21. März 1968 mit seinen knapp 300 Fatah-Kämpfern in der Schlacht von Karama gegen eine überwältigende israelische Übermacht einen „Sieg“, der „zum wohl wichtigsten und einschneidensten Erfolg in der Geschichte Fatahs und des palästinensischen Nationalismus“ wurde. Er zerstörte den Mythos der israelischen Unbesiegbarkeit, übertrug der Fatah und damit Arafat die Führung in der neuen palästinensischen Nationalbewegung und führte zu einer „Neudefinierung des so genannten israelisch-arabischen Konflikts als eines im Kern israelisch-palästinensischen Schicksalskampfes“.²

Erwartungsgemäß wurde Yassir Arafat dann auch im Februar 1969 vom 5. palästinensischen Nationalrat zum Vorsitzenden der PLO gewählt, nachdem die Fatah bereits auf dem 4. Nationalrat im Juli 1968 in Kairo mit 38 von 100 die meisten Sitze im palästinensischen Diaspora-Parlament erhalten

1 Mejcher 1999: 189.

2 Baumgarten 1991: 212/213.

hatte. Helga Baumgarten sieht in dieser Entwicklung einen *Paradigmenwechsel* in der politisch-ideologischen Ausrichtung der palästinensischen Befreiungsbewegung, den sie wie folgt beschreibt:

„Fatah besetzte somit das durch den Juni-Krieg entstandene Machtvakuum, das im Wesentlichen ein Legitimitätsvakuum war, mit ihrer neuen Befreiungsideologie, in deren Zentrum der bewaffnete Kampf stand. Damit war die PLO von einem Produkt der Machtpolitik Nassers in das wichtige Instrument eines unabhängigen palästinensischen Nationalismus transformiert worden. Innerhalb der PLO, die sehr schnell zum Bannerträger des neuen Nationalismus werden sollte, nahm Fatah die dominierende Position ein; nicht zuletzt als Folge der Führungsrolle, die sie sich in Karama erkämpft hatte.“³

Baumgarten weist in diesem Zusammenhang aber auch darauf hin, dass der „massenmobilisierende Erfolg von Karama“ gleichzeitig eine schwere Hypothek für die palästinensische Befreiungsbewegung bedeutete, weil er die Legitimität der Fatah direkt von deren Festhalten am bewaffneten Kampf als einzigen Weg zur Befreiung Palästinas abhängig machte. Dabei wurde die entscheidende Frage, inwieweit ein solcher Kampf unter den Bedingungen einer Besatzung und der eindeutigen militärischen Überlegenheit des Gegners überhaupt auf Dauer mit einer realistischen Aussicht auf Erfolg geführt werden konnte, vorerst in den Hintergrund gedrängt. „In den Augen der überwältigenden Mehrheit der Palästinenser hatte Karama die ausschließliche Richtigkeit des Guerilla-Kampfes bestätigt.“⁴

Während Israels Ministerpräsidentin Golda Meir die Existenz eines palästinensischen Volkes noch schlichtweg geleugnet hatte, mußten ihre Nachfolger wohl oder übel zur Kenntnis nehmen, dass sich parallel zum Zionismus inzwischen ein palästinensischer Nationalismus herausgebildet hatte, der sich – nach dem Junikrieg maßgeblich von der PLO instrumentalisiert – zu einem ernstzunehmenden militanten politischen Gegner und Machtfaktor im israelisch-arabischen Konflikt entwickelt hatte. Ausdruck fand dieser Emanzipationsprozess der Palästinenser auch in ihrer Nationalcharta von 1968. Ein gutes halbes Jahr vor Yasser Arafats Amtsübernahme hatte die PLO darin ihre Prinzipien und Ziele in einer Schärfe und Rigorosität gegenüber Israel und dem Zionismus definiert, die jeglichen Versuch einer politischen

3 Baumgarten 1991: 217.

4 ebenda: 214–215.

Annäherung oder eines diplomatischen Kompromisses im Nahostkonflikt von vornherein als aussichtslos erscheinen lassen mußten. Denn nach der bestimmungsgemäßen Umsetzung der Charta würde es keinen jüdischen Staat mehr geben. So wurde der *„bewaffnete Kampf als einziger Weg zur Befreiung Palästinas“* (Artikel 9), dessen Staatsgrenzen die unteilbaren Grenzen des britischen Mandats (Artikel 2) sein würden, deklariert. Zugleich wurde die Austilgung des Zionismus in Palästina, der „organisch mit dem internationalen Imperialismus verbunden“ und seiner Natur nach „rassistisch, aggressiv, expansionistisch und kolonialistisch“ (Artikel 22) sei, zur *„nationalen Pflicht“* erhoben. Im übrigen sei Israel zudem „eine ständige Quelle der Bedrohung des Friedens im Nahen Osten und in der ganzen Welt“. ⁵

Insgesamt stand der Wortlaut des Palästinensischen Manifests vom Juli 1968 jedoch in eklatantem Widerspruch zwischen politischem Anspruch und militärischer Wirklichkeit; d. h. palästinensischer und arabischer Schwäche nach dem Juni-Krieg. Zudem schadete das unversöhnliche Dokument der PLO über Jahre bei ihren Bemühungen um internationale Anerkennung und leistete gleichzeitig den Hardlinern in Israels Regierungen optimale Propagandahilfe. Nach Mejcher erklärte sich die Militanz der Charta „zu einem großen Teil aus dem unmittelbaren Erlebnis des arabischen Desasters im Sechstage-Krieg. Sie sollte Macht verkörpern, wo es keine Macht mehr gab, so wie Nasser durch gewaltsame Rhetorik seine Machtlosigkeit (...) zu kompensieren gesucht hatte.“ Neben dem zum Ausdruck kommenden Fanatismus, müsse allerdings auch darauf verwiesen werden, dass die Charta Möglichkeiten einer Abänderung bzw. Revision des Textes vorgesehen habe. Auch habe Arafat bereits vor dem Oktober-Krieg 1973 „für ein pluralistisch-demokratisches Palästina beziehungsweise bi-nationales Palästina ohne Zionismus plädiert“ und Möglichkeiten einer Zwei-Staaten-Lösung sondieren lassen. Allerdings sei dabei innerhalb der PLO ein Kompromißkurs gegenüber Israel – wie u. a. die terroristischen Aktivitäten des PLO-Abtrünnigen Abu Nidal gezeigt hätten – keineswegs unumstritten gewesen. ⁶

Somit war es nicht verwunderlich, dass Anfang 1968 die unter dem Dach der PLO vereinten Fedaijin-Organisationen von Jordanien und dem Libanon aus – ganz im Sinne ihrer Ideologie vom unausweichlichen bewaffneten Kampf –

5 Mejcher 1999: 202. Vgl. auch Harkabi, Yehoshafat: Das palästinensische Manifest und seine Bedeutung. Stuttgart 1980, S. 138ff. Zit. in: Krautkrämer 2003: 166/167.

6 Mejcher 1998: 202/203.

ihre Kommandounternehmungen gegen Israel verstärken, das diese mit immer härteren Vergeltungsaktionen in den beiden Nachbarstaaten beantwortete. Doch obwohl die Opfer meist in der arabischen Zivilbevölkerung zu suchen waren, war der Rückhalt der Palästinenserorganisationen bei den Flüchtlingen so stark, dass sie in den Lagern im Libanon und in Jordanien einen „Staat im Staate“ aufbauen konnten.

Um zudem die ungelöste Palästinafrage im Bewusstsein der Weltöffentlichkeit wach zu halten, dehnten die militanten Palästinenserorganisationen Anfang der siebziger Jahre ihre gegen Israel gerichteten Guerilla-Aktionen und Terrorangriffe auch auf Staaten außerhalb Arabiens aus. Geiselnahmen, Flugzeugentführungen und insbesondere die Ermordung eines Teils der israelischen Olympiamannschaft 1972 in München waren die verbrecherischen „Meilensteine“ dieser „antizionistischen Terrorsätze zur Befreiung Palästinas“. Israel allerdings reagierte darauf mit nicht minder ungesetzlichem „staatlichem Gegenterror“ wie der Bombardierung arabischer Lager und Dörfer, dem Abschuss einer libyschen Verkehrsmaschine sowie der Ermordung führender Palästinenser in Beirut und mehreren westlichen Staaten.⁷ Wie bereits dargelegt, reflektierten die israelischen Vergeltungsschläge inzwischen den Abschreckungsgedanken und führten oftmals zu Gegenaktionen, die weit über das Ausmaß der arabischen Anschläge hinaus gingen.⁸

4.1.2 *Die PLO als „Staat im Staate“ in Jordanien*

Die unter dem Dach der PLO durchgeführten grenzüberschreitenden Terrorsätze gegen Israel fanden keineswegs immer die uneingeschränkte Unterstützung und Billigung der offiziellen Stellen jener arabischen Staaten, von denen aus sie gestartet wurden. Bereits 1968 kam es in Jordanien zum offenen Konflikt zwischen der Regierung und den palästinensischen Guerillatruppen, die immer unverhohlener die Gesetze und damit die Staatsautorität in Frage stellten und deren linke Gruppierungen wiederholt zum Sturz der haschemitischen Monarchie aufgerufen hatten. Im Herbst 1970 schließlich kulminierten die Auseinandersetzungen zwischen der jordanischen Armee und Einheiten der PLO zu einem offenen Bürgerkrieg, der als sog. „Schwarzer September“ in die Annalen der palästinensischen Geschichtsschreibung

7 Ploetz 1998: 1569.

8 Vgl. Seligmann, Israels Sicherheitspolitik, S. 138f. Zit. in: Lehmann 2001: 61.

einging und am Ende zur Zerstörung der Machtbasis der Palästinenserorganisation in Jordanien führte.⁹

Bei der Suche nach einem neuen Stützpunkt nutzten die vertriebenen palästinensischen Guerillagruppen die Schwäche der Zentralregierung im Libanon und begannen, „das dortige Machtvakuum zu füllen. Dem Exodus aus Jordanien folgte daher eine Einwanderungswelle in den Libanon“, die in den Jahren 1971/1972 etwa 15.000 bis 30.000 Palästinenser ins Land brachte. Da die meisten palästinensischen Guerillagruppen ihre Hauptquartiere in Beirut errichteten, kam es bald zu einer Konsolidierung ihrer Machtstrukturen. Auch Arafat gelang es, seine Stellung in der Fatah wieder zu festigen, deren Dominanz in der PLO abzusichern und „die verschiedenen palästinensischen Splitterorganisationen unter dem Dach der PLO zu integrieren“.

4.1.3 *Die PLO als „Repräsentant des palästinensischen Volkes“*

Nach der internen Konsolidierung seiner Machtbasis richteten sich Arafats Bemühungen darauf, „sich um die internationale Anerkennung der PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes zu bemühen“. Einen überaus wichtigen Erfolg auf dem Weg zu diesem Ziel erreichte er beim Gipfeltreffen arabischer Staaten im November 1973 in Algier als Anerkennung dafür, dass palästinensische Einheiten während des Yom-Kippur-Krieges im Südlibanon eine „dritte Front“ errichtet hatten: die PLO wurde als rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt – gegen den Widerstand Jordaniens, das für „sich selbst in Anspruch nahm, die Palästinenser in Jordanien und den Westbank zu repräsentieren“.¹⁰ Diese Entscheidung konnte König Hussein auch auf der 7. Arabischen Gipfelkonferenz im Oktober 1974 in Rabat nicht revidieren. Das Mandat der PLO als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes dagegen wurde bestätigt. Und bereits am 13. November konnte Yasser Arafat seine viel beachtete Rede vor der UN-Generalversammlung in New York halten, die daraufhin der PLO in ihren Resolutionen 3236 und 3237 vom 22. November einen Beobachterstatus gewährte sowie das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit bestätigte.

Die PLO war auf dem Höhepunkt ihrer Popularität und tat aus dieser Position heraus alles in ihrer Macht stehende, Israel in der Weltorganisation in

9 Herz 2003: 50–53.

10 ebenda: 55.

Bedrängnis zu bringen. Zwar versuchte sie vergeblich, die UN-Mitgliedschaft des jüdischen Staates annullieren zu lassen; ein alternativer Resolutionsentwurf vom November 1975 jedoch, in dem der Zionismus als eine „Form von Rassismus oder rassistischer Diskriminierung“ verurteilt wurde, erhielt die erforderliche Mehrheit in der UN-Generalversammlung.¹¹ Die Jerusalem Post indes kommentierte dieses Votum mit der sarkastischen Feststellung: „Die Palästinenser haben die UNO, wir haben das Territorium!“¹²

Die Haltung der PLO zu den arabisch-israelischen Friedensverhandlungen im Vorfeld der beabsichtigten Genfer Konferenz 1977 war ambivalent. Einerseits hatte die PLO ein Interesse daran, in direkten Dialog mit den USA zu treten und zu diesem Zweck durch die Entscheidung des Palästinensischen Nationalrates vom 20. März 1977 bereits die Zweistaatenlösung und damit das Existenzrecht Israels implizit anerkannt und war – nach Herz – „nahe dran, die UN-Resolution 242 auch formell als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren“.¹³ Andererseits lehnte die PLO Sadats Einladung zu einer Vorkonferenz in Kairo im Dezember 1977 leichtfertig ab und begab sich damit gleichzeitig der Chance, mit Israel und den USA gemeinsam am Verhandlungstisch zu sitzen. Im Rahmen der weiteren Friedensverhandlungen zwischen Israel und Ägypten, die in Camp David zu den bereits angesprochenen Rahmenabkommen führten, war eine Teilnahme der PLO gegen den entschiedenen Widerstand Israels dann nicht mehr durchsetzbar. Die PLO kehrte daraufhin in den Kreis der „Ablehnungsfront“ zurück und setzte vom Libanon aus seinen Kampf gegen Israel fort.

4.1.4 *Israels Versuch, die PLO zu marginalisieren*

Nach Martin Becks These hat der jüdische Staat in den 1970er Jahren mit Nachdruck versucht, die sog. „Re-Palästinensierung“ des israelisch-arabischen Konflikts rückgängig zu machen. Da das Verhältnis Israels zu Jordanien vergleichsweise gut war und jenes zu Ägypten sich im Rahmen der bilateralen Friedensgespräche in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre stark verbessert hatte, entwickelte Israel die Präferenz, „die Herrschaftskonflikte über die 1967 eroberten palästinensischen Gebiete“ mit diesen moderaten arabischen Akteuren „zu bearbeiten“. Die PLO dagegen, die in Israel „auf

11 Die Resolution wurde 1991 widerrufen (Res. 46/48).

12 Mejcher 1999: 207.

13 Herz 2001: 57.

breiter Ebene“ als terroristische Vereinigung wahrgenommen wurde, galt es zu „marginalisieren“, um sie als potentiellen Konfliktgegner und Machtfaktor im israelisch-arabischen Konflikt so weit wie möglich auszuschalten. Dass es der PLO gelingen würde, „die arabische Anerkennung als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes dauerhaft zu erhalten“, konnte zu jener Zeit keineswegs als sicher gelten.¹⁴

In seiner Analyse erkennt Beck zwei Methoden in der Strategie Israels, die PLO als Konfliktgegner zu marginalisieren: eine „sanfte“ und eine „harte“ Variante. Die „sanfte“ Variante sieht Beck in dem Bestreben Israels, „im Rahmen seiner Besatzungspolitik Jordanien als den zentralen Verhandlungspartner im Palästina-Konflikt im Spiel zu halten“. So anerkannte Israel beispielsweise „die Legitimität der jordanischen Herrschaftsansprüche auf die Westbank“ und verfolgte zudem die Absicht, mit der Anerkennung einer politischen Präsenz des haschemitischen Herrscherhauses in den besetzten Gebieten das Entstehen moderner nationalistischer oder sozialrevolutionärer Bewegungen zu verhindern. Eine andere „weiche“ Variante dieser Marginalisierungs-Strategie war der von Israel durchgesetzte Ausschluss der PLO von den Folgeverhandlungen zur Umsetzung des im Camp-David-Friedensprozess von Ägypten und Israel ausgehandelten Abkommens *„Rahmen für den Frieden im Nahen Osten“*.¹⁵ Das Mandat der arabischen Seite für die Bearbeitung des Palästina-Problems war – wie bereits erwähnt – auf ausdrückliches Verlangen der Israelis allein den Vertretern Ägyptens, Jordaniens sowie denen des „palästinensischen Volkes“ (die jedoch nicht der PLO angehören durften) zugebilligt worden.¹⁶

Angesichts der Erreichung seines Primärzieles, das sich im bilateralen Friedensvertrag mit Ägypten manifestierte, konnte Israel die Reaktion der Araber hinsichtlich der Ausschaltung der PLO bei den Verhandlungen über die Zukunft der besetzten Palästinensergebiete gelassen abwarten: Sollte sich die „Ablehnungsfront“ durchsetzen, wäre das ohnehin ungeliebte Palästina-Abkommen Makulatur; sollte es jedoch Ägypten gelingen, die „Ablehnungsfront“ zu durchbrechen, hätte Israel die ungeliebte PLO auf absehbare Zeit

14 Beck 2002: 226/227.

15 ebenda: 228.

16 Lehmann 2001: 57.

von einer kooperativen Bearbeitung des israelisch-palästinensischen Konflikts weitgehend ausgeschlossen.¹⁷

Die „harte“ Variante einer Marginalisierung der PLO wurde nach Beck von Israel mit der Libanon-Invasion 1982, die als vierter israelisch-arabischer Krieg in die Annalen des Nahostkonfliktes einging, praktiziert. Sein Ziel sei es gewesen, „die gesamte militärische und politische Infrastruktur der PLO im Libanon, ihrem damaligen Hauptsitz“ zu zerstören. Ein Erfolg dieses Unternehmens, so das strategische Kalkül Begins, hätte das moderate und auf Ausgleich bedachte Jordanien wieder zum unangefochtenen Repräsentanten der arabischen Seite und „kooperativen“ Gegenspieler Israels bei der Bearbeitung des israelisch-palästinensischen Konflikts gemacht.¹⁸ Wie alle anderen scheiterte letztlich jedoch auch dieser Versuch, die PLO politisch dauerhaft auszuschalten.

4.2 Israels Krieg gegen den Libanon

Nach einer Phase der „internen Konsolidierung“ und der „externen Anerkennung“ war es der PLO, die in Beirut ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatte, im Laufe der ersten Hälfte der 1970er Jahre im Libanon gelungen, gegenüber der Zentralgewalt – unter Ausnutzung des fragilen Machtgleichgewichts zwischen den Religionsgruppen – autonome Machtstrukturen aufzubauen mit dem Ziel, neuerlich einen „Staat im Staate“ zu errichten. Mit der Zeit übernahm die PLO mittels großzügiger finanzieller Unterstützung aus den Golf-Staaten und des bereits 1969 zwischen Arafat und der damaligen libanesischen Regierung geschlossenen *Kairoer Abkommens* quasi Regierungsgewalt in den Grenzgebieten zu Israel sowie in den damals 16 über das Land verteilten palästinensischen Flüchtlingslagern. Dazu gehörte insbesondere auch das Recht, von libanesischem Boden aus den bewaffneten Kampf für die Befreiung Palästinas zu führen.

Diese Entwicklung im Libanon Anfang der 1970er Jahre stieß indessen auf den wachsenden Widerstand der in Politik und Wirtschaft erfolgreichen christlichen Maroniten, die im Machtzuwachs der Palästinenser zunehmend eine Gefährdung ihres verfassungsrechtlich gesicherten Einflusses im Staate sahen. Hinzu kam, dass sunnitische, drusische und andere linksorientierte

17 Beck 2002: 228.

18 ebenda

Gruppierungen, die nach sozialer Aufwertung verlangten und einen „sozial-revolutionären Staat ohne konfessionellen Proporz“¹⁹ anstrebten, Unterstützung von palästinensischer Seite erhielten. Die verstärkte Präsenz und politische Einflußnahme palästinensischer Guerillas im Libanon nach deren Vertreibung aus Jordanien 1970/71 entwickelte sich so mehr und mehr zu einem destabilisierenden Faktor im Zedernstaat und war 1975 einer der hauptsächlichen Auslöser des libanesischen Bürgerkrieges.

Die Frontstellung zwischen dem um seine soziale Emanzipation und die Bewahrung der „arabischen Identität“ des Libanon kämpfenden islamischen Lager („National Movement“) unter Führung des Drusen Kamal Dschumblat (1917?-1977), das die PLO für ihre Ziele zu instrumentalisieren versuchte, und den in den „Forces Libanaises“ (FL) unter Führung des Gemayel-Clans zusammengefaßten christlich-maronitischen Kräften, die die Beendigung der palästinensischen Präsenz in der Zedernrepublik und die Sicherung des „westlichen Charakters“ des Libanon mit Waffengewalt zu erreichen versuchten, „ebnete den Weg für die Intervention externe Akteure“.²⁰

Dazu gehörte zum einen Syrien, das 1976 zunächst zugunsten des „National Movement“ eingegriffen hatte, dann aber die Seite wechselte, um die drohende Niederlage des christlichen Lagers abzuwenden und eine endgültige konfessionelle Zersplitterung des Libanons zu verhindern. Diese syrischen Kräfte (ca. 30 Tsd. Soldaten) wurden später auf Vermittlung der Arabischen Liga zusammen mit kleineren Kontingenten anderer Staaten zu einer arabischen Friedenstruppe formiert, die den im Oktober erreichten Waffenstillstand überwachen sollte. Die Kämpfe zwischen den sich in wechselnden Frontstellungen formierenden Gruppierungen²¹ um Macht und Einfluß im Libanon flammten jedoch immer wieder auf und machten lange Zeit alle

19 Ploetz 1998: 1580.

20 Tessler 1994: 493–495 / Wullkopf, Frank: Die Macht der Milizen. Der Bürgerkrieg im Libanon zwischen 1975 und 1990. In: Internet <http://www.uni-muenster.de> / Ploetz 1998: 1580 / Rumpf, Ingrid: Die palästinischen Flüchtlinge im Libanon (von 1948 bis heute), In: Internet <http://www.gmxattachments.net>

21 Hierzu gehörten u. a. die rechtsradikale Falange (hauptsächlich Maroniten) ebenso wie verschiedene, zeitweise verfeindete Palästinensergruppen sowie die (von Israel unterstützten) im südlichen Grenzgebiet operierenden christlichen Milizen des Majors Saad Haddad, die maronitische Miliz Forces Libanaisses (FL), die von Syrien unterstützten schiitischen Amal-Milizen, die ab 1985 mit der Amal konkurrierende pro-iranische, islamisch-fundamentalistische *Hizbollah* („Partei Gottes“) und auch reguläre syrische Truppenteile. Vgl. Ploetz 1998, 1580–1582.

Friedens- und Versöhnungsbemühungen zunichte. Erst im Oktober 1989 gelang es 59 libanesischen Parlamentariern, im saudi-arabischen Taif ein Abkommen zur Reform des politischen Systems zu verabschieden, mit dem die Sitzverteilung von Christen und Muslimen im Parlament angeglichen und die Befugnisse des (maronitischen) Staatpräsidenten beschnitten und die des (sunnitischen) Ministerpräsidenten gestärkt wurden. Endgültig beendet werden konnte der libanesischer Bürgerkrieg aber erst mit der gewaltsamen Absetzung der militärischen Übergangsregierung unter dem maronitischen Armeeoberbefehlshaber General Michel Aoun durch syrische Truppen im Oktober 1990.²²

Beim zweiten Interventen handelt es sich um Israel, das erstmals 1978 in den Libanon eindrang, um die israelische Nordgrenze vor bewaffneten Guerilla-Unternehmungen der Palästinenser zu schützen. Bei der Invasion 1982 ging es darüber hinaus insbesondere um die Zerschlagung der bewaffneten Strukturen der PLO im Libanon und die Installierung einer kooperationsbereiten und israelfreundlichen libanesischen Regierung der christlichen Falange-Partei unter ihrem Führer Beshir Gemayel.

4.2.1 *Israels „Befriedungs-Aktion“ im Südlibanon*

Bei der sog. „Litani²³-Operation“ im März 1978 handelte es sich zunächst um eine groß angelegten Offensive des israelischen Militärs, die in Vergeltung eines Anschlags palästinensischer Freischärler auf einen Verkehrsbus in Tel Aviv, bei dem 35 Israelis starben, befohlen wurde. Die IDF besetzte dabei einen 30 km breiten Streifen im Südlibanon. Neben 200 Fedajin wurden im Verlauf der Kampfhandlungen etwa 1000 Zivilisten getötet und 265.000 zur Flucht getrieben. Bereits am 19. März 1978, fünf Tage nach dem israelischen Einmarsch, forderte der UN-Sicherheitsrat mit seiner Resolution 425 Israel auf, unverzüglich seine Streitkräfte wieder aus dem Libanon

22 Tessler 1994: 495 / Endres, Jürgen: Libanon (Bürgerkrieg). In: Internet <http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de>

23 Der *Litani* ist mit 140 Kilometern der längste Fluss im Libanon. Im Nahostkonflikt spielt der Litani schon immer eine wichtige Rolle – zum einen wegen der Grenzfunktion, dann aber auch aufgrund der Wasserversorgung in der Region. Der Libanon hat Israel bei den Kriegen von 1967 und 1982 vorgeworfen, sich in den Besitz des Litani-Wassers bringen zu wollen. 1982 besetzten israelische Truppen den gesamten Süden bis zum Litani, etwa 30 Kilometer nördlich der Grenze. Drei Jahre später zogen sie sich auf eine 20 Kilometer breite «Sicherheitszone» im Grenzgebiet zurück. In: <http://www.cityblick.ch/news/nahost/artikel42924>.

abzuziehen. Als die IDF-Truppen schließlich im Juni abrückten, wurde im Grenzgebiet auf libanesischer Seite eine 6.000 Mann starke UN-Friedenstruppe (UNIFIL)²⁴ stationiert, durch die sich allerdings weder die PLO-Einheiten noch die IDF Kommandeure, die eng mit der südlibanesischen Miliz des Majors Haddad kooperierten, von weiteren Angriffen auf die jeweilige Gegenseite abhalten ließen.²⁵

Anfang der 1980er Jahre nahmen Zahl und Intensität dieser Auseinandersetzungen stetig zu und Israel sah mehr denn je die Existenz der militärischen und politischen Strukturen der PLO im Libanon als „Bedrohung seiner nationalen Sicherheit“ an.²⁶ Mit dieser Begründung drangen die IDF von April bis November 1980 fünfmal in den Südlibanon ein, um Angriffe der Palästinenser „zu vergelten“. Dass deren Aktivitäten wiederum mit dem Umstand in Verbindung standen, dass Ägypten im April die Verhandlungen über die palästinensische Autonomie abgebrochen hatte, „weil Israels Autonomiekonzept und Siedlungspolitik jeden Fortschritt blockierte“²⁷, kann nur vermutet werden. Gleiches gilt für Israels Annexion Jerusalems, die am 30. Juli mit dem sogenannten Jerusalemgesetz erfolgte. Sie wurde von der internationalen Staatengemeinschaft nicht anerkannt und vom UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 478 einstimmig (bei Enthaltung der USA) verurteilt.

Im Juni 1981 eskalierte die Lage an der israelisch-libanesischen Grenze weiter. Aufgrund von Angriffen durch PLO-Kämpfer mit Katyusha-Raketen auf Kiryat Shmonah und Nordgaliläa, deren Schäden bzw. Opferzahl nicht näher spezifiziert wurden, kam es in der Folge zu einer Reihe massiver israelischer Luftangriffe im gesamten Libanon. Bei diesen „Vergeltungsaktionen“ kamen insgesamt über 500 palästinensische und libanesischen Zivilisten ums Leben. Obwohl der UN-Sicherheitsrat am 14. Juli zur sofortigen Beendigung der Angriffe aufgerufen hatte, bombardierte Israel noch drei Tage später das PLO-Hauptquartier in Beirut. Erst US-Sonderbotschafter Philip Habib gelang es am 24. Juli einen Waffenstillstand zu vermitteln, „den die PLO strikt einhält“.²⁸ Nach Konzelmann hatte das vor allem damit zu tun, dass die palästinensischen Fedajin zunehmend in interne Auseinandersetzungen

24 United Nations Interim Force in Lebanon.

25 Lehmann 2001: 61/62.

26 Herz 2003: 59.

27 Ploetz 1998: 1573.

28 ebenda.

gen mit den christlich-maronitischen „Forces Libanaises“ unter Beshir Gemayel verwickelt waren und zum Schutz des Beiruter Stadtviertels Fakhani und des dortigen Hauptquartiers der PLO gebraucht wurden.²⁹

4.2.2 *Israel plant „Operation Frieden für Galiläa“*

Trotz dieser Zurückhaltung auf palästinensischer Seite begann Israel mit der Planung für eine umfassende Militäraktion im Libanon unter dem Decknamen „Frieden für Galiäa“ (*Shalom hagalil*), die zukünftig „die Herausforderungen der *current security* unterbinden sollte“. Das Risiko einer solchermassen großangelegten Militäraktion hatte sich beträchtlich vermindert seitdem Ägypten als möglicher Kriegsgegner ausgeschieden war. Zudem brauchten Ministerpräsident Menachem Begin und sein Verteidigungsminister Ariel Sharon nach der gewaltsamen Räumung der letzten jüdischen Siedlungen im Sinai im April 1982, die dem Ansehen beider Politiker in Israel beträchtlichen Abbruch getan hatte, einen neuen politischen Erfolg. Nachdem an der ägyptischen Front der Friede verwirklicht war – so die Begründung – sollte nun auch die Bedrohung Nordgaliläas durch die PLO aus dem Libanon endgültig beseitigt werden; diesmal allerdings wieder allein mit den Mitteln militärischer Gewalt.

Die von Arafat befohlene strikte Einhaltung der von Habib vermittelten Waffenruhe stellte indes für Sharon und seine Invasionspläne ein ernsthaftes Legitimations-Problem dar.³⁰ Krautkrämer weist in diesem Zusammenhang allerdings auch auf den konfliktverschärfenden Umstand hin, dass von Juli 1981 bis Juni 1982 „eine erschreckend steigende Zahl von Terroranschlägen gegen israelische Politiker und Institutionen in den westlichen Hauptstädten zu verzeichnen“ gewesen sei, die für Israel „ohne Zweifel Palästinenserorganisationen“ zuzurechnen waren.³¹

Alle diese anti-israelischen Aktionen erfüllten jedoch nicht die von US-Außenminister Alexander Haig gegenüber Sharon geforderte Voraussetzung für die stillschweigende amerikanische Duldung eines israelischen Vernichtungsschlages gegen die PLO im Libanon; nämlich eine „schwerwiegende Provokation Israels“ zu sein, die vom Libanon aus erfolgte und vor den

29 Konzelmann, Gerhard: Felsendom und Klagemauer. Arafats Kampf um seinen Staat. München 1998, S. 229.

30 ebenda: 234.

31 Krautkrämer 2003: 90.

Augen der Weltöffentlichkeit einen entsprechenden Vergeltungsschlag rechtfertigte. Ob und inwieweit die PLO-Führung im Sinne dieser Festlegung eine gezielten Verlagerung terroristischer Aktivitäten gegen Israel ins Ausland befohlen hatte, konnte bisher nicht zweifelsfrei geklärt werden.

Den Vorwand für die Libanon-Invasion lieferte schließlich ein Attentat, das am 3. Juni 1982 auf den israelischen Botschafter Shlomo Argov in London verübt wurde und diesen schwer verletzte. Gemessen an der Haig-Sharon-Absprache war jedoch auch diese Bluttat als Vorwand für einen umfassenden israelischen Angriff auf die Palästinenser im Libanon nicht ausreichend. Hinzu kam, dass die Attentäter der Abu-Nidal-Gruppe angehörten, die bereits einige Zeit vor der Tatbegehung mit der PLO gebrochen hatte. Dennoch beschloss die israelische Regierung, „vergeltend zu handeln“ und begann umgehend mit der Bombardierung militärischer Stellungen der PLO in Beirut, was von dieser erwartungsgemäß mit Artillerie- und Raketenbeschuss auf Gebiete im Norden Israels beantwortet wurde. Damit war das Terrain bereitet für Sharons „Operation Frieden für Galiläa“, die am 5. Juni vom Kabinett Begin endgültig beschlossen wurde und einen Tag später anrief

Der von Ariel Sharon dem Kabinett Begin vorgelegte Operationsplan sah die Eroberung einer ca. 40 km breiten Sicherheitszone im Südlibanon vor, um – wie es hieß – die dortigen Artillerie- und Raketenstellungen der PLO zu zerstören. Der Verteidigungsminister hatte gleichzeitig versichert, die seit 1976 im Libanon mit dem Mandat der Arabischen Liga als Friedenstruppen stationierten syrischen Einheiten nicht angreifen zu wollen. Das waren täuschende Zusicherungen; denn schon bald wurde klar, dass nicht die Einrichtung einer „Sicherheitszone“ im Südlibanon das eigentliche strategische Ziel Sharons war, sondern die Zerschlagung der gesamten militärischen und politischen Führungsstruktur der PLO im Libanon.

4.2.2.1 Ambivalente Haltung der USA

Die Haltung der USA zu einer „möglichen“ Invasion des Libanon durch Israel, die Sharon bereits am 20. Mai bei einem Besuch in Washington „vertrauensvoll“ mit US-Außenminister Alexander Haig (1981–1982) abgeklärt hatte, erschien zu diesem Zeitpunkt ambivalent. Nach Konzelmann sei der ambitionierte Haig, um sich die Unterstützung einflussreicher jüdischer Kreise für eine eventuelle Präsidentschaftskandidatur zu sichern, bereit gewesen, Sharons Kriegsplänen entgegen zu kommen. Später rechtfertigte sich der Ex-General der US-Army und ehemalige NATO-Oberbefehlshaber in

Europa (SACEUR) mit der Einlassung, er sei zwar mit „einem entscheidenden Schlag gegen die PLO“ einverstanden gewesen, habe jedoch angenommen, dieser bezöge sich „nur“ auf die Struktur und die Kampfkraft der PLO im Südlibanon. Da er nicht glaubhaft darlegen konnte, nicht umfassend über Sharons Kriegsziele und Einsatzkonzepte informiert gewesen zu sein, musste Haig unter dem Eindruck der ausgreifenden israelischen Militäroperationen und der durch sie verursachten hohen Verluste unter der libanesischen Zivilbevölkerung (ca. 14.000 Tote in den ersten 20 Tagen) am 25. Juni zurücktreten.

Generell wurde die Haltung der US-Regierung zum israelisch-arabischen Konflikt durch die dramatischen Veränderungen im Nahen und Mittleren Osten seit Januar 1979 bestimmt, welche die amerikanische Position im Arabisch-Persischen Golf ins Wanken gebracht hatten. Diese Entwicklung zu Ungunsten der USA, die u. a. durch den Sturz des Schah-Regimes im Iran, die Konsolidierung der Islamischen Republik unter Ayatollah Khomeini sowie die sowjetische Invasion in Afghanistan im Dezember 1979 gekennzeichnet war, hatte zu einer Bedrohung ihrer lebenswichtigen Rohstoffinteressen in der Golfregion geführt. Hinzu kam der demütigende Fehlschlag der Befreiungsaktion für das in Teheran festgehaltene amerikanische Botschaftspersonal. Und die seit September 1980 tobende kriegerrische Auseinandersetzung zwischen Iran und Irak komplizierte die Situation am Golf weiter.

Angesichts dieser unübersichtlichen Lageentwicklung hatte sich das Pentagon unter dem neuen US-Präsidenten Ronald Reagan (1981–1989) „wieder auf den israelischen Stützpfeiler seiner Nahoststrategie“ besonnen. Insbesondere das sowjetische Vorgehen in Afghanistan, das vom US-Präsidenten als Neuaufgabe des Kalten Krieges interpretiert wurde, hatte bei ihm zu der Schlußfolgerung geführt, dass der PLO als potentiellern Parteigänger Moskaus kein eigener Staat zugestanden werden könne. So war eine Schwächung der PLO, auch durch ein militärisches Vorgehen Israels im Libanon, durchaus im Interesse der USA. Eine vollständige Vernichtung der Palästinenserorganisation dagegen, wie von Sharon intendiert, wurde wegen der Gefahr einer Destabilisierung in den arabischen Staaten der Region seitens der USA abgelehnt.³² Genau an dieser Klippe war Alexander Haig durch seine vorschnelle Unterstützung von Sharons Kriegsplänen gescheitert.

32 Mejcher 1998: 222/223. Vgl. Ausführungen z. Reagan-Plan unter Ziff. 4.3.2.

4.2.2.2 Sharons „Großer Plan“

Mit dem Rücktritt Haigs hatte Sharon zwar seinen wichtigsten Fürsprecher in der US-Regierung verloren; gleichwohl verfolgte er unbeirrt seinen Plan, „auf direktem militärischen Wege politische Ziele herbeizuführen“. Zu diesem Zweck hatte er die IDF „mit einer militärischen Vorgehensweise beauftragt, die über eine begrenzte Invasion weit hinausging“. Sharons Konzept zur Lösung der Palästina-problematik mit dem Decknamen „Operation Big Pines“, das bereits im Dezember 1981 vom Kabinett als „zu umfangreich“ abgelehnt worden war, bestand nach Erkenntnissen von Shai Feldmann und Heda Rechnitz-Kijner aus insgesamt fünf Einzelzielen.³³ Diese sollen im folgenden kurz dargestellt werden, da sie einen Eindruck vermitteln von der Art und Weise, wie es dem „Ehrgeiz eines einzigen, zu allem entschlossenen und rücksichtslosen Mannes“³⁴, der später die Geschicke Israels als Ministerpräsident noch einmal maßgeblich bestimmen sollte, gelang, im parlamentarisch-demokratischen System des jüdischen Staates „alle Kontrollmechanismen im Entscheidungsprozess auf Regierungsebene zu neutralisieren und sowohl das Kabinett als auch das Armee-Kommando effektiv zu paralysieren“.³⁵ Seine Präferenz für eine Kompromissvermeidung um jeden Preis und die eines militärischen Vorgehens zur Herbeiführung einer „politische Lösung“ des Nahostkonfliktes war dabei offensichtlich.

Vorgesehen in Sharons „Großem Plan“ waren demnach: *erstens* die Schaffung einer 40 km breiten „PLO-freien“ Sicherheitszone im Südlibanon; *zweitens* „die Hegemonialmacht Syrien aus dem Libanon zu drängen“; *drittens* die christlichen Milizen „zu nutzen“, um die PLO-Truppen aus dem Libanon zu verjagen und deren „politische Infrastruktur“ zu zerstören; und *viertens* Abschluss eines Friedensvertrages mit einer neuen libanesischen, christlich-maronitischen Regierung. Als *fünfter* und wichtigster Schritt jedoch sollte die „Eliminierung der PLO als politischer Kraft“ den Weg zu einem „Autonomieabkommen“ mit gemäßigten Palästinensern öffnen, welches den – wie es hieß – „arabischen Bewohnern Judäas, Samarias und des Gaza-Streifens“ eingeschränkte kommunale Selbstbestimmungsrechte ein-

33 Im folgenden vgl. Shai Feldman/Hedi Rechnitz-Kijner: Deception, Consensus and War: Israel in Libanon, Tel Aviv 1984, S. 10–24; s. auch Ze’ev Schiff/Ehud Ya’ari: Israel’s Lebanon War. New York 1984, S. 304. Zit. in: Lehmann 2001: 63.

34 Schiff, Ze’ev/Ya’ari, Ehud: Israel’s Lebanon War. New York 1984, S. 301. Zit. in: Baumgarten 1991: 281.

35 Baumgarten 1991: 281.

räumen würde; eine volle staatliche Eigenständigkeit jedoch weiterhin nicht vorsah. Ziel eines solchen Abkommen konnte es nur sein, die israelische Kontrolle über die 1967 besetzten Gebiete zu „verewigen“ und eine faktische „Selbstunterwerfung der Palästinenser“ zu besiegeln.³⁶

Strategisches Ziel von Sharons „Big Plan“ war es darüber hinaus, mit dem Krieg im Libanon nicht nur die Situation dort zu verändern, sondern die politische Struktur im gesamten Nahen Osten. Durch die Zerschlagung der PLO sollte dem palästinensischen Nationalismus das „Rückgrad gebrochen“ und die Eingliederung der besetzten Palästinensergebiete der Westbank und des Gaza-Streifen in ein Großisrael erleichtert werden. Sharons Plan lief darauf hinaus, durch die so erzwungene Migration palästinensischer Flüchtlinge aus dem Libanon und dem Westjordanland nach Jordanien den Sturz König Husseins und die Beseitigung der Haschemiten-Monarchie herbeizuführen und auf der East Bank die Bildung einer Republik „Palästina“ durch die dortige palästinensische Bevölkerungsmehrheit zu ermöglichen. Damit würde dann, so Sharons Kalkül, ein für allemal der internationale Druck von Israel genommen sein, auf der Westseite des Jordans einen weiteren souveränen Palästinenserstaat errichten zu sollen.³⁷

4.2.3 *Scheitern der Libanon-Invasion*

Da es Israel trotz massiven Waffeneinsatzes von ca. 1.300 Panzer, 620 Flugzeuge und 95.000 Soldaten nicht gelang, die Syrer aus dem Libanon zu verdrängen, konnten auch die maronitischen Christenmilizen nicht aktiv gegen die PLO vorgehen. Selbst die ab dem 1. August einsetzende massive Bombardierung von PLO-Stellungen in den islamischen Stadtteilen von West-Beirut durch die IAF³⁸ vermochte die PLO nicht zur Aufgabe zu zwingen. Am 19. August schließlich gelang es US-Sonderbotschafter Habib einen erneuten Waffenstillstand zu vermitteln. Dieser ermöglichte den „ehrendvollen“ Abzug von über vierzehntausend Kämpfern der PLO und Syriens unter Aufsicht einer multilateralen Friedenstruppe aus 800 amerikanischen, 800 französischen und 400 italienischen Soldaten unter der Zusicherung, den Schutz der im Libanon verbleibenden palästinensischen Flüchtlinge zu gewährleisten.

36 Lehmann 2001: 63.

37 Shlaim 2001: 396.

38 Israelian Air Force

4.2.3.1 „Politische Eliminierung“ der PLO misslungen

Die von Sharon geplante politische Eliminierung der PLO war damit gescheitert. Gleiches galt für die politisch-strategischen Ziele Israels bezüglich einer „jordanischen“ Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Auch war der israelisch-libanesischer Grenzkonflikt in keiner Weise dauerhaft gelöst worden. Dennoch bedeutete die israelische Libanonkampagne für die PLO insgesamt ein Desaster. Ihre militärischen, administrativen und sozialen Strukturen waren zerstört, ihre Kämpfer über etliche arabische Staaten verteilt und „zum ersten Male hatte sie keine Möglichkeit mehr, ihr Hauptquartier in einem an Israel bzw. ‚Palästina‘ angrenzenden Staat zu errichten“.³⁹

Auch politisch wurde die Organisation durch den Rückzug der PLO-Führung und die Verlagerung ihres Hauptquartiers nach Tunis zunächst weitgehend marginalisiert. Diese Entwicklung führte zu einer schweren Krise innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation, „die sich organisationstypisch in einem Auseinanderdriften der verschiedenen Unterorganisationen und einer Infragestellung der Führungsrolle Arafats äußerte“.⁴⁰ Für die Befürworter einer „Ministaatslösung“ innerhalb der Fatah hieß das konkret, sich nunmehr verstärkt auf den bisher vernachlässigten Aufbau organisatorischer Strukturen zur Mobilisierung der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu konzentrieren. Aufgrund ihrer überlegenen finanziellen Ausstattung gelang es der Fatah rasch, an politischem Einfluß zu gewinnen und die bisher tonangebenden linken Gruppierung der PLO und die Kommunisten zu überflügeln.⁴¹

39 Vgl. Khalidi, Rashid R. 1988: *Under Siege: P.L.O. Decisionmaking During the 1982 War*. New York, 29. Zit. in: Beck 2002: 229.

40 Vgl. Haddad, William W. 1985: *Israeli Occupation Policy in Libanon, the West Bank, and Gaza*. In: Brown, James/Snyder, William P. (Hrsg.): *The Regionalization of Warfare: The Falkland/Malvinas Islands, Lebanon, and the Iran-Iraq Conflict*, New Brunswick, N.J., 96–116; 108; u. Sahliyeh, Emile F. 1986: *The PLO After the Lebanon War*. Boulder, Colo., Kap. 4. Zit. in: Beck 2002: 229.

41 Vgl. Robinson, Glenn E. 1993: *The Role of the Professional Middle Class in the Mobilization of Palestinian Society: The Medical and Agricultural Committees*. In: *International Journal of Middle East Studies* 25, 301–326; 308f. Zit. in: Beck 2002: 229/230.

4.2.3.2 Friedensbewegung in Israel

Zur Bilanz dieser völkerrechtswidrigen Invasion Israels gehören aber außer einer ungenannten Zahl palästinensischer Opfer auch die 19.035 getöteten und 31.915 verwundeten Libanesen, die insbesondere den israelischen Bombenangriffen auf Beirut zuzurechnen sind. Doch auch die IDF hatte einen erheblichen Blutzoll zahlen müssen. Zu den schlimmsten Gräueltaten dieses Krieges allerdings zählt das Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila vom 16. bis 18. September, das quasi „unter Aufsicht“ und mit logistischer Unterstützung der israelischen Armee von ca. 150 maronitischen Falange- und Haddad⁴²-Milizionären unter der Führung von Falange-Kommandeur Elie Hobeika verübt wurde. Eine unabhängige internationale Kommission schätzte die Zahl der Opfer später auf 2.750 Männer, Frauen und Kinder.⁴³ Das mörderische Verbrechen löste auch in Israel tiefe Betroffenheit aus und führte nach erheblichem Druck von Parlament und Öffentlichkeit zur Bildung einer Untersuchungskommission unter Leitung des Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes, Yitzhak Kahan (Kahan-Kommission). Verteidigungsminister Ariel Sharon, dem eine politische Mitverantwortung angelastet wurde, musste zurücktreten, blieb aber Kabinettsmitglied; Ministerpräsident Begin erhielt eine „Rüge“.⁴⁴

Das Vertrauen in Regierung und Armee seitens der israelischen Öffentlichkeit, die anfangs den Libanon-Krieg weitgehend befürwortet hatte, wurde durch die Ereignisse zutiefst erschüttert. „Zum ersten Mal in der Geschichte des Staates“ – so Padi D. Lehmann – hätten in Erkenntnis des Ausmaßes und der Brutalität der Kämpfe, die einem Vernichtungskrieg⁴⁵ glichen, bald „große Segmente der israelischen Gesellschaft“ nicht mehr „hinter der Flagge“ gestanden. Neben Protesten von *Peace Now* kam es am 25. September 1982 in Tel Aviv mit 400.000 Teilnehmern zur bis dato größten Frie-

42 Benannt nach Saad Haddad, der 1976 als Major mit seiner Einheit aus der Libanesischen Armee desertierte u. sich zum Oberkommandierenden einer „Befreiungsarmee Südlibanon“ u. der „christlichen“ Enklaven des Südlibanons ernannte. 1978 übergaben ihm die Israelis im Zuge ihrer großangelegten Offensive in den Süd-Libanon die Kontrolle über einen 80 km langen u. 10–15 km breiten Grenzstreifen im Südosten. Die seitdem unter der Führung von H. als „Südlbanesische Armee“ (SLA) zusammengefassten christlichen Milizen unterstanden weitgehend den Einsatzbefehlen der IDF und wurden von Israel ausgerüstet und finanziert. H. starb 1984.

43 Herz 2003: 60.

44 Krautkrämer 2003: 91.

45 Konzelmann 1998: 238.

densdemonstration in Israel.⁴⁶ Bemerkenswert war zudem der Widerstand in Militärkreisen (darunter viele Offiziere) gegen einen derart ungezügelter Waffeneinsatz außerhalb Israels, der sich in der Gründung von Bewegungen wie *Yesh Gvul* („Es gibt eine Grenze“) und *Hayalim neged HaShtikah* („Soldaten gegen das Schweigen“) manifestierte.⁴⁷

4.3 Lösungsversuche im Palästina-Konflikt

4.3.1 Die Charta von Fez (1982)

Nach dem Scheitern der Verhandlungen über den Camp-David-Rahmenplan „Frieden für den Nahen Osten“, in denen den Palästinensern nur Selbstverwaltung statt Selbstbestimmung, geschweige denn ein eigener Staat offeriert worden war, gab es in den folgenden Jahren – insbesondere nach dem Libanon-Krieg – immer wieder neue Initiativen für eine Regelung der Palästinafrage als dem zentralen und umstrittensten Teilkonflikt in der nah-östlichen Auseinandersetzung zwischen Arabern und Israelis. Bereits im Vorfeld des Waffengangs hatte Kronprinz Fadh von Saudi-Arabien am 7. August 1981 seinen Acht-Punkte-Plan für einen Frieden im Nahen Osten vorgelegt. Dieser verlangte u. a. eine Aufgabe der nach 1967 errichteten Siedlungen, den vollständigen Rückzug aus den im Junikrieg besetzten Gebieten sowie die Bildung eines Palästinenserstaats, bestehend aus den Territorien der Westbank, des Gaza-Streifens und Ost-Jerusalems. Gleichzeitig sah er die „implizite“ Anerkennung Israels im Rahmen eines vom UN-Sicherheitsrat zu garantierenden Frieden „zwischen allen Staaten in dem Gebiet“ vor.⁴⁸

Während auf der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Fez im November 1981 die Annahme des Fadh-Plans noch am passiven Widerstand des syrischen Staatspräsidenten Hafez al-Assad gescheitert war⁴⁹, wurde die saudische Friedens-Initiative am 8. September 1982 auf dem 12. Arabischen Gipfelkonferenz in leicht modifizierter Form als *Charta von Fez* einstimmig angenommen. Damit war „erstmals ein weitgehend gemeinsamer arabischer Lösungsansatz in der Nahostfrage gefunden“ worden. Unterstützung erfuhr

46 Watzal 2001: 42/43.

47 Lehmann 2001: 66.

48 Vgl. Archiv der Gegenwart (AdG) 1982, S. 25923. Zit. in: Krautkrämer 2003: 92.

49 Konzelmann weist in diesem Zusammenhang auf den arabischen Grundsatz hin: „Ein Krieg gegen Israel ist nicht möglich ohne die Beteiligung Ägyptens – ein Frieden mit Israel ist nicht möglich ohne die Beteiligung Syriens.“ Vgl. Konzelmann 1998: 233.

die *Charta* auch seitens der Sowjetunion, „die allerdings die Notwendigkeit einer Friedensgarantie noch stärker betont als die arabische Seite“.⁵⁰ Von israelischer Seite dagegen wurde der Friedensplan „als Kriegserklärung der Arabischen Liga zurückgewiesen, wenngleich der 7. Grundsatz eine Bereitschaft zur Anerkennung Israels in sicheren Grenzen erkennen ließ“.⁵¹ US-Präsident Reagan hatte bereits wenige Tage vorher (am 1. 9. 1982) einen eigenen Friedenplan vorgelegt, der in Fez mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen und nicht abgelehnt wurde.⁵²

An dieser Stelle sei nochmals darauf verwiesen, dass die 12. Arabische Gipfelkonferenz einen entscheidenden Positionswandel in der arabischen Nahost-Politik markierte. Mit den durch die *Charta* formulierten konkreten Bedingungen für eine Konfliktregulierung; d. h. Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten sowie Errichtung eines arabisch-palästinensischen Staates unter Führung der PLO, wird – wie bereit erwähnt – ein grundsätzlicher Wechsel des Konfliktgegenstandes vollzogen. Der Nahost-Konflikt wurde damit endgültig vom „unbedingten zum bedingten Herrschaftskonflikt“ transformiert bzw. von einer unverregelbaren „Deadlocksituation“ zu einer bedingt verregelbaren „Dilemmasituation“.⁵³

4.3.2 *Der Reagan-Friedensplan (1982)*

Der Reagan-Plan war eine direkte Antwort auf den Libanon-Krieg, der nach Klingenberg „eine Verletzung des Völkerrechts und elementarer humanitärer Grundsätze darstellte“⁵⁴ und der Welt die Notwendigkeit einer umfassenden Nahost-Friedenslösung erneut drastisch vor Augen geführt hatte. Hinzu kam, dass die US-Regierung, insbesondere unter dem Einfluss des neuen US-Außenministers George P. Shultz (1982–1989) befürchtete, durch eine „stillschweigende Toleranz des Krieges“ die Beziehungen zu Ägypten und Saudi-Arabien ernsthaft zu gefährden und damit die selbstgestellte Aufgabe zu

50 Vgl. Robert, Rüdiger: Nahostkonflikt. In: Woyke, Richard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. 8. Auflage. Opladen 2000, S. 314.

51 Krautkrämer 2003: 93.

52 Ploetz 1998: 1573.

53 Beck 2002: 207/208.

54 Klinkenberg 2002: 27.

erschweren, „eine breite Front regionaler Akteure gegen das sowjetische Vordringen aufzubauen“. ⁵⁵

Bereits am 30. Juli 1982 hatte Shultz unter dem Eindruck der „systematischen Bombardierung Beiruts“ jene US-Friedensinitiative konzipiert, die einen Monat später als „Reagan-Plan“ auf die „politische Agenda des Nahen Ostens“ gesetzt wurde. In einer Rede am 1. September 1982 definierte der US-Präsident jene Parameter, die künftig für die US-Diplomatie hinsichtlich einer Lösung des Nahost-Konflikts Gültigkeit haben sollten. ⁵⁶ Reagans Ausgangsfrage war: „... how to reconcile Israel's legitimate security concerns with the legitimate rights of the Palestinians?“ Er machte klar, dass die Antworten nur am Verhandlungstisch gegeben werden könnten, das Ergebnis für alle akzeptabel sein müsste und vor allem „... that true peace will require compromises by all“. ⁵⁷ Grundlage für Reagan's Friedensplans war das Prinzip „Land für Frieden“ wie es 1967 in der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats niedergelegt worden war. Die USA forderten daher von Israel den militärischen Rückzug aus allen 1967 besetzten Gebieten einschließlich der Westbank und des Gaza-Streifens sowie ein Einfrieren der jüdischen Siedlungsaktivitäten als vertrauensbildende Maßnahme gegenüber der arabischen Seite.

In Anlehnung an die Camp-David-Verträge sah der Plan weiterhin vor, den Palästinensern in der Westbank und im Gaza-Streifen nach freien Wahlen für eine Übergangsperiode von fünf Jahren die „volle Autonomie“ zuzuerkennen. In dieser Zeit sollten die arabische Bevölkerung zeigen, dass sie einerseits in der Lage ist, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln, andererseits aber keine Bedrohung für Israels Sicherheit mehr darstellt. In der Zeit danach – so Reagan – sei dauerhafter Frieden allerdings weder durch einen unabhängigen palästinensischen Staat noch auf der Basis einer Souveränität oder permanenten Kontrolle Israels über die Westbank und Gaza zu erreichen. Reagan sah die Lösung für einen „belastbaren, gerechten und dauerhaften Frieden“ vielmehr in einer „föderativen Verbindung eines palästin-

55 Vgl. Ben-Zevi: *The United States and Israel*. N.Y. 1993, S. 140f.; Novik, Nimros: *Encounter with Reality*. Tel Aviv 1985, S. 50f. Zit. in: Lehmann 2001: 69.

56 Lehmann 2001: 69/70.

57 Vgl. Internet <http://www.us-israel.org/jsource/Peace/reaganplan.html> v. 11. Juni 2004.

sischen Autonomiegebietes mit Jordanien innerhalb einer strategischen Allianz zwischen Israel und Jordanien“.⁵⁸

Während die Camp-David-Vereinbarungen die Frage des endgültigen Status der 1967 besetzten Gebiete noch offen gelassen hatte, „erteilte der Reagan-Plan der Gründung eines eigenständigen palästinensischen Staates eine Absage“. Trotzdem lehnte die israelische Regierung den Friedensplan ihrer „Schutzmacht“ entrüstet ab, und Ministerpräsident Begin kommentierte ihn mit den Worten: „Wir sind von Amerika verraten worden, der größte Verrat seit der Gründung unseres Staates. Sie sind uns in den Rücken gefallen.“ Mit ihm sahen zwei Drittel der Israelis im Reagan-Plan eine „Bedrohung“ der israelischen Sicherheitsinteressen.⁵⁹

So lag es ganz in der Logik dieser Verweigerungshaltung, dass Israel den Reagan-Plan bereits am 2. September offiziell „aufgrund seiner Abweichung vom Camp David Abkommen“ ablehnte und gleichzeitig neue Gelder für den Bau weiterer Siedlungen in den besetzten Gebieten freigab. Die Regierung Begin vertrat die Überzeugung, die Forderungen der UN-Resolution 242 mit der vollständigen Räumung des Sinai grundsätzlich erfüllt zu haben. Eine Rückgabe weiterer erobelter Gebiete sowie ein Stopp des Siedlungsbaus im Westjordanland, der von der Likud-Regierung bisher schon massiv gefördert worden war, „galten als ausgeschlossen“.⁶⁰

Obwohl die Friedensinitiativen der Arabischen Liga und der USA wichtige gemeinsame Prinzipien enthielten, mussten sie an der starren und kompromisslosen Haltung der israelischen Seite in der Rückzugs- und Siedlungsfrage letztendlich scheitern. Die israelische Regierung hatte zudem ihr Ziel einer Eliminierung der PLO, deren Mobilisierungs- und Organisationsarbeit in den besetzten Gebieten zunehmend in Sinne eines palästinensischen Nationalismus auf fruchtbaren Boden fiel, keineswegs aufgegeben. Dies zeigte sich spätestens am 1. Oktober 1985, als die israelische Luftwaffe unter erneuter Verletzung des Völkerrechts das PLO-Hauptquartier in Tunis zerstörte; 56 Palästinenser und 15 Tunesier fanden dabei den Tod.⁶¹

58 Mejcher 1998: 223.

59 Lehmann 2001: 70/71.

60 ebenda.

61 Krautkrämer 2003: 95.

4.3.3 *Israel als Besatzungsmacht*

4.3.3.1 Israels Besatzungspolitik

Die zweite große Zäsur der 1980er Jahre, die neben dem Libanonkrieg das israelisch-palästinensische Verhältnis in starkem Maße bestimmen sollte, war die sog. Intifada (dtsch: abschütteln). Sie begann am 8. Dezember 1987 aus Anlass eines als israelischer Racheakt angesehenen Verkehrsunfalls, bei dem vier Palästinenser ums Leben kamen. Der eigentliche Grund des Aufstands aber war die Unzufriedenheit mit den rigiden Bedingungen des Besatzungsregimes, unter dem die arabische Bevölkerung in Westbank und Gaza-Streifen bereits seit 20 Jahren zu leiden hatten.

Die Araber hatten im Verlauf dieses Zeitraums eine exzessive Landnahme seitens der Besetzer erdulden müssen. Denen war es gelungen, bis 1987 fast 50 % des Territoriums der Westbank unter israelische Kontrolle zu bringen. Die wichtigsten Methoden, dies zu bewerkstelligen, bestanden nach Flores und Benvenisti in der: „Beschlagnahme für militärische Zwecke, ‚Schließung‘ für militärische Übungen, Übernahme von jordanischem Staatsland, Übernahme des Eigentums von Abwesenden durch einen Treuhänder, Enteignung für öffentliche Zwecke, Erklärung von nicht registriertem Land zu Staatsland, Wiederinbesitznahme ehemals jüdischen Bodens und Kauf.“⁶² Auf der Basis dieses umfangreichen Landbesitzes war die Besatzungsmacht bald in der Lage, ein Netzwerk israelischer Siedlungen aufzubauen und bis 1990 etwa 100.000 jüdischen Siedlern auf der Westbank eine „neue Heimat“ zu geben. „Die völkerrechtswidrigen Landenteignungen und der systematische Straßenbau dokumentierten“ – so auch Ludwig Watzal – „Israels Absicht, die Gebiete auf Dauer zu behalten“.⁶³

Auch hinsichtlich des Zugangs zu den Wasservorräten der Westbank mussten die Palästinenser erhebliche, von den israelischen Behörden oktroyierte Einschränkungen hinnehmen. Weniger als 20 % der in der Westbank geförderten Wassermenge werden der einheimischen Bevölkerung belassen, während 80 % nach Israel gehen bzw. von den israelischen Siedlern genutzt werden. Jeder dieser Siedler verbrauchte Ende der 1980er Jahre durchschnittlich dreimal so viel Wasser wie ein Palästinenser. Diese Beschränkung der paläs-

62 Flores, Alexander: Intifada. Aufstand der Palästinenser. Berlin 1988, S. 35 u. Benvenisti, Meron: 1986 Report. Demographic, economic, legal, social and political developments in the West Bank. Jerusalem 1986, S. 25–36. Zit. in: Baumgarten 1991: 270.

63 Watzal 2002: 47.

tinensischen Wassernutzung durch die Besatzungsmacht trug (u. trägt heute noch) wesentlich zur „Blockade der Entwicklung des palästinensischen Gemeinwesens bei“. ⁶⁴ Hinzu kam, dass durch eine israelische Besatzungspolitik, „die jedes Konkurrenzpotential im Keim zu ersticken suchte“, eine autonome wirtschaftliche Entwicklung der Palästinenser in den besetzten Gebieten weitgehend unterbunden wurde. Die Folge war – so Baumgarten – dass die Wirtschaft der Westbank in den achtziger Jahren „unterentwickelt, nicht lebensfähig und extrem abhängig war“. Während sich so die besetzten Gebiete für Israel zu einem Reservoir billiger Arbeitskräfte und lukrativer Absatzmarkt ihrer Güter entwickelten, stieg gleichzeitig der Lebensstandard der dort lebenden Araber aufgrund ihrer verbesserten Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in Israel, die sich im Zuge der Grenzöffnung ergeben hatten. ⁶⁵

Mit der Regierungsübernahme durch den Likud-Block 1977 wuchs indes der Druck auf die Palästinenser im Westjordanland und im Gaza-Streifen. Jeder Aspekt ihres Lebens wurde durch Militärverordnungen kontrolliert. ⁶⁶ Die Armee übte die „absolute Herrschaft über die Palästinenser“ in den besetzten Gebieten aus und der regionale israelische Militärgouverneur verfügte trotz Einführung einer Zivilverwaltung im Jahre 1981 weiterhin über die gesetzgebende Gewalt sowie das Recht, die 1945 von den Briten erlassenen Notstandsgesetze anzuwenden. ⁶⁷ „Leben unter israelischer Besatzung heißt“, so Helga Baumgarten, „dass jederzeit grundlegende Bürger- und Menschenrechte verletzt bzw. generell verwehrt werden können“. Dazu gehörten sowohl das „Verbot jeder politischen Betätigung“ wie auch Brutalitäten (legal) bewaffneter israelischer Siedler und der Armee „bis hin zu Fällen fahrlässiger Tötung, Schikanen aller Art, ungesetzliche Bestrafungen, Ausgangssperren, willkürliche[n] Verhaftungen (....), Mißhandlungen und (.....) Folter, Zerstören von Häusern (...), Einschränkung (....) des Rechtes auf Erziehung und Bildung“. ⁶⁸

64 Vgl. Johannsen, Margret: Kontrolle, Verteilung und Nutzung der Wasserressourcen im Jordanbecken: Der Streit um eine knappe, aber lebenswichtige Ressource im Kontext des Nahostkonfliktes. Vortrag v. 16.12.2002 bei der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF). Siehe: http://www.ifsh.de/dokumente/artikel/109_Wasserkonflikte.doc

65 Baumgarten 1991: 272.

66 Shehade, Raja: Occupier's Law. Israel and the West Bank. Washington D.C. 1988, S. 117. Zit. in: Baumgarten 1991: 273.

67 Benvenisti 1986: 39. Zit. in: Baumgarten 1991: 273.

68 Baumgarten 1991: 273.

Das im Verlauf der israelischen Besatzungspolitik angestaute palästinensische Aggressionspotential wurde in den letzten Jahren vor 1987 zudem durch weitere Repressalien zusätzlich angereichert. So war im August 1985 vom Verteidigungsminister in der Regierung der nationalen Einheit Jitzchak Rabin (1984–1990) eine „Politik der eisernen Faust“ gegen die arabische Bevölkerung der besetzten Gebiete implementiert worden. Dazu gehörten solche – nach internationalem Recht geächtete – Strafmaßnahmen wie Deportationen und Administrativhaft ebenso wie die massive Einschränkung von Möglichkeiten der Familienzusammenführung.⁶⁹ Zudem wurde 1987 von Israel zur besseren Bevölkerungskontrolle eine Computerdatenbank mit allen relevanten Daten der im Westjordanland und im Gaza-Streifen lebender Palästinenser in Betrieb genommen. Nach Meron Benvenisti stellte diese Maßnahme „einen Meilenstein in der Institutionalisierung des perfekten Polizeistaates“ dar.⁷⁰

Auch die erstmals im Juli 1987 erfolgte offene Erörterung und Unterstützung eines sog. „Personen-Transfers“, d. h. einer Massendeportation von Palästinensern aus den besetzten Gebieten trug in erheblichem Maße zur Unruhe unter den potentiell Betroffenen bei. Mit ihr sollte – so die Absicht des ab 1991 dem Kabinett Shamir angehörenden Ministers und Führers der *Moledet* (Heimat) Ex-General Rahavam Ze’evi – das israelische Dilemma gelöst werden, „dass man zwar die Westbank und den Gaza-Streifen, nicht aber die dort lebenden Menschen behalten wolle.“⁷¹ Ganz auf dieser Linie lag auch das widerwillige Vorgehen israelischer Staatsorgane gegen jüdische Siedler, die immer öfter schwer bewaffnet und gewalttätig gegen Palästinenser vorgehen. Ein Kommentar in der israelischen Zeitung *Ha’aretz* beklagte in diesem Zusammenhang, dass die Praxis lehre, „dass man in Judäa und Samaria auf Leute schießen und sie töten“ könne, „ohne deswegen wirklich bestraft zu werden“.⁷²

Bereits die hier nur ansatzweise geschilderten Zwangsmaßnahmen und Schikanen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung seitens israelischer Besatzungspolitik, Armee und Siedler hätten für sich genommen schon ge-

69 ebenda: 274.

70 Benvenisti 1987: 34f. Zit. in: Baumgarten 1991: 272/273.

71 Baumgarten 1991: 275.

72 Matti Golan in: *Ha’aretz*, Dezember 1984. Zit. in: Shehadeh 1988: 129. Zit. in: Baumgarten 1991: 276.

reicht, einen Aufstand der Unterdrückten zu rechtfertigen. Hinzu kamen aber auch noch die Belastungen langfristig-struktureller Veränderungen wie die Einführung der Mehrwertsteuer (MWSt), die von großen Teilen der Palästinenser durchaus als „integraler Bestandteil der oppressiven israelischen Besatzungspolitik“ und als ein weiterer „Schritt auf dem Weg zur Annexion der besetzten Gebiete durch Israel“ begriffen wurde.⁷³ Hier konnte von palästinensischer Seite darauf verwiesen werden, dass nach der Haager Konvention die Erhebung neuer Steuern durch die Besatzungsmacht illegal sei. Insgesamt wurde nach Baumgarten mit dem immer stärkeren Steuerdruck letztlich auch die als eher konservativ geltende palästinensische Geschäftswelt aus Kleinbürgern und Bourgeoisie in die „Arme des organisierten palästinensischen Nationalismus“ getrieben. Der aus der Demokratiegeschichte bekannte politische Grundsatz „No taxation without representation“ überzeugte dabei als für jedermann plausibles Argument.⁷⁴

4.3.3.2 Erste palästinensische Intifada

Die Reaktion der Israelischen Regierung auf den ab dem 7. Dezember 1987 im Gaza-Streifen und auf der West Bank rasch um sich greifenden Volksaufstand der Palästinenser konzentrierte sich zunächst auf die Anwendung von Gewalt. „Brecht ihnen die Knochen“, forderte Verteidigungsminister Rabin. „Und israelische Soldaten“ – so Ralf Balke – „brachen ihnen die Knochen – vor laufenden Kameras“.⁷⁵ Auch Krautkrämer weist auf die „unangemessene Härte“ hin, mit der die israelische Armee versuchte, den Aufstand in den Griff zu bekommen: „Häuser, deren Besitzer im Verdacht anti-israelischer Handlungen standen, wurden zerstört, Hunderte von Palästinensern verhaftet, zum Teil von Militärgerichten zum Tode verurteilt und zum größten Teil in den Südlibanon deportiert.“⁷⁶ In verdeckten Einsätzen wurden von den Israelis mutmaßliche Terroristen oder „exponierte *Intifada*-Aktivisten“ aufgespürt und liquidiert.⁷⁷

73 Baumgarten 1991: 277.

74 ebenda: 278.

75 Balke 2000: 83.

76 Krautkrämer 2003: 96.

77 Lehmann 2001: 75.

Schließlich sollte auch mit administrativem und ökonomischem Druck der Widerstand der Palästinenser gebrochen werden. Hierzu diente als eines der wirksamsten Mittel die Ausgangssperre, „die über ‚aufständische‘ Dörfer oder ganze Regionen verhängt wurde. Sie paralyisierte das Wirtschaftsleben“, so Lehmann weiter, „... und hinderte die Bauern am Zugang zu ihren Feldern und Weiden; die Ernte verdarb“. Auch sperrte das Besatzungsregime Strom und Telefon, schloss Tankstellen und Bildungseinrichtungen und verhängte ein Exportverbot von Agrarprodukten.⁷⁸

Der PLO und ihrem Führer Arafat indes, die selbst von dem Aufstand überrascht wurden, gelang es schnell, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und über die inzwischen etablierten Organisationsstrukturen der Fatah deren politische Steuerung zu übernehmen. Während Israel die PLO weiterhin als Verhandlungspartner ablehnte, gewann diese gegenüber den USA durch ihre kompromissbereite Haltung zunehmend an Einfluss. Dieser Prozess wurde noch begünstigt durch König Husseins Entscheidung vom 31. Juli 1988, auf alle Souveränitätsrechte gegenüber dem Westjordanland zu verzichten und es der PLO für die Gründung eines eigenständigen palästinensischen Staates zu übertragen. Damit wurde die jahrelang von Israel verfolgte „Jordanische Option“, die eine israelisch-jordanische Kontrolle der Westbank unter Ausschluss der PLO vorsah, endgültig obsolet.⁷⁹

4.3.3.3 Arafat proklamiert den „Staat Palästina“

Am 15. November 1988 indes proklamierte Arafat unter dem Druck der *Intifada* in einer Sitzung des palästinensischen Nationalrats in Algier den „Staat Palästina“, bestehend aus Westbank, Gaza-Streifen und Ost-Jerusalem als Hauptstadt. Der Palästinensische Nationalrat bezog sich bei diesem „Staatsgründungsakt“ erstmals nicht mehr auf die PLO-Charta von 1964 bzw. 1967, in der eine gewaltsame Beseitigung Israels und des Zionismus gefordert worden war. Insbesondere wurde in der Unabhängigkeitserklärung auf den traditionellen Aufruf zum „bewaffneten Kampf als einzigem Weg zur Befreiung Palästinas“ verzichtet, „was Beobachter mit dem Bekenntnis zum Gewaltverzicht gleichsetzten“.⁸⁰

78 ebenda.

79 Balke 2000: 84.

80 Lehmann 2001: 76 unter Berufung auf Baumgarten 1991: 305–310.

Hinzu kam, dass sich die Unabhängigkeitserklärung von November 1988 als erstes offizielles Dokument der palästinensischen Nationalbewegung positiv auf die Teilungsresolution von 1947 (UN-Resolution 181) bezog, die – so wörtlich – „entsprechend der internationalen Legitimität das Recht des palästinensisch-arabischen Volkes auf Souveränität und nationale Unabhängigkeit“ sicherstelle.⁸¹ Implizit bedeutete das eine Anerkennung der Zwei-staatenlösung und des Existenzrechts Israels. Nach Helga Baumgarten war der „Kampf der palästinensischen Nationalbewegung nach 1948 (...) an einem historischen Wendepunkt angekommen.“ Die PLO unter der Führung der Fatah hatte nach Baumgarten „auf der Basis der unumstrittenen Legitimierung durch die Palästinenser“ der Gewalt abgeschworen und ihre Bereitschaft zum Frieden mit Israel „unzweideutig zum Ausdruck gebracht.“⁸²

Die amtliche israelische Politik indes beharrte auf ihrer Position, dass die PLO eine terroristische Organisation sei und stellte Kontakte von Israelis zu ihr weiterhin unter Strafe. Von der UN jedoch wurde Arafats Schritt mit der Einladung zu einem Auftritt vor der UN-Generalversammlung beantwortet, die am 13. Dezember 1988 in Genf tagen musste, da die USA dem Palästinenführer die Einreise verweigert hatten. In seiner Rede erteilte Arafat dem Terrorismus erneut eine deutliche Absage, wies jedoch auch darauf hin, „dass der bewaffnete Widerstand gegen die Besatzung weiterhin legitim sei“.⁸³

Obwohl 84 Länder den neuen Staat anerkannten, blieb der Gründungsakt letztlich international ohne Bedeutung. Weder die USA noch die westeuropäischen Länder oder die Sowjetunion waren damals zu einer Anerkennung bereit. Dennoch ließ Reagan kurz vor Ende seiner Amtszeit erklären, dass die PLO durch ihre Bereitschaft zur Akzeptanz der UNSCR 242 und 338, der Anerkennung des Existenzrechtes Israels und der Ächtung des Terrorismus die Bedingungen der Amerikaner für einen bilateralen Dialog erfüllt habe. Die USA hatten die PLO damit *de facto* als Verhandlungspartner anerkannt.⁸⁴ Mittlerweile war allerdings auch Rabin zu der Erkenntnis gelangt,

81 Zit. nach: Informationsstelle Palästina (Hg.): Die palästinensische Friedensinitiative, Dokument. Palästina Dokumentation Nr. 12, Bonn 1989, S. 4. Zit. in: Baumgarten 1991: 305.

82 Baumgarten 1991: 309/310.

83 Herz 2003: 84.

84 Krautkrämer 2003: 98/99.

dass die IDF den Aufstand zwar militärisch niederhalten könnten; eine dauerhafte Lösung aber nur politisch zu erreichen sein würde.⁸⁵

4.3.3.4 Die Israelische Friedensinitiative 1989

Aufbauend auf dem verbesserten Verhältnis zwischen den USA und der PLO am Ende der Reagan-Ära drängte Anfang 1989 der neu gewählte US-Präsident George Bush (1989–1993) die israelische Regierung, eine neue Friedensinitiative zu starten. Zu diesem Zweck beorderte er „die Schlüsselakteure der Regierung“ – Yitzhak Shamir, Moshe Arens und Yitzhak Rabin zu Gesprächen nach Washington, um mit ihnen die Eckpfeiler einer möglichen Friedenslösung festzulegen. Als Ergebnis der bilateralen Gespräche legte das israelische Kabinett am 14. Mai 1989 einen Friedensplan vor, der jedoch in keiner Weise ein Abweichen von den bisherigen Positionen erkennen ließ und zudem in provokanter Weise die palästinensische Seite herausforderte.⁸⁶

Kernstück der israelischen Friedensinitiative bildete der Vorschlag freier und demokratischer Wahlen unter den „*palästinensisch-arabischen Bewohnern Judäas, Samarias und des Gaza-Streifens*“ zur Ermittlung legitimer Vertreter der Palästinenser für die kommenden Friedensverhandlungen mit Israel. Des weiteren sah der Friedensplan die Implementierung einer fünfjährigen „transitional period of self-rule“ für die Palästinenser vor, die ihre Fähigkeit zur „Koexistenz und Kooperation“ unter Beweis stellen sollte. Spätestens drei Jahre nach Beginn der Übergangsregelung wollte man dann in Verhandlungen über den Endstatus eintreten. Der „Status von *Judäa, Samaria*“ und Gaza sollte dabei nur „in Übereinstimmung mit den grundlegenden Richtlinien der Regierung“ geändert werden können. Dies bedeutete: kein israelischer Truppenabzug, keine Gründung eines „zusätzlichen Staates Palästina“ in den besetzten Gebieten und keine Verhandlungen mit der PLO. Als weitere Bedingung für die avisierten Wahlen verlangte die Regierung Shamir zudem von den Palästinensern, die *Intifada* zu beenden. Ihr Votum sollten diese quasi unter israelischer Besatzung abgeben, „wobei ein Großteil

85 Inbar, Efraim: Israel's Small War. The Military Response to the Intifada, in: *Armed Forces and Society*, Vol. 18, No.1 (Fall 1991), S. 29–50. Zit. in: Lehmann 2001: 75.

86 Lehmann 2001: 76/77.

ihrer politischen Führer in israelischen Gefängnissen in Vorbeugehaft saß.“⁸⁷

Wie zu erwarten, fanden die Israelis für diesen „Friedensplan“, der bei palästinensischem Wohlverhalten die Vorherrschaft der Israelis in den besetzten Gebieten zementieren sollte, keinen adäquaten Verhandlungspartner. US-Außenminister James A. Baker (1989–1992) sah sich daraufhin veranlasst, einen Kompromissvorschlag auf der Basis der israelischen Initiative vorzulegen, der dem jüdischen Staat *de facto* ein Veto-Recht bezüglich der Zusammensetzung der palästinensischen Delegation, die in Absprache mit der PLO ernannt werden sollte, zubilligte. Während Arafat Ende 1989 sein Einverständnis mit Bakers Fünf-Punkte-Plan erklärte, lehnte Israel ihn ab. Der Grund dafür war die vermeintliche Absicht der USA, mit den Wahlen die PLO in den diplomatischen Prozess der Friedensfindung einbinden zu wollen; Israel hoffte dagegen weiterhin, „... durch die Wahlen eine von der PLO unabhängige palästinensisch-politische Führung zu finden.“

4.3.3.5

In der Erkenntnis, dass es mit dem Likud-Führer und Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir (1986–1992) keinen Fortschritt im Friedensprozess geben könne, wurde dieser am 15. März 1990 durch ein Misstrauensvotum abgewählt, das die mit der Likud koalierenden Arbeiterpartei unter Shimon Peres in die Knesset eingebracht hatte. Doch scheiterte Peres anschließend mit dem Versuch, eine Regierung unter seiner Führung zu bilden. Shamir blieb somit im Amt. Die Tatsache indes, dass die Palästinenser sich bereit zeigten, mit Israel über Wahlen in den besetzten Gebieten zu verhandeln, Israel aber weiterhin befürchtete, diese könnten zu einer Integration der PLO in den Friedensprozess beitragen, führte zu erheblichen Spannungen zwischen den USA und Israel. Ausdruck dieser Verärgerung über die israelische Blockadehaltung war die „Bitte“ des US-Außenministers Baker an den alten und neuen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir, ihn anzurufen, wenn er es ernst meine mit dem Frieden.⁸⁸

87 Zur Kritik der israelischen Friedensinitiative s. Helga Baumgarten: James Bakers Reise-diplomatie im Nahen Osten, in: S+F Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Nr. 3 (1991), S. 144. Zit. in: Lehmann 2001: 77.

88 Secretary of State James Baker: Testimony Before the House Foreign Affairs Committee, Washington D.C. 13. Juni 1990, abgedruckt in: Journal of Palestine Studies, Vol. XX, No. 1 (Autumn 1990), S. 184–186. Zit. in: Lehmann 2001: 78/79.

4.3.3.6 Das Ende der Intifada

Während Israel weiterhin an seiner kompromisslosen Härte gegenüber den Palästinensern festhielt, machten sich in deren Widerstand zunehmend „Ermüdungserscheinungen“ bemerkbar. Vor allem das unkontrollierte und illegale Vorgehen bestimmter Gruppierungen, die in eigener Regie „Kollaborateure“ verfolgten, „Steuern“ erhoben und „vielerorts ihre Nachbarn drangsalierten, schwächte den Rückhalt der Aktivisten in der Bevölkerung“ und führte zu wachsender Uneinigkeit in der palästinensischen Führungsriege.⁸⁹

Zur Gefahr der inneren Zerrissenheit gesellte sich für die Palästinenser in jener Zeit das Problem der Machtverschiebungen im internationalen Gefüge: Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, die zumindest teilweise ein Gegengewicht zum Einfluss der USA gebildet hatte, verlor die PLO einen wichtigen politischen Verbündeten und Waffenlieferanten. Die pro-israelische Supermacht USA, die ihren offiziellen Dialog mit der PLO im Juni 1990 aufgrund zunehmender palästinensischer Terroranschläge inzwischen wieder eingestellt hatte, war nunmehr alleiniger Vermittler für Verhandlungen mit Israel und einziger Garant einer etwaigen Lösung im Nahostkonflikt.

Eine weitere Verschlechterung ihrer internationalen Position indes ergab sich für die PLO durch den Golf-Krieg 1990/1991. Da Saddam Hussein seinen Abzug aus Kuwait offiziell an den Rückzug der Israelis aus dem Westjordanland und dem Gaza-Streifen gebunden hatte, fand sein Vorgehen größte Sympathie in der palästinensischen Bevölkerung. Deswegen und aufgrund der bedeutenden Finanzleistungen, die aus dem Irak an die Palästinenser gingen, nahm auch die PLO-Führung zunächst keine eindeutig anti-irakische Haltung ein. Das „Fehlen einer klaren Verurteilung der irakischen Aggression“ wurde ihr undifferenziert⁹⁰ als pro-irakische Positionierung angelastet mit der Folge, dass die PLO international einen erheblichen Prestige-Verlust hinnehmen musste. Die übrigen Golfstaaten, die sich auf die Seite Kuwaits geschlagen hatten, entzogen der PLO zudem ihre bisher großzügig gewährte finanzielle Unterstützung. Auch verloren ca. 35–40.000 in Kuwait beschäftigte palästinensische Arbeiter durch Flucht oder Ausweisung Wohnung,

89 Herz 2003: 85.

90 Gem Mattar wurde von PLO-Offiziellen die irakische Invasion in der Regel verurteilt, gleichzeitig aber eine Intervention des Westens strikt abgelehnt. Vgl. Gem Mattar, Philip: *The PLO and the Gulf Crisis*, S. 34. In: *The Middle East Journal* 48.1, S. 31–46. Zit. in: Beck 2002: 251.

Arbeitsplatz und Einkommen – und ihre Familien in den besetzten Gebieten die dringend notwendigen Transferzahlungen.⁹¹

4.4 Der Nahost-Friedensprozess

4.4.1 Friedensinitiative des US-Präsidenten George Bush

Gleichzeitig sollte der Golf-Krieg von 1990/1991 aber auch den Weg freimachen für einen umfassenden Friedensprozess im Nahen Osten. Die arabischen Akteure, insbesondere solche, die sich an der Anti-Irak-Koalition beteiligt hatten, forderten nach Beendigung des Krieges von den USA, sich nunmehr mit gleicher Beharrlichkeit für die Umsetzung der UN-Resolutionen 242 und 338 einzusetzen wie im Fall der Irak-Resolution 678. Nach arabischer Interpretation verlangten die Resolutionen 242 und 338 nach wie vor einen vollständigen Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten. In einer Rede vor dem Kongress am 6. März 1991 aus Anlass der Beendigung des Golf-Krieges kündigte US-Präsident George Bush die erwartete neuerliche Nahost-Friedensinitiative an. Dabei sagte er wörtlich: „A comprehensive peace must be grounded in United Nations Security Council Resolutions 242 and 338 and the principle of territory for peace. This principle must be elaborated to provide for Israel’s security and recognition and at the same time for legitimate Palestinian political rights. Anything else would fail the twin test of fairness and security. The time has come to put an end to Arab-Israeli conflict.“⁹²

Aus den bereits genannten Gründen mussten die Palästinenser an einer Wiederaufnahme von Nahost-Friedensverhandlungen in hohem Maße interessiert sein. Die PLO hatte erkannt, dass auch die *Intifada* letztlich kein geeignetes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele war. Auf israelischer Seite dagegen war die Haltung ambivalenter. Hier war zumindest ein Teil der politischen Elite innerhalb der Arbeiterpartei zu der Einsicht gelangt, dass eine Befriedung der Lage in den besetzten Gebieten dauerhaft nur mit politischen Mitteln und entsprechenden Zugeständnissen erreicht werden kann und die-

91 Herz 2001: 86/87.

92 Weekly Compilation of Presidential Documents. George Bush: Address Before a Joint Session of the Congress on the Cessation of the Persian Gulf Conflict, March 6, 1991. Unter: www.gpoaccess.gov/pubpapers/search.html. Zit. in: Lehmann 2001: 83.

ses Territorium im Zeitalter der Raketentechnik zudem seine militärische Pufferfunktion weitgehend verloren hatte.⁹³

Der Likud-Regierung unter Shamir erschien dagegen ein möglicher Friedensschluss mit den arabischen Konfliktbeteiligten weiterhin als unkalkuliertes Risiko. Der israelische Ministerpräsident war scheinbar überzeugt, dass die Araber auch weiterhin weder „Israels Existenzrecht“ anerkennen würden, noch zu einer „ehrlichen Aussöhnung mit dem jüdischen Staat“ bereit seien. Auf dieser Basis gab es für ihn „logischerweise“ keinen plausiblen Grund für territoriale Konzessionen oder einer Veränderung des *status quo*, der mit der israelischen Herrschaft über die Westbank, den Gaza-Streifen und die Golanhöhen vergleichsweise sicher erschien. Formale Verhandlungen mit den arabischen Konfliktbeteiligten lehnte Shamir daher prinzipiell ab.⁹⁴

Diese kompromißlose Haltung auf israelischer Regierungsseite war Teil der Ausgangslage, der sich US-Außenminister James Baker gegenüber sah, als er nach dem Ende des Golfkriegs eine neue Phase im israelisch-arabischen Friedensprozess einzuleiten versuchte. Sein Plan war, die Initiative nicht allein auf das Palästina-Problem zu konzentrieren, sondern zweigleisig vorzugehen: ein israelisch-palästinensischer Dialog sollte parallel mit Gesprächen zwischen Israel und den arabischen Staaten stattfinden. Den Rahmen dafür sollte eine regionale Konferenz unter der Schirmherrschaft der USA und der Sowjetunion bilden. Baker musste allerdings schnell feststellen, dass die Positionen der Likud-Regierung und der arabischen Seite, hier insbesondere Syriens, sich weiterhin diametral gegenüberstanden. Während Syriens Präsident Hafiz al-Assad (1971–2000) eine internationale Konferenz unter Leitung der UN verlangte, um eine Fokussierung auf die Resolutionen 242 und 338 sowie die Wiederherstellung der Grenzen von 1967 sicherzustellen, sperrte sich Shamir gegen die UN, die von Israel angesichts der vielen gegen den jüdischen Staat gerichteten Resolutionen inzwischen als eine Art „Todfeind“ betrachtet wurde.⁹⁵

Ganz konkret sah sich Baker folgenden antagonistischen Positionen gegenüber: Während die arabische Seite den Abzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten und die Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates

93 Balke 2000: 84.

94 Lehmann 2001: 84.

95 ebenda: 85/86.

forderte, bestand Shamirs Likud-Regierung gemäß ihrem Regierungsprogramm vom 11. Juni 1990 weiterhin darauf, keine Verhandlungen mit der PLO zu führen; keinen palästinensischen Staat zuzulassen; neue Siedlungen gründen und bestehende ausbauen zu dürfen sowie Jerusalem als vereinte Hauptstadt unter israelischer Souveränität zu halten. Nach Ansicht des *Likud* war die Resolution 242 mit dem vollständigem Rückzug aus dem Sinai im Jahre 1982 von Seiten Israels bereits weitgehend erfüllt worden. Israel lehnte zudem eine eigenständige palästinensische Vertretung ab und bestand auf einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation als Verhandlungspartner.

Erschwert wurden Bakers Bemühungen auch durch Sharons Ankündigung einer Ausweitung der Siedlungsaktivitäten⁹⁶, was von Washington als „vorsätzlicher Sabotageakt“ gegen die amerikanischen Friedensbemühungen gewertet wurde. Im Rahmen einer Anhörung vor dem Kongress gab Baker zu Protokoll, es gäbe kein größeres Friedenshindernis als eben diese israelischen Siedlungsaktivitäten.⁹⁷

Von der Bush-Regierung wurde der israelische Siedlungsbau in den besetzten Gebieten als eine „de facto Annexion“ bewertet, die ebenso abzulehnen sei wie die dauerhafte Besetzung des Westjordanlandes, des Gazastreifens und der Golanhöhen. Im Februar 1992 koppelte Bush sogar die Gewährung einer Kreditgarantie an die Zusage Israels, den Siedlungsbau vollständig einzustellen. Shamir kritisierte dieses Junktim scharf und verwies darauf, dass die Siedlungspolitik eine Sache Israels sei und die „Gebiete“ niemals aufgegeben würden. Entsprechend zielte seine Politik weiter darauf ab, unter Gewährung finanzieller Anreize möglichst viele Israelis zur Umsiedlung in die besetzten Gebiete zu bewegen.⁹⁸

4.4.1.1 Die Konferenz von Madrid

Trotz der geschilderten Probleme gelang es den USA Ende Oktober 1991, alle Beteiligten des Nahostkonflikts in Madrid an einen Verhandlungstisch zu bringen. Die regionale Friedenskonferenz vereinigte Delegationen aus

96 Als Bauminister in der Regierung Shamir (1990–92) entwickelte Ariel Sharon weitreichende israelische Siedlungspläne im palästinensischen Westjordanland mit dem umstrittenen Siedlungsring um Ostjerusalem, zu dem auch Maale Adumim gehört.

97 ebenda: 85.

98 Lehmann 2001: 88/89.

Israel, Syrien, Libanon und Jordanien unter der Schirmherrschaft der USA und der Sowjetunion. Die Palästinenser wurden von Faisal al-Husseini, dem Angehörigen einer der führenden palästinensischen Notablen-Familien, in der jordanischen Delegation vertreten. Zwar hatten die arabischen Staaten zunächst auf der direkten Teilnahme der PLO „als der einzigen legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes“ bestanden, sich dann aber einem Kompromiss gebeugt, als Shamir die Teilnahme der PLO „als Beleg für die Ablehnung des Existenzrechts Israels“ wertete.⁹⁹ Die Hoffnung der Israelis, schnell zu bilateralen Gesprächen übergehen zu können, erfüllte sich indes nicht. Sowohl Syrien wie auch Jordanien machten eine Lösung des Palästina-Konflikts zur Vorbedingung für direkte Gespräche mit Israel. Da zudem al-Husseini kein Verhandlungsmandat hatte und jeder Einzelaspekt erst mit Arafat und der PLO-Führung in Tunis geklärt werden musste, kamen die Verhandlungen über die Zukunft Palästinas kaum voran.¹⁰⁰

Auch die bis zum Sommer 1993 abgehaltenen zehn Folgekonferenzen verliefen ergebnislos. Shamir erklärte später dazu, er hätte noch zehn Jahre weiter verhandelt, „nur um keine Kompromisse machen zu müssen.“¹⁰¹ Der Friedensprozess schien wiederum in eine Sackgasse zu geraten, obwohl der im Februar 1992 zum Führer der Arbeiterpartei gewählte Yitzhak Rabin bereits im Juli als Ministerpräsident (1992–1995) die Regierungsverantwortung übernommen hatte.¹⁰² Bei den Verhandlungen in Madrid indes mußten die Israelis bald erkennen, dass die angestrebte Normalisierung der Situation im Nahen Osten ohne die PLO nicht möglich war. Zudem galt es für sie, die gemäßigten palästinensischen Kräfte zu stärken und den weiteren Aufstieg radikaler islamischer Gruppen wie der *Hamas*, die zunächst von Israel als Konkurrent der PLO unterstützt worden war, aufzuhalten.¹⁰³ Diese Überlegungen führten schließlich dazu, dass Rabin das bis dato strikt überwachte „Kontaktsperre-Gesetz“ für Israelis zur PLO aufheben ließ und damit erstmals direkte und legale Verhandlungen zwischen beiden Seiten ermöglichte.

99 Shamir, Yitzhak: *Summing Up. An Autobiography*. Boston, New York, Toronto, London 1994, S. 212. Zit. in: Lehmann 2001: 90.

100 Herz 2003: 88.

101 Balke 2000: 85.

102 ebenda.

103 Herz 2003: 88.

4.4.1.2 Rabins und Peres' Vision eines „Neuen Nahen Ostens“

Anders als Shamir schienen Rabin und Peres erkannt zu haben, dass eine Friedenslösung für Nahost auf allen umstrittenen Gebieten auch schmerzhaft Kompromisse von Seiten Israels erfordern würde. Beide waren bereit anzuerkennen, dass die militärischen Gefahren für Israel abgenommen hatten und die Zeit reif war für einen Frieden in Nahost. In seiner bewegenden Inaugurationsrede beschwor Ministerpräsident Jitzchak Rabin angesichts der gravierenden Umwälzungen im internationalen Machtgefüge die Pflicht seiner Regierung nunmehr „Risiken abzuwägen, Chancen auszuloten“ und Israel aus seinem Status als „isolierter Nation“ zu befreien.¹⁰⁴

Auch Shimon Peres hatte zu Beginn der 90er Jahre die Vision eines „Neuen Nahen Ostens“ entwickelt, in dem die Politik nicht mehr von militärischen Kategorien, sondern von Kooperation und „ökonomischer Logik“ bestimmt sein sollte. Den Schlüssel zur Lösung des Nahost-Konflikts sah Peres in der Beseitigung der israelisch-palästinensischen Konfrontation als Ursache des israelisch-arabischen Konflikts, denn „diese fürchterlichen Kriege“ seien nur „wegen der palästinensischen Sache (....) gegen uns“ geführt worden.¹⁰⁵ Trotz dieser einseitigen Schuldzuweisung kam Peres zu dem Schluss, dass nur ein weitgehender Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten zum Frieden führen könnte.¹⁰⁶ Tatsächlich bot nach wie vor allein die palästinensische Sache „den gemeinsamen Nenner für die unterschiedlichen arabischen Akteure“.¹⁰⁷

4.4.1.3 Osloer Geheimgespräche

Parallel zur festgefahrenen Konferenz von Madrid hatten am 10. Januar 1993 in Sarpsburg bei Oslo auf Initiative des norwegischen Außenministers Johan Joergen Holst (1993–94) Geheimgespräche auf inoffizieller Ebene zwischen den beiden israelischen Geschichtswissenschaftlern Yair Hirschfeld und Ron Pundak, die dem stellvertretenden israelischen Außenminister Beilin nahe standen, und den PLO-Vertretern Abu Ala, Hassan Asfour und Maher al-Kurd begonnen. Beilin hatte seit langem die Ansicht vertreten, dass nur ein

104 Lehmann 2001: 204.

105 Peres, Shimon: Die Versöhnung. Der neue Nahe Osten. Berlin 1993, S. 28. Zit. in: Lehmann 2001: 205.

106 Lehmann 2001: 205

107 ebenda: 215.

direkter Dialog mit der PLO Resultate bringen könne.¹⁰⁸ Die Geheimverhandlungen hatten zudem den Vorteil, das Problem einer offiziellen Anerkennung des Gegners zu umgehen und eine Beeinflussung durch kritische Medienberichte und emotionale öffentliche Debatten weitmöglichst zu verhindern; sie schufen so eine effektive und vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre.

Als sich bei den Osloer Verhandlungen konkrete Resultate abzeichneten, schalteten sich Außenminister Peres und Ministerpräsident Rabin ein und veranlaßten die Aufstockung ihrer Verhandlungsdelegation mit einigen erfahrenen Ministerialbeamten; darunter Peres Rechtsberater Joel Singer, der „ein fertig entworfenen und juristisch ausgefeiltes Grundlagenabkommen [mitbrachte, Verf.], das die israelische Oberhoheit über die künftig autonom palästinensischen Gebiete sichern sollte.“ Die Palästinenser dagegen hatten Probleme, ihre Positionen überzeugend zu vertreten und durchzusetzen. Dies lag zum einen an ihrem Unvermögen, sich der Konferenzsprache Englisch ausreichend differenziert bedienen zu können; war zum anderen aber auch in der Nachgiebigkeit und Eitelkeit Arafats begründet, der „unbedingt einen Vertrag mit Rabin schließen wollte.“¹⁰⁹ Hinzu kam, dass die Israelis durch entsprechende Abhöreinrichtungen im PLO-Hauptquartier in Tunis bestens über Arafats Konferenzstrategie informiert waren.¹¹⁰

Am 13. September 1993 schließlich konnte als erstes konkretes Ergebnis der Geheimverhandlungen von Oslo die „*Declaration of Principles on Interim Self-Government Arrangements*“ (DOP) in Washington unterzeichnet werden. Das Abkommen und der versöhnende Handschlag zwischen Rabin und Arafat im Beisein des neuen US-Präsidenten William Jefferson „Bill“ Clinton (1993–2001) „wurden von der Welt und der Mehrheit von Israelis und Palästinenser als Durchbruch gefeiert“.¹¹¹ Drei Tage zuvor waren Briefe ausgetauscht worden, in denen sich Israel und die PLO gegenseitig anerkannt hatten. Dieser Briefwechsel spiegelte nach Padi Lehmann (unter Bezug auf Helga Baumgarten) „die in jeder Hinsicht völlig ungleichen Stärken der beiden Verhandlungsparteien wieder. Die PLO anerkannte Israels staatliche

108 Beilin, Yossi: Israel: A Concise Political History. New York 1992. Zit. in: Lehmann 2001: 227.

109 Elias, Abel: Dieser Frieden heißt Krieg. Israel und die feindlichen Brüder. München 1997, S. 27. Zit. in: Krautkrämer 2003: 103.

110 Krautkrämer 2003: 103.

111 Herz 2001: 90.

Souveränität, die israelische Regierung hingegen eine palästinensische Organisation, aber keine palästinensische Souveränität.“¹¹² Aus offizieller palästinensischer Sicht dagegen habe Israel mit der Anerkennung der PLO als der einzig legitimen Vertretung der Palästinenser „auch den Anspruch der PLO anerkannt, einen, wenngleich seines Territoriums beraubten, palästinensischen Staat zu repräsentieren.“¹¹³

4.4.2 *Der Friedensprozess von Oslo*

4.4.2.1 Die Prinzipienerklärung (Oslo I)

Die Osloer Prinzipienerklärung initiierte einen zweistufigen Prozess, der mit einer fünfjährigen Übergangs- oder Interimsphase beginnen und an deren Ende in ein unwiderrufliches Friedensabkommen auf der Basis der UN-Resolutionen 242 und 338 münden sollte. Die DOP legte in 17 Artikeln die allgemeinen Prinzipien und Bereiche dieser Interimsphase fest, mit der den Palästinensern in den besetzten Gebieten zunächst schrittweise Autonomie zugestanden werden sollte. Die Bearbeitung der zentralen Streitfragen wie die Zukunft Jerusalems, Flüchtlinge, Siedlungen, Wasser, Sicherheit und Grenzen blieb allerdings gesonderten Verhandlungen über den endgültigen Status der von Israel besetzten Gebiete vorbehalten. Diese sollten spätestens zwei Jahre nach dem Start der Interimsperiode beginnen und spätestens innerhalb von drei Jahren den Endstatus der palästinensischen Autonomiegebiete einvernehmlich festlegen. Während dieser Zeit sollten die jüdischen Siedlungen erhalten bleiben und weiterhin israelischer Jurisdiktion unterliegen.¹¹⁴

In der Präambel erklärten Israel und die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes, darin überein zu stimmen, „Jahrzehnte der Konfrontation und des Konflikts“ beenden und „gegenseitig ihre legitimen und politischen Rechte“ anerkennen zu wollen. Auch sollte das Abkommen Ausdruck des Strebens „nach einem Leben in friedlicher Koexistenz und in gegenseitiger

112 Zur Kritik s. Helga Baumgarten: Das Gaza-Jericho-Abkommen. Eine Zwischenbilanz des Friedensprozesses im Nahen Osten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/95 (10. März 1995, S. 3–11). Zit. in: Lehmann 2001: 229.

113 Lehmann 2001: 230.

114 ebenda: 231.

Würde und Sicherheit“ sein und auf dem Weg des vereinbarten politischen Prozesses eine „historische Aussöhnung“ bewerkstelligen.¹¹⁵

Trotz dieser hehren Absichten, war das Abkommen in beiden Lagern, besonders jedoch im palästinensischen nicht unumstritten. Edward Said etwa nannte die Prinzipienerklärung eine „palästinensische Kapitulation, ein palästinensisches Versailles“ und Avi Shlaim bewertete sie als eine „Agenda für Verhandlungen, bestimmt durch einen engen Zeitplan“.¹¹⁶ Ganz in diesem Sinne war auch die Reaktion des PLO-Exekutivkomitees im September 1993 „ablehnend ausgefallen.“ Sechs der 18 Mitglieder hatten das Abkommen ebenfalls als „glatte Kapitulation“ bezeichnet, da es „den endgültigen Status der besetzten Gebiete offen und den Ostteil Jerusalems unter israelischer Herrschaft beließ“ und „sich auf die Bevölkerung bezog, nicht jedoch auf das Territorium. Aus etwa denselben Gründen“ – so Lehmann weiter – sei „das Abkommen auf israelischer Seite mehrheitlich positiv bewertet worden“.¹¹⁷

Watzal wiederum verweist darauf, dass weder die in der Präambel erwähnten „legitimen und politischen Rechte“ der Palästinenser, noch das unter Artikel III, Abs. 3 aufgeführte Postulat einer „Verwirklichung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und seiner gerechtfertigten Bedürfnisse“ exakt definiert wurden.¹¹⁸ Auch Beck sieht die Festlegungen der Prinzipienerklärung als „Ausdruck eines Machtgefälles“ zwischen Israel und der PLO. So sei das „Fehlen jeglicher Zusage, dass dereinst ein palästinensischer Staat errichtet werde“ ein starkes Indiz für die geschwächte Verhandlungsposition der PLO nach dem Golfkrieg. Gleiches gelte auch für den Aspekt, dass die Prinzipienerklärung keinerlei Vorkehrung für den Fall getroffen hätte, dass man innerhalb der Fünfjahresfrist keine Einigung über die „vertagten *heißen Eisen*“ erzielen würde.“ Eine solche Auslassung entsprach durchaus israelischem Interesse; denn so wurde der Druck zur Einigung über den endgültigen Status weitgehend auf die PLO verlagert. Während die Interimsregelun-

115 Vgl. Generaldelegation Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland: Im Internet unter: <http://www.palaestina.org/doc/kap3/k3-4-2-.htm> v. 13.12.2003.

116 Shlaim, Avi: The Oslo Accord. In: JPS, XXIII (Spring 1993) 3, S. 15. Zit. In. Watzal 2002: 77.

117 Savir, Uri: The Process. 1,100 Days That Changed the Middle East. New York 1998, S. 94. Zit. in: Lehmann 2001: 231.

118 Watzal 2002: 78.

gen aus Oslo I und II für Israel „dauerhaft akzeptabel wären, wäre genau dies ein für die PLO äußerst unbefriedigendes Ergebnis“.¹¹⁹

Weitere Disparitäten hinsichtlich einer ausgewogenen Bearbeitung der Verteilungskonflikte, die sich auf die Aufteilung der Herrschaft über die im Sechstagekrieg von Israel eroberten Gebiete bezogen, waren insbesondere bezüglich der von der Prinzipienerklärung ausgeklammerten Fälle festzustellen. Überall dort, wo es für Israel günstig war, wurde der *Status quo* nicht festgeschrieben. Beispiel hierfür war der Siedlungsbau, der auch während der Interimsphase nicht *expressis verbis* verboten war und mit Nachdruck weiterhin betrieben wurde. Der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) dagegen war es u. a. untersagt, während der Interimszeit ihre Außenbeziehungen zu entwickeln. Im Übrigen – so Beck – basierten die Interimsverträge für eine vorübergehende Autonomie „ohne jede Innovation“ weitgehend auf dem 1978 in Camp David ausgehandelten (und damals von palästinensischer Seite verworfenen) „Rahmen für den Frieden im Nahen Osten“.¹²⁰

4.4.2.2 Das Gaza-Jericho-Abkommen (auch Oslo I)

Der erste konkrete Schritt auf dem Weg zur Implementierung der Prinzipienerklärung und zum Eintritt in die eigentliche Interimsphase war der Abschluss des so genannten Gaza-Jericho-Abkommens am 4. Mai 1994. Mit dem Abkommen sollte der israelische Truppenrückzug aus Gaza und Jericho eingeleitet sowie die Rückkehr der palästinensischen Führung in die besetzten Gebiete und die Übertragung von Selbstverwaltungskompetenzen an die von der PLO zu bildende Palästinische Autonomiebehörde (Palestinian Authority, PA) ermöglicht werden. Die PA wurde zugleich ermächtigt, bis zur Wahl eines Palästinischen Rates (Rat) die legislative, exekutive und judikative Gewalt in den Autonomiegebieten wahrnehmen.

Die ursprünglich gesetzte Frist für den Abschluss des Abkommens war um fast fünf Monate überschritten worden. Maßgeblicher Grund für die Verzögerung war zum einen der umfangreiche Regelungsbedarf, der sich in ca. 300 Seiten „Kleingedrucktem“ materialisierte. Hinzu kam die zeitaufwendige Klärung gegensätzlicher Vorstellungen in den unterschiedlichsten Problembereichen. Strittige Punkte waren dabei u. a. die Festlegung der

¹¹⁹ Beck 2002: 259/260.

¹²⁰ ebenda: 260–265.

Größe des Autonomiegebietes um Jericho (PLO: 295qkm/Israel: 25qkm), die Autorität über die Grenzkontrollpunkte nach Jordanien und Ägypten sowie jene über die noch zu errichtenden palästinensischen See- und Flughäfen, die Rückkehr der von Israel deportierten Palästinenser sowie Umfang und Ausstattung der palästinensischen Polizeitruppe. Dass die Machtasymmetrie der Vertragspartner auch hier gewirkt hatte, machte Rabin am 11. Mai 1994 vor der Knesset deutlich, als er über die Vorteile referierte, die Israel aus dem Gaza-Jericho-Abkommen gezogen habe. „Israel überwachte weiterhin die Grenzübergänge und den Luftraum, machte die palästinensische Gesetzgebung von seiner Zustimmung abhängig und sicherte sich ein Veto bei der Aufstellung der palästinensischen Polizei.“¹²¹

Prinzipiell versuchten Israelis und Palästinenser bei den Verhandlungen, ihre jeweiligen Interessen und Ziele kompromißlos durchzusetzen: „Die PLO betrachtete die Interimsperiode als irreversiblen Zwischenschritt auf dem Weg zu einem palästinensischen Nationalstaat. Israel dagegen wollte seine Sicherheitsinteressen ohne Rücksicht auf palästinensische Interessen festschreiben.“¹²² Dass der jüdische Staat als Besatzungsmacht aufgrund des eklatanten Machtungleichgewichts weitgehend in der Lage war, den *Status quo* jederzeit zu seinen Gunsten zu verändern, wurde bereits an anderer Stelle beschrieben. Neben einer „ungebremsten“ Siedlungspolitik konnte es sich Israel so auch leisten, Rückzugsbewegungen seiner Streitkräfte trotz bestehender Verträge und Abmachungen unter Berufung auf „Sachzwänge“ und „entsprechend der Sicherheitslage“ nach eigenen Gutdünken zu steuern bzw. auszusetzen, Straßen zu sperren und Gebiete abzuriegeln.¹²³

Die „nationale Sicherheitslage“ wurde trotz dieser Maßnahmen bereits Ende 1993 von der israelischen Öffentlichkeit aufgrund von Anschlägen der *Hamas*¹²⁴, die die Osloer-Vereinbarungen als Verzicht auf die nationalen

121 Vgl. Regierungserklärung des israelischen Ministerpräsidenten vor der Knesset – Mittwoch, 11. Mai 1994, abgedruckt in: Das Gaza-Jericho Abkommen. Das Abkommen zwischen Israel und der PLO. Botschaft des Staates Israel, Presse und Informationsabteilung, o. O. [Bonn] o.J. [1994]. Zit. in: Lehmann 2001: 233.

122 Lehmann 2001: 233.

123 Baumgarten 2001: 58.

124 „*Hamas*“ steht für „*Harakat Al-Muqawama Al-Islamia*“: „Islamische Widerstandsbewegung“. Die konservativ-islamisch orientierte Bewegung, die aus der Moslebruderschaft hervorging, wurde erst 1987 im Zuge der ersten Intifada bekannt, als sie im Gazastreifen und in der Westbank der weltlich orientierten PLO das Terrain streitig machte. Die *Hamas* wurde zunächst von Israel unterstützt, um dem Alleinvertretungsanspruch der PLO entge-

Rechte der Palästinenser strikt verurteilte, zunehmend als unsicher angesehen. Dabei beteiligten sich im Herbst und Winter 1993/1994 auch militante jüdische Siedler massiv an der Gewaltspirale, um ihrerseits zu versuchen, den Friedensprozess zu Fall zu bringen. Rabin wurde als Verräter verunglimpft und Aufkleber wurden in Umlauf gesetzt, die zu seiner Ermordung aufriefen. In Israel ging die Zustimmungsquote für das Abkommen bis zum Jahresende 1993 von zwei Drittel auf die Hälfte zurück und Rabin verlor durch den Koalitionsaustritt der *Shas*¹²⁵ sogar vorübergehend die Mehrheit im Parlament. Um diesen politischen Erosionsprozess aufzuhalten, bestand der Ministerpräsident und Ex-General bei den Verhandlungen auf „exklusiven Sicherheitsbefugnissen“ für Siedler und Siedlungen und lehnte es ab, diese palästinensischer Polizeihochheit zu unterstellen. Gleichzeitig intensivierte Israel zum Schutz der Siedler die Verfolgung „gesuchter Terroristen“ und ließ Dutzende Anhänger von *Hamas*, PFLP¹²⁶ und der – Arafats *Fatah*

genzutreten. Man glaubte, die karitativ und humanitär tätige Organisation sei ein geeignetes Gegengewicht zu dem „Erzterroristen“ Arafat. Im Zuge der ersten Intifada und dem nachfolgenden Friedensprozess entwickelte sich *Hamas* unter Scheich Ahmad Yasin allerdings zu einem kompromißlosen Gegner des Judenstaates, der immer wieder mit schweren Terroranschlägen (Selbstmordanschlägen) dessen Existenz bekämpfte. Eine Zweistaatenlösung lehnt die *Hamas* bis heute offiziell ab; ihre Charta verlangt die Beseitigung Israels und die Schaffung eines gesamtpalästinensischen islamischen Gottesstaats. Die *Hamas* beansprucht das gesamte ehemalige Mandatsgebiet Palästina zwischen Mittelmeer und Jordan.. Sie untergliedert sich in einen politischen und einen militärischen Flügel. Seit ihrer Gründung betätigte sich die *Hamas* auch auf karitativem Gebiet und ist in jüngster Zeit erfolgreich als politische Partei in den palästinensischen Autonomiegebieten aufgetreten. Bei der Wahl am 25. Januar 2006 errang sie die absolute Mehrheit im palästinensischen Legislativrat. Vgl. <http://dw-world.de/dw/article/0,2144,1872618,00.htm> u. <http://de.wikipedia.org/wiki/Hamas>. Baumgarten weist u. a. darauf hin, dass sich führende Köpfe in der Bewegung inzwischen offen von Teilen der Charta distanzieren u. sich beispielsweise für eine Zweistaatenlösung aussprechen. Vgl. Baumgarten, Helga: *Hamas-Der politische Islam in Palästina*. München 2006. Hierin finden sich auch deutsche Übersetzungen der *Hamas-Charta* v. 1988 u. des Wahlprogramms der *Hamas* v. 2006.

- 125 *Schas* ist eine von vielen als ultra-orthodox angesehene israelische Partei und religiöse Bewegung mit ethnischer Milieubindung. Sie vertritt die Interessen der sephardischen Juden und konnte vor allem die orientalischen Juden der unteren Bevölkerungsschichten mobilisieren. Die *Schas*-Partei hat sich 1984 von der *Agudath Israel*, einer orthodox-religiösen Partei, abgespalten. Im Friedensprozess nimmt sie eine neutrale Position ein und war hier immer wieder zu Konzessionen bereit, meist unter dem Vorbehalt finanzieller Zugeständnisse an ihre politische Klientel. Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Schas>.
- 126 Die *PFLP* (Popular Front for the Liberation of Palestine) wurde 1967 gegründet und ist seit 1968 Mitgliedorganisation der PLO. Aufgrund zahlreicher Terroranschläge (u. a. Flugzeugentführungen u. Selbstmordattentate) wird die Organisation von der EU auf ihrer Liste der Terrororganisationen geführt. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Volksfront_zur_Befreiung_Pal%C3%A4stinas.

nahe stehenden – *Black Panther* verhaften oder töten. All dies schürte eine anti-jüdische Stimmung. Folgerichtig sank die Zustimmung für die DOP auf palästinensischer Seite von 64,9 Prozent im September auf 41,5 Prozent zum Ende des Jahres 1993.

Was jedoch den gesamten Osloer Friedensprozess kurz danach fast zum Scheitern gebracht hätte, war ein Massaker, das am 25. Februar 1994 von dem jüdischen Siedler und Militärarzt Baruch Kappel Goldstein aus Kiryat Arba begangen wurde. Mit seinem Sturmgewehr und einer Handgranate tötete er 29 muslimische Gläubige, die sich zum Freitagsgebet in der Ibrahimya-Moschee in Hebron versammelt hatten. Unter den Toten und den 300 Verletzten waren zahlreiche Kinder. Der Mörder selbst wurde kurz darauf von einem Überlebenden erschlagen. Obwohl die israelische Regierung sich offiziell um Schadensbegrenzung bemüht zeigte, das Attentat scharf verurteilte und eine Untersuchungskommission einsetzte,¹²⁷ offenbarte die weitere Behandlung des Falles in symptomatischer Weise das Rechtsgefälle zwischen Besatzungsmacht und palästinensischer Bevölkerung.

So wurde, nachdem die israelische Armee bei anschließenden Unruhen weitere 30 Araber erschossen und mehrere hundert verwundet hatte, über die palästinensischen Bewohner von Hebron, den Opfern also, eine einmonatige Ausgangssperre verhängt. Die jüdischen Siedler in Hebron oder Kiryat Arba dagegen konnten unbehelligt weiter ihren normalen Tagesgeschäften nachgehen und „dem als Helden verehrten Massenmörder Goldstein ein Denk- und Ehrenmal errichten, das bald zur Pilgerstätte der israelischen Rechten wurde“.¹²⁸ Helga Baumgarten vertritt die These, Rabin hätte die „historische“ Chance und Möglichkeit versäumt, aufgrund dieses Massakers „das den Frieden verhindernde Siedlerproblem nun in Angriff zu nehmen und zu lösen“. Obwohl große Teile der israelischen Gesellschaft eine derartige Politik unterstützt hätten, habe der Ministerpräsident nicht die Kraft gehabt, die Konfrontation mit der „starken und gut organisierten Siedlerlobby“ zu wagen. Im Gegenteil: die Besatzung sei weitergegangen und habe „neue

¹²⁷ Lehmann 2001: 235.

¹²⁸ Baumgarten, Helga: „Schluß mit der Besatzung! Freiheit für Palästina!“ In: Befreiungskampf in Palästina. Von der Madrid-Konferenz zur Al-Aqsa-Intifada. Wien 2001; S. 56.

Dimensionen der Unterdrückung, Knebelung und nicht zuletzt der Demütigung“ angenommen.¹²⁹

Nach Baumgarten sei dadurch im Osloer Verhandlungsprozess „eine entscheidende Weiche“ gestellt worden. Während Militante der islamistischen Bewegungen *Hamas* und *Islamischer Dschihad*¹³⁰ das Massaker mit „Serien von Selbstmordattentaten“ rächten, beantwortete die israelische Regierung diese „immer wieder mit gezielten Mordkommandos gegen islamische Aktivistinnen sowie mit einer Politik der Abriegelung und Schikanen gegen die gesamte palästinensische Gesellschaft. So entstand ein Circulus vitiosus, in dem Ursache und Wirkung kaum mehr zu unterscheiden waren.“¹³¹

Der UN-Sicherheitsrat indes verabschiedete am 18. März 1994 die Resolution 904, die das Massaker von Hebron entschieden verurteilte und Israel als Besatzungsmacht aufforderte, „alle Maßnahmen einschließlich der Konfiszierung von Waffen zu ergreifen, um ein weiteres Blutbad zu verhindern“. Zudem musste Israel auf der Basis der UNSCR 904 der Stationierung einer 180 Mann umfassenden zivilen und international zusammengesetzten Beobachter-Mission in Hebron (*Temporary International Presence in Hebron, TIPH*¹³²), die heute noch „vor Ort“ ist, zustimmen. Diese trug wesentlich zur Entschärfung der explosiven Lage bei und ermöglichte letztlich die Fortsetzung des Friedensprozesses mit der Unterzeichnung des bereits erwähnten

129 ebenda

130 Der palästinensische **Islamische Dschihad** (*Jihad el Islami*) ist eine Ende der 1970er Jahre aus der ägyptischen Muslimbruderschaft hervorgegangene islamistische Terrorgruppe mit Sitz in Damaskus (Syrien). Erstmals in Erscheinung trat die Organisation, deren Ideologie eine Mischung aus islamischen Fundamentalismus, palästinensischem Nationalismus und iranischem revolutionär-islamischen Gedankengut darstellt, im April 1983 mit dem Bombenanschlag auf die US-Botschaft in Beirut, in der auch die CIA-Zentrale für den ganzen Nahen Osten untergebracht war. Die Organisation ist ideologisch der Hamas verwandt, aber stärker vom Iran abhängig und weniger in der Bevölkerung Palästinas verankert. Der Islamische Dschihad wirbt Jugendliche für ihre Selbstmordattentate, verweigert eine politische Lösung des Konflikts und zielt letztlich mit seinen Terroranschlägen auf eine Vernichtung Israels. Wie die Führer der Hamas, so sind auch die Führer des Islamischen Dschihads Ziele von israelischen Gezielten Tötungen. Vgl. http://wikipedia.org/wiki/Islamischer_Dschihad u. MIPT Terrorism Knowledge Base unter: www.tkb.org.

131 ebenda: 57.

132 “TIPH monitors the situation in Hebron and records breaches of international humanitarian law, the agreements on Hebron between Israel and the Palestinian authority and human rights, in accordance with internationally recognized standards.” Siehe: www.tiph.org/en/About_TIPH/

Gaza-Jericho-Abkommens am 4. Mai in Kairo, dem Abschluss des israelischen Truppenrückzugs aus dem Gazastreifen und Jericho (der ursprünglich bereits am 13. Dezember 1993 erfolgt sein sollte) am 18. Mai 1994 sowie dem Umzug Arafats samt PLO-Führung am 12. Juli von Tunis nach Gaza-Stadt in sein neues Hauptquartier.¹³³

Mit dem *Agreement on Preparatory Transfer of Powers and Responsibilities* (kurz: *Early Empowerment*) vom 28. August 1994 einigten sich Israel und die Palästinenser in Umsetzung des Artikels VI der DOP zudem auf eine „vorbereitende Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten“ an die PA für die Bereiche Erziehung und Kultur, Gesundheitswesen, Sozialwesen und Fremdenverkehr in jenen Gebieten, die nicht zum Gaza-Jericho-Abkommen gehörten. Die konkrete Übertragung dieser Zuständigkeiten wurde im Zeitraum vom 29. August 1994 bis zum 1. Dezember 1995 abgewickelt.¹³⁴

4.4.2.3 Entwicklung des Friedensprozesses in 1994/1995

Die ehemaligen Gegner hatten inzwischen einen umfangreichen Apparat und ein effektives Netzwerk zur Kooperation in Sicherheitsfragen aufgebaut. Viele Israelis waren indes nicht bereit, den Paradigmenwechsel in der israelischen Sicherheitspolitik nachzuvollziehen, der darin bestand, dass nunmehr ein Teil der Verantwortung für die Wahrung ihrer Sicherheitsinteressen an die Palästinenser übergehen sollte. Während es Rabin und Peres um eine langfristige Perspektive zur Beendigung des israelisch-palästinensischen Konflikts und Stabilisierung der Region ging, fürchteten viele Israelis angesichts der steigenden Zahl von Terroranschlägen der *Hamas* und des *Islami-schen Dschihad* ab Herbst 1994 zunehmend um die Sicherheit ihrer individuellen Existenz.¹³⁵

So wurde die „Schere zwischen dem Handeln der Regierung und den Erwartungen eines Großteils der Öffentlichkeit immer größer“. Während die Regierung Rabin trotz der Terroranschläge insgesamt eine verminderte Bedrohungspersonenperzeption offenbarte und am weiteren Fortschritt des Friedensprozesses festhielt, nahm die Unterstützung der israelischen Bevölkerung für

133 Lehmann 2001: 234–238.

134 Siehe Jewish Virtual Library im Internet unter: <http://jewishvirtuallibrary.org/jsources/Peace/empowertoc.html>.

135 Lehmann 2001: 251–257.

diese Politik stetig ab. Im August 1995 befürworteten lediglich noch 36 Prozent der Israelis den Osloer Prozess. Insbesondere die Selbstmordanschläge im israelischen Kernland wie der vom 19. Oktober 1994 im Herzen Tel Avivs, der 21 Israelis und einen Holländer tötete, hatten – da das alltägliche Leben selbst hier nicht mehr sicher schien – „immense politisch-psychologische Folgen“. Die Anschläge schürten das Misstrauen der Israelis in die eigene Regierung und gegenüber der palästinensischen Bevölkerung sowie deren Behörden gleichermaßen. Tatsächlich aber musste Rabin seinem Kontrahenten Arafat im August 1995 bescheinigen, dass die PA inzwischen den Terror ernsthaft bekämpfe und er „in Arafat einen verlässlichen Partner im Kampf um den Frieden“ habe¹³⁶. Ihre Feuertaufe hatte die palästinensische Polizei schon am 18. November 1994 bei einem Zusammenstoß mit Anhängern der Hamas erlebt, bei dem mindestens 13 Personen erschossen wurden.¹³⁷

Trotz des „Schulterschlusses“ mit der PA im Anti-Terrorkampf wurden insbesondere durch den Anschlag vom Januar 1995 in Netanya mit 21 Toten bei Rabin Überlegungen ausgelöst, das israelische Kernland künftig durch einen „elektronisch überwachten“ Sicherheitszaun von den besetzten Gebieten abzutrennen, um ein Eindringen palästinensischer Terroristen auf israelisches Territorium weitestmöglichst zu unterbinden. Dieser Idee lag die Erkenntnis zugrunde, dass die jüdische Bevölkerung nur solange den Osloer Friedensprozess unterstützten würde, solange Terror und Gewalt vom israelischen Kernland ferngehalten werden konnten. Der Vorschlag erntete Kritik wie Zustimmung gleichermaßen. Während *Der Spiegel* von einer neuen Apartheid¹³⁸ sprach, fürchtete der *Likud*, dies könne die künftige Grenze präjudizieren und jüdische Siedlungen ausgrenzen. Amos Oz hingegen vertrat die Meinung, dass nur eine klare Abgrenzung der Gebiete mit entsprechenden Kontrollen – am besten durch die Schaffung eines Staates Palästina – den Terror stoppen könne.¹³⁹

136 Horowitz, David v. (Hrsg.): Yitzhak Rabin: Feldherr und Friedensstifter. Die Biographie. Berlin 1996, S. 171. Zit. in: Lehmann 2001:

137 Schreiber, Friedrich: Schalom Israel. Nachrichten aus einem friedlosen Land. München 1997, S. 267. Zit. in: Lehmann 2001: 254.

138 Sehnsucht nach Trennung, in: *Der Spiegel* vom 30. Januar 1995.

139 Oz, Amos: „Wenn die Palästinenser nicht zu verlieren haben ... In: *Süddeutsche Zeitung* vom 30.01.1995

Die Palästinenser hingegen sahen in der vorgesehenen „Abtrennung“ durch eine solche Grenzbefestigung eine „vergeltende Kollektivstrafe“. Ohnehin war die Zustimmung der Palästinenser zum Oslo-Prozess rapide gesunken und lag im Februar 1995 nur noch bei 14,1 Prozent. Die Gründe hierfür waren nicht nur in der desolaten Wirtschaftssituation und der Arbeitslosigkeit, sondern vor allem in der israelischen Siedlungspolitik zu suchen, die mit hohen Zuwachsraten unbeirrt fortgesetzt wurde. Bis Anfang 1995 war die Zahl der jüdischen Siedler auf ca. 141.000 und damit im Jahre 1994 um 5 % gestiegen. Die stärksten Wachstumsraten erreichten dabei der autonome Gazastreifen und der Großraum Jerusalem. Das Ziel der palästinensischen Verhandlungsführer, möglich große Teile ihres Territoriums auch tatsächlich unter ihre Kontrolle zu bringen, wurde durch die forcierte israelische Siedlungspolitik und die damit verbundenen vermehrten Landkonfiszierungen in hohem Maße konterkariert.¹⁴⁰ Bei den extremen Kräften auf arabischer Seite indes war diese Vorgehensweise die Rechtfertigung für weitere Terroranschläge und Gewaltakte.

4.4.2.4 Das Interims-Abkommen (Oslo II)

Den nächsten wichtigen Meilenstein im Osloer Friedensprozess stellte der Abschluss des eigentlichen „*Interims-Abkommens*“ (Oslo II) vom 28. September 1995 zwischen Israel und der PLO dar, das sowohl die Prinzipienklärung wie auch das Gaza-Jericho-Abkommen ablöste. In der Präambel brachten beide Vertragsparteien zum Ausdruck, dass der Friedensprozess mit diesem Abkommen irreversibel geworden war. Die Vereinbarung legte zudem fest, dass die Verhandlungen zur Regelung des endgültigen Status spätestens im Mai 1996 beginnen werden und spätestens im Mai 1999 abgeschlossen sein müssen. Bis dahin sollten die noch offenen Fragen bezüglich Jerusalem, Flüchtlingen, Siedlungen, Grenzen, Sicherheitsvereinbarungen usw. gelöst werden.¹⁴¹

Hauptziel des Interim-Abkommens sollte nach israelischer Darstellung die Ausweitung der palästinensischen Selbstverwaltung im Westjordanland durch eine gewählte Selbstverwaltungsbehörde – den Palästinensischen Rat

140 The Jerusalem Post (International Edition) week ending January 21, 1995. Zit. in: Lehmann 2001: 264.

141 Israeli-Palestinian Interim Agreement on the West Bank and the Gaza Strip, Washington D.C., September 28, 1995, Ministry of Foreign Affairs, Jerusalem 1995, S. 6. Zit. in: Lehmann 2001: 266.

sein. Zu diesem Zweck wurden weitere Rückzugsphasen für die israelische Armee aus den wichtigsten Städten der Westbank festgelegt. Zudem war es Ziel dieses Vertrages, Israels grundlegende Sicherheitsinteressen zu schützen – „sowohl in Bezug auf die äußere Sicherheit als auch in Bezug auf die persönliche Sicherheit seiner Bürger im Westjordanland.“ Nicht zuletzt dieser Absicht diene die im Abkommen vorgesehene Einrichtung einer 12.000 Mann starken palästinensischen Polizeitruppe, deren Aufgabe es sein sollte, innerhalb der Autonomiegebiete „systematisch gegen alle Äußerungen von Gewalt und Terror vorzugehen.“ Die Frage der Gründung eines souveränen Palästinenserstaates indes stand auf israelischer Seite weiterhin nicht auf der Tagesordnung.¹⁴²

Das Dokument legte jedoch die Grundlage für die bis heute andauernde „verhängnisvolle Fragmentierung der palästinensischen Gebiete“¹⁴³; d. h. die Einteilung in die so genannten A-, B- und C-Zonen. Den A-Status erhielten jene palästinensischen Städte, aus denen sich die israelische Armee vollständig zurückgezogen hatte. Dieses Territorium umfasst ca. 1 % der Fläche der Westbank mit einem palästinensischen Bevölkerungsanteil von ca. 26 %. In ihm verfügt die palästinensische Autorität zwar über die vollen internen Machtbefugnisse, doch sind die A-Gebiete ausnahmslos von B- oder C-Gebieten umgeben. In ihnen ist die israelische Armee entweder noch als Besatzungsmacht präsent wie in der C-Zone, die ca. 70 % der Westbank ausmacht und in der die jüdischen Siedlungen und militärischen Einrichtungen Israels liegen, oder sie hat zumindest noch die volle Kontrolle über die Sicherheit inne wie in den B-Gebieten, die etwa 420 kleinere Ortschaften mit ca. 28 % der Westbank-Fläche umfassen, in denen ca. 70 % der Palästinenser leben.¹⁴⁴

Die israelische Regierung hatte damit eine neue Lage geschaffen. Das von der Besatzungsmacht weiterhin beanspruchte uneingeschränkte Überwachungsrecht wurde in den Zonen A und B zwar jetzt nicht mehr direkt ausgeübt, war aber in Wahrheit nur „nach außen verlagert“ worden. Es wurde nunmehr an den Übergängen zwischen den Zonen praktiziert. Auf diese Weise konnte die israelische Armee nach wie vor das Leben aller Palästinenser

142 Krautkrämer 2003: 110.

143 Baumgarten 2001: 59.

144 Lehmann 2001: 267.

ser vollständig kontrollieren. Ansonsten überließ man die Polizeiarbeit in den A- und B-Gebieten zunehmend der Palästinensischen Autorität.¹⁴⁵

Auch Krautkrämer weist darauf hin, dass die palästinensische Autonomie beschränkt blieb, da Israel sich das Recht vorbehielt, bei einer Gefährdung der eigenen Sicherheit das Interimsabkommen teilweise oder ganz außer Kraft zu setzen. Dem Oppositionsführer Netanyahu, der in der Knesset den Abzug der israelischen Streitkräfte aus den Autonomiegebieten als „unermessliche Gefahr für den jüdischen Staat“ bezeichnet hatte, entgegnete Ministerpräsident Rabin, „dass das israelische Militär jederzeit wieder in der Westbank präsent sein könne“. Damit sei – so Krautkrämer – der Besatzungsstatus *de facto* weiterhin existent gewesen.¹⁴⁶

4.4.3 Die Endstatusverhandlungen

Gemäß den Regelungen der Prinzipienerklärung von 1993 war vorgesehen, den Friedensprozess in einen abschließenden Friedensvertrag münden zu lassen. Die konkrete Ausgestaltung der Interimsphase sollte dabei nicht präjudizierend für die Festlegung des Endstatus sein. Obwohl die Verhandlungen über den endgültigen Status spätestens zwei Jahre nach Beginn der Interimsphase beginnen und nach weiteren drei Jahren spätestens abgeschlossen sein sollten, wurde der Termin dafür von Israel aus unterschiedlichen Gründen immer wieder verschoben.

Erst nachdem man sich schließlich am 15. November 1999 auf eine elf Punkte umfassende Tagesordnung geeinigt hatte, begannen am 21. März 2000 erste vorbereitende Gespräche. Die eigentliche Gipfelkonferenz zwischen Palästinensenführer Jassir Arafat, Israels Ministerpräsident Ehud Barak (1999–2001) und US-Präsident Bill Clinton über den Endstatus der Autonomiegebiete fand vom 11. bis 26. Juli 2000 in Camp David statt. Steininger beschreibt die Ausgangslage wie folgt: „Sämtliche Streitfragen sollten auf einen Schlag gelöst werden: der Grenzverlauf, die Zukunft der etwa 3,6 Mio. Flüchtlinge, die jüdischen Siedlungen, der Status Jerusalems Fragen der Sicherheit, Wasserpolitik und vieles mehr. Über der Gipfelkonferenz hing die Drohung Arafats, bei einem möglichen Scheitern am 13. September 2000, dem 1999 mit Israel vereinbarten Datum des Inkrafttretens einer End-

145 Baumgarten 2001: 60.

146 Krautkrämer 2003: 110.

statuslösung, einseitig einen Palästinenserstaat auszurufen.“¹⁴⁷ Dies jedoch geschah nicht, wohl nicht zuletzt wegen der israelischen Drohung eines militärischen Eingreifens. Was blieb war der so genannte „Mythos von Camp David“, nach dem Arafat die historische Chance verpasst habe, das „größtzügigste Angebot, das je ein israelischer Staatschef gemacht habe oder machen werde“ anzunehmen.

Allerdings wird dieser Version von palästinensischer Seite vehement widersprochen und darauf verwiesen, dass Israel keinerlei Zugeständnisse in der Flüchtlingsfrage gemacht habe. Auch hätte das Eingehen auf das von Barak vorgelegte Angebot insgesamt bedeutet, dass 10 Prozent der Westbank von Israel annektiert worden wären, was *de facto* eine Zerschneidung des Westjordanlandes in drei quasi separate Teile zur Folge gehabt hätte, die lediglich durch Korridore miteinander verbunden gewesen wären. Die Kontrolle dieser Korridore sowie die Außenkontrolle (zu Ägypten und Jordanien) sollte wie bisher bei Israel verbleiben. Zudem war vorgesehen, den israelischen Zugang zu den Siedlern nach Hebron zu erhalten. Eine solche Kantonisierung hätte einen lebensfähigen unabhängigen palästinensischen Staat unmöglich gemacht und die Bevölkerung weiterhin der israelischen Militärmacht ausgesetzt.

Das Hauptproblem jedoch war Jerusalem. Hier sei – so Steininger – Barak als erster Staatschef Israels bereit gewesen, einer möglichen Teilung zuzustimmen und den größten Teil Ost-Jerusalems den Palästinensern zuzusprechen. Arafat lehnte ab, da Israel die Souveränität über zwei große Siedlungsblöcke in diesem Gebiet behalten wollte. „Alles in allem sollte sich die palästinensische Souveränität auf die Teile Jerusalems beschränken, die nicht Teil des Jerusalems von 1967 waren.“¹⁴⁸ Einen solchen Verzicht wollte Arafat nicht akzeptieren. Im Übrigen litt die Konferenz darunter, dass Barak und Clinton gut kooperierten, Barak und Arafat jedoch keinen persönlichen Draht zueinander fanden. Mit dem Scheitern von Camp David II kam es zunächst zu einem politischen Stillstand in der Endstatusfrage.

Barak war mit dem Angebot von Camp David an die Grenze dessen gegangen, was in der israelischen Gesellschaft mehrheitsfähig war. Dabei war nicht einmal sicher, ob ein auf dieser Basis abgeschlossener Vertrag nicht an

147 Steininger 2003: 66.

148 Franghi, Abdallah: Der Osloer Friedensprozess als ein Weg zum Frieden? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 35–36/2002, S. 22.

dem von Barak versprochenen Referendum in Israel gescheitert wäre. Arafat dagegen konnte – wie Beck feststellt – „schwerlich ein ultimativ formuliertes Verhandlungsangebot annehmen, das wesentliche Aspekte der Besatzungssituation trotz einer formalen Etikettierung Palästinas als Staat irreversibel sanktioniert hätte.“¹⁴⁹

4.4.4 *Das Ende des Friedensprozesses*

Die auf beiden Seiten aufgestaute Frustration machte sich bereits ca. zwei Monate später Luft als gewalttätige Reaktion auf eine „Demonstration israelischer Souveränität“, die am 28. September durch Ariel Sharon und eintausend ihn begleitende israelische Polizisten auf dem Tempelberg im arabischen Südostteil Jerusalems, auf dessen künstlichem Plateau Felsendom und al-Aqsa-Moschee stehen, inszeniert wurde. Bei Protest-Demonstrationen tags darauf wurden durch die israelische Armee 29 Palästinenser getötet und über einhundert verletzt. Das war der Auslöser der Al-Aksa-Intifada, die erst mit dem Abschluss eines Waffenstillstands zwischen dem Präsidenten der palästinensischen Autonomie Mahmud Abbas und Israels Ministerpräsidenten Ariel Sharon im ägyptischen Scharm al-Scheich im Februar 2005 offiziell beendet wurde.

Zwar wurde im Januar 2001 auf der Basis modifizierter Vorschläge Clintons (sog. Clinton Parameters) im ägyptischen Taba noch ein erneuter Versuch zu einer endgültigen und einvernehmlichen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts gestartet, der weitreichender war als das „großzügigste Angebot“ von Camp David und erstmals die „echte“ Chance einer Einigung bot. Doch wurden die hierbei erzielten inoffiziellen „Ergebnisse“ durch die kurz darauf erfolgende Wahl Ariel Sharons zum neuen Ministerpräsidenten Israels Makulatur.

149 Beck 2002: 404.

5 Zusammenfassung und Ausblick

In der vorliegenden Arbeit wurde versucht, einen großen Bogen zu schlagen von den Anfängen der zionistischen Bewegung, die Theodor Herzl auf der Grundlage wachsender Assimilationsprobleme der Juden in Europa zum Ende des 19. Jahrhunderts begründet hatte und dem daraus erwachsenden Projekt einer jüdischen „Heimstätte“ in Palästina bis zum Scheitern des Osloer Friedensprozesses im Jahre 2000. In den gut einhundert Jahren dazwischen hat das Schicksal zwei Völker, deren Verhängnis es ist, das gleiche Land für das ihre zu halten, in einen dramatischen Konflikt, der bis heute nicht gelöst ist, miteinander verwoben. Aus den Juden, die über zwei Jahrtausende ein Volk ohne Land waren, ist ein Volk mit Land und einem starken Staat geworden. Aus den Palästinensern aber wurde in dem gleichen Prozess ein Volk ohne Land.

Die vorliegende Arbeit versucht, aufzuzeigen, welches die Ursachen des Nahostkonflikts waren, welche Grundprobleme diesen Konflikt „aufgeladen“ haben und welche Versuche unternommen wurden, ihn zu lösen. Der Verfasser hat dabei die Ursachen und Probleme bewusst anhand der Chronologie der Ereignisse abgehandelt, um so die interdependenten politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen sowie die Gründe des antagonistischen Verhaltensweisen beider Seiten, die oftmals eine starke historische Komponente haben, erkennbar zu machen. Dabei war es zuweilen erforderlich, detailliert in einen Problembereich einzusteigen, um vielfach kolportierte Stereotype, Mythen, Klischees und „Standardversionen“ aufzubrechen. So erschien es dem Verfasser u. a. wichtig, die Begründung und gegebenenfalls Rechtfertigung für den israelischen Präventivschlag im Sechstagekrieg gegen Ägypten besonders ausführlich zu untersuchen, da sich aus ihm fast alle Probleme ergeben, die heute Israel und die Palästinenser entzweien.

Die Arbeit mag an manchen Stellen den Eindruck erwecken, die arabische und insbesondere die palästinensische Seite weniger kritisch zu bewerten als Israel. Dem ist jedoch zu entgegen, dass es dem Verfasser wichtig ist, in seinen Ausführungen den aktuellen Stand der Wissenschaft zu reflektieren und Israel am Werte- und Normengerüst einer Demokratie zu messen. Mit diesem ist ein nunmehr 40 Jahre fortdauerndes Besatzungsregime mit einer entsprechender Entrechtlichung der palästinensischen Bevölkerung in den

Autonomiegebieten ebenso unvereinbar wie die permanente Missachtung von UN-Resolutionen und der Regeln des Völker- und Menschenrechts. Das in diesem Zusammenhang zu erkennende zentrale Problem ist, dass die westliche Perzeption des Nahostkonflikts im wesentlichen durch einen historischen und moralischen Schuld- und Verantwortungskomplex gegenüber dem jüdischen Staat geprägt ist, „sowie einer Form von neokolonialen Bündnis, die zu einer selektiven Handhabung der Menschenrechte und des Völkerrechts gegenüber Israel führen“.¹

Dabei sind nach Klinkenberg allerdings signifikante Unterschiede zwischen dem Verhalten der USA und der EU zu beobachten. Während diese „kontinuierlich die Einhaltung des Völkerrechts und des Menschenrechts gefordert und durch ihre mehr oder weniger direkte Kritik an der israelischen Politik zumindest das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit vorsichtig geschärft“ habe, hätten die USA, deren Führungsrolle insbesondere von Deutschland betont wird, die „expansionistische Politik Israels immer rückhaltlos unterstützt und ermöglicht“. Klinkenberg mahnt, dass der von der EU in den Vordergrund gestellte „wirtschaftspolitische Ansatz einer Implementierung des Friedens im Nahen Osten“ durch die Finanzierung der palästinensischen Autonomiebehörde nicht greife, denn mittlerweile finanziere die „EU effektiv die israelische Expansions-, Destruktions- und Blockadepolitik der *faits accomplis*“. Wenn die EU wirklich die Stabilität der Region herbeiführen wolle, müsse sie dieser israelischen Politik entgegentreten, deren wichtigster Faktor die Zeit sei. Als relevante Vorgaben hätten dabei die Menschenrechte, das Völkerrecht und die UN-Resolutionen zu dienen sowie eine Internationalisierung des Konfliktes, die Israel und die USA bisher zu verhindern gewusst hätten.²

Die von islamistischen Gruppierungen in den Autonomiegebieten ausgehenden Terroranschläge im israelischen Kernland, die vor allem Unschuldige trifft, sind natürlich in gleicher Weise als in keiner Weise zu rechtfertigende Verbrechen zu verurteilen. Das Hauptproblem in diesem Zusammenhang aber sei – so die in den besetzten Gebieten lebende israelische Journalistin Amira Hass – „dass Terroristen als die Ursache für alles angesehen werden und niemals als Reaktion auf etwas“. Diese Haltung gelte inzwischen auch für die Besetzung der palästinensischen Gebiete, da durch die Bewußt-

1 Klinkenberg 2002: 103.

2 ebenda: 106.

seinsänderung im Zuge des Oslo-Prozesses die Siedlungen zunehmend als legal wahrgenommen würden. Während vor 1993 „noch eindeutig die Besatzung als Ursache“ gegolten habe, stellte die Ideologie von Oslo die „Verhältnisse auf den Kopf und macht den Terror zur Ursache“.³

Die Grundvoraussetzung für die Lösung des Nahostkonflikts wird daher in einer „von allen dominierenden Mythen befreiten Perzeption Israels durch den Westen zugunsten der historischen und politischen Realitäten im Nahen Osten“, die auch Israels Autoperzeption einschließt, gesehen. Grundlage muss dabei „die nicht mehr nur selektive Anwendung des vom Westen programmatisch im Schild geführten Völkerrechts und der Menschenrechte sein.“ Der Schlüssel zur Lösung des Nahost-Konflikts liegt allerdings in den Händen der Palästinenser, die ihre „politische Ohnmacht in einen moralischen Triumph verwandeln müssen“, indem sie auf die Anwendung von Gewalt völlig verzichten. Sie trifft nur Unschuldige und wird ohnehin als „Ausdruck der Verzweiflung“ im Westen nicht verstanden. Zudem legitimiert sie in den Augen des Westens die Politik Israels nur und diskreditiert den „legitimen Widerstand des palästinensischen Volkes“.⁴

Es wäre zu hoffen, dass sich diese Einsichten und Visionen in möglichst naher Zukunft von den verantwortlichen Akteuren in konkretes Handeln umsetzen lassen und auf diese Weise zur Bildung eines souveränen und demokratischen Palästinas in friedlicher Nachbarschaft zu Israel beitragen oder sogar das heute noch utopisch anmutende Modell eines unabhängigen binationalen Staates Wirklichkeit werden lassen, um den Nahost-Konflikt auf diese Weise einer dauerhaften, gerechten und friedlichen Lösung zuführen.

3 Hass, Amira: Zehn Jahre Oslo oder die Fiktion der Symmetrie. Interview mit Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2003, S. 1193.

4 Klinkenberg 2002: 108.

Nachwort des Verfassers

Mit dem Ausbruch der Al-Aksa-Intifada und dem Scheitern der Verhandlungen in Taba hatte zunächst wieder die Gewalt im israelisch-palästinensischen Herrschaftskonflikt die Oberhand gewonnen. Hinzu kam, dass mit der Wahl des Hardliners und Führers der Likud-Partei Ariel Sharon zum israelischen Ministerpräsidenten im Februar 2001 ein neues Kapitel „im Kampf um Palästina“ aufgeschlagen wurde, dessen Zielsetzung und Ausgang nur schwer zu abzusehen war. Dem Osloer Friedensprozess jedenfalls wurde damit endgültig ein unrühmliches Ende bereitet. Diese tiefgreifende Zäsur in der Entwicklung des Nahost-Konflikts, hatte der Verfasser seinerzeit (2003/2004) zur zeitlichen und sachlichen Eingrenzung seiner Magisterarbeit, auf der dieses Buch basiert, genutzt.

Wie zu erwarten, entwickelte sich der Nahostkonflikt und mit ihm der Israel-Palästina-Konflikt in der Folge teilweise unter dramatischen Vorzeichen im Zuge einer Spirale von Gewalt und Gegengewalt weiter, ohne dass – trotz aller zwischenzeitlicher Anstrengungen – bis heute; d. h. im Vorfeld der neuen Friedensinitiative von US-Präsident George W. Bush, die Ende November 2007 in Annapolis im US-Bundesstaat Maryland mit gemeinsamen Verhandlungen des Nahost-Quartetts, der Israelis und Palästinenser (insgesamt 49 Teilnehmerstaaten, einschließlich Syrien) in den USA eingeleitet werden soll, die Konturen eines aussichtsreichen Friedensprozesses sichtbar geworden wären. Die Vorstellungen hinsichtlich einer gerechten Friedenslösung sowie der Festlegung des „endgültigen Status“ der palästinensischen Gebiete, die 1967 von Israel erobert und besetzt wurden, gehen insbesondere bei den Schlüsselfragen Grenzen, Jerusalem und Flüchtlinge nach wie vor weit auseinander.

Dabei hatte es bereits seit Mitte des Jahres 2001 Versuche auf internationaler Ebene – anfangs von den USA initiiert – gegeben, die beiderseitige Gewalt zu beenden und den Friedensprozeß wiederzubeleben. Diese Entwicklung wurde nicht zuletzt durch die Anschläge des 11. September 2001 in New York und Washington jäh unterbrochen. Sie haben die internationalen Beziehungen von Grund auf verändert, da nunmehr die Bekämpfung des „internationalen Terrorismus“ zur wichtigsten Aufgabe der internationalen Politik reüssierte. Seitdem konnte insbesondere auch in Israel unter Sharon

der palästinensische Widerstand gegen die Besatzung weitgehend in der Begrifflichkeit des „Terrorismus“ definiert und entsprechend unnachsichtig gegen ihn vorgegangen werden, ohne internationale Proteste befürchten zu müssen. Auch die palästinensische Führung unter Yasser Arafat wurde der Unterstützung des Terrorismus beschuldigt mit der Folge, dass der gewählte Palästinenserpräsident von Sharon unter Hausarrest gestellt und international isoliert bzw. neutralisiert wurde. Auf dieser Grundlage bildete sich eine Spirale von Gewalt und Gegengewalt, die viele Monate den Politikprozess im Nahen Osten beherrschte und die Radikalisierung auf beiden Seiten vorantrieb. Die sich letztlich hieraus ergebende weitere Entwicklung im Nahostkonflikt in ihrer Komplexität auch nur halbwegs differenziert darstellen zu wollen, würde den Rahmen dieses Nachwortes sprengen. Hingewiesen werden soll aber dennoch auf einige der Entwicklungen und Meilensteine, die den Israel-Palästina-Konflikt in den vergangenen sieben Jahren maßgeblich bestimmt haben.

Zu diesen gehören sowohl der *Mitchell-Bericht* und *Tenet-Plan* aus dem Jahre 2001, mit denen (vergeblich) versucht wurde, die sich im Zuge der Al-Aksa-Intifada entwickelnde Gewaltspirale zu beenden, eine gegenseitige Vertrauensbasis wiederherzustellen und die Friedensgespräche wieder zu beleben. Doch *weder* die massiven Gewalteinsetze der israelischen Armee im Westjordanland und im Gazastreifen und die extra-legalen Liquidierungen palästinensischer Terroristen im Schatten der als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington von den USA initiierten „Anti-Terror-Allianz“ *noch* die verbrecherischen Selbstmordattentate radikal-islamischer oder palästinensischer Kampforganisationen in Israel – *weder* die vom Nahost-Quartett formulierte und von den Konfliktparteien akzeptierte *Roadmap*, die offiziell immer noch gültiger und Israelis wie Palästinenser verpflichtender Friedensplan ist, *noch* die zivilgesellschaftlich begründete *Genfer Initiative* aus dem Jahre 2003, die beide, allerdings in unterschiedlichen Ansätzen, die Bildung eines souveränen Palästinenserstaates auf der Basis der UN-Resolutionen 242 und 338 verfolgen – *weder* die internationale Isolierung und politische Neutralisierung des „Terroristen“ und Palästinenser-Präsidenten Yasser Arafat im Schatten des 11. Septembersowie dessen Tod am 11. November 2005 *noch* der israelische Rückzug aus dem Gazastreifen und dem Südlibanon – alle diese Massnahmen haben keinen erkennbaren Fortschritt in Richtung einer von beiden Seiten akzeptierten Friedenslösung im Nahostkonflikt bewirken können.

Auch wird seitens der Israelis die 2003 begonnene ca. 760 Km lange „Sperranlage“ weiterhin teilweise weit auf palästinensischem Gebiet und jenseits der „Grünen Grenze“ voran getrieben. Dies geschieht trotz vielfacher Proteste und in Mißachtung der Verurteilung des Projektes durch den Internationalen Strafgerichtshof (IGH) in Den Haag, der sowohl den Sperrzaun, der bei Jerusalem auf einer Strecke von mindestens 25 Kilometern als bis zu acht Meter hohe Betonmauer errichtet wird, wie auch den Ausbau jüdischer Siedlungen und Siedlungsvorposten im Westjordanland als völkerrechtswidriges Vorhaben verurteilte hat.¹

Obwohl sich Israel zur Einhaltung des Stufenplan der *Road Map* verpflichtete, zog es sich auf Betreiben seines Ministerpräsidenten Ariel Sharon im August 2005 einseitig aus dem Gazastreifen zurück und legte „die Verantwortung für dessen Geschicke“ in die Hände der Palästinensischen Autonomiebehörde. Gleichzeitig beanspruchte der jüdische Staat allerdings für sich, dort weiterhin die Kontrolle über die Land- und Seegrenzen sowie den Luftraum auszuüben wie auch das „Recht“, bei Bedrohung seiner Sicherheit in den geräumten Gebieten militärisch gegen Terroristen vorgehen zu können. Da Israel auf diese Weise im Gazastreifen nach wie vor massiv Einfluß auf die Lebensbedingungen der dortigen Menschen ausübt, verlangen manche palästinensischen Politiker, dass das Land unter solchen Umständen „nicht aus den völkerrechtlichen Pflichten einer Besatzungsmacht entlassen werden“ dürfe.² Insgesamt zeigte sich, dass sich die von Ehud Barak im Mai 2000 mit dem einseitigen Abzug aus dem Südlibanon eingeleitete und von Sharon mit der Aufgabe des Gazastreifens fortgesetzte *unilaterale Politik*, die den arabischen Partner nicht einbezieht, „nicht zur Konfliktregelung eignete (....) und Israels Sicherheit nicht erhöhte“.³ Auch für Perthes ist die Zeit des Unilateralismus vorbei, „diese Politik gescheitert ist“.⁴

1 „In dem am 9. Juli 2004 veröffentlichten Rechtsgutachten des IGH werden die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten als *illegal* und der Verlauf der Sperranlagen teilweise (dort wo er von der Grünen Linie abweicht) als *Bruch der IV. Genfer Konvention* bezeichnet. (...) Die Entscheidung (...) wurde von Israel stark kritisiert, da dem israelischen Argument, dass es sich nach UN-Charta Artikel 51 um eine Anlage zur *Selbstverteidigung* handle, nicht entsprochen wurde.“ Vgl. [http:// de.wikipedia.org/wiki/Israelische_Sperranlage](http://de.wikipedia.org/wiki/Israelische_Sperranlage)

2 Johannsen, Margret: Der Nahost-Konflikt. Wiesbaden 2006, S. 133.

3 Asseburg, Muriel u. Steinberg, Guido: Konfliktodynamik im Nahen und Mittleren Osten.

4 Perthes.....

Im Januar 2006 führte der Sieg der radikal-islamischen Hamas bei den palästinensischen Parlamentswahlen, die nach übereinstimmenden Aussagen der Wahlbeobachter absolut korrekt und demokratisch abliefen, und die nachfolgende Bildung einer Hamas-Regierung auf israelische Intervention zu einem Stopp aller Finanzhilfen für die Palästinenser, während Israel der PA zustehende Steuergelder in Höhe von 55 Millionen US-Dollar „einfro“ und seine Grenzkontrollen wieder verschärfte. Die USA verfügten darüber hinaus eine Finanzblockade über die Banken der PA. Alle diese Massnahmen führten 2006 zu einem weiteren wirtschaftlichen Niedergang in den palästinensischen Autonomiegebieten mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 39 Prozent der palästinensischen Gesamtbevölkerung sowie des Anteils der unter der Armutsgrenze lebenden Palästinenser auf 67 Prozent. Nicht zuletzt aus dieser desolaten Situation erwuchsen zunehmend unüberbrückbare Spannungen zwischen der vom Iran unterstützten radikal-islamischen Hamas, die sich einer offiziellen Anerkennung des Existenzrechts Israels nach wie vor verweigert, und der pro-westlichen Fatah, die einen gerechten und friedlichen Ausgleich mit Israel anstrebt.⁵ Nachdem die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Fatah und Hamas im Sommer 2007 erneut eskaliert waren und die radikalen Islamisten die alleinige Kontrolle im Gazastreifen übernommen hatten, wurde das Einheitskabinett unter Premierminister Ismail Hanija am 14. Juni von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas offiziell entlassen und am 15. Juni im Rahmen der Bildung einer Notstandsregierung durch den bisherigen Finanzminister Salam Fayad ersetzt. Sowohl die EU wie auch die USA unterstützten diese Massnahme und verurteilten die Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen. Nach Ansicht der US-Außenministerin Condoleezza Rice hatte Abbas mit der Auflösung der Regierung im Rahmen seiner „rechtmäßigen Befugnissen als Präsident“ gehandelt.⁶

Die aktuelle Initiative George W. Bushs, dessen Engagement im arabisch-israelischen Kernkonflikt um Palästina sich in den vergangenen fünf Jahren weitgehend in der Betonung der quasi deckungsgleichen Interessen Israels und der USA, in unverbindlichen Bekenntnissen zu einer Zwei-Staaten-Lösung sowie in der Zusicherung an Israel, die Siedlungsblöcke im Westjor-

5 Schneider, Richard C.: Wer hat Schuld? Wer hat Recht? Berlin 2007, S. 135.137.

6 Tagesschau v. 15. Juni 2007

danland auf jeden Fall behalten zu können, erschöpfte, steht in engem Zusammenhang mit den aktuellen Entwicklungen im Iran und Irak.

Der 2003 von den USA erzwungene Fall des laizistischen Diktators Saddam Hussein markierte dabei sowohl das endgültige Ende der Ära des arabischen Nationalismus, der den Arabern einmal den Weg zur Einheit hatte weisen sollen, wie auch die Befreiung des Iran von seinem ärgsten Widersacher und insgesamt die Zerstörung des relativen Kräftegleichgewichts in der Golf-region.⁷ Im Irak führten diese Ereignisse in der Folge zu einer „politischen Emanzipation der schiitischen Bevölkerungsmehrheit des Landes, die seit der Staatsgründung 1920 politisch weitgehend marginalisiert und während der Diktatur Saddam Husseins blutig unterdrückt worden war“.⁸ Mit der Machtübernahme der pro-iranischen Schiiten in Bagdad indes, mit dem symbolischen Sieg der schiitischen Hisbollah gegen Israel im Sommer 2006 und der Allianz mit dem Assad-Regime in Syrien wie auch mit den Interventionsmöglichkeiten der iranischen Mullahs über die sunnitische Hamas in Palästina ist der Iran inzwischen zur einflussreichsten Macht von der Levante bis zum Golf aufgestiegen. Ohne den guten Willen Irans ist derzeit eine Stabilisierung der Lage weder in Gaza, noch im Libanon oder dem Irak vorstellbar. Bereits 2005 hatte der jordanische König diese Entwicklung mit der Warnung vor der Entstehung eines „schiitischen Halbmondes“ vorausgesehen.

Der Hegemonialanspruch des Iran und das selbstbewußte Vorgehen der herrschenden Geistlichkeit in der Atomfrage indes erschüttern nicht nur die Vormachtstellung der USA in der Region; sie fordern in gleicher Weise Saudi-Arabien als Land der Heiligen Stätten des Islam und Schutzmacht der Sunniten heraus. Dabei geht es nicht nur um die Gefahr der Etablierung eines iranisch-islamistisch orientierten Regimes im Irak, sondern insbesondere auch um die befürchtete Verbreitung entsprechender revolutionärer Staats- und Gesellschaftsdoktrinen unter den schiitischen Minderheiten und anti-westlich eingestellten sunnitischen Gruppierungen in den benachbarten Ländern am Golf. Auf der Grundlage dieser teilweise deckungsgleichen Interessenkonstellation von sunnitischen Arabern unter der Führung Saudi-Arabiens und den USA nebst Israel wurden Konzepte entwickelt, gemeinsam die Einhegung des Irans zu betreiben und das sunnitisch-arabische Lager in die

7 Pott, Marcel: Die neue Lage in Nahost. APuZ 19/2007, S. 3.

8 Asseburg u. Steinberg 2007: 10.

Pflicht zu nehmen, den USA bei der Beendigung des irakischen Chaos zu unterstützen. Voraussetzung für das Gelingen eines solchen Vorhabens ist jedoch zwingend, dass die Saudis und ihre sunnitischen Mitstreiter in der Lage sind, „dem Iran in Palästina den Wind aus den Segeln zu nehmen“, indem sie die Wiederaufnahme substantieller israelisch-arabischer Verhandlungen in die Wege leiten.⁹

In diesem Kontext ist der Friedensplan des saudischen Königs Abdallah aus dem Jahre 2000 einzuordnen, der von der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Riad (März 2007) bestätigt wurde. Er basiert auf dem Prinzip „Land gegen Frieden“ gemäß den UNSCR 242 und 338, der Forderung nach einem souveränen Staat Palästina in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt sowie der grundsätzlichen Anerkennung des Rückkehrrechts der 1947/1948 geflohenen oder vertriebenen Palästinenser. Dies sind zugleich die Leitlinien des Konzepts einer Friedenslösung im israelisch-arabischen Kernkonflikt um Palästina, mit dem Palästinenserpräsident Mahmud Abbas Ende November nach Annapolis reisen wird.

Die Pläne und der Konzessionsrahmen der derzeitigen israelischen Regierung unter Ministerpräsident Ehud Olmert, der 2005 das Erbe Ariel Sharons antrat, hinsichtlich einer Friedenslösung mit den Palästinensern sind derzeit schwer abzuschätzen. Die israelische Besiedlungsstruktur des Westjordanlandes sowie die Verteilung der von Israel kontrollierten Sperrgebiete reflektieren im November 2007 in weiten Teilen die Vorstellungen des Sharon-Plans aus dem Jahre 1977. Nach ihm sollte der jüdische Staat sowohl Gebiete entlang der „Grünen Grenze“, das gesamte Jordan-Tal sowie mehrere Verbindungsstücke zwischen „Grüner Grenze“ und Jordan-Tal annektieren. Im Gegenzug war beabsichtigt, die palästinensischen Ballungsgebiete den Palästinensern zu überlassen, „die auf diese Weise allerdings kein zusammenhängendes Staatsgebiet erhalten würden, sondern mehrere Enklaven, umgeben von israelischen Siedlungen und Militäreinrichtungen“¹⁰, die zudem durch ein unter nationaler israelischer Souveränität stehendes Straßen- und Wegenetz miteinander verbunden wären.

Ob und inwieweit Israel unter Ehud Olmert den Sharon-Plan aus 1977 oder die heutige Karte des Westjordanlandes als Blaupause zur Festlegung künftiger Grenzziehungen nutzen will und wie die israelische Regierung dabei

9 Pott 2007: 5.

10 Johannsen 2006: 135.

ihren Plan einer Konzentration der Siedlungen in großen Siedlungsblöcken umsetzen könnte, wird zentraler Gegenstand künftiger Vereinbarungen mit den Palästinensern sein müssen. Dass diese indes eine großräumige Arrondierung des israelischen Territoriums widerspruchslös hinnehmen werden, ist weiterhin nicht zu erwarten.¹¹ Dass andererseits der politisch schwache Olmert, auch bei entsprechender Einflußnahme der USA, in absehbarer Zeit die erforderlichen „historische“ Konzessionen bzw. Kompromisse durchsetzen könnte, ist ebenfalls mehr als zweifelhaft. So ist nach wie vor mit einer schnellen Lösung nicht zu rechnen. Vielmehr wird ein langer Atem nötig sein und der Wille zur Realisierung kleiner Schritte, vhn

Klaus Steen

Im November 2007

11 Ebd.: 137.

I. Literaturverzeichnis

- Asseburg, Muriel: Arafat vor dem Aus – und dann? Berlin 2002.
- Asseburg, Muriel: Palästina zwischen Reformen, Regimewechsel und Reokkupation. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 11, Jg. 47, S. 1365–1374. 2002.
- Atiyah, Edouard u. Cattan, Henry: Palästina – Versprechen und Enttäuschung. Rastatt 1970.
- Bailey, Sydney D.: The Making of Resolution 242. Dordrecht 1985.
- Balke, Ralf: Israel. München 2000.
- Bar-Zohar, Michael: Ben Gurion: A Biography. London: Croom Helm 1988.
- Baumgarten, Helga: „Schluß mit der Besatzung! Freiheit für Palästina!“. In: Befreiungskampf in Palästina. Von der Madrid-Konferenz zur Al Aqsa-Intifada. Wien 2001; S. 55–75.
- Baumgarten, Helga: Das Gaza-Jericho-Abkommen. Eine Zwischenbilanz des Friedensprozesses im Nahen Osten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/95 (10. März 1995, S. 3–11).
- Baumgarten, Helga: Hamas. Der politische Islam in Palästina. München 2006.
- Baumgarten, Helga: James Bakers Reisediplomatie im Nahen Osten. In: S+F Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Nr. 3 (1991), S. 144.
- Baumgarten, Helga: Palästina: Befreiung in den Staat. Frankfurt/M. 1991.
- Beck, Martin: Friedensprozess im Nahen Osten. Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient. Wiesbaden 2002.
- Behrendt, Sven 1995: Die Erklärung des Gaza-Jericho-Abkommens zwischen der PLO und Israel vom September 1993 anhand eines situationsstrukturellen Ansatzes, Universität Konstanz: Diplomarbeit, unveröffentlichtes Manuskript. Konstanz.
- Beilin, Yossi: Israel: A Concise Political History. New York 1992.
- Benvenisti, Meron: 1986 Report. Demographic, economic, legal, social and political developments in the West Bank. Jerusalem 1986.

- Ben-Zvi, Abraham: *The United States and Israel: The Limits of the Special Relationship*. New York 1993.
- Bericht über Palästina (1937). Erstattet durch die britische königliche Palästina-Kommission unter dem Vorsitz von Earl Peel und auf Befehl seiner Majestät vom Staatssekretär für die Kolonien dem Britischen Parlament. Vorgelegt im Juli 1937. Berlin o. J..
- Bowen, David u. Drake, Laura: *The Syrian-Israeli Border Conflict, 1949–1967*. *Middle East Policy*, Bd. 1, Nr. 4, 1992
- Bowie, Robert R.: *Suez 1956: International Crisis and the Role of Law*. New York, Oxford University Press, 1988
- Brecher, Michael: *Decisions in Crisis*. Berkely 1980.
- Bull, Odd: *War and Peace in the Middle East*. London 1976.
- Caplan, Neil: Faisal Ibn Husain and the Zionists: A Re-Examination with Documents in: *The International History Review* 5.4 (1983); S. 561–614.
- Caplan, Neil: *The Lausanne Conference, 1949. A Case Study in Middle East Peacemaking*. Tel Aviv 1993.
- Chomsky, Noam: *Offene Wunde Nahost. Israel, die Palästinenser und die US-Politik*. Hamburg 2002.
- Cockburn, Andrew/Cockburn, Leslie: *Dangerous Liaison*. New York 1991
- Dawn, C. Ernest: *The Origins of Arab Nationalism*. In: Khalidi, Rashid/Anderson, Lisa/Muslih, Muhammed/Simon, Reeva S. (Hrsg.): *The Origins of Arab Nationalism*. New York 1991, 4f (3–30).
- Dayyeh, Suleiman Abu: *Das besetzte Palästina zwischen Macht und Gerechtigkeit. Der Beitrag der Zivilgesellschaft in Palästina zur Lösung des Nahostkonflikts*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 35–36/2002, S. 30–38.
- Der Große Ploetz. *Die Daten-Enzyklopädie der Weltgeschichte*. 32. neub. Aufl. Freiburg im Breisgau 1998.
- Diner, Dan: *Israel in Palästina: Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient*. Königstein / Ts. 1980,
- Dodd, C. H. / Sales M. E.: *Israel and the Arab World*. New York 1970.
- Eban, Abba: *An Autobiographie*, New York 1977.

- Eban, Abba: *Personal Witness*. New York 1992.
- Edlinger, Fritz (Hg.): *Befreiungskampf in Palästina. Von der Madrid-Konferenz zur Al Aqsa-Intifada*. Wien 2001.
- Elias, Abel: *Dieser Frieden heißt Krieg. Israel und die feindlichen Brüder*. München 1997.
- Finkelstein, Norman G.: *Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern*. München 2002.
- Flores, Alexander: *Intifada. Aufstand der Palästinenser*. Berlin 1988.
- Frangi, Abdallah: *Der Osloer Friedensprozess als ein weg zum Frieden? In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 35–36/2002, S. 16–24.*
- Green, Stephan: *Taking Sides*. New York 1984
- Gresh, Alain: *Israel – Palästina. Die Hintergründe eines unendlichen Konflikts*. Zürich 2002.
- Hacke, Christian; Jaeger, Kinan: *Die Nah- und Mittelost-Politik der USA zwischen Clinton und Bush jr. In: Orient: deutsche Zeitschrift für Politik und Wirtschaft des Orients; Zeitschrift des Deutschen Orient-Instituts, Nr. 2, Jg. 42, S. 253–266. Wiesbaden 2001.*
- Harkabi, Yehoshafat: *Fedayeen Action and Arab Strategy. Adelphi Papers, Nr. 53, London 1968.*
- Hass, Amira: *Zehn Jahre Oslo oder die Fiktion der Symmetrie. Interview mit Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2003.*
- Haug, Wolfgang (Hrsg.): *Friedensaussichten im Nahen Osten. Israel und Palästina im Spannungsfeld internationaler Interessen*. Grafenau 2003.
- Herz, Dietmar / Jetzlsperger, Christian / Ahlhorn, Kai (Hg.): *Der israelisch-palästinensische Konflikt. Hintergründe, Dimensionen und Perspektiven*. Wiesbaden 2003.
- Herz, Dietmar: *Palästina – Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur. 5. Aufl., München 2003.*
- Herzl, Theodor: *Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage*. Zürich 1988.
- Horn, Carl v.: *Soldering for Peace*. London 1966.

- Horowitz, David v. (Hrsg.): Yitzhak Rabin: Feldherr und Friedensstifter. Die Biographie. Berlin 1996.
- Inbar, Efraim: Israel's Small War. The Military Response to the Intifada, in: *Armed Forces and Society*, Vol. 18, No. 1 (Fall 1991), S. 29–50.
- Kapeliouk, Amnon: *Israel. La fin des Mythes*. Paris 1975.
- Kelman, Herbert C.: The Palestinianization of the Arab-Israeli Conflict. In: Lukacs, Yehuda/Battah, Abdallah M. (Hrsg.): *The Arab-Israeli Conflict: Two Decades of Change*. Boulder, Colo. 1988, S. 332–343.
- Khalidi, Rashid/ Anderson, Lisa/Muslih, Muhammed/Simon, Reeva S. (Hrsg.): *The Origins of Arab Nationalism*. New York 1991.
- Khouri, Fred J.: *The Arab-Israeli Dilemma*. Syracuse 1985.
- Kimche, Jon: *The Last Option*. After Nasser, Arafat and Saddam Hussein. The Quest for Peace in the Middle East. London 1991.
- Kissinger, Henry A.: *Memoiren*. 1973–1974. Bd. 2, München 1982.
- Konzelmann, Gerhard: *Felsendom und Klagemauer*. Arafats Kampf um seinen Staat. München 1998.
- Krämer, Gudrun: *Geschichte Palästinas*. München 2002.
- Krautkrämer, Elmar: *Krieg ohne Ende? Israel und die Palästinenser-Geschichte eines Konflikts*. Darmstadt 2003.
- Kriesberg, Louis 1989: Transforming Conflicts in the Middle East and Central Europe. In: Kriesberg, Louis/Northrup, Terrel A./Thorson, Stuart J. (Hrsg.): *Intractable Conflicts and their Transformation*. Syracuse, N. Y., S. 109–131.
- Kriesberg, Louis: Transforming Conflicts in the Middle East and Central Europe, in: Kriesberg, Louis/Northrup, Terrel A./Thorson, Stuart J. (Hrsg.): *Intractable Conflicts and their Transformation*, Syracuse, N. Y. 1989, 109–131.
- Langer, Felicia: *Quo vadis Israel? Die neue Intifada der Palästinenser*. Göttingen 2001.
- Lehmann, Padi D. 2001: *Suche nach Sicherheit*. Israel und der Friedensprozeß in Nahost. Opladen.
- Lewis, Bernard: *Der Atem Allahs. Die islamische Welt und der Westen – Kampf der Kulturen?* 2. Aufl. 2001. Hamburg 1994.

- Marty, Martin E. / Appleby, R. Scott: Herausforderung Fundamentalismus. Radikale Christen, Moslems und Juden im Kampf gegen die Moderne. Frankfurt am Main – New York 1996.
- Mejcher, Helmut: Sinai, 5. Juni 1967: Krisenherd Naher und Mittlerer Osten. München 1998.
- Mejcher, Helmut: The June 1967 War. New Aspects and Research Results. In: Mejcher, Helmut: The Struggle for a New Middle East in the 20th Century. Berlin 2007, S. 341–358.
- Moslems und Juden im Kampf gegen die Moderne. Frankfurt am Main – New York 1996.
- Muslih, Muhammad: The Rise of Local Nationalism. In: Khalidi, Anderson, Muslih, Simon (Hrsg.) 1991: 167–185.
- Nahas, Maridi 1985: State-Systems and Revolutionary Challenge: Nasser, Khomenie, and the Middle East. In: International Journal of Middle East Studies 17, 507–527.
- Neff, Donald: Warriors for Jerusalem. New York 1984.
- Novik, Nimros: Encounter with Reality. Tel Aviv 1985.
- Oz, Amos: Wenn die Palästinenser nichts zu verlieren haben.... In: Süddeutsche Zeitung v. 30.01.1995.
- Paech, N. u. Stuby, G.: Kein Platz für das palästinensische Volk? In: Blätter für deutsche und internationale Politik. H. 10, Jg. 27/1982.
- Pappe, Ilan: The Making of the Arab-Israeli Conflict 1947–51. London 1992.
- Parker, Richard B.: The Politics of Miscalculation in the Middle East. Bloomington 1993.
- Pawelka, Peter: Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten. Heidelberg 1985.
- Peres, Shimon: Die Versöhnung. Der neue Nahe Osten. Berlin 1993.
- Peres, Shimon: Shalom. Erinnerungen. Hrsg. v. David Landau. Stuttgart 1995.
- Ploetz, Carl (Begründer): Der Grosse Ploetz. Die Daten-Enzyklopädie der Weltgeschichte. Daten, Fakten, Zusammenhänge. 32. neubearb. Aufl. Freiburg im Breisgau 1998.

- Primor, Avi: Keine Lösung durch Gewalt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 35–36/2002, S. 9–15.
- Primor, Avi: Welche Zukunft hat der Friedensprozess im Nahen Osten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 13–14/2001, S. 3–8.
- Riad, Mahmoud: *The Struggle for Peace in the Middle East*. London 1982.
- Rusk, Dean: *As I Saw It*. New York 1990.
- Sack, Ralf: Die USA im Nahost-Konflikt: Von der Intervention zur Partizipation. Eine kritische Analyse der amerikanischen Nahost- und Israel-Politik vom Oktober-Krieg 1973 bis zum ägyptisch-israelischen Friedensvertrag 1979. Trier 1988.
- Savir, Uri: *The Process. 1,100 Days That Changed the Middle East*. New York 1998.
- Schiff, Ze'ev/Ya'ari, Ehud: *Israel's Lebanon War*. New York 1984.
- Schmidt, Manfred G.: *Wörterbuch zu Politik*. Stuttgart 1995.
- Schölch, Alexander 1983: Die historische Dimension und die aktuelle Bedeutung des Landproblems in Israel, in: Flores, Alexander / Schölch, Alexander (Hrsg.): *Palästinenser in Israel*, Frankfurt/M., S. 11–26.
- Schreiber, Friedrich: *Schalom Israel. Nachrichten aus einem friedlosen Land*. München 1997.
- Schneider, Richard C.: *Wer hat Schuld? Wer hat Recht?* Berlin 2007.
- Seligmann, Rafael: *Israels Sicherheitspolitik. Zwischen Selbstbehauptung und Präventivschlag – eine Fallstudie über Grundlagen und Motive*. München 1982.
- Shamir, Yitzhak: *Summing Up. An Autobiography*. Boston, New York, Toronto, London 1994.
- Sharabi, Hisham: *Prelude to War: The Crisis of May-June 1967*. In: Abu-Lughod, Ibrahim: *The Arab-Israeli Confrontation of June 1967: An Arab Perspective*. Evanston 1970.
- Shehade, Raja: *Occupier's Law. Israel and the West Bank*. Washington D.C. 1988.

- Shikaki, Khalil: Der Friedensprozess aus palästinensischer Sicht – Hoffnungslosigkeit ist nicht das Gebot der Stunde. In: Internationale Politik, Nr. 8 Krieg oder Frieden im Nahen Osten, Jg. 56, S. 23–28. Köln 2001.
- Shlaim, Avi: The Iron Wall. Israel and the Arab World. New York 2001.
- Shlaim, Avi: The Oslo Accord. In: JPS, XXIII (Spring 1993).
- Shlaim, Avi: War and Peace in the Middle East. (Revised and Updated) A Concise History. New York 1995.
- Steinbach, Udo: Eine neue Ordnung im Nahen Osten – Chance oder Chimäre? In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 24–25/2003, S. 3–7.
- Stock, Ernest: Israel on the Road to Sinai, 1949–1956. Ithaca: Cornell University Press, 1967.
- Survey of Palestine 1946, A.: Prepared in December 1945 and January 1946 for the information of Anglo-American Committee of Inquiry. 2 Bde. Jerusalem.
- Sykes, Christopher: Kreuzweg nach Israel. München 1967.
- Tessler, Mark: A History of the Israeli-Palestinian Conflict. Bloomington, IN 1994.
- Timm, Angelika: Wertewandel und Zivilgesellschaft in Israel. In: Orient: deutsche Zeitschrift für Politik und Wirtschaft des Orients; Zeitschrift des Deutschen Orient-Instituts, Nr. 1, Jg. 42, S. 119–138. Wiesbaden 2001.
- Touval, Saadia: The Peace Brokers. Princeton 1982.
- U Thant: View from the U.N. New York 1978.
- Urquhart, Brian: A Life in Peace and War. New York 1987.
- Wasserstein, Bernard: Israel und Palästina. Warum kämpfen sie und wie können sie aufhören? München 2003.
- Watzal, Ludwig: Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. 2. Aufl. 2002. Berlin 2001.
- Weizmann, Ezer: On Eagles' Wings. New York 1979.
- Wolffsohn, Michael / Bokovoy, Douglas: Israel. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft 1882–2001. Opladen 2003.

- Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. 8. aktualisierte Aufl. Opladen 2000.
- Yuchtman-Yaar, Ephraim: Der Friedensprozess in der öffentlichen Meinung Israels. In: Internationale Politik, Nr. 8 Krieg oder Frieden im Nahen Osten, Jg. 56, S. 19–22, 1 Tab. Köln 2001.
- Zimmermann, Moshe: Zweierlei Israel? Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß. Hamburg 2003.
- Zuckermann, Moshe: Eine Mauer wird errichtet. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 35–36/2002, S. 25–29.

II. Dokumente / Quellen

- 1978: Die UN-Resolutionen zum Nahostkonflikt, übersetzt von Arnold Harttung, Berlin 1978.
- 1968: The Palestine National Charter: Resolutions of the Palestine National Council July 1–17, 1968. Aus: http://www.usembassy-israel.org.il/publish/peace/plo_covn.htm.
- 1973: U.N. Security Council Resolution 338. October 22, 1973. Aus: <http://www.usembassy-israel.org.il/publish/peace/338.htm> (17.11.03).
- 1990: US Secretary of State James Baker: Testimony Before the House Foreign Affairs Committee, Washington D.C. 13. Juni 1990, abgedruckt in: Journal of Palestine Studies, Vol. XX, No. 1 (Autumn 1990), S. 184–186.
- 1993: Declaration of Principles On Interim Self-Government Arrangements. September 13, 1993. Aus: <http://www.usembassy-israel.org.il/publish/peace/decprinc.htm> (17.11.03).
- 1994: Regierungserklärung des israelischen Ministerpräsidenten vor der Knesset – 11. Mai 1994, abgedruckt in: Das Gaza-Jericho Abkommen. Das Abkommen zwischen Israel und der PLO. Botschaft des Staates Israel, Presse und Informationsabteilung, o.O. [Bonn] o. J. [1994].